

100 Jahre Groß-Berlin

1920: Aufbruch aus dem Chaos

Berlin wird Weltstadt

Herausgeberin: Berliner Geschichtswerkstatt e. V.



1920: Aufbruch aus dem Chaos

Berlin wird Weltstadt

Herausgeberin: Berliner Geschichtswerkstatt e. V.

Mit Beiträgen von:

Matthias Boye

Michael Cramer

Hauke Fehlberg

Gertrud Fischer-Sabrow

Oliver Gaida

Ludwig Gustafsson

Jürgen Karwelat

Peter Lassau

Andreas Ludwig

Hans-Christoph Rieth

Bianca Tchinda

Norbert Winkler

Dokumentation

zur Veranstaltungsreihe 2020/21 der Berliner Geschichtswerkstatt e. V.

1920: Aufbruch aus dem Chaos Berlin wird Weltstadt

Eigenverlag der Berliner Geschichtswerkstatt e. V.
Goltzstraße 49, 10781 Berlin

September 2021

Druck: Rotabene Medienhaus, Schneider Druck GmbH, Rothenburg ob der Tauber

Satz, Layout und Umschlaggestaltung: Grafik Büro Kathrin Ehmer
© für die Texte bei den Autor*innen
© für die Abbildungen bei den Urheber*innen oder Leihgeber*innen

ISBN: 978-3-925702-26-6

Gefördert aus Mitteln der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin

Inhalt

Vorwort von Jürgen Karwelat	5
Das neue Berlin und seine kommunale Agenda – soziale Daseinsvorsorge als Stadtpolitik 1920-1930	
Veranstaltungsbericht: Sema Binia	7
Vortrag: Dr. Andreas Ludwig	10
Schönebergs Oberbürgermeister Dominicus und das Entstehen Groß-Berlins	
Veranstaltungsbericht: Jürgen Karwelat	23
Vortrag: Hauke Fehlberg	25
Reformpädagogik in Groß-Berlin – Einbrüche in die preußische Lehr- und Zuchtanstalt?	
Veranstaltungsbericht: Gabriele Frydrych	39
Vortrag: Siemens-Realgymnasium, Peter Lassau	43
Vortrag: Grunewald Gymnasium, Gertrud Fischer-Sabrow	53
Vergleich: Zwei Reformschulen in Berlin, Gertrud Fischer-Sabrow	64
Exkurs und Historischer Abriss: Gartenarbeitsschule Schöneberg, Peter Lassau / Norbert Winkler	67
Ein Dach überm Kopf – unbezahlbarer Luxus? Obdachlose in Berlin	
Veranstaltungsbericht: Peter Lassau	75
Vortrag: Oliver Gaida	78
Wohnen in der wachsenden Stadt Berlin – damals wie heute eine Herausforderung	
Veranstaltungsbericht: Jürgen Karwelat	85
Vortrag: Matthias Boye	87
Immer in Bewegung – der öffentliche Personenverkehr und Ernst Reuter	
Veranstaltungsbericht: Dr. Andreas Bräutigam	97
Einführung: Jürgen Karwelat	99
Vortrag: Michael Cramer	103
„Jedem ein warmes Brausebad einmal die Woche“ – zur Entwicklung der Berliner Bade- und Schwimmkultur	
Veranstaltungsbericht: Peter Lassau	107
Vortrag: Bianca Tchinda	109
Schnaps ist gut gegen Cholera – gutes Trinkwasser ist aber auf die Dauer besser	
Interview mit Dr. Ludwig Gustafsson / Peter Lassau	119
Vortrag: Dr. Ludwig Gustafsson	121
Nicht nur die Stadt, auch der Müllberg wächst – zur Entwicklung der öffentlichen Straßenreinigung und Müllbeseitigung	
Veranstaltungsbericht: Sonja Miltenberger	135
Vortrag: Hans-Christoph Rieth	137
Nachwort von Peter Lassau	153

Vorwort

Das hatten wir uns anders vorgestellt! Wie viele weitere Gruppen und Institutionen wollten wir im Jahr 2020 mit einer Veranstaltungsreihe daran erinnern, dass genau 100 Jahre zuvor, nach zahlreichen politischen Auseinandersetzungen, öffentlichen Kampagnen und parlamentarischen Schachzügen Groß-Berlin gebildet worden war. Dann kam die Corona-Pandemie dazwischen, unser gesamtes Programm geriet gleich nach der ersten Veranstaltung im März 2020 aus den Fugen und zog sich bis in den April 2021 hin. Die letzten drei Termine mussten wir schließlich ins Internet verlegen.

Was stand am Anfang unserer Überlegungen? Berlin wurde 1920 mit seinen 3,8 Millionen Einwohnern nach New York und London die drittgrößte Stadt der Welt, was die Einwohnerzahl betrifft. Die Stadtverwaltung hatte gewaltige Aufgaben in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht zu lösen. Trotz Armut, Inflation und vor allem politischer Instabilität schaffte es Berlin, mit zahlreichen Projekten vorbildhafte Stadtpolitik umzusetzen.

100 Jahre nach der Gründung von Groß-Berlin durch die Eingemeindung von acht Städten, 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirken standen wir ein wenig ungläubig vor der Tatsache, dass aus dem Chaos der zusammengebrochenen deutschen Monarchie ein Gemeinwesen entstanden war, das in den ersten zehn Jahren seiner Existenz trotz gesellschaftlicher Umbrüche, Währungs- und Wirtschaftskrisen Gewaltiges für die in Berlin lebenden Menschen geleistet hat.

Dies gilt nicht nur für die Wohnverhältnisse durch den Bau von Großsiedlungen, obwohl Berlin sich ständig am Rande der Pleite bewegte. Zukunftsweisend war es auch, ein einheitliches Verkehrsunternehmen durch Zusammenfassung dutzender privater und öffentlicher Anbieter zu schaffen. Groß-Berlin sorgte auch

für ein neues Konzept der Abfallerfassung. Und auch der Freizeitbereich wurde berücksichtigt mit dem Anlegen großer Parks und der Errichtung von Badeanstalten, die zugleich der Hygiene der Bevölkerung dienten. Großeinrichtungen für Obdachlose wurden geschaffen und die Trinkwasserversorgung verbessert. In den Schulen wurden neue pädagogische Konzepte ausprobiert.

Hinter all diesen Entwicklungen standen Menschen, die dies gefordert, geplant und dann durchgeführt haben. Ein Beispiel war der Verkehrsstadtrat Ernst Reuter, der 1928 die Berliner Verkehrsbetriebe aus der Taufe hob. Mit der Veranstaltungsreihe wollten wir feststellen, was wir daraus heute für eine lebenswerte Stadt lernen können. Wir haben erkannt, dass manche Probleme, die Groß-Berlin damals angepackt hat, auch heute noch genauso relevant sind, so z. B. die Wohnungsbaupolitik und die aktuellen Fragen rund um den öffentlichen Nahverkehr.

Manches kam uns bekannt vor: Bis zum heutigen Tage wird der Berliner Verwaltung der zum Teil nicht unberechtigte Vorwurf gemacht, wegen vorhandener Doppelstrukturen ineffizient zu arbeiten, da zuweilen die Bezirke mit dem Senat „über Kreuz liegen“. Die Ursache dafür ist einer der Geburtsfehler Berlins. Lange Zeit standen sich zwei unversöhnliche Lager gegenüber. Die eine Gruppe wollte den nach Berlin eingemeindeten Städten möglichst viel Selbstständigkeit belassen. Die andere Gruppe forderte die „Einheitsgemeinde“ mit möglichst vielen zentralen Elementen. Im Groß-Berlin-Gesetz von 1920 wurde ein Kompromiss zwischen dezentraler Organisation und starker Zentralverwaltung geschlossen. Dies wirkt sich bis heute vor allem in der Bauplanung häufig durch Kompetenzgerangel aus.

Jürgen Karwelat

Der Vorstand der Berliner Geschichtswerkstatt wünscht eine interessante und anregende Lektüre.

Das neue Berlin und seine kommunale Agenda – soziale Daseinsvorsorge als Stadtpolitik 1920-1930

Moderation: Sonja Miltenberger, Berliner Geschichtswerkstatt e. V.

Referent: Dr. Andreas Ludwig, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Montag, 17. Februar 2020, 19:00 Uhr

Mit der administrativen Ordnung der Metropole Groß-Berlin ging eine kommunale Agenda einher, in der die soziale Daseinsvorsorge im Mittelpunkt stand. Wohnungsbau, Bildung und Gesundheitsprävention, aber auch Basisleistungen wie Strom, Gas, Wasser und Verkehr sollten in gleichem Maße für alle verfügbar sein und damit die extreme Ungleichheit der Lebenschan-

cen im Berliner Raum ausgeglichen werden.

Das Mittel war die Kommunalisierung der städtischen Dienstleistungen und ihr Ausbau, der sich bis auf die Wirtschaftsförderung und die Etablierung Berlins als „Weltstadt“ erstreckte. Weltwirtschaftskrise und Nationalsozialismus beendeten dieses kommunale Experiment, das heute angesichts der fortschreitenden Privatisierung der Stadt erneut an Aktualität gewinnt.

Veranstaltungsbericht

Sema Binia

Am Abend des 17. Februar 2020, einen Tag, bevor das Robert-Koch-Institut das Risiko der Atemwegserkrankung Covid-19 als „gering bis mäßig“ einstufte, fanden sich um 19 Uhr ca. 30 Leute im Laden der Berliner Geschichtswerkstatt zum Eröffnungsvortrag unserer Werkstattreihe „100 Jahre Groß-Berlin“ ein.

Schon vor Beginn der Veranstaltung tauschten die ersten Zuschauer, die sich in der abschließenden Diskussionsrunde als gut informiertes Fachpublikum zeigten, ihre Gedanken zum hundertjährigen Jubiläum Berlins aus. Um 19 Uhr begrüßte Sonja Miltenberger dann offiziell das Publikum und stellte den Vortragenden Andreas Ludwig vor, der den Anwesenden als Mitbegründer der Berliner Geschichtswerkstatt seit vielen Jahren bekannt war. Heute hat er einen Lehrauftrag in Frankfurt (Oder) an der Europa-Universität Viadrina im Fach Museumskunde.

Humor bewies Andreas Ludwig gleich zu Beginn, denn beim Titel der Werkstattreihe „Aufbruch aus dem Chaos“ dachte er erst, er solle einen Vortrag über sich selbst halten. Spaß beiseite: In der Vorbereitung für dieses Referat entdeckte Andreas Ludwig seine Faszination für Sozialpolitik als – im positivsten Sinn – Steuerungsinstrument für eine Gesellschaft wieder.

Die Feierlichkeiten zu „100 Jahre Groß-Berlin“ bieten die Möglichkeit, uns aktiv und reflektierend in die sozialpolitischen Diskussionen der Stadt wieder einzubringen.

Das kommunalpolitische Projekt zur Gründung Groß-Berlins 1920 war deren Ausgestaltung mit einer Agenda, zu der die soziale Daseinsvorsorge gehörte, die die Stadtpolitik bis in die 50er-Jahre geprägt hat.

Am Beispiel der TV-Serie „Babylon Berlin“ greift Andreas Ludwig den Mythos von Größe und Tempo auf. Gleichzeitig herrschen Verbrechen, Elend und Unzucht im gesamten Stadtgebiet. Als Fan von Statistiken empfiehlt er – abends bei einem Glas Wein – die sprachliche Subtilität von Verwaltungsberichten zu genießen, beispielsweise die Beschreibung des Versuchs von Oberbürgermeister Böß in den zwanziger Jahren, die preußischen Behörden davon zu überzeugen, dass sie einfach schlechte Politik machen. Seine Agenda ist eine Mischung von akuten Problemen und strategischen Zielen, die auch schon vor 1920 ange-dacht war. Zur Abarbeitung dieser Agenda standen ihm lediglich die Jahre bis zum Beginn der Weltwirtschaftskrise zur Verfügung. Dafür ist erstaunlich viel passiert.

Es gibt immer wieder Vergleiche mit dem Wohnungsbau der 1920er-Jahre, verbunden mit der Frage, warum wir heute nicht annähernd so viel und bezahlbar bauen können, obwohl die Zuwanderung doppelt so hoch war wie heute. Die Zuwander*innen kamen aus den östlichen Provinzen Preußens, flohen vor der Oktoberrevolution oder weil sie jüdisch waren. Die Probleme, die wir heute haben, sind also für Berlin nicht neu, sodass wir uns eigentlich der Mittel und Wege der 20er-Jahre bedienen könnten.

Anhand dieses sozialpolitischen Kommunalprojektes zeigte uns Andreas Ludwig, dass man innerhalb weniger Jahre tatsächlich einiges erreichen konnte mit einer sozialliberalen Koalition, die sich bis 1929 hielt, eine Bürgermeistermehrheit schuf und damit den politischen Rahmen, um eine solche Politik durchzuziehen. Leider fehlte am Ende das Geld, Kredite wurden zu teuer, die Bewag musste verkauft werden und die Stromproduktion ging in die Privatwirtschaft. Danach gab es eine Veränderung der Kommunalverwaltung. Durch den Sklarek-Skandal 1929 musste Gustav Böß zurücktreten. Heinrich Sahm, der 1937 in die NSDAP eintrat, wurde 1931 als neuer Oberbürgermeister zugleich auch Führer der Verwaltung. Das ganze Gebilde zerfaserte, wenige Jahre bevor die Nazis die Macht in der Stadt übernahmen.

Groß-Berlin ist das Ergebnis eines etwa 50 Jahre anhaltenden Prozesses. Seit den 1840er-Jahren wuchs die Stadt rasant. Berlin hatte 1920 zwei Millionen Einwohner. Die preußische Regierung drängte immer wieder, mit der Bildung einer „Provinz Berlin“ die Strukturen zu vereinheitlichen, denn jede Stadt gestaltete ihre eigene Kommunalpolitik.

Dennoch wuchsen die Stadtgrenzen zusammen, obwohl Vorstädte wie Schöneberg, Wilmersdorf oder Lichtenberg selbstständig wurden, mächtige Rathaustürme bauten und ihrer eigenen Agenda nachgingen. Siemens baute die Hochbahn, die in Charlottenburg als Untergrundbahn verlief. Schöneberg und Wilmersdorf entschieden sich für die kommunale Variante. Durch das Zusammenwachsen der Städte waren ab 1890 praktisch keine Grenzen mehr erkennbar, was sich am Nollendorfplatz dann als tägliches Ärgernis erwies: wenn's brennt – wer kommt? Der „Zweckverband Groß-Berlin“ 1912 sollte das Zuständigkeitsgerangel zentral lösen. Weil man die

Rechnung aber ohne den Wirt gemacht hatte, waren Abstimmungsprobleme vorprogrammiert, gerade bei der Versorgungsfrage im Ersten Weltkrieg; denn der Zweckverband wurde von der preußischen Regierung angeschoben, nicht von den Kommunalbehörden.

Anhand der Themenstränge Infrastruktur und Verkehr, Wohnungsbau und Daseinsfürsorge zeigte uns Andreas Ludwig im Weiteren Probleme und Hindernisse, aber auch Erfolge auf. Am Ende seines Vortrages zog er den Vergleich zu anderen europäischen Städten, und da schließt Berlin gar nicht schlecht ab – auch was die Nachhaltigkeit der Berliner Ideen aus den 1920er-Jahren betrifft: Vor einigen Jahren startete der französische Präsident Sarkozy die Initiative Grand Paris, eine Art französisches Groß-Berlin: Departements fusionierten, das Straßenbahnnetz wurde ausgebaut, ebenso wie die Metro. Das findet offenbar immer noch Anklang.

An dieser Stelle waren knapp 90 Minuten vergangen und eine gut halbstündige Fragestunde wurde eröffnet. Unser Gründungsmitglied Gisela Wenzel teilte ebenso wie Andreas Ludwig ihre Leidenschaft für Statistiken, besonders die in den Schöneberger Verwaltungsberichten. Ein weiterer Gast wies auf kommunalpolitische Städtestatistiker hin – Dissidenten, die ständig die Statistiken der Reichs- und Landesebene kritisierten. Andreas Ludwig erwähnte ein fehlendes Meldewesen für Erwerbslose, denn was nicht auffällt, wird nicht erfasst, und die Zählung bleibt ungenau. Die Bezirkshefte mit den Statistiken sind trotzdem empfehlenswert.

Bei der Beantwortung der Frage nach den Kapazitäten in der Fürsorge und der medizinischen Betreuung wurde deutlich, dass sehr viel Prophylaxe über die Bezirksämter angeboten wurde, die Armenärzte jedoch, die u. a. in der Familienbetreuung tätig waren, eine viel breitere Kompetenz hatten. Krankenhausneubauten allerdings wurde nicht von kommunaler Seite aus gefördert. Investiert wurde da eher in Krankenhäuser des Roten Kreuzes oder von Glaubensgemeinschaften.

Die längste Publikumsfrage mit der höchsten Redegeschwindigkeit an diesem Abend dauerte knapp vier Minuten und fand durch Sonja Miltenbergers beherztes Eingreifen dann auch den Weg zum Frage-



ZuhörerInnen in der Berliner Geschichtswerkstatt



Andreas Ludwig bei seinem Vortrag

zeichen: Thematisiert wurden dabei die Enteignungen, Korruption und der Sklarek-Skandal. Was in die Frage mündete, ob der Reformschwung auch ohne die nationalsozialistische Diktatur gescheitert wäre oder ob Massendemonstrationen und Randalen der KPD Antreiber oder destruktiv gewesen seien. Diese Fragestellung wäre eigentlich ein Thema für ein eigenes Werkstattgespräch, weshalb die Antwort auch eher knapp ausfiel und sich auf den Werdegang der SPD seit der Spaltung 1916 in MSPD und USPD konzentrierte, mit dem Ergebnis einer sozialliberalen Mehrheit ohne die KPD.

Andreas Ludwig nutzte dabei die Gelegenheit, auf Emil Wutzky hinzuweisen, der die Stadtparkasse überredet hatte, eine Geschäftsbank zur Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus zu eröffnen. Er war ein Mann der Praxis nach dem Motto „Konkret ist, was am Abend hängenbleibt“. Er wusste, wie man's macht, musste aber die Mehrheit des Magistrats überzeugen.

Die Frage von Martin Düspohl – ebenfalls Gründungsmitglied der Berliner Geschichtswerkstatt – nach dem Abhandenkommen der Gewerkschaften und dem Trauerspiel der Neuen Heimat in den 1980er-Jahren streifte Andreas Ludwig mit wenigen Sätzen. Nicht nur persönliche Bereicherung in hohem Maß führten zu deren Untergang. Die Sozialwohnungen der 1950er-Jahre harmonisierten nicht mehr mit der Idee des wirtschaftlichen Aufstiegs und der gewerkschaftliche und genossenschaftlich-kollektive

Gedanke war nicht mehr en vogue. Man wollte vom Käfer zum Mercedes aufsteigen und damit gab es auch keinen politischen Widerstand. Unsere Moderatorin Sonja Miltenberger wollte schon den gemütlichen Teil einleiten, als dann von unserem Mitglied Erika Hausmann doch noch eine Ergänzung zur Beilegung der Wohnungsnot und zum Einquartierungsgesetz 1920 kam: Zu dieser Zeit wurden viele Baracken auf dem Tempelhofer Feld gebaut – Lösungsvarianten, die auch heute wieder diskutiert werden. Der Vossischen Zeitung hatte Erika Hausmann entnommen, dass es zur Gründung von Groß-Berlin keine Feier gab; möglicherweise gab es eine auf Regierungsebene, aber die Bevölkerung feierte nicht. Zumal man auch nicht den Kapp-Putsch 1920 vergessen darf – es war also eine ganz andere Situation, wie Gründungsmitglied Gisela Wenzel hinzufügte.

Das Schlusswort ergriff Jürgen Karwelat aus dem Vorstand der Berliner Geschichtswerkstatt, indem er auf die Elektrizitätswerke mit ihren unterschiedlichen Tarifen und Voltzahlen in den verschiedenen Bezirken hinwies. Auch die beiden Hochbahnen, die von zweierlei Gesellschaften gebaut wurden, fuhren 1920 jeweils mit Wechselstrom, aber unterschiedlichen Amplituden, sodass es für ihren Betrieb zweier verschiedener Kraftwerke bedurfte. Dies wurde nach und nach angeglichen. Hut ab vor dieser Stadt, die es geschafft hat, uns in mehrfacher Hinsicht zu einen.

Vortrag

Dr. Andreas Ludwig, Stadthistoriker, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Das neue Berlin und seine kommunale Agenda – soziale Daseinsvorsorge als Stadtpolitik 1920-1930

Das Berlin der 1920er-Jahre ist ein Schauplatz der Mythenbildung, von Sozialkritik, Selbststilisierung, dem Pathos der Nüchternheit und der Protokolle des Scheiterns. Hier spielt der Großstadtroman zwischen „Menschen im Hotel“ und „Berlin Alexanderplatz“, hier sind die Großstadtreportagen von Joseph Roth angesiedelt. Allen gemeinsam ist der Versuch, am Beispiel Berlins den Menschen in der Anonymität der Moderne zu schildern. Zur zeitgenössischen Selbstwahrnehmung gehört aber auch, dass man sich an eben dieser Moderne berauschte. Nicht umsonst hieß eine Berliner Abendzeitung „Tempo“, beschrieb ein expressionistisches Gedicht den U-Bahnhof Gleisdreieck im Rhythmus der Bahnen:

„Untergrund / Kunterbunt / Kurve! und / Gleis-drei-eck! / Alles flucht / Alles sucht / Drunter und / drü-ber weg! / Jedermann / Lebemann / Biedermann: / Schieber! / Allesamt / Gleichverschlampt / Gleiches Ka- / liber!“⁽¹⁾

Auch ist es die schiere Größe und die Technisierung der Stadt, die ihre Vielfalt bedingt und Beschreibungen bestenfalls punktuell ermöglicht: „Um die volle Wahrheit der wachsenden, unsichtbaren Siedlung Berlin zu zeichnen, müßte ich Seite um Seite des statistischen Jahrbuchs der Stadt abschreiben“, meinte Alfred Döblin.⁽²⁾ Lakonisch brachte es Erich Kästner (1931) auf den Punkt: „... soweit die riesige Stadt aus Stein besteht, ist sie fast noch wie einst. Hinsichtlich der Bewohner gleicht sie längst einem Irrenhaus. Im Osten residiert das Verbrechen, im Zentrum die Gau-

nerie, im Norden das Elend, im Westen die Unzucht, und in allen Himmelsrichtungen wohnt der Untergang.“⁽³⁾ – Wobei alles natürlich auch genau andersherum gewesen sein könnte.

Die nachträgliche Rezeption des Berlin der 1920er-Jahre reduziert sich dagegen zunächst auf eine Verlustgeschichte („Ich hab noch einen Koffer in Berlin“ / „Ich hab so Heimweh nach dem Kurfürstendamm“), später maßgeblich auf das hedonistische Prinzip des anything goes im Nachtleben rund um den Nollendorfplatz im Film „Cabaret“ (1972) und die Adaption politischer Auseinandersetzungen und gesellschaftlicher Probleme in der Figur des Polizeikommissars Gereon Rath, als Fernsehserie seit 2017 verfilmt unter dem Titel „Babylon (sic!) Berlin“.

Was fangen wir mit diesen Befunden an? Welche Aspekte des 1920 zu einer administrativen Einheit zusammengefassten Berlin zeigen sie und welche nicht? Welche sind heute noch für die Berliner Gegenwart aufschlussreich?

Auch wenn die politische und soziale Lage zu Beginn der Weimarer Republik mit der heutigen kaum zu vergleichen ist, resultiert die städtische Aktualität aus einigen vergleichbaren Problemlagen: Erstmals seit den 1930er-Jahren verzeichnet Berlin ein Stadtwachstum, und daraus resultierend vermehrte Anforderungen an die kommunale Infrastruktur, steigende Knappheit an Wohnraum, Integration von Zuwanderung, soziale Desintegration, um nur einige zu nennen.

1 Walter Mehring: Achtung Gleisdreieck!, erschienen in ders.: Das Katzenbrevier. Ein Kabarettprogramm, Berlin 1921.

2 Alfred Döblin: Berlin, die unsichtbare Stadt, in: Berlin 1928. Das Gesicht der Stadt. Fotografiert von Mario von Bucovich. Mit einem Geleitwort von Alfred Döblin, Berlin 1992 (1928), S. 7.

3 Zit. n. Berliner Geschichtswerkstatt: Art. Geschichte, Auszug aus: Stadtbuch 3, Berlin o. J. (1984).

Dieser Beitrag widmet sich mit der kommunalpolitischen Perspektive einem Aspekt, der im gegenwärtigen Berlin viel diskutiert wird. Wenn heute in der Presse öfter von Wachstumsproblemen Berlins die Rede ist, so wurden in den Jahren nach der Gründung von Groß-Berlin eher die Chancen hervorgehoben. Mit der Bildung von Groß-Berlin verband man den Anspruch, etwas Neues schaffen zu wollen, die Reparatur vorangegangener Fehlentwicklungen mit politischen, sozialen und technischen Neuansätzen zu verbinden. Wohl nicht aus Zufall wurde statt des zuvor üblichen Begriffs Groß-Berlin nach 1920 die „neue Stadtgemeinde Berlin“ oder kurz „Das neue Berlin“⁽⁴⁾ eine immer wieder gebrauchte Formulierung.

Die Schaffung und Ausgestaltung von Berlin als kommunalpolitisches Projekt markiert einen scheinbar unspektakulären Politikern dieser Zeit, auf den ich im Folgenden eingehen möchte.

Es geht um einen Blick gleichsam „aus dem Büro“ und die Frage, welche Konzepte entwickelt wurden, um Missstände zu bekämpfen einerseits, andererseits um sich in Erinnerung zu rufen, welche kommunale Verantwortlichkeit, die uns heute als selbstverständlich (oder unerreichbar) erscheint und deren Funktionen wir einfordern, damals entwickelt wurden.

Die historische Ausgangslage

Am 1. Oktober 1920 trat das „Gesetz über die Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin“⁽⁵⁾ in Kraft, das am 27.4.1920 von der preußischen Landesversammlung mit einer knappen Mehrheit von 165:148 Stimmen angenommen worden war. Es bedeutete in erster Linie die administrative Neuordnung der Berliner Agglomeration und die Zusammenführung von acht Großstädten, 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirken.⁽⁶⁾ Der Flickenteppich des Berliner Siedlungsraums und

die daraus resultierenden Probleme waren schon spätestens seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bekannt. Berlin selbst war aufgrund seiner Größe mit den herkömmlichen politischen und Verwaltungsstrukturen kaum noch sinnvoll zu organisieren. Kommunalverwaltung, Polizei, Post hatten jeweils unterschiedliche räumliche Organisationen, Staats- und Kommunalbehörden eine komplizierte Kompetenzverteilung. Das in Berlin bereits seit dem 18. Jahrhundert, in den Vororten seit der Gründerzeit anhaltende massive Bevölkerungswachstum durch Zuwanderung erforderte leistungsfähige Versorgungsnetze. Während die Industrie Arbeitskräfte benötigte, machte sich der Staat Sorgen um deren politische Kontrolle, und die Gemeinden klagten über die Anonymisierung, die das Honoratiorenmodell städtischer Selbstverwaltung⁽⁷⁾ an seine Grenzen brachte. Kurzum: Die durch Industrialisierung und Mobilität verursachte Urbanisierung des Berliner Raums bedeutete einen qualitativen Sprung städtischer Problemlagen.

Es ist bezeichnend, dass Versuche einer administrativen Steuerung weniger von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung ausgingen als vom preußischen Staat, der 1875 eine Provinz Berlin vorschlug, um so etwas wie eine Raum- und Behörden integrierende Steuerungskompetenz zu erreichen. Es ist ebenso bezeichnend, dass die Berliner Stadtverordneten das ablehnten. Man setzte auf die bewährte Mischung aus kommunaler, großenteils ehrenamtlicher Selbstverwaltung und wirtschaftlichem Liberalismus. Die Eingemeindung der Vorstädte von 1861 und der Hobrecht-Plan für die weitere Stadtentwicklung schienen ausreichend, alles darüber Hinausgehende ein Wagnis. Als Reaktion folgte eine staatliche Politik eines „Kranzes blühender Vorstädte“, d. h. kommunaler Eigenständigkeit der wachsenden Umlandgemeinden, die sich in einer forcierten Stadtrechtsvergabe ausdrückte⁽⁸⁾ – und eben auch einer durchaus unterschiedlichen Kommunalpolitik, die sich als Städte-

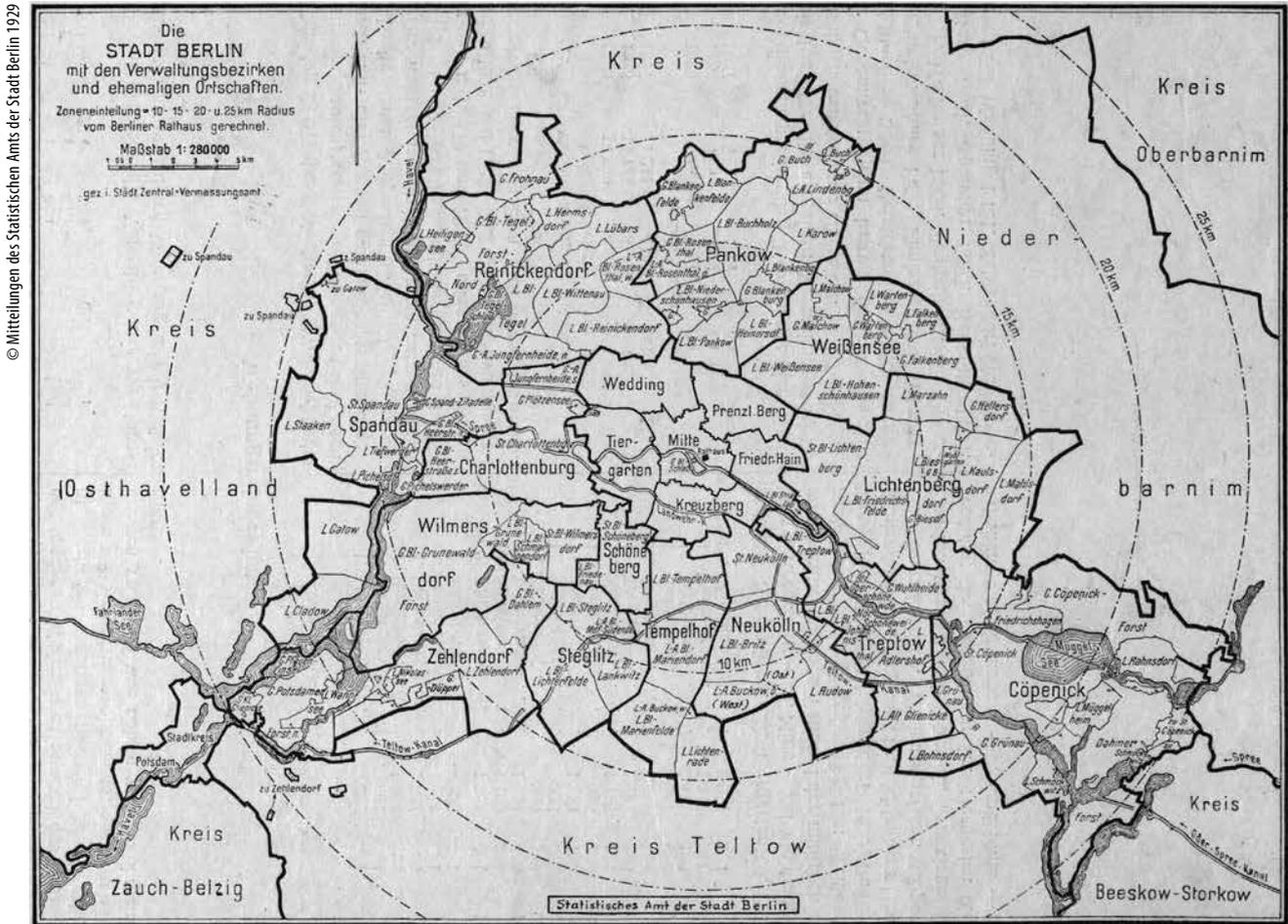
4 So der Titel der 1929 von Stadtbaurat Martin Wagner und Adolf Behne herausgegebenen Zeitschrift.

5 Abgedruckt in Christian Engeli, Wolfgang Haus (Hg.): Quellen zum modernen Gemeindeverfassungsrecht in Deutschland, Stuttgart u. a. 1975, S. 582-601, zzgl. Anlagen.

6 Zur historischen Entwicklung der Agglomeration vgl. Felix Escher: Berlin und sein Umland. Zur Genese der Berliner Stadtlandschaft bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts, Berlin 1985.

7 Für den Bereich des Armenwesens vgl. Ludovica Scarpa: Gemeinwohl und lokale Macht. Honoratioren und Armenwesen in der Berliner Luisenstadt im 19. Jahrhundert, München u. a. 1995.

8 In der Zeit zwischen 1877 und dem Ersten Weltkrieg wurde die Kreisfreiheit von Charlottenburg, Schöneberg, Neukölln, Wilmersdorf und Lichtenberg bewilligt.



Karte von Groß-Berlin, nach 1920

konkurrenz ausdrückte und auch so wahrgenommen wurde. Die Notwendigkeit einer Kooperation blieb jedoch virulent. Mit der vom preußischen Staat vorangetriebenen Bildung des Zweckverbands Groß-Berlin im Jahr 1912⁹⁾ wurde ein Planungsverbund erreicht, der weit über das spätere Berliner Stadtgebiet hinausreichte, und mit der sogenannten Brotkartengemeinschaft im Ersten Weltkrieg entstand eine Kooperation der Kommunalbehörden zur Versorgung der Bevölkerung. Schließlich wurde mit der Novemberrevolution das Dreiklassenwahlrecht abgeschafft und durch eine sozialdemokratische preußische Regierung der Gegensatz von konservativ-monarchischem Staat und liberaler Stadtgemeinde obsolet.

Der Berliner Oberbürgermeister Adolf Wermuth (1912-1920) betrieb, im Gegensatz zu seinen Vorgän-

gern, den Zusammenschluss der Gemeinden im Berliner Raum aktiv. Die Verhandlungen zwischen Berlin und den Volksbeauftragten, die die preußische Regierung nach der Revolution bildeten, begannen bereits Ende November 1918.

Chaos

Die Vortragsreihe der Berliner Geschichtswerkstatt, in deren Rahmen dieser Beitrag entstand, führt den Untertitel „Aufbruch aus dem Chaos“, und für die Zeit nach 1918 trifft diese saloppe Bezeichnung durchaus zu. Die politischen Kämpfe zwischen der Novemberrevolution und dem Kapp-Putsch, die Auflösung der Weltkriegsarmee, die Umstellung der Rüstungsproduktion auf eine sogenannte Friedenswirtschaft, die

⁹ Zweckverbandsgesetz für Groß-Berlin vom 19. Juli 1911, <http://www.verfassungen.de/preussen/gesetze/zweckverbandsgesetz-berlin11.htm> (Zugriff 4.1.2019).



© Berlin und seine Eisenbahnen, Bd. 1, Berlin 1896

Bevölkerungswachstum im Berliner Raum, in den 1920er-Jahren

zunehmende Geldentwertung, um nur einige Stichworte zu nennen, sprechen für die These vom Chaos, das über fünf Jahre, bis Ende 1923, anhielt. Der Anfang 1921 gewählte Oberbürgermeister Gustav Böß nahm darauf im Vorwort zum Verwaltungsbericht Berlins Bezug und beschrieb rückblickend die Aufgabenprioritäten, denen sich der Magistrat 1920 gegenüber sah:⁽¹⁰⁾

- Schaffung einer arbeitsfähigen, nicht zu teuren Verwaltung
- Zusammenfassung der städtischen Werke und Betriebe

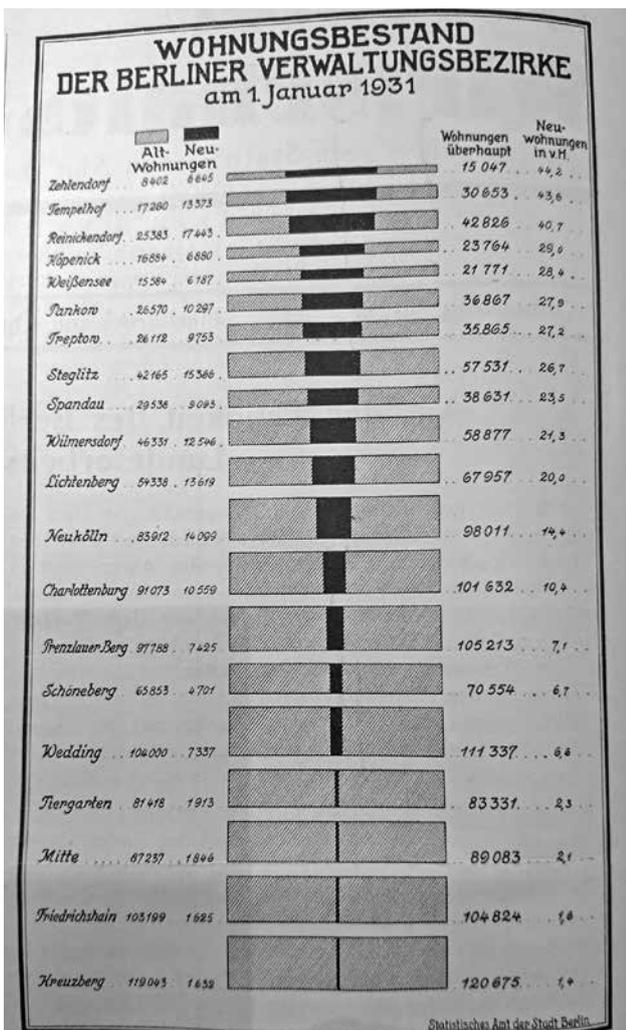
- Bekämpfung der wirtschaftlichen Not durch positives Schaffen
- Erhaltung der durch die Kriegsfolgen gesteigerten sozialen und hygienischen Fürsorgepflichten
- Kulturelle Arbeit für Schule und Bildung.

Zwei der fünf Arbeitsschwerpunkte waren somit direkt den Kriegsfolgeproblemen gewidmet. 1923 veröffentlichte Böß seine Streitschrift „Die Not in Berlin“, in der die wirtschaftlichen, sozialen, gesundheitlichen und mentalen Probleme der Zeit eindringlich und gestützt auf das städtische statistische Büro geschildert wurden.⁽¹¹⁾

¹⁰ Allgemeiner Überblick über die Entwicklung Berlins vom 1. Oktober 1920 bis zum 31. März 1924, in: Verwaltungsbericht der Stadt Berlin 1924-1927, Berlin 1929, Bd. 1, S. 29-41, S. 33.

¹¹ Gustav Böß: Die Not in Berlin, Berlin 1923. Hier und im Folgenden wird maßgeblich auf schier unerschöpfliche kommunale Informationsquellen Bezug genommen. Zu nennen sind: Statistisches Jahrbuch bzw. Statistisches Taschenbuch der Stadt Berlin 1878-1943, <https://digital.zlb.de/viewer/metadata/16308258/1/> (Zugriff 8.1.2019); Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, 1924 ff; Berliner Wirtschaftsberichte (erschien halbmonatlich), 1924 ff.

© Berliner Wirtschaftsberichte 8 (1931), Nr. 9, S. 64



Wohnungsbestand der Berliner Verwaltungsbezirke am 1. Januar 1931. Die schwarzen Balken bezeichnen den Anteil der Neubauwohnungen am Gesamtbestand

Die Streitschrift richtete sich an die Regierung und das Parlament, denn aus Böß' Sicht fehlte es der Stadt an Geld, hervorgerufen durch die Reichsgesetzgebung, die die Stadt in mehrfacher Hinsicht benachteiligte. Exemplarisch sei hier auf die sogenannte Erzberger'sche Finanzreform von 1920 verwiesen. Sie beendete das kommunale Steuerprivileg eines Zuschlags zur staatlichen Einkommensteuer, bis dahin die wichtigste Finanzierungsquelle der Gemeinden. Stattdessen wurden die Steuern durch das Reich eingenommen, an die Länder verteilt, die es wiederum den Kommunen zuwies. Für Berlin rechnete Böß exakt vor, welche Mindereinnahmen der Stadt dadurch entstanden. An dieser Stelle sei aber auch darauf verwiesen, dass

die Finanzreform eines der wesentlichen Argumente der wohlhabenden Gegnergemeinden von Groß-Berlin beseitigte, nämlich das der überproportionalen finanziellen Belastung durch die Eingemeindung. Das Geld verteilte nunmehr der Magistrat an die Bezirke mit dem Ziel eines Ausgleichs der Lebensverhältnisse.

Soziale Verhältnisse

1920 lebten im alten Berlin knapp zwei Millionen Einwohner und in den Umlandgemeinden etwa ebenso viele, wobei das Bevölkerungswachstum des Umlands ab Mitte der 1890er-Jahre das von Berlin bereits überstieg. Diese Entwicklung setzte sich nach 1920 fort; das Bevölkerungswachstum betraf vor allem die Vororte, zunächst insbesondere Tempelhof, Wilmersdorf, Steglitz, später die Bezirke mit intensiver Neubautätigkeit.

Nach der Volkszählung von 1925 stammten drei Viertel der Berlinerinnen und Berliner aus der Stadt selbst, ein Viertel waren Zugewanderte, zumeist aus Brandenburg, aber auch aus östlichen preußischen Provinzen, besonders aus Posen. Fernwanderung spielte dagegen nur eine geringe Rolle, mit Ausnahme der nach der Oktoberrevolution aus Russland Geflohenen, die aber ab 1924 Berlin meist wieder verließen, sowie jüdischen Zuwanderern aus Osteuropa.⁽¹²⁾

Das auch während der Weimarer Republik anhaltende massive Bevölkerungswachstum Berlins – die Einwohnerzahl stieg von 3,9 Millionen im Jahr 1920 auf 4,3 Millionen 1931, was eine durchschnittliche Zunahme von 40.000 Menschen pro Jahr bedeutete – verschärfte die bereits vor 1918 bestehende Wohnungsnot weiter. 1925 wurden 1,17 Millionen Wohnungen gezählt, die meisten davon Kleinwohnungen bis zu drei Zimmern. Die Zählung vermittelt das mit der Wohnsituation verbundene soziale Elend in Berlin: Etwa 70.000 Menschen lebten in 18.000 Kellerwohnungen, 44.000 in Dachwohnungen, 20.000 in 6000 dauerhaft genutzten Lauben. 7000 Berlinerinnen und Berliner lebten in Baracken, knapp 100.000 Haushalte hatten Untermieter, 36.000 Haushalte Schlafburschen. Insgesamt lebten also über 300.000

12 Gezählt wurden die vor dem 1. Juli 1914 Geborenen, vgl. Die Volks- und Berufszählung am 16. Juni 1925, in: Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin 1929, H. 6, S. 13 ff.

Menschen in provisorischen oder unzureichenden Verhältnissen.

Zu diesen strukturellen, bereits im Kaiserreich bestehenden Verhältnissen kam die unmittelbar kriegsbedingte Not, vor allem die durch das Ende der Rüstungswirtschaft und die Demobilisierung der Soldaten bedingte Erwerbslosigkeit. Durch eine staatliche Verordnung zugunsten erwerbsloser ehemaliger Soldaten von 1919 wurden insbesondere Frauen vom Arbeitsmarkt verdrängt. Bereits im Januar 1919 wurden allein in Berlin 190.000 Arbeitssuchende gezählt – bei 800 offenen Stellen – und Ende 1923 erhielten über 400.000 Berlinerinnen und Berliner in irgendeiner Form arbeitsbedingte Sozialleistungen, oft kommunale Unterstützung, weil die Hilfe aus der Arbeitslosenversicherung laufend gekürzt wurde.

Die Zahl der Dauerarbeitslosen stieg von 21 Prozent 1921 auf 35 Prozent 1922. Ab Ende 1920 wurde eine „produktive Erwerbslosenfürsorge“ eingeführt, also sogenannte Notstandsarbeiten. Die Erwerbslosigkeit nahm nach dem Ende der Inflation zunächst ab, erreichte aber während der Weltwirtschaftskrise erneut ungeheure Ausmaße: Im Januar 1929 zählte Berlin 237.000 Arbeitssuchende, im Januar 1933 waren es 665.000.⁽¹³⁾ Ein Gutteil der Kosten ging zulasten der Stadt.

Die Folgen des Krieges zeigten sich auch auf anderen Gebieten. So halbierte sich die Geburtenrate in Berlin zwischen 1913 und 1923. Der Berliner Oberbürgermeister Gustav Böß konstatierte 1923 einen „Rückfall auf den Kartoffelstandard“, „schleichenden Gesundheitsverfall und dauerndes Siechtum“ sowie allenthalben verschämte Not, die zu Verbitterung, Unordnung, Umsturz und einer „Verschärfung der Klassegegensätze“ führen würden.⁽¹⁴⁾

In diesen Jahren des „Chaos“, die wohl eher als Jahre des Elends zu bezeichnen sind, wurden jedoch die Kerne der neuen Kommunalpolitik verwirklicht, die sich in fünf Punkten zusammenfassen lassen:

- Ausgleich der einzelnen Stadtviertel mittels Infrastruktur und Ausgleich der Interessen von Bewohnern und Wirtschaft
- Kommunalisierung der Wirtschaftsbetriebe für die kommunale Infrastruktur
- Verselbständigung dieser Wirtschaftsbetriebe
- Dienstleistungen für die gesamte Stadt
- Modellhaftigkeit der Entwicklung und Ausbau Berlins zur „Weltstadt“ in der Städtekonkurrenz.

Vorsorgepolitik

Der Berliner Magistrat setzte auf eine Stadtentwicklungspolitik, bei der die Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung das steuernde Element waren. Auf einige der Politikfelder wird im Folgenden eingegangen.

Grundlegend für einen kommunalen Handlungsspielraum war die Verfügbarkeit von Grund und Boden; der Magistrat betrieb eine aktive Bodenerwerbs- und Bodenbewirtschaftungspolitik.

Bereits vor 1920 hatten die Gemeinden des Berliner Raums Flächen von privaten Gutsbesitzern oder vom Staat gekauft. Bekannte Beispiele sind die Berliner Rieselfelder, der Grunewald im Rahmen des Dauerwaldvertrags von 1915 und das Tempelhofer Feld, das dem Militärfiskus von der Gemeinde Tempelhof abgekauft worden war. Diese Flächenbevorratungspolitik wurde nach 1920 fortgesetzt. Berlin sicherte sich in dieser Zeit weiterhin Baugelände und Flächen für die Infrastruktur, etwa die Güter Britz, Düppel, Marienfelde, Biesdorf sowie Gatow/Neu-Kladow.

Im Jahr 1924 war die Hälfte des Stadtgebiets Bauland und ein Drittel freies Bauland. Dies ermöglichte den Wohnungsbau in den 1920er-Jahren, bei dem unter anderem städtisches Bauland zu günstigen Konditionen an gemeinnützige und private Wohnungsbaugesellschaften vergeben wurde.

¹³ Zahlenangaben nach Bertold Grzywatz: Arbeit und Bevölkerung im Berlin der Weimarer Zeit, Berlin 1988, S. 43 f.

¹⁴ Böß: Die Not in Berlin, S. 15, S. 17.

Heute ist Bauland in öffentlichem Besitz äußerst knapp und für Baugrundstücke wird viel Geld ausgegeben – ein erheblicher Faktor der hohen Neubaumieten. Wollte man die Zeit vor 100 Jahren mit heute vergleichen, müsste Berlin erheblich Land in Brandenburg, also wie damals außerhalb des engeren Siedlungsgebiets, kaufen. 1920 waren von den Landkreisen auf Druck der preußischen Regierung bedeutende Gebiete, vor allem die am weitesten entwickelten, inklusive ihrer Infrastruktureinrichtungen gegen Kompensation nach Berlin abgegeben worden. Heute haben wir einen „Speckgürtel“, eine sich mit Berlin entwickelnde und zu großen Teilen auf Berlin ausgerichtete Mischzone aus Wohnen, Gewerbe und Infrastruktur, und eine an die Zeit vor 1912 bis 1920 erinnernde Verdichtung von Siedlungs- und Wirtschaftsraum ohne eine gemeinsame, ordnende und entwickelnde politische Strategie.

Wohnungsbau

Unzweifelhaft ist der Wohnungsbau eines der bekanntesten Beispiele für die Attraktion, die das Berlin der 1920er-Jahre heute ausübt. Nicht zuletzt die denkmalgerechte Sanierung von sechs Großsiedlungen und ihre Aufnahme in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes im Jahr 2008 haben die Aufmerksamkeit auf ein zentrales Gebiet städtischer Entwicklungs- und Sozialpolitik gelenkt, das heute, aufgrund einer ähnlichen sozialen Situation, erneut politische Relevanz hat. Auch wenn die Großsiedlungen, nicht zuletzt aufgrund ihrer architektonischen Qualität, die meiste Beachtung auf sich ziehen, so handelt es sich beim Wohnungsbau der 1920er-Jahre um eine flächendeckende, alle Bezirke betreffende soziale Intervention in einen bis 1914 privatwirtschaftlich dominierten Lebensbereich.

Die Wohnungsnot in Berlin war vor allem für die ärmere Bevölkerung schon vor 1914 gravierend. Während des Ersten Weltkrieges wurden deren soziale Folgen auch politisch virulent, denn sie betrafen nun auch Mittelstandsfamilien. Die Folge waren Gesetze, die einen kriegsbedingten Schutz der Mieterschaft erreichen sollten, so u. a. einen erweiterten Kündi-

gungsschutz, eine Steuerung des Wohnungsmarktes, der Mietspreibegrenzung und ein Wohnungszuweisungsrecht der Gemeinden. Man sprach von einer kriegsbedingten Wohnungszwangswirtschaft als Teil der Kriegssozialpolitik, jedoch wurde diese Politik durch eine Reihe von Reichsgesetzen zu Beginn der 1920er-Jahre verstetigt. Wohnungsmangel wurde als strukturelles soziales Problem erkannt, dem man durch verschiedene Maßnahmen begegnen wollte.

Das Recht auf Zuweisung bewirkte, dass Wohnungssuchende statistisch überhaupt erfasst wurden. 1924 registrierten die kommunalen Wohnungsämter 220.000 davon, wobei die Probleme kulminierten: Ein Sockel an fehlenden Wohnungen aus der Vorkriegszeit, vermehrte Eheschließungen nach Kriegsende 1918, ein anhaltender Zuzug nach Berlin und ein geringer Wohnungsbau bis zum Ende der Inflation bewirkten eine desaströse Lage auf dem Markt. Bis 1924 wurden jährlich nur zwischen 1000 und 3000 Wohnungen gebaut, darunter auch Baracken.

Ab 1924 nahm der Wohnungsbau dann Fahrt auf,⁽¹⁵⁾ angeschoben durch die sogenannte Hauszinssteuer, die als Inflationsausgleich auf Hausbesitz erhoben wurde und zur Hälfte dem Wohnungsbau dienen sollte. Allerdings war die Verteilung dieser Steuermittel den Ländern überlassen, was für Berlin bedeutete, dass mehr Steuern erhoben als zurückgezahlt wurden, weil in Preußen bevorzugt die ländliche Entwicklung gefördert werden sollte.

Die Hauszinssteuer sorgte für die Verfügbarkeit günstiger Kredite. Berlin gründete zu deren Verteilung die „Wohnungsfürsorgegesellschaft“, aber auch die Berliner Sparkasse mit ihrer eigens gegründeten kommunalen Stadtbank, die Arbeiterbank des ADGB, die Rentenversicherung und andere öffentliche Geldgeber vergaben Kredite zum Wohnungsbau. Auf dieser Grundlage wurden in Berlin zwischen 1924 und 1931 allein 160.000 Wohnungen im gemeinnützigen Sektor gebaut, wobei ab 1931 die Zahl der Neubauwohnungen aufgrund der Weltwirtschaftskrise und der Kreditrestriktionen der Reichsbank massiv zurückging (errichtet wurden 1924: 10.000, 1929: 34.000, 1931: 9000 und 1932: 5000 Wohnungen). Die Mittel aus der

¹⁵ Vgl. Harald Bodenschatz, Klaus Brake: Wohnungsfrage und Stadtentwicklung, Berlin 2017 (100 Jahre Groß-Berlin, Bd. 1).



© Andreas Ludwig

Friedrich Ebert Siedlung, 2020

Hauszinssteuer gingen zu zwei Dritteln an gemeinnützige und zu einem Drittel an private Bauherren, wobei der gemeinnützige Wohnungsbau nicht allein kommunale Angelegenheit war. Die Städtischen Wohnungsbaugesellschaften, 1929 waren es sieben, bauten etwa ein Viertel der Neubauwohnungen, unter anderem die Weiße Stadt in Reinickendorf und die Ringsiedlung in Siemensstadt.

Daneben waren die freien Gewerkschaften ein bedeutender Akteur des gemeinnützigen Wohnungsbaus. Die gewerkschaftliche GEHAG, 1924 gegründet, errichtete 8400 Wohnungen, unter anderem die Onkel-Tom-Siedlung in Zehlendorf, Teile der Hufeisensiedlung in Britz, die AfA-Siedlung Alt-Treptow, die Wohnstadt Carl Legien in Prenzlauer Berg. Ihr wichtigster Architekt war Bruno Taut, dessen Entwürfe diese Siedlungen noch heute im Stadtbild erkennbar machen.

Schließlich sind die Angestelltengewerkschaften zu nennen. Die Baugesellschaft Gagfah stützte sich auf sie, insbesondere den Deutschnationalen Handlungsgelhilfenverband, und akquirierte unter anderem Mit-

tel der Reichsanstalt für Angestelltenversicherung für den Bau der Siedlungen am Fischtal, die Siemenssiedlung am Rohrdamm und die Siedlung der Reichsforschungsgesellschaft in Haselhorst. Die Degewo, die sich auf verschiedene Angestellten- und Beamtenverbände stützte, baute unter anderem Teile der Hufeisensiedlung in Britz.

War der Wohnungsbau der 1920er-Jahre damit Wohnungsbau für Angestellte? Insgesamt waren die Mieten in den Neubausiedlungen trotz der massiven Förderung durch Kredite und günstigen Baugrund höher als die in den Mietskasernen des Kaiserreichs, dafür hatten sie aber auch einen besseren Ausstattungsstandard, etwa innenliegende Bäder, Balkone, ab Ende der 1920er-Jahre auch zunehmend Zentralheizung. Man wird schon aufgrund des hohen Anteils der freigewerkschaftlichen und städtischen Bauten wohl eher von Wohnungen für Familien mit einem unteren bis mittleren Einkommen sprechen können. Gebaut wurde also nicht für die Ärmsten, aber schon Facharbeiter gehörten zu den Mietern. Dies gilt auch für die gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften, die ebenfalls einen erheblichen Anteil am Baugeschehen



© Andreas Ludwig

Weißer Stadt im Bezirk Reinickendorf, 2020

hatten. Die Berliner Großsiedlungen der Weimarer Zeit – und die vielen kleineren über das Stadtgebiet verteilten Wohnungsbauprojekte – waren Verräumlichungen und Vergegenständlichungen der Sozialpolitik ihrer Zeit, wie Wolfgang Hofmann prägnant formuliert hat.⁽¹⁶⁾

Diese Verräumlichung und Vergegenständlichung des Sozialen ließe sich an weiteren Beispielen nachverfolgen, so in der Grünflächenpolitik und der Anlage von Sportstätten, die als Orte der gesundheitlichen Vorsorge wie auch der Freizeitgestaltung konzipiert waren. Das Strandbad Wannsee ist das prominenteste, wenn auch bei weitem nicht das einzige Beispiel.

Die Schulpolitik, die in Berlin vom obrigkeitlich fixierten Drill des Kaiserreichs zu einer demokratischen Einrichtung mit vielfältigen Reformversuchen weiterentwickelt wurde, bildete die Grundlage des heutigen diversifizierten Schulsystems heraus. So unter

anderem die Religionsneutralität, den Fachunterricht an Grundschulen, den Zweiten Bildungsweg und Abendschulen, Vorformen der Gesamtschule, obligatorische Berufsschule sowie Formen der Community School und der Lebensgemeinschaftsschule.

Insgesamt wurde eine kommunalpolitisch intendierte Verallgemeinerung der bereits während des späten Kaiserreichs in einigen Gemeinden praktizierten und nicht unwesentlich aus privaten Mitteln getragenen Sozialreform angestrebt und diese ausgebaut. Damit erwies sich die neue Stadt Berlin als soziales Projekt, als kommunale Konkretisierung der in der Weimarer Verfassung festgeschriebenen Sozialstaatlichkeit, über die sie, trotz der zeitgenössischen Tendenz zur Zentralisierung, teilweise weit hinausging.

Dies alles ließ sich jedoch nur unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen und oft auch nur ansatzweise realisieren. Einer der Wege, zu den nöti-

¹⁶ Wolfgang Hofmann: Essay: Der soziale Wohnungsbau und seine gemeinnützigen Träger, in: Rudolf Baade: Kapital und Wohnungsbau in Berlin 1924-1940, Berlin 2004, S. 11-20, S. 11.

gen Mitteln zu kommen, war die Wirtschaftskraft der Stadt, die unter dem Aspekt der kommunalen Investitionen und der Wirtschaftsförderung im Folgenden skizziert wird.

Kommunalbetriebe

Kommunalbetriebe hatte es in Berlin und anderen Gemeinden natürlich schon vor 1920 gegeben. Gas-, Elektrizitäts-, Wasser- und andere Werke der städtischen Daseinsvorsorge waren teilweise bereits im 19. Jahrhundert kommunalisiert worden. Sie wurden nun berlinweit zusammengefasst, modernisiert und systematisch in städtische Hand gebracht. Es ging zunächst um eine infrastrukturelle Modernisierung, die größere Wirtschaftlichkeit einerseits, eine gleichmäßigere Versorgung der verschiedenen Stadtviertel andererseits bewirken sollte.⁽¹⁷⁾

Bis 1923 wurden diese kommunalen Regiebetriebe schrittweise in städtische GmbHs umgewandelt, also privatwirtschaftlich organisierte, aber von der Stadt kontrollierte Betriebe. Damit wurden sie kreditfähig und konnten auf diese Weise Geld für ihren weiteren Ausbau akquirieren, das ihnen die Gemeindehaushalte nicht hätten zur Verfügung stellen können. Angesichts der rigiden Kreditpolitik des Reiches war dies ein erheblicher Vorteil. Berlin wiederum konnte vom Geschäftsbetrieb der kommunalisierten Betriebe profitieren, indem deren Überschüsse teilweise in den Stadthaushalt flossen.

Aufschlussreich ist die doppelte, oftmals konfligierende Bedeutung der Kommunalbetriebe für die Stadtpolitik. Einerseits sollten die Tarife für die Verbraucher niedrig sein, andererseits die Arbeitsbedingungen und Löhne für die Beschäftigten unter sozialen Prämissen festgelegt werden. Diese gegensätzlichen Zielvorgaben führten mehrfach zu Streiks.

Die Kommunalbetriebe wurden aber auch als wirtschaftliche Infrastruktur über den reinen Bevölkerungsbedarf hinaus interpretiert. Im Sinne einer

kommunalen Daseinsvorsorge, also der Zurverfügungstellung von Dienstleistungen für alle, versorgten sie auch die Industrie, etwa mit Strom, Kohle, Gas und Wasser. Oberbürgermeister Böß sprach von einer „volkswirtschaftlich-kulturellen Gemeinschaftsarbeit“.⁽¹⁸⁾

Einige Beispiele mögen zeigen, worum es ging: Die Gaswerke des Berliner Raums wurden zusammengefasst, acht von ihnen bis 1923 geschlossen und die Produktion in nur sechs bis sieben Großanlagen fortgeführt. Die Hälfte des Gasverbrauchs ging auf die privaten Haushalte zurück und diese wurden auch durch den Verkauf preisgünstiger Kohle durch die städtische Brennstoffgesellschaft unterstützt. Damit kam etwa ein Viertel der in Berlin verheizten Briketts aus kommunaler Hand und die Stadt konnte somit preismindernd wirken.

Beim Strom stellte sich die Lage komplizierter dar. Zwar waren die Berliner Elektrizitätswerke bereits 1915 kommunalisiert worden, doch existierten weiterhin durch Konzessionsverträge gesicherte private Stromproduzenten. Zunächst war eine Angleichung von Tarifen und technischen Anlagen erforderlich, etwa der Bau von 14 Umspannwerken. Danach ging es um die Formung eines städtischen Unternehmens: Bis 1926 konnten 90 Prozent der Stromerzeugung kommunalisiert werden. Zunehmend setzte die städtische Bewag auf die Eigenproduktion von Strom und errichtete dafür die Großkraftwerke Klingenberg und West.

Strom wurde im Wesentlichen durch die Wirtschaft verbraucht und war damit Teil einer wirtschaftsfördernden Infrastrukturpolitik. Berlin verkaufte Strom an die U-Bahn, die S-Bahn, die zahlreichen Industriebetriebe, aber ebenso an Privathaushalte, die zum vermehrten Stromverbrauch durch den Vertrieb von elektrischen Haushaltsgeräten auf Teilzahlungsbasis angeregt wurden. Strom war Ausdruck einer sich entwickelnden urbanen Moderne, wie der Oberbürgermeister in einer Denkschrift ausführte, indem er den Berliner Stand mit dem New Yorks verglich.⁽¹⁹⁾

17 Zu den kommunalen Infrastrukturbetrieben vgl. Otto Büsch: Die Berliner Kommunalwirtschaft in der Weimarer Epoche, Berlin 1960.

18 Gustav Böß, Dr. Müller-Wienand: Berlin von heute. Stadtverwaltung und Wirtschaft, Berlin 1929, S. 159.

19 Gustav Böß: Wie helfen wir uns. Wege zum wirtschaftlichen Wiederaufstieg, Berlin 1926, S. 60.



© Alexander Glintschert

Alexanderplatz, Zwischenebene der U-Bahn, 2019

Verkehr

„Je mehr der Verkehr gesteigert wird, desto stärker wird das Geschäftsleben befruchtet.“⁽²⁰⁾ Das Zitat zeigt die Bedeutung des Verkehrs aus der Sicht der Verantwortlichen für die Entwicklung Berlins in den 1920er-Jahren. Verkehr ist der Nachweis von Modernität und Erfolg. Das gilt sowohl für den öffentlichen Nahverkehr, als auch für den motorgebunden Individualverkehr, vulgo: das Auto.

Die Entwicklung der Berliner Agglomeration ab dem Ende des 19. Jahrhunderts bedeutete das Ende der fußläufigen Stadt. Nachdem die Bahn mit dem Ausbau des Nahverkehrs auf einem zusätzlichen Gleispaar begonnen und 1891 den sogenannten Vororttarif eingeführt, also letztlich die Grundlagen für die seit 1930 so genannte S-Bahn gelegt hatte, war die nächste Etappe die Entwicklung eines Netzes elektrifizierter Straßenbahnen. Sie waren zunächst von privaten Gesellschaften getragen und wurden durch den Zweck-

verband Groß-Berlin schrittweise kommunalisiert. Damit war Berlins damaliger zentraler Verkehrsträger in städtischer Hand und es begann ein vermehrter Ausbau von Strecken in die Vororte, sodass das Straßenbahnnetz 1929 bis zu 90 Linien und eine Länge von 643 Kilometern aufwies.⁽²¹⁾

Während der 1920er-Jahre gewann jedoch die U-Bahn zunehmend an Bedeutung, sowohl verkehrstechnisch wie hinsichtlich einer, wenn man so will, Metropolenfolklore, wie der Geograph Friedrich Leyden in seiner Untersuchung Berlins Anfang der 1930er-Jahre notierte: „Tatsächlich ist die U-Bahn das Rückgrat des gesamten Groß-Berliner Ortsverkehrs geworden, freilich mangels entsprechender Ausbaumöglichkeiten mit einer namentlich während der Hauptverkehrszeit herrschenden Überlastung und Überfüllung, deren jeder Beschreibung spottende Zumutungen nur der beurteilen kann, der sie erlebt hat.“⁽²²⁾

20 Böß u. a.: Berlin von heute, S. 128.

21 Jan Gympel: Tempo! Berliner Verkehrsgeschichte, Berlin 2015.

22 Friedrich Leyden: Geographie einer Großstadt. Groß-Berlin, 1933, S. 138.

Auch hier ging es um Kommunalisierung und einen Paradigmenwechsel hin zu einer gesamtstädtischen Daseinsvorsorge. Seit ihrer Einführung zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren U-Bahnen noch weniger für den Massenverkehr ausgelegt, als vielmehr bisweilen Terrainerschließungsbahnen, teils in privater, teils in kommunaler Trägerschaft. Dies gilt zum Beispiel für die Charlottenburger Linie nach Westend, die kommunale Dahlemer Linie sowie die Schöneberger U-Bahn. Nach 1918 übernahm die Stadt Berlin die im Bau befindliche „GN-Bahn“ (Gesundbrunnen – Neukölln) der AEG, errichtete die U-Bahn zwischen Wedding und Kreuzberg mit Abzweig nach Tempelhof sowie die Strecke nach Lichtenberg (das sind die heutigen Linien 5, 6 und 8 sowie Teile der Linie 7). Die Länge des Netzes stieg von 36 km im Jahr 1914 auf 80 km im Jahr 1932, und die neuen Linien – darin wird ihre kommunale Versorgungsleistung deutlich – verbanden nun die Arbeiterwohnquartiere mit dem Zentrum, also Wohn- und Arbeitsplätze.

Dieses hier an nur wenigen Beispielen ausgeführte Programm einer kommunalen Daseinsvorsorge durch Infrastrukturentwicklung und Kommunalisierung, das im Übrigen auch unter Zustimmung des bürgerlichen Lagers in der Stadtverordnetenversammlung stattfand, wurde in der Forschung als kommunale Form der Vergesellschaftung interpretiert und somit als eine Form der Umsetzung von Forderungen aus der Novemberrevolution. Auch wenn diese Sichtweise recht euphemistisch erscheint, ist doch der Eingriff „des Staates“ in die Privatwirtschaft ein Kennzeichen der nachrevolutionären Kommunalpolitik. Letztlich war das ein Übergang vom Kommunalliberalismus zum Munizipalsozialismus, wie die Kampfbegriffe der Zeit vor 1914 lauteten. Die Kommunalisierung der Versorgungsbetriebe zeugt von einem ausgeprägten Steuerungswillen der Stadt in wirtschaftlicher Hinsicht. Auch wenn Berlin seine Aktivitäten in diesem Bereich vor allem kommunalwirtschaftlich begründete, waren sie doch ein politischer Akt, eine massive Bevorzugung der öffentlichen vor der privaten Wirtschaft. Die Analogien zu heutigen Debatten sind augenscheinlich und reichen von der Rekommunalisierung der Wasserwerke 2013 bis zum aktuellen kommunalen Eingriff in die Wohnungswirtschaft. Es

scheint, dass nach einer Phase der Privatisierung in den 1990er-Jahren der Steuerungswille der öffentlichen Hand wieder zugenommen hat.

Ausbau zur Weltstadt

Am Begriff des Verkehrs und einer städtischen, wirtschaftsfördernden Infrastruktur wird ein weiteres kommunalpolitisches Ziel im Berlin der 1920er-Jahre deutlich: der Ausbau der Stadt zur „Weltstadt“. Mit diesem Begriff verbanden sich Modernität, schiere Größe und Metropolenkonkurrenz als Imagination und infrastrukturelle Investition. Hierzu einige Beispiele. In den heutigen Vorstellungen Berlins als Metropole der Moderne spielt der Alexanderplatz eine prominente Rolle. Das ehemalige Zentrum des Berliner Ostens wurde unter Stadtrat Martin Wagner in einen „Weltstadtplatz“ umgebaut, der durch Erweiterung vor allem dem fließenden Verkehr dienen sollte. Die traditionelle Funktion des städtischen Platzes als Aufenthalts- und Kommunikationsort wurde zugunsten der Funktion des Platzes als Durchgangsort aufgegeben. Unterirdisch wurde dieser durch die Neugestaltung der Umsteigestation der U-Bahn geschaffen, oberirdisch erhielt das Automobil eine neue Bedeutung.

Lediglich Farbe, Form und Licht sollten die Konturen des Weltstadtplatzes zeichnen, fußläufiges Publikum lediglich noch als Konsumenten der Kaufhäuser mitwirken.⁽²³⁾ Überhaupt war das Auto das Symbol der Moderne, und je mehr davon fahren würden, desto besser. Straßendurchbrüche durch die Innenstadt wurden ebenso geplant wie ein Autobahnkreuz anstelle des Potsdamer Platzes. Beides wurde nicht realisiert, zeugt aber von der partiellen Hypertrophie der damaligen Weltstadtvorstellungen.

Mit dem Flughafen Tempelhof wurde ein weiteres Verkehrsprojekt verwirklicht, das dem Ausbau Berlins zu einer konkurrenzfähigen Metropole diente. Hier war ein europäisches Luftdrehkreuz geplant, das infrastrukturell ab 1924 durch den Bau eines Empfangsgebäudes und den Bau der U-Bahnlinie nach Tempelhof vorbereitet wurde.

²³ Martin Wagner: Das Formproblem eines Weltstadtplatzes. Wettbewerb der Verkehrs-A.G. für den Umbau des Alexanderplatzes, in: Das neue Berlin, 1929, H. 2, S. 33-41.

Für die metropolitane Orientierung der „neuen Stadt Berlin“ spielte Charlottenburg als Bauplatz für ein Messegelände eine wesentliche Rolle. Kern war 1913 eine Ausstellungshalle für die Automobilindustrie, und 1923 wurde eine kommunale Messegesellschaft gegründet, die den Ausbau und die Vermarktung übernahm. Der Bau der Halle der Funkindustrie und des Funkturms 1926 sowie der Ausbauplan von Martin Wagner und Hans Poelzig für die Bauausstellung 1931 mit einer halbkreisförmigen Wandelhalle bildeten die Kerne des neuen Ensembles, das durch das Haus des Rundfunks ergänzt wurde. Das Ausstellungswesen – Grüne Woche ab 1927, Funkausstellung ab 1924, Automobilausstellungen und zahlreiche Fachmessen – etablierte den Fremdenverkehr als Messetourismus unter der steuernden Funktion des Magistrats.

Schluss

Das Ende des „neuen Berlin“ erfolgte politisch nicht erst 1933 mit der Machtübergabe an die Nationalsozialisten, sondern bereits während der Weltwirtschaftskrise. Die Stadt war aufgrund der hohen Sozialausgaben überschuldet, die Kreditaufnahme für die kommunalen Betriebe wurde durch die Reichsbank erschwert, indem Auslandsanleihen durch die „Beratungsstelle für Auslandskredite“ unterbunden wurden. Berlin musste auf kurzfristige, teure Kredite umstellen, die sogenannte „schwebende Schuld“. Die Bewag musste auf Anordnung der Kommunalaufsicht teilverkauft werden. Zur Krise des Etats kam die politische Krise. Oberbürgermeister Böß trat im November 1929 in der Folge des Sklarek-Skandals zurück. Schon zuvor war bei den Kommunalwahlen die sogenannte Bürgermeistermehrheit aus SPD, DDP und Zentrum verloren gegangen. 1931 wurde ein Staatskommissar zur Kontrolle der Stadtverwaltung eingesetzt. Im März 1931 erfolgte, erzwungen durch staatliche Behörden, eine Änderung der Gemeindeverfassung.

Der Oberbürgermeister wurde nun zum „Führer der Verwaltung“ und war der Stadtverordnetenversammlung nicht mehr rechenschaftspflichtig. Die auf dem Kollegialitätsprinzip beruhende Städteordnung von 1808 war damit für Berlin bereits 1931 abgeschafft,

bevor die Nationalsozialisten 1933 die kommunale Selbstverwaltung endgültig liquidierten.

Die Kommunalpolitik der „neuen“ Stadt Berlin währte damit nur wenige Jahre und es bleibt der Vorstellungskraft vorbehalten, eine Weiterentwicklung zu imaginieren. Auch wenn in den Nachkriegsjahrzehnten an Entwicklungen aus der Weimarer Zeit angeknüpft wurde, etwa in der Schul- und Jugendpolitik oder beim sozialen Wohnungsbau, so blieb die Wiederaufnahme von Konzepten der 1920er-Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg krisen- und teilungsbehaftet. Letzte Reste wurden unter wirtschaftsliberalen Vorzeichen ab den 1980er-Jahren sukzessive abgeschafft.

Die weit fortgeschrittene Privatisierung öffentlicher Leistungen und ihre sozialen Folgen lassen seit einigen Jahren den Ruf nach Rekommunalisierung lauter werden. Durch den Rückkauf der Wasserwerke und erste Erfolge in der Wohnungspolitik wird dieser Trend verdeutlicht. Vor allem hinsichtlich einer aktuell notwendigen und auch möglich erscheinenden kommunalen Entwicklungsstrategie „aus einem Guss“ muss immer wieder an die Zeit zwischen 1920 und etwa 1931 erinnert werden.

Schönebergs Oberbürgermeister Dominicus und das Entstehen Groß-Berlins

Moderation: Marita Filipowsky, Berliner Geschichtswerkstatt e. V.

Referent: Hauke Fehlberg, Projektleiter im schweizerischen Bundesamt für Straßen

Montag, 14. September 2020, Aula der Sophie-Scholl-Gesamtschule, 19:00 Uhr

Alexander Dominicus (1873-1945), Sozialreformer und Kommunalpolitiker aus Straßburg, wurde 1910 Oberbürgermeister der kreisfreien und wohlhabenden Stadt Schöneberg. Bald erkannte er die Unsinnigkeit der Konkurrenz unter den funktional stark verflochtenen Gemeinden im Umfeld von Berlin und befürwortete eine Vereinigung mit der Hauptstadt. Im Jahr 1918 erarbeitete Dominicus, später Mitglied

der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei, zusammen mit dem Schöneberger Stadtrat Dr. Lohmeyer die „Grundzüge zu einem Gesetz betreffend Bildung einer Gesamtgemeinde Groß-Berlin“. Nach zähen parlamentarischen Auseinandersetzungen konnte Dominicus schließlich in einem Kompromiss seine Vorstellungen von kommunaler Selbstverwaltung im Wesentlichen durchsetzen.

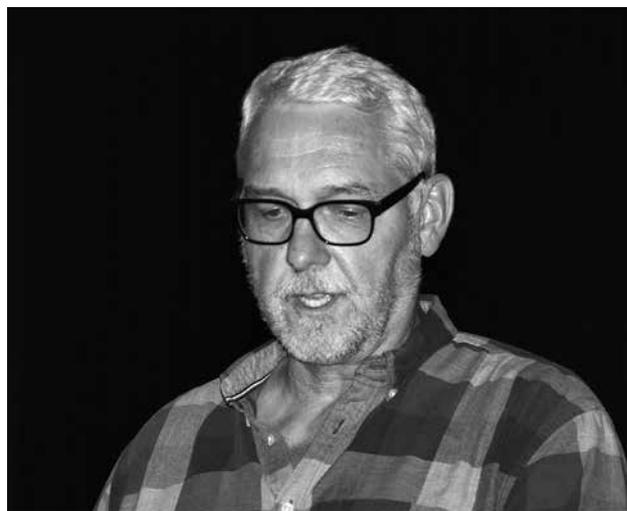
Veranstaltungsbericht

Jürgen Karwelat

Die Corona-Pandemie hatte dem Zeitplan einen Strich durch die Rechnung gemacht, sodass die ursprünglich für den 16. März 2020 geplante Veranstaltung erst am 14. September 2020 durchgeführt werden konnte.

Hauke Fehlberg, Experte für die Geschichte Schönebergs, begleitete seinen Vortrag mit zahlreichen Fotos, wodurch den etwa 25 ZuhörerInnen das Wirken des heute weitgehend unbekannteren Kommunalpolitikers Alexander Dominicus (1873-1945) nähergebracht wurde. Heute finden sich im Stadtbild von Berlin nur noch die Dominicusstraße, die zum Schöneberger Rathaus führt, und der Dominicus-Sportplatz nahe dem Bahnhof Südkreuz. Im Grunde hätte Dominicus im Jahr 2020, 100 Jahre nach der Gründung von Groß-Berlin, wesentlich mehr Aufmerksamkeit verdient, betonte Hauke Fehlberg mehrfach, denn er war der eigentliche Architekt des neuen Berlin, das zahlreiche Städte und Dörfer zur drittgrößten Stadt der Welt zusammengeführt hat.

Dominicus stammte aus dem Elsass. Er studierte Jura und war zunächst in der Verwaltung von Elsass-Lothringen und dann als Stadtrat in der Straßburger Stadtverwaltung tätig. Dort fiel er als weitsichtiger Beamter auf; er kümmerte sich um die Sozialverwaltung,



© Berliner Geschichtswerkstatt

Hauke Fehlberg bei seinem Vortrag in der Sophie-Scholl-Gesamtschule

gründete die Arbeitsvermittlung, einen Vorläufer der späteren Arbeitsämter, und sorgte auch dafür, dass bei der Vergabe von städtischen Aufträgen der Mindestlohn eingeführt wurde. Er war mit dem späteren Bundespräsidenten Theodor Heuss befreundet, der ihm auch bei der Bewerbung zum Oberbürgermeister der damals noch unabhängigen Stadt Schöneberg half, nachdem sein Bemühen um den Posten als Stadtoberhaupt von Metz (Lothringen) gescheitert war.



© Berliner Geschichtswerkstatt

ZuhörerInnen in der Sophie-Scholl-Gesamtschule

Nach dem Tod von Amtsvorgänger Rudolph Wilde erhielt Dominicus am 13. Februar 1911 unter 65 Bewerbern die ausgeschriebene Stelle des Oberbürgermeisters in Schöneberg. Besonderen Eindruck machte er wegen seiner Kenntnisse der mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch im Jahr 1900 neu eingeführten Rechtsfigur des Erbbaurechts, das eine sehr wichtige Rolle bei der weiteren Bebauung Schönebergs spielte. Dominicus, der als Mensch wohl eher als schwierig und manchmal schroff mit einem herrischen Ton galt, war letztlich aber für die seit 1898 selbstständige Stadt Schöneberg ein Glücksfall. Gemeinsam mit dem Stadtbaurat Friedrich Gerlach und mit – aber manchmal auch gegen – Georg Haberland von der Berlinischen Bodengesellschaft entwickelte Dominicus die „Boom-Town“ Schöneberg weiter, immer in Konkurrenz mit den anderen südlich von Berlin liegenden Städten Charlottenburg und Wilmersdorf.

Die Gründung des Zweckverbandes Groß-Berlin, der großflächig um das Kern-Berlin herum Städte und Landkreise zusammenführte, um gemeinsame Probleme der Infrastruktur zu lösen, war ein wichtiger Schritt zur Schaffung von Groß-Berlin. Der 1912 gegründete Zweckverband hatte jedoch mit der Zuständigkeit für Verkehr, größere Bebauungspläne und Erholungsgebiete nur begrenzte Kompetenzen. Als große Leistung des Zweckverbandes galt der Aufkauf und die Erhaltung der Berliner Wälder, insbesondere des Grunewalds. Dominicus erkannte bald nach sei-

ner Amtseinsetzung die Unsinnigkeit der Konkurrenz unter den funktional stark verflochtenen Gemeinden im Umfeld von Berlin. Die Bedeutung des Schöneberger Oberbürgermeisters beim Zustandekommen des Gesetzes, das schließlich zur Gründung von Groß-Berlin führte, darf nicht unterschätzt werden.

Er war Anhänger der so genannten Gesamtgemeinde, also dem Zusammenschluss zu Groß-Berlin unter Beibehaltung zahlreicher Kompetenzen in den dann zu bildenden neuen Verwaltungseinheiten. Es war also eher ein konföderales Modell, dem die Anhänger der Einheitsgemeinde gegenüberstanden, die eine starke zentral organisierte Verwaltung wollten. Um die Idee eines Groß-Berlins zu unterstützen, wurde auf Initiative von Dominicus 1917 der „Bürgerausschuss Groß-Berlin“ gegründet. Dieser bestand aus gesellschaftlich relevanten Gruppen sowie einflussreichen Honoratioren Berlins und des Umlandes. Diese „Bürgerinitiative“ sollte für ein deutlich vergrößertes, seine umgebenden Städte und Gemeinden einbeziehendes Berlin werben.

Im Jahr 1918 erarbeitete Dominicus, der Gründungsmitglied der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei war, zusammen mit dem Schöneberger Stadtrat Dr. Lohmeyer die „Grundzüge zu einem Gesetz betreffend Bildung einer Gesamtgemeinde Groß-Berlin“. Als sich abzeichnete, dass sich für dieses Gesetz in der verfassunggebenden preußischen

Landesversammlung, deren Mitglied Dominicus war, keine Mehrheit fand, war er so klug, seinen eigenen Antrag nicht mehr zu unterstützen, sondern sich an die Spitze eines Gesetzentwurfs zu stellen, mit dem eine zentral organisierte „Gesamtgemeinde“ gebildet wurde. Nach zähen parlamentarischen Auseinandersetzungen konnte Dominicus schließlich in einem Kompromiss einen Teil seiner Vorstellungen von kommunaler Selbstverwaltung durchsetzen. Die Kompromisslösung bestand in einer „dezentralisierten Einheitsgemeinde“, bei der die politischen Leitlinien durch den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung festgelegt wurden, die Bezirke als ausführende Organe aber weitgehend selbstständig waren. Auch gab es für die Bezirke eigene Vertretungsorgane, nämlich die Bezirksverordnetenversammlungen. Diese Organisationsform gilt für Berlin bis heute. So sinnvoll der Kompromiss zwischen Zentralgewalt und bürgernaher dezentraler Verwaltung auf unterer Ebene war, so streut er bis heute zuweilen

Sand ins Getriebe der Stadt, wenn Senat und Bezirke um die Kompetenz, beispielsweise für Bauvorhaben, streiten.

Alexander Dominicus hatte durch seinen erfolgreichen Einsatz für Groß-Berlin praktisch an seinem eigenen Ast gesägt und sich als Oberbürgermeister von Schöneberg überflüssig gemacht. Der Referent Hauke Fehlberg äußerte in dieser Hinsicht die Vermutung, dass Dominicus sehr wahrscheinlich gehofft habe, danach Oberbürgermeister von Groß-Berlin zu werden. Es kam anders. Die Mehrheit im neu gebildeten Berliner Abgeordnetenhaus, bestehend aus USPD und SPD, wählte nicht den DDP-Mann, sondern den parteilosen Adolf Wermuth, der diese Position in Berlin schon seit 1912 innehatte. In Erinnerung bleibt Alexander Dominicus durch die nach ihm 1947 benannte Straße, ganz nahe dem Ort seiner Tätigkeit, dem Schöneberger Rathaus, dessen Grundstein er am 26. Mai 1911 selbst gelegt hatte.

Vortrag

Hauke Fehlberg ist Experte für Lokal- und Regionalgeschichte Schönebergs und Berlins. Er hat eine umfangreiche Bilder- und Plansammlung zur Baugeschichte Berlins, insbesondere zu Schöneberg und Wilmersdorf angelegt sowie eine entsprechende Bibliothek aufgebaut. Der studierte Agrarwissenschaftler lebt in Bottmingen (Schweiz) und ist Projektleiter im schweizerischen Bundesamt für Straßen. Dort ist er mit Fragen der Zukunftsforschung zur langfristigen Entwicklung des Landverkehrssystems befasst.

Die Bildung von Groß-Berlin und der Einfluss des Schöneberger Oberbürgermeisters Alexander Dominicus

Berlin hat sich im Jahr 2020 selbst gefeiert, weil in diese ungewöhnlichen Zeiten auch ein denkwürdiges Jubiläum fiel: Vor hundert Jahren wurde die Hauptstadt des Deutschen Reiches endlich Groß-Berlin. Aber es hatte Jahrzehnte gedauert, bis aus unzähligen Entwürfen, Vorstößen, Diskussionen und Verhandlungen schließlich diese notwendige politische Neuordnung verwirklicht werden konnte, die Berlin bis heute zu einer der prägenden Weltstädte macht. Dieses Groß-Berlin wäre wohl kaum zustande gekommen ohne das ausdauernde Engagement und die nicht endende

Energie des Schöneberger Oberbürgermeisters Alexander Dominicus. Sein Name ist leider in Vergessenheit geraten, daran haben auch die Jubiläumsfeierlichkeiten der Stadt nichts geändert.

Wer war dieser für den Zusammenschluss treibende Politiker, der weit über die Grenzen seiner Kommune hinausdachte? Obwohl nicht einmal in Berlin gebürtig – er stammte aus Straßburg –, hat seine diplomatisch geschickte Handschrift die Spreemetropole anhaltend geprägt.

Dominicus wird Oberbürgermeister

Alexander Dominicus⁽¹⁾ wird 1873 als Sohn eines deutschen Verwaltungsbeamten in Straßburg geboren und verbringt seine Jugend im Elsass. Nach dem Jurastudium in seiner Heimatstadt, in Berlin und München macht der Mittdreißiger als Hauptabteilungsleiter in der Straßburger Stadtverwaltung eine bemerkenswerte Karriere. Mit seinen modernen sozialreformerischen Ansätzen erregt der aktive Turner im Elsass und im Rest des Deutschen Reichs Aufsehen.

Als nach dem plötzlichen Tod des Schöneberger Magistratsvorsitzenden und Oberbürgermeisters Rudolph Wilde im November 1910 dessen Stelle ausgeschrieben wird, bewirbt sich Dominicus. Er sieht für seinen weiteren Aufstieg in Straßburg keine Perspektive mehr, nachdem ein Kollege Oberbürgermeister geworden ist.

Der Liberale Louis Zobel aus Schöneberg weist Dominicus auf die frei gewordene Stelle hin. Dominicus hatte auf ihn mit seiner Rede bei einer Turnerversammlung großen Eindruck gemacht. Zobel spricht sich mit seinem Kollegen aus der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung, Theodor Heuss, dem späteren Bundespräsidenten, und mit dem Theologen und Politiker Friedrich Naumann ab. Sie unterstützen ihn politisch.

Mit seiner Vorstellungsrede in der Findungskommission verkauft der Straßburger seine praktischen Erfahrungen in moderner Verwaltungsführung sehr geschickt. So hat er bei der Stadtsanierung in seiner Heimatstadt bereits mit dem neuen Erbbaurecht Erfahrungen gemacht, was man in Schöneberg im Hinblick auf anstehende Aufgaben wohlwollend vermerkt. Der 37-Jährige setzt sich mit politischer Unterstützung durch die Schöneberger Liberalen schließlich gegen 65 Mitbewerber durch. Die Presse reagiert auf seine Wahl als Oberbürgermeister freundlich; man ist allgemein über die jugendlich wirkende Erscheinung verwundert. Alexander Dominicus wird nun zehn Jahre lang das Schicksal der jungen Stadt Schöneberg lenken. Er und seine Frau Helene ziehen



Alexander Dominicus im Jahr 1911

in eine große Neubauwohnung im Schöneberger Bayerischen Viertel an die Bozener, Ecke Meraner Straße. Alexander Dominicus besitzt ein starkes soziales Gewissen, das er im Umgang mit Sozialdemokraten im Elsass und durch Studienaufenthalte in Genf gestärkt hat. Aber er ist als Sohn eines Verwaltungsbeamten auch ein zackiger Reserveoffizier. Der Umgang mit ihm ist nicht einfach. Er erwartet viel von sich, aber auch von seinen Mitarbeitern. Seine Frau Helene, seit Jugendjahren eine Freundin von Theodor Heuss' Ehefrau, klagt bereits in der Straßburger Zeit: „Alexander ist morgens von 7 Uhr bis abends 10 oder 11 Uhr auf dem Büro, und ich sehe ihn überhaupt nicht mehr.“

Seine Amtsführung gilt als ausgesprochen straff. Er betont Klarheit, Sorgfalt und hohes Tempo. Von seinen Abteilungsleitern erwartet er sehr gute Aktenkenntnis, gute Präsentationen und klare Anträge mit überzeugenden Begründungen. Diese forschende Art führt nach neun Monaten zum Eklat; solche Töne ist man bei den Kadern in der Stadtverwaltung nicht gewohnt. Sieben unbesoldete Stadträte treten zurück

¹ Paul Müller: Alexander Dominicus – Ein Lebensbild. Dr. Lüttke Verlag, Berlin 1957.

und fünf besoldete beschwerten sich ohne weitere Folgen für Dominicus beim vorgesetzten Regierungspräsidenten.

Boom-Town Schöneberg

Als Oberbürgermeister führt Dominicus in den nächsten vier Jahren die Stadtentwicklungspolitik seines Vorgängers Wilde im Großen und Ganzen weiter. Ziel ist es, in einer Konkurrenzsituation zur Stadt Charlottenburg und zur Landgemeinde Wilmersdorf gute Steuerzahler zum Wohnen nach Schöneberg zu ziehen. Die Stadt unterstützt dazu seit einem Dutzend Jahren politisch die großen Wohnungsbau- und Stadtentwicklungsprojekte und baut in einem sehr umfangreichen und teuren Programm die Schöneberger Infrastruktur aus.

Tatsache, dass sein Vorgänger ein neues, deutlich größeres Rathaus projektieren lässt, dass Schöneberg in diesen Jahren eine Boom-Town amerikanischen Zuschnitts ist.

Dominicus nimmt die abgebrochene Zusammenarbeit mit der Berlinischen Bodengesellschaft des Terrainentwicklers Georg Haberland wieder auf. Diese war als Reaktion Haberland auf die Einführung einer Wertzuwachssteuer in Schöneberg zum Erliegen gekommen. Beide Parteien erlitten danach starke Verluste⁽²⁾. Damit Schöneberg zusätzliches Bauland erhält, lässt Dominicus auch einen Bebauungsplan für das Schöneberger Südgelände erarbeiten. Aber er erkennt an der Causa Haberland auch die Schwäche einzelner Gemeinden gegenüber mächtigen Wirtschaftsinteressen.

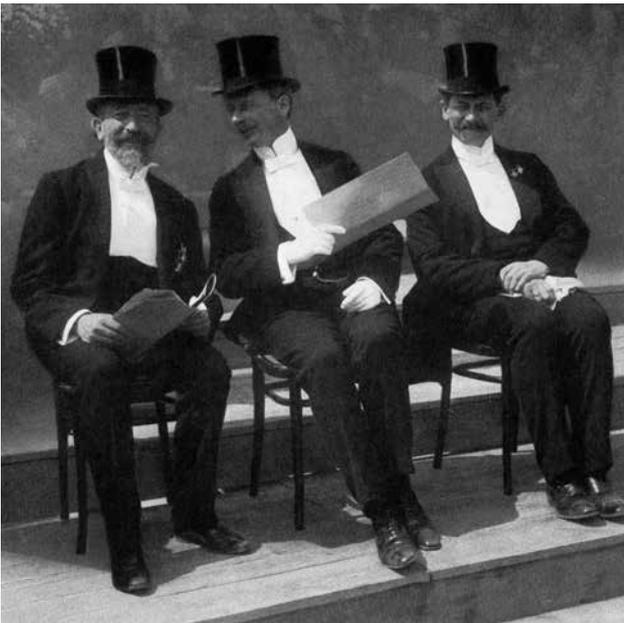
Begrenzte Möglichkeiten in der Sozialpolitik und Gedanken zu Groß-Berlin

Als Oberbürgermeister übernimmt Dominicus selbst die Führung aller wichtigen Schöneberger Kommissionen. Er will, wie bereits in Straßburg, auch in Schöneberg sozial-, gesundheits- und wohnungsbaupolitische Reformen durchführen. Diese erfordern aber andere politische Mehrheiten als ihm tatsächlich zur Verfügung stehen. Insgesamt hat Dominicus in Schöneberg im Vergleich zu seiner Tätigkeit in der relativ selbstständigen Provinzialhauptstadt Straßburg einen geringen Gestaltungsspielraum. Nicht zuletzt liegt dies am in Preußen herrschenden Dreiklassenwahlrecht, das die Sozialdemokratie politisch schwächt. So fehlen ihm im Gegensatz zu Straßburg die für Sozialreformen notwendigen Partner und er muss mit kleineren, praktisch aber wirkungsvollen Sozialvorhaben Vorlieb nehmen.

In dessen Rahmen entstehen eine kommunale Untergrundbahn, die längerfristig einen Anschluss an die Berliner Innenstadt und ins Südgelände ermöglichen soll, zahlreiche neue Schulen, das modernste Krankenhaus Preußens, neue Straßenzüge sowie eine leistungsfähige Kanalisation. Nicht zuletzt zeigt die

Dominicus erkennt zunehmend die Notwendigkeit zur Bildung eines Groß-Berliner Gemeinwesens. Er will dem Ausspielen der Vorortgemeinden gegeneinander einen Riegel vorschieben. Als Verfechter hoher Effizienz in allen Lebensbereichen bemängelt er auch die ungenügende Koordination zwischen den Vorortgemeinden mit Berlin bei den städtischen Werken.

© Privatarchiv H. Fehlberg



Oberbürgermeister Dominicus (Mitte) mit dem preußischen Innenminister von Dallwitz (links) bei der Grundsteinlegung für das neue Schöneberger Rathaus, 1911

2 Helmut Winz: Es war in Schöneberg – Aus 700 Jahren Schöneberger Geschichte. Haupt & Puttkammer, Berlin 1964, S. 104 ff.

Daher befürwortet er die Zusammenlegung der technischen Monopolbetriebe, die sich unter städtischer Kontrolle befinden. Außerdem drückt die finanzielle Last z. B. für das Schulwesen die Arbeitervororte mittlerweile so stark, dass für ihn offensichtlich wird, dass ein gemeindeübergreifender Ausgleich im Interesse aller liegt und dieser immer dringender wird.

Der Erste Weltkrieg verändert alles

Als im August 1914 der Erste Weltkrieg ausbricht, ändern sich die Prioritäten für den Schöneberger Magistrat grundsätzlich. Die Daseinsvorsorge tritt nun gegenüber der Erweiterungs- und Steuerpolitik in den Vordergrund. Das für viele Projekte notwendige Wachstum Schönebergs kommt jetzt fast vollständig zum Erliegen. So wird auch die Schöneberger U-Bahn weder zum Leipziger Platz noch ins Südgelände verlängert. Sie bleibt bis heute eine kurze Bauetappe von fünf Stationen.

Nach der Generalmobilmachung reist Dominicus sofort als Leutnant der Reserve pflichtbewusst zu seiner Einheit nach Lothringen. Bereits einen Monat nach Kriegsbeginn wird er schwer am Becken verletzt und muss für ein Jahr in die Rehabilitation. Mit einer Gehbehinderung kehrt der frühere Turner in sein Amt zurück. Von diesem Zeitpunkt an verwaltet er in Schöneberg nur noch den Mangel. Die Kommune hat jetzt die schwierige Aufgabe, für die durch den Krieg bedürftig gewordenen Familien eine annähernd ausreichende Unterstützung zu organisieren.

Neben seinen täglichen mühevollen Aufgaben als Oberbürgermeister wendet sich Dominicus in dieser Zeit einem auch für die Zukunft Schönebergs strategisch bedeutsamen politischen Projekt zu: der Schaffung Groß-Berlins.

Ein erster Versuch zur Lösung der Groß-Berlin-Frage

Bereits seit 1875 haben Kommunalpolitiker aus dem Umland Berlins, wie Schöneberg, Rixdorf und Lichtenberg, immer wieder versucht, ihre Orte im Ganzen eingemeinden zu lassen. Dies wird von Berlin aber stets abgelehnt oder es werden nur die wohlhabenden



© Privatarchiv H. Fehlberg

Der preußische Innenminister Ernst Ludwig Herrfurth (1888-1892)



© Privatarchiv H. Fehlberg

Oberbürgermeister Max von Forckenbeck (1878-1892)

Ortsteile für eine Eingemeindung gebilligt, was für die Kommunen inakzeptabel ist.

Einen ersten erfolgversprechenden Versuch zu einer Eingemeindung der Vororte machen der preußische Innenminister Ernst Ludwig Herrfurth und der Berliner Oberbürgermeister Max von Forckenbeck. Aber dieser Vorstoß scheitert 1890 an der Kleingeistigkeit der Berliner Stadtverordneten, die nur finanzielle Lasten, nicht aber die Chancen eines Zusammenschlusses sehen wollen.

Die Vororte gehören zu den Landkreisen Teltow und Niederbarnim, die befürchten, dass ihre Finanzkraft geschwächt wird und daher die Vereinigung ablehnen. Auch der Provinziallandtag lehnt ab, da er einen Verlust seiner Bedeutung erwartet. Nach dem Rücktritt des Innenministers und dem überraschenden Tod Forckenbecks lassen auch deren Nachfolger die Initiative sterben.

Die preußische Staatsregierung will von Eingemeindungen nichts mehr wissen, da man mit einem vier Millionen Menschen umfassenden Groß-Berlin einen sozialdemokratisch dominierten „Staat im Staate“ Preußen fürchtet. Die erste gute Gelegenheit zur Schaffung von Groß-Berlin wird somit verpasst.

Aus Vorortgemeinden werden Städte

Im Jahr 1890 fragt der Gemeindevorstand von Schöneberg beim Magistrat von Berlin an, ob dieser bereit sei, die Gemeinde Schöneberg in die Stadt Berlin aufzunehmen. Die Schöneberger machen dabei klar, dass es für sie als bald 70.000 Einwohner zählende Kommune nur zwei Wege gibt, endlich den Nachteilen einer ländlichen Gemeindeverfassung zu entgehen: entweder sie erhält das Stadtrecht oder sie wird in Berlin eingemeindet. Verhandlungen Berlins mit Schöneberg führen jedoch zu keinem Resultat, da die preußische Staatsregierung die Angelegenheit torpediert.



Das Schöneberger Rathaus am Kaiser-Wilhelm-Platz und die Hauptstraße Richtung Südwesten, im Jahr 1912

Konservative Kreise setzen nun als Maßnahme gegen die Eingemeindungswünsche darauf, Berlin mit einem „Kranz blühender Städte“ zu umgeben. In diesem Zusammenhang wird Schöneberg 1898 und ein Jahr später Rixdorf, das sich in Neukölln umbenennt, das lange erwartete Stadtrecht verliehen.

Politischer Stimmungswandel in Berlin und der Zweckverband

Im Jahr 1899 wird Martin Kirschner Oberbürgermeister Berlins. Jetzt sieht auch der Berliner Magistrat eine Eingemeindung der Vororte als dringende Notwendigkeit. Für Kirschner ist Groß-Berlin „als wirtschaftliche Einheit eine unabänderliche Tatsache“. In seinem Auftrag legt Magistratsrat Hamburger im Sommer 1903 in einer Denkschrift³ eine Faktensammlung über das Verhältnis Berlins zu seinen Nachbargemeinden vor. Auf dieser Basis soll nun diskutiert werden.

Im Jahr 1905 fordert der preußische Innenminister Kirschner auf, einen Bericht zu den „Mängeln, die sich aus dem Fehlen einer verwaltungsrechtlichen Vereinbarung zwischen Berlin und seinen Vororten“ ergeben sowie zu Lösungsmöglichkeiten zu verfassen. Eingemeindungen oder der Bildung einer Provinz aus Berlin und seinen Vororten werden vom Minister von vornherein Absagen erteilt. Kirschner schickt einen faktenreich und gut argumentierenden Bericht über



Berlins Oberbürgermeister Martin Kirschner (1899-1912)

© Privatarchiv H. Fehlberg

³ Denkschrift über die Beziehungen zwischen Berlin und seinen Nachbarorten im Auftrage des Magistrats zu Berlin, verfasst von Hamburger, Magistratsrat, im Dezember 1903, Berlin.



Plakat von Käthe Kollwitz für eine Veranstaltung im Jahr 1912 mit Forderungen an den Zweckverband, Redner u. a. Dominicus

Probleme und Potenziale einer Eingemeindung der Vororte. Aufgrund der ministeriellen Einschränkungen bleibt als skizzierter Lösungsansatz jedoch nur die Möglichkeit zur Bildung eines Zweckverbandes.

Die preußische Staatsregierung beabsichtigt, Eingemeindungen trotz zunehmenden Drucks längerfristig abzuwenden. So wird unter Gesetzeszwang im Jahr 1911 der Zweckverband Groß-Berlin gegründet. Der Verband kümmert sich erfolgreich, aber ausschließlich, um die Erhaltung bedrohter Waldflächen für die Erholung im Umland (z. B. Grunewald, Tegeler und Köpenicker Forst), das Verkehrswesen und die Bebauungsplanung. Eine Eingemeindung und die Lösung struktureller Probleme stehen nicht auf seinem Programm. Diese Situation bleibt im Großen und Ganzen unverändert bis zum Ersten Weltkrieg.

Dominicus und der Bürgerausschuss Groß-Berlin

Auf Initiative von Alexander Dominicus wird im Herbst 1917 im Bürgersaal des Schöneberger Rathauses der Bürgerausschuss Groß-Berlin gegründet.⁽⁴⁾⁽⁵⁾ Er wird von ihm selbst geführt und ist politisch, sozial sowie wirtschaftlich sehr stark verankert.

Zu den Unterstützern gehören u. a. die Ältesten der Kaufmannschaft, die Handels- und Ärztekammer, Ortskrankenkassen, Gewerkschaften und Frauenvereine. Zu vielen von ihnen hat Dominicus eine persönliche Beziehung. Von den Umlandgemeinden Berlins schließen sich hauptsächlich die Vororte des Ostens und Nordens an, von den westlichen Vororten ist nur Schöneberg vertreten. Pankow und Reinickendorf werden die ersten Mitglieder des Bürgerausschusses.

Dieses Gremium stellt in seiner Form eine frühe, sozial, politisch und wirtschaftlich breit aufgestellte Bürgerinitiative dar. Als private Vereinigung setzt man elf mit hochqualifizierten Kommunalspezialisten besetzte Fachausschüsse ein. Diese sollen technische und verwaltungsmäßige Detailfragen für das Entstehen Groß-Berlins abklären. Dominicus hat die Absicht, einen Gesetzentwurf für die neue Groß-Berliner Gemeindeverfassung auszuarbeiten. Dazu will er die Arbeitsergebnisse der elf Fachausschüsse verwenden.

In seinen Leitsätzen verweist der Bürgerausschuss auf die bauliche, wirtschaftliche und kulturelle Einheit Groß-Berlins. Zudem werden die Sachfragen aufgeführt, die einer gemeinschaftlichen Regelung bedürfen. Mit Blick auf seine Mängel lehnt man den Zweckverband als Basis für eine Weiterentwicklung der Gemeindeverfassung von Groß-Berlin ab. Dafür macht der Bürgerausschuss einen neuen Vorschlag: Er setzt sich für die Bildung einer auf unmittelbaren Wahlen der Groß-Berliner Bürgerschaft beruhende Gesamtgemeindeverwaltung ein. Diese Option wird unter den gegebenen Umständen als realisierbar eingeschätzt.

Die sachliche Zuständigkeit der Verwaltung soll dem Umfang der Gemeinschaftsinteressen entsprechen. Die Gesamtgemeinde soll alle Gemeinden umfassen, die in wirtschaftlichem Zusammenhang mit Berlin stehen. Dies lässt den Kreis der Orte um Berlin herum sehr weit ziehen.

4 Sigurd-H. Schmidt: Groß-Berlin entsteht. In: Vor 75 Jahren: Groß-Berlin entsteht. Ausstellungskatalog des Landesarchivs Berlin. Berlin 1995, S. 9-84.

5 Bürgerausschuss Gross Berlin 1917-1920. Beitrag zur Geschichte der Reichshauptstadt. Aktenmässiger Bericht von Victor Noack, Geschäftsführer des Bürgerausschusses Gross Berlin. In: Kultur und Fortschritt. Neue Folge der Sammlung Sozialer Fortschritt, Nr. 544/49. Felix Dietrich, Gautzsch b. Leipzig 1920.

Die Gesamtgemeinde steht im Gegensatz zu einer Einheitsgemeinde. Sie soll komplementär zu den weiter fortbestehenden Städten und Gemeinden dort handeln, wo übergeordnete Interessen und Abstimmungsbedürfnisse eine Koordination und Führung verlangen. Da sie die Verhältnisse vor Ort besser beurteilen können, soll die Lenkung der anderen, unmittelbar die Bevölkerung der Städte und Gemeinden betreffenden Bereiche, diesen überlassen bleiben.

Das Modell einer Gesamtgemeinde soll für eine Übergangszeit bis zu einer späteren Eingemeindung gelten. Vorerst sieht Dominicus hierin die einzig realistische Chance, die reichen, gut entwickelten und stark selbstbezogenen westlichen Vororte wie Charlottenburg, Wilmersdorf und Friedenau neben einem willigen Schöneberg in ein Groß-Berlin einzubinden.

Als Reaktion auf eine vermutete Eingemeindungsausrichtung des Verbandes wehren sich die Vertreter der südwestlichen wohlhabenden Kommunen. Sie gründen im Oktober 1917 als Gegenbewegung die „Berliner Vorortgemeinschaft im Kreise Teltow“. Ihr Ziel ist der Ausbau des Zweckverbandes und eine Lösung der Gemeinden aus der Kreisverfassung. Allerdings bleibt der einzuschlagende Weg unklar.

Der Bürgerausschuss entwickelt einen Gesetzentwurf zu Groß-Berlin

Mitte 1918 schlägt der preußische Innenminister Dr. Bill Drews eine Reform des Zweckverbandes vor, die den Ideen Berlins und des Bürgerausschusses bereits sehr nahekommt. Dominicus wird aufgefordert, die Meinung des Bürgerausschusses zu einem entsprechenden Gesetzesvorschlag innerhalb von vier Wochen vorzulegen, obwohl die dortigen Fachgremien mit ihren Ergebnissen noch bei weitem nicht fertig sind. Diese werden im Mai 1919, also erst ein knappes Jahr später präsentiert.

So kann Dominicus den Verfassungsausschuss des Bürgerausschusses nicht einbeziehen. Er ist gezwungen, zusammen mit dem ihm befreundeten Leiter des Schöneberger Rechtsdienstes, Stadtsyndikus Dr. Hans Lohmeyer, einen Gesetzentwurf für die Organisation einer Gesamtgemeinde Berlin zu entwerfen. Lohmeyer wird einige Zeit später zum Oberbürgermeister des



Dr. Hans Lohmeyer, Stadtsyndikus von Schöneberg



Alexander Dominicus, im Jahr 1921

ostpreußischen Königsberg gewählt. Nach Dominicus' und Lohmeyers Konzept soll die Gesamtgemeinde als Stadtgemeinde im Sinne der Städteordnung gelten und einen eigenen Stadtkreis bilden. Der Oberbürgermeister von Berlin soll zugleich das Haupt der Gesamtgemeinde sein. Als Magistrat des neuen Gebildes sieht man eine Körperschaft vor, die höchstens zwölf besoldete Beamte umfasst und die den Namen Senat tragen soll.

Dieser Entwurf dient dem Innenminister als Diskussionsgrundlage für eine Besprechung, die er im Juli 1918 mit Kommunalpolitikern und Regierungsvertretern durchführt. Es setzt sich aber die Über-

zeugung durch, dass mit einer Lösung des heiklen „Problems Groß-Berlin“ bis zum Kriegsende gewartet werden soll. Es ist anzunehmen, dass es im Fall, dass der Krieg noch länger angedauert hätte, zu einer umfassenden Reform und Erweiterung der Zuständigkeiten des Zweckverbandes gekommen wäre.⁽⁶⁾

Einheits- oder Gesamtgemeinde?

Im November 1918 endet in Deutschland der Erste Weltkrieg und mit der Revolution die Monarchie. Der Kaiser tritt ab und Deutschland wird Republik. Der Einfluss der Erfahrungen, die während des Krieges gemacht wurden, zeigt sich in der Veränderung der Ausgangssituation für die spätere Lösung.⁽⁷⁾

So entsteht seitens des neuen sozialdemokratischen Innenministers Paul Hirsch das Bedürfnis, die Kommunalpolitiker zu konsultieren, um die Groß-Berlin-Frage zu einem baldigen Abschluss zu bringen. Dabei gewinnen der Berliner Magistrat und Dominicus mit dem Bürgerausschuss das Übergewicht über die anderen kommunalen Interessensgruppen. Von Regierungsseite liegt am Ende des Krieges nur eine Denkschrift zur Umgestaltung des Zweckverbands vor, aber kein Gesetzentwurf für eine Neuordnung von Groß-Berlin. Damit erhalten die Entwürfe und Vorschläge von kommunaler Seite, wie der Gesetzesvorschlag Dominicus', hohe Bedeutung.

Die Ziele der Gemeinden gehen in Fragen des verfassungsmäßigen Charakters Groß-Berlins und seiner Ausdehnung stark auseinander. Anfänglich steht in der Diskussion nur eine Gesamtgemeinde, also eine Konföderation der Einzelgemeinden, einer Umbildung des Zweckverbandes gegenüber. Diese wird von Dominicus und anderen als noch unbelastete Form bevorzugt bzw. dem Zweckverband entgegengesetzt.

Dominicus sieht eine Einheitsgemeinde, die alle Aufgaben an sich zieht, deren Befriedigung im Gemeinschaftsinteresse liegen, als langfristiges Ziel. Kurzfristig soll als Einstieg in den Umwandlungsprozess

aber eine Gesamtgemeinde entstehen. Weil eine Gesamtgemeinde als Lösung eher möglich und deshalb besser scheint als gar keine, hatte auch der sozialdemokratische Innenminister vor der Revolution im preußischen Landtag dafür plädiert. In jedem Fall erschien dies immer noch besser als eine Veränderung des Zweckverbandes.

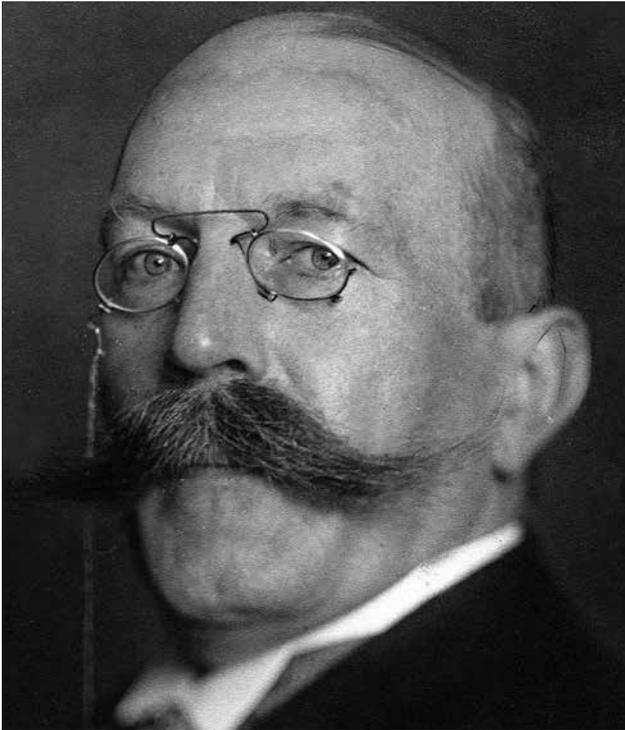
Demgegenüber sind der Berliner Magistrat und die sozialdemokratischen Parteien der Ansicht, die beste Lösung bei einer Neuordnung der Verhältnisse von Groß-Berlin sei die sofortige Eingemeindung, d. h. die Bildung einer Einheitsgemeinde. Diese Lösung wäre in der alten Ordnung vor Kriegsende nicht zu erreichen gewesen.

Innenminister Hirsch ist im November 1918 unsicher, ob eine zentralisierende Einheits- oder eine mehr dezentral organisierte Gesamtgemeinde für Berlin zu bevorzugen ist. Auf seine Frage rät ihm Dominicus aufgrund der instabilen innenpolitischen Lage (Berlin steckt mitten in einer Revolution) zu der eher konservativen Gesamtgemeinde, um nicht zu viel gleichzeitig zu verändern. Allerdings will eine Mehrzahl der Landgemeinden und Städte lieber direkt in eine Einheitsgemeinde integriert werden. Hirsch verkündet auf einer Sitzung am 28. November 1918 im Innenministerium, dass die Regierung die Einheitsgemeinde unterstützt. Er entschließt sich, einen entsprechenden Gesetzesvorschlag durch den früheren Unterstaatssekretär Dr. Freund erarbeiten zu lassen.

Am 15. März 1919 geht dem Berliner Oberbürgermeister Adolf Wermuth und seinem Magistrat ein erster Gesetzentwurf zu. Berlin erhält vom Innenministerium so die Möglichkeit, seine Anliegen bereits in den ersten Entwurf einzubringen. Demgegenüber wird der daraufhin überarbeitete Entwurf erst später an die anderen Gemeinden versandt. Diese prüfen dann den Entwurf bis zum Sommer. Von den 86 Groß-Berliner Gemeinden äußern sich nur 26 ablehnend, während die übrigen, darunter auch Schöneberg, Wilmersdorf und Steglitz, mit einigen Verbesserungsvorschlägen dem Entwurf grundsätzlich

⁶ Hans Nowack: Das Werden von Groß-Berlin (1890 -1920). Inaugural-Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades. Genehmigt von der Philosophischen Fakultät der Freien Universität Berlin, 1953.

⁷ Frauke Bey-Heard: Hauptstadt und Staatsumwälzung – Berlin 1919. Problematik und Scheitern der Rätebewegung in der Berliner Kommunalverwaltung. Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften Berlin, Band 27. W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart u. a. 1969.



Der Berliner Oberbürgermeister Adolf Wermuth (1912-1920)



© Privatarchiv H. Fehlberg

Der preußische Innenminister Paul Hirsch (1918-1920)

zustimmen. Die Stadt Charlottenburg lehnt ihn ab und fordert eine Umgestaltung des Zweckverbandes. Nachdem die Regierung den Anliegen des Bürgerausschusses mit Zugeständnissen und einer den Kompromiss andeutenden Interpretation der noch strittigen Punkte entgegenkommt, nähern sich die beiden Seiten stark an. Am 17. November 1919 geht der Gesetzentwurf durch den Präsidenten des preußischen Staatsministeriums der verfassunggebenden preußischen Landesversammlung zu.

Dominicus in der preußischen Landesversammlung

Die preußische Landesversammlung soll für Preußen eine neue Verfassung erarbeiten und ist somit auch für die Verfassung Berlins zuständig. Sie behandelt den Entwurf des Groß-Berlin-Gesetzes ab Dezember 1919. Die inhaltliche Beratung delegiert die verfassunggebende Versammlung nach einer ersten Lesung im Plenum an einen Ausschuss. Von dessen 27 Mitgliedern gehören neun, unter ihnen Dominicus, sowie der Vorsitzende, der Abgeordnete Cassel, dem Bürgerausschuss an. Das Gremium berät den Gesetz-

entwurf in zwei Lesungen, danach wird ein Unterausschuss eingesetzt.

Dominicus ist im November 1918 unter den Gründungsmitgliedern der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP), die das demokratische System der Weimarer Republik stark unterstützt. Dieser Partei wird er nun im Ausschuss zugeordnet.



© Privatarchiv H. Fehlberg

Oberbürgermeister Alexander Dominicus



Das Abgeordnetenhaus des preußischen Landtags als Tagungsort der preußischen Landesversammlung, Aufnahme um 1900

In einer allseits kompromissbereiten Atmosphäre im Ausschuss tritt Dominicus u. a. wegen des zu erwartenden Wachstums für eine räumliche Ausdehnung Groß-Berlins ein. Die Stadtgemeinde soll bis zu einem Radius von mindestens 20 Kilometern um das Berliner Schloss herum reichen.

Wichtigster Punkt für Dominicus, die DDP und den Bürgerausschuss ist jedoch eine starke Dezentralisierung der kommunalpolitischen Macht. Dies erfordert eine Aufweichung der Zentralgewalt, indem politische Befugnisse an die zu schaffenden Bezirke der Stadt delegiert werden. Die Linke fordert hingegen einen allein agierenden Magistrat. Bei ihrer Forderung nach Dezentralisierung spielen auch die Bedenken der DDP gegen eine radikal sozialistisch dominierte Stadtverordnetenversammlung eine Rolle.

Dominicus zwischen Landesversammlung und Rathaus

Die Beratungen im Ausschuss der preußischen Landesversammlung finden auch für Dominicus unter sehr schwierigen äußeren Bedingungen statt. Es herrscht 1918/19 in Schöneberg große Wohnungsnot. Es fehlen rund 50.000 Wohnungen, um deren Beschaffung sich Dominicus zu kümmern hat. In dieser Zeit werden die Grundlagen für die Siedlung Lindenhof im Süden Schönebergs gelegt.

Mit der Revolution Ende 1918 dringen in Schöneberg Arbeiter- und Soldatenräte in das Rathaus ein und verlangen eine Machtbeteiligung. Es gelingt Dominicus mit großem politischen Geschick, diese zu einer

friedlichen Zusammenarbeit mit dem Schöneberger Magistrat zu bewegen.

Während der Ausschusssitzungen im März 1920 findet zudem der Kapp-Putsch statt. Dominicus will auf Schöneberger Gebiet schlichtend eingreifen, was angesichts der aufgebrachten Menge gegen die Putschisten jedoch nicht gelingt. Als eine Kompanie der Aufständischen ihr Quartier im alten Schöneberger Rathaus am Kaiser-Wilhelm-Platz unter freiem Geleit entwanft verlässt, werden zwölf von ihnen von der Menge schwer verletzt oder getötet. Dominicus hätte diese Entwicklung möglicherweise durch sein Erscheinen beim Verladen der Putschisten verhindern können. Dieses Ereignis beschäftigt ihn noch lange.



Die Menge erwartet im März 1920 in der Hauptstraße den Abzug einer Kompanie Kapp-Putschisten aus dem alten Schöneberger Rathaus

Die parlamentarische Diskussion und Entscheidung

Die Beratungen in der Kommission werden im Rahmen der ersten Lesung am 12. Januar 1920 fortgeführt. Nicht nur die Rechtsparteien, sondern auch ein Teil der Demokraten lehnen die Einheitsgemeinde ab. Besonders die Abgeordneten der westlichen Vororte vertreten das Prinzip der Gesamtgemeinde mit weitgehender Selbstständigkeit der einzelnen Orte. Nach mehrstündiger Debatte kommt mit nur einer Stimme Mehrheit – 14 gegen 13 – der Beschluss zustande, am Grundsatz der Einheitsgemeinde festzuhalten.

Bei der grundlegenden politischen Entscheidung über §1 des Regierungsentwurfs, d. h. über die Ein-

gemeindung, bildet schließlich die DDP in der zweiten Lesung im Ausschuss das Zünglein an der Waage, mit der der §1 angenommen wird. Unter dem Einfluss von Dominicus, Preuss und Cassel sollen für die DDP nur kommunalpolitische Gesichtspunkte ausschlaggebend sein. Dominicus prägt die Formel, dass die Einzelteile des Entwurfes in der zweiten Lesung so viele Garantien für die Dezentralisierung böten, dass dem §1 zugestimmt werden könne.

Man beschließt zugleich, aufgrund eines Einwandes von Berlins Oberbürgermeister Wermuth, der die Bezeichnung anmaßend findet, das neue Gebilde nicht Groß-Berlin, sondern einfach Berlin zu nennen. Es wird offenbar, dass das Schicksal des Gesetzes von der Haltung der Demokraten, mit Dominicus an der Spitze, abhängt. Wie im Ausschuss, so geben auch später im Plenum ihre Stimmen den Ausschlag.

Die zweite Lesung in der Kommission am 11. März 1920 bringt keine bedeutenden Änderungen. Der §1, der die Eingemeindung betrifft, wird mit derselben Stimmenmehrheit wie in der ersten Lesung angenommen. Bemerkenswert ist, dass Dominicus jetzt auch für die Einheitsgemeinde stimmt.

Durch den infolge des Kapp-Putsches ausgelösten Generalstreik wird die Arbeit des Ausschusses nicht unwesentlich verzögert. Er hat über 151 Anträge zu beraten. Am 17. April 1920 kann die Kommission ihre Arbeit beenden. Am Tag zuvor nimmt der Hauptausschuss die Empfehlungen des Unterausschusses an. Er beschließt, der verfassunggebenden preußischen Landesversammlung vorzuschlagen, den „Gesetzesentwurf über die Bildung einer Stadt Groß-Berlin“ zu billigen.

In der zweiten Lesung im Plenum am 23. April 1920 bringen die Rechtsparteien und das Zentrum Anträge ein, die auf eine Reform des Zweckverbandes bzw. auf Einrichtung einer Gesamtgemeinde hinauslaufen. Das Zünglein an der Waage bilden wieder die Abgeordneten der Deutschen Demokraten. Ihr Vertreter Dominicus teilt mit, dass durch die Umarbeitung des Entwurfs in der Kommission eine wesentlich veränderte Sachlage geschaffen worden sei, sodass es ihm und der Mehrzahl seiner politischen Freunde mög-

lich sei, dem Gesetz zuzustimmen. Dominicus sagt: „Wir glauben allerdings, dass nunmehr ... der Entwurf in der Fassung der Kommission die glückliche Mitte zwischen der notwendigen Zentralisation und der ebenso notwendigen Dezentralisation innehält.“ Die Debatte konzentriert sich in der zweiten Lesung im Plenum immer noch auf die Grundsatzfrage, ob eine Änderung des Zweckverbandes, eine Gesamt- oder eine Einheitsgemeinde zustande kommen soll.

Die SPD bejaht auch den veränderten Entwurf fast vorbehaltlos. Dominicus befürwortet die Änderungen, die es seiner Partei ermöglichen, für den Entwurf und die Einheitsgemeinde zu stimmen. Im Lager der USPD macht sich schon die spätere Spaltung bemerkbar. Die drei bürgerlichen Parteien haben weder an ihrem Standpunkt noch an ihrer Argumentation seit der ersten Lesung im Dezember 1919 etwas verändert.

Mit einer knappen Mehrheit von 134 gegen 122 Stimmen wird die Gesamtgemeinde abgelehnt. Die Einheitsgemeinde ist so mit den Stimmen der sozialistischen Parteien sowie denen von 23 Demokraten beschlossen, während sich zehn demokratische Abgeordnete für die Gesamtgemeinde entscheiden. Die zweite Lesung der restlichen Paragraphen sowie die dritte Lesung wird am folgenden Tag abgehalten. Sie bringt gegenüber den Beschlüssen der Kommission nur unwesentliche Änderungen.

Die Schlussabstimmung über den Gesetzesentwurf erfolgt am 27. April 1920: Mit 165 gegen 148 Stimmen findet der Entwurf die Zustimmung der preußischen Landesversammlung. Für das Gesetz stimmen neben den sozialistischen Parteien insgesamt 33 Abgeordnete der Demokraten, während nur fünf Abgeordnete dieser Partei mit den Gegnern stimmen. Das „Gesetz über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin“ soll zum 1. Oktober 1920 in Kraft treten. Insgesamt acht Städte, 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirke werden zur neuen Stadt vereinigt⁽⁸⁾, welche nun 877,6 qkm umfasst. Berlin wird damit von der Fläche her die größte Stadt der Welt. Die Oberbürgermeister der eingemeindeten Städte verlieren nach einer Übergangszeit ihr Amt, so auch Alexander Dominicus.

⁸ Einleitung: Das neue Berlin. In: Erster Verwaltungsbericht der neuen Stadtgemeinde Berlin für die Zeit vom 1. Oktober 1920 bis 31. März 1924. Band I: Zentralverwaltung. Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin 1926, S. 9 ff.

Dominicus' weiterer politischer Weg

Dominicus ist es persönlich willkommen, dass nun seine Amtszeit als Schöneberger Oberbürgermeister endet. Noch vor seinem Ausscheiden wird er zum Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung gewählt. Dort argumentiert er weitgehend erfolglos und politisch aggressiv dagegen, dass städtische Spitzenbeamte ungeachtet ihrer persönlichen Qualifikation nur nach dem Parteibuch gewählt werden. Diese Äußerungen richten sich vor allem gegen unqualifizierte Arbeiter, die aus seiner Sicht für Führungsaufgaben in der Kommune nicht geeignet sind. Doch die Sozialdemokraten stellen gerade solche Personen als Kandidaten auf. Diese Kritik macht es den Mehrheitssozialisten unmöglich, für Dominicus als Oberbürgermeister zu votieren. Auch seine starke parteipolitische Positionierung dürfte die Sozialdemokraten sowie die Rechtsparteien gehindert haben, ihn als Exponenten der DDP zum Oberbürgermeister zu wählen.

© Privatarchiv H. Fehlberg



Gustav Böß, Oberbürgermeister Berlins (1921-1929)

Erstes Stadtobhaupt des großen Berlin wird daher nicht Alexander Dominicus, der dafür durch seine Erfahrung und seine politischen Fähigkeiten prädestiniert erscheint. Es wird Adolf Wermuth wiedergewählt, der bereits seit acht Jahren im Amt ist. Als dieser nach wenigen Monaten politisch nicht mehr

unterstützt wird und von seinem Amt zurücktritt, wird Dominicus' früherer Verkehrsstadtrat und späterer Kämmerer (Finanzchef) in Schöneberg, Gustav Böß, neuer Berliner Oberbürgermeister. Obwohl auch Böß ein Mitglied der DDP ist, wird dieser vor allem als ausgewiesener Finanzfachmann und als Gegenkandidat zum Unabhängigen Weyl zum Stadtobhaupt gewählt.

Alexander Dominicus wird in der letzten Sitzung der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung im September 1920 mit dem Titel Städtältester geehrt und bleibt bis zum Ende des Aufbaus der neuen Verwaltungsorganisation Groß-Berlins im März 1921 im Amt. Dabei trägt er ab Oktober 1920 den Titel Bezirksbürgermeister. Daneben wird er ab November 1920 zusätzlich unbesoldeter Stadtrat von Groß-Berlin.

Dominicus als Parlamentarier und Minister

Von 1919 bis zu ihrer Auflösung im Januar 1921 ist Dominicus Mitglied der preußischen Landesversammlung. Im Februar 1921 wird er zum Mitglied des preußischen Landtags gewählt. Nachdem Dominicus schon verschiedene Male für einen Ministerposten im Gespräch war und er nach dem Kapp-Putsch als Exponent seiner Partei bei der Regierungsbildung mitwirkt, bekommt er im April 1921 das Amt des preußischen Innenministers in der bürgerlichen Regierung Adam Stegerwald angetragen.

Gerade zwei Wochen im Amt, kommt es zur Krise durch die Besetzung und Annexion von Teilen Oberschlesiens durch den wieder entstandenen polnischen Staat. In diesem Zusammenhang wird Dominicus von rechts politisch stark angegriffen. Das Amt des Innenministers bekleidet er ein gutes halbes Jahr, bis die gesamte Regierung im Oktober 1921 zurücktritt. Anschließend wirkt er mehrere Jahre wieder als Abgeordneter im preußischen Landtag.

Im Jahr 1924 erklärt er noch vor der Auflösung des Landtags unerwartet seinen Austritt aus der von ihm mitgegründeten Deutschen Demokratischen Partei. Vielen seiner politischen Freunde in Schöneberg bleibt dies unverständlich. Gemäß Aussagen seines Biografen und Freundes Paul Müller hat er sich von

seiner Partei entfremdet, die sich von seinen ideellen Zielen weg, hin zur Erlangung wirtschaftlicher Vorteile entwickelt habe.

Alexander Dominicus hat in den nächsten Jahren noch verschiedene Leitungs- und Verbandstätigkeiten inne. Er stirbt körperlich geschwächt im Jahre 1945 und wird an seinem letzten Wohnort in Freiburg im Breisgau-Günterstal begraben. Der Grabstein wird nach Ablauf der Ruhezeit auf den Friedhof in Berlin-Friedenau umgesetzt. Die am Schöneberger Rathaus beginnende Hauptverkehrsstraße nach Süden trägt zur Erinnerung an ihn seinen Namen.

Nachwort

Alexander Dominicus hat Bedeutendes für das Entstehen Groß-Berlins geleistet. Er ergriff während des Ersten Weltkriegs die Initiative, um mit dem Bürgerausschuss dem Groß-Berliner Gedanken zum Durchbruch zu verhelfen. Dies war Anstoß für die wichtige Beteiligung weiterer Bevölkerungskreise an der Konzipierung des Gesetzes und damit der Zukunft Berlins. Die von ihm aufgeworfenen Argumente beeinflussten auch den Regierungsvertreter Dr. Freund und den Berliner Magistrat in den konzeptionellen Überlegungen zur Bildung von Groß-Berlin erheblich.

Seine analytischen Fähigkeiten, sein Führungsvermögen und sein politisches Geschick trugen wesentlich dazu bei, dass für das Berlin-Gesetz in der verfassunggebenden Versammlung die notwendige Mehrheit entstand. Ohne sein erfolgreiches Eingreifen zu diesem Zeitpunkt wäre das Gesetz mit großer Wahrscheinlichkeit nicht mehr angenommen worden. Wegen der kurz nach der Abstimmung in der Landesversammlung erfolgten Spaltung der USPD hätten wohl Teile der Linken diesem Gesetz nicht mehr zugestimmt. Damit wäre in der Landesversammlung dann keine Mehrheit mehr zu erreichen gewesen. Das „Window of Opportunity“ für das Berlin-Gesetz war nicht lange offen; es war in starkem Maße Dominicus' Verdienst, dass die Gelegenheit für die Bildung eines großen Berlins nicht wieder verpasst wurde.

Dominicus stellte zu Beginn der Weimarer Zeit aber einen neuen Typus des Kommunalpolitikers in Berlin dar. Er erkannte die Notwendigkeit, die eigenen welt-

anschaulichen Werte mit den Mitteln der Organisation, mit Demonstrationen und der Massenwirkung durchzusetzen. Solche parteipolitisch engagierten Kommunalpolitiker lösten in Groß-Berlin und auch im Reich die juristisch gebildeten Fachkräfte in der kommunalen Selbstverwaltung ab. Es war eine Zeit der Veränderung, die Dominicus, der selbst stark im preußischen Beamtentum verankert war, nicht nur Potenziale schuf, sondern auch in eine schwierige Situation brachte. Obwohl er stark politisch dachte und handelte, forderte er von der Qualifikation leitender Amtsträger den Vorrang einer Sachorientierung und geriet damit in Konflikte.

Das besonders starke parteipolitische Engagement bei Dominicus war wohl einer der wichtigsten Gründe, warum ihm beide Male das Amt des Oberbürgermeisters der neuen Stadt Berlin entging. Seine frühere Tätigkeit und seine Mitwirkung an der Schaffung der neuen Großgemeinde ließen ihn als die logische Wahl erscheinen. Im September 1920 waren aber weder die linken noch die rivalisierenden bürgerlichen Parteien für die Kandidatur eines DDP-Politikers zu gewinnen, der dazu noch die Politik der Sozialdemokraten angriff.

Nach einer kurzen Episode als Innenminister in schwieriger Zeit und anschließender Tätigkeit als Parlamentarier verließ Dominicus desillusioniert und enttäuscht die politische Bühne und geriet dann über die Jahrzehnte, angesichts seiner Verdienste um Berlin völlig unberechtigt, in Vergessenheit. Gerade zum 100-jährigen Jubiläum des Inkrafttretens des Groß-Berlin-Gesetzes muss an seine Leistungen und Verdienste erinnert werden.

Quellen der Abbildungen

- 1 **Dominicus 1911** [Die Woche, 13. Jg., Nr. 7, vom 18.2.1911, S. 270; Foto: Maurique, August Scherl GmbH, Ausschnitt]
- 2 **Dominicus mit preußischem Innenminister von Dallwitz** [Paul Müller: Alexander Dominicus – Ein Lebensbild, nach S. 64. Dr. Georg Lüttke Verlag, Berlin 1957]
- 3 **Preußischer Innenminister Ernst Ludwig Herrfurth** [Das Buch für alle. Illustrierte Familienzeitung, Heft 3, 1889. Union Deutsche Verlagsgesellschaft. Stuttgart. Nach einer Photographie gez. von C. Kolb.]
- 4 **Oberbürgermeister Max von Forckenbeck** [Gemäldeausschnitt, Maler Franz von Lenbach, gest. 1904]
- 5 **Schöneberger Rathaus am Kaiser-Wilhelm-Platz** [Foto Max Missmann, gest. 3.10.1945, mglw. Stadtmuseum Berlin, Colorierung durch Autor]
- 6 **Oberbürgermeister Martin Kirschner** [Ausschnitt aus Berliner Illustrierte Zeitung 44/1905, Aufnahme: Julius Cornelius Schaarwaechter (PhotobySchaarwaechter / ullsteinbild via Getty Images) erstellt am: 1. Januar 1898; Lizenztyp: lizenzpflichtig, Quelle: ullsteinbild, Objektname: 2286737]
- 7 **Plakat von Käthe Kollwitz** [Käthe Kollwitz-Museum Köln, www.kollwitz.de]
- 8 **Dr. Hans Lohmeyer** [Bundesarchiv, Bild 183-B15770 / CC-BY-SA 3.0; Ausschnitt]
- 9 **Alexander Dominicus im Jahr 1921** [Berliner Illustrations-Gesellschaft (Photoby Berliner Illustrations Gesellschaft / ullsteinbild via Getty Images) Ullsteinbild Objektname: 2144776]
- 10 **Oberbürgermeister Adolf Wermuth** [1915 - Fotograf: Nicola Perscheid – Veröffentlicht in: „Zeitbilder“ 87/1915 Vintage property of ullsteinbild. ullsteinbild, Objektname: 4930412]
- 11 **Der preußische Innenminister Paul Hirsch** [Landesarchiv Berlin, F Rep. 290 (04) Nr. II5062/ Foto: k. A.]
- 12 **Alexander Dominicus** [Museen Tempelhof-Schöneberg, Foto: Dührkopp]
- 13 **Abgeordnetenhaus des preußischen Landtags** [Ansichtskarte aus dem Jahr 1906]
- 14 **Auszug Kapp-Putschisten aus altem Schöneberger Rathaus 1920** [Süddeutscher Verlag, Bilderdienst, München]
- 15 **Oberbürgermeister Gustav Böß** [Photo by Imagno/Getty Images) 15.1.1930. Quelle: Hulton Archive; Barcode: 00624769; Objektname: 06399_Schostal]

Reformpädagogik in Groß-Berlin – Einbrüche in die preußische Lehr- und Zuchtanstalt?

Moderation: Peter Lassau,

ReferentInnen: Peter Lassau und Gertrud Fischer-Sabrow, beide Berliner Geschichtswerkstatt

Montag, 26. April 2021, Online-Veranstaltung, 19:00 Uhr

Die junge deutsche Republik erleichterte es, reformpädagogische Ideen zu verwirklichen. Neben dem humanistischen Gymnasium als traditioneller Eliteschule entstanden Realgymnasien mit einer modernen Sprachenfolge und höhere Schulen für Mädchen. Die Zusammenarbeit zwischen Schule und großen Firmen wurde angeregt und gefördert. Im Bezirk Schöneberg wurden die neuen Möglichkeiten gut genutzt. Schon zur Kaiserzeit hatte sich hier das Pestalozzi-Fröbel-Haus mit seinem emanzipatorischen Ansatz besonders in der Frauenbildung hervorgetan. Im Lehrerzimmer des Werner-Siemens-Realgymnasiums wurde der „Bund entschiedener Schulreformer“

gegründet. Soziales Engagement und demokratische Strukturen waren charakteristisch für diese Schule. Dies und die Tatsache, dass gut die Hälfte der Schülerschaft jüdischen Glaubens war, hatten zur Folge, dass die Schule bereits 1935 aufgelöst wurde. Auch in anderen Bezirken wurden Reformschulen gestärkt, so das eher konservative Grunewald-Gymnasium in Wilmersdorf mit seinem Konzept der „Bewegungsfreiheit in der Oberstufe“ und anderen Reformansätzen. Angesichts der Krise, in der sich die Berliner Schule nach Meinung vieler befindet, könnte unser Blick in die Vergangenheit anregend und inspirierend sein.

Veranstaltungsbericht

Gabriele Frydrych

„In Freiheit dressieren!“

Ach, waren das noch Zeiten, als man in der Geschichtswerkstatt dicht gedrängt auf Klappstühlen saß, den Nachbarn und dessen Mantel fast auf dem Schoß, den Rotwein und die Erdnussflips weit entfernt auf einem Ecktisch. Gäste mit kreativer Zeiteinteilung kamen im Nebenraum unter oder „standen im Schaufenster“. Die Referenten erlebte man analog und leibhaftig! Ein omnisensorisches Gesamterlebnis! Hinterher lebhaftes Diskussionsleben in der Küche, auf der Straße (mit Zigarette ...) oder beim Chinesen.

Jetzt – zu Corona-Lockdown-Zeiten – kann mancher Referent nicht kommen, weil er in Island festsitzt oder zu Recht das Virus fürchtet. In der Geschichtswerkstatt erscheinen am 26.4.2021 nur die BGW-Mitglieder Gertrud Fischer-Sabrow und Peter Lassau. Klaus vom Rockradio ist netterweise für die Technik zuständig. Die Veranstaltung wird als Live-Stream übertragen. Die Zuhörerinnen und Zuhörer sitzen daheim vorm Bildschirm und grübeln: „Wie komme ich da



© Berliner Geschichtswerkstatt

Gertrud Fischer-Sabrow und Peter Lassau bei ihrem digitalen Vortrag in der Berliner Geschichtswerkstatt

jetzt rein?“ oder rufen in leiser Verzweiflung „Könnt ihr mich sehen?“ – „Ich höre nichts!“ – oder ganz vorwurfsvoll: „Ich habe kein Bild.“ Die Referenten begin-

nen, begleitet von einem ständigen Geräuschteppich: Klicken und Klackern, leises Zischen und Reden. Vielleicht sollten solche virtuellen Veranstaltungen mit dem Intro beginnen: „Wo ist an meinem Laptop das Mikrofon und wie stelle ich es ab?“

18 Interessierte verfolgen am digitalen Endgerät die Vorträge zum Thema „Reformpädagogik in Groß-Berlin“. Kurz sieht man die beiden Referenten, Gertrud Fischer-Sabrow (zum Grunewald-Gymnasium) und Peter Lassau (Werner-Siemens-Realgymnasium), bevor sie hinter zahlreichen historischen Fotos verschwinden: alte Gemäuer, altehrwürdige bärtige Kollegien in schwarzen Anzügen und diverse Klassenfotos.



Werner-Siemens-Realgymnasium in der Hohenstaufenstraße in Schöneberg (heute befindet sich in dem Gebäude die Georg-von-Giesche-Schule)

1. „Schulzucht durch Selbstzucht“

Die Prinzipien

Man denkt nicht unbedingt an innovative Ideen, wenn man Wendungen wie „Schulzucht durch Selbstzucht“, „in Freiheit dressieren“ oder „Schüler als Beamte“ hört. Aber hinter diesen Begriffen verbergen sich Neuerungen, die damals einmalig in Preußen waren. 1903 begann das WSRg, so nannten die Schüler ihre Anstalt, mit Klasse 1 und wenigen Zöglingen. 1907 wurde ein neues Gebäude in der Hohenstaufenstraße bezogen. Da waren es schon 523 Schüler – und aus

gutem Grund wird hier nicht gegendert: Es waren nur Knaben. 110 Reichsmark mussten die Eltern Schöneberger Jungs als Schulgeld abdrücken, Auswärtige bezahlten 130 Reichsmark. Es gab 17 Freistellen. Die Klientel stammte aus privilegierten Bildungsbürgerfamilien, vielfach aus dem Bayerischen Viertel. 50 Prozent der Schüler waren jüdischen Glaubens.

Das neue Schulgebäude fiel durch seine fast verspielte Jugendstil-Architektur auf. Der Gründer Wilhelm Wetekamp war nicht nur ab 1906 Schulleiter und „Chef-Ideologe“, sondern auch engagierter Kommunalpolitiker und Naturschützer. Er wollte keine Drill- und Zuchtanstalt. Äußerer Drill führte in seinen Augen nur zu Auflehnung. Innere Disziplin (= „Zucht“) und Einsicht seien die Ziele. Dazu sei bei den Schülern ein hohes Maß an Selbstständigkeit und Freiheit nötig. Und zwar keine Freiheit „von etwas“ (keine Grenzen, nur nach dem Lustprinzip leben), sondern Freiheit „zu etwas“. Was er propagierte, würde man heute „schülerzentrierten Unterricht“ nennen – „Lernen mit Kopf, Herz und Hand“. Der Mensch werde erst durch die Achtung vor der Meinung der anderen zum Menschen, so Wetekamps wichtigster Erziehungsgrundsatz.

Das WSRg war die erste Schule in Preußen mit Schüler selbstverwaltung. Dafür wurden die Schüler zu „Beamten“. Das klingt vielleicht heute etwas belustigend. Aber möglichst jeder sollte zunächst für ein kleines Amt zuständig sein, sei es das Lüften, die Verantwortung für Schlüssel, Bücher, Pflanzen, saubere Tafeln oder das Klassenbuch. Diese Aufgaben wurden durch Wahl bestimmt und mit dem Alter der Schüler entsprechend verantwortungsvoller (Oberstufenschüler führten z. B. Aufsicht). Heute hieße die dabei entstehende Identifikation der Jugendlichen mit ihrer Anstalt „Corporate Identity“... Bei schlechter Amtsführung konnte die Abwahl erfolgen.

Unterricht und Schulleben

Die erste Fremdsprache war Französisch, und nicht, wie üblich, Latein. Es existierten ein mathematisch-naturwissenschaftlicher Zweig und ein sprachlicher. Ein ganz modernes Kursangebot war Stenografie. Die ausschließlich männlichen Lehrer brachten viel ihrer Freizeit in die Schule ein: Es gab jede Menge Sportan-

gebote: Pingpong, Tennis mit eigenem Platz, Turnen, Waldlauf, Rudern, Schach, Fechten, in den Ferien Sportreisen. In der überaus prächtigen Aula wurden Theater- und Musikstücke aufgeführt. Auf Schildhorn fand jährlich ein Fest zusammen mit Schülern, Eltern und Lehrern statt. Man kann von einem sehr lebendigen Schulleben sprechen.

Der beliebteste Lehrer war Reinhold Knick, der viele Fächer unterrichtete, sich an der Schule für Theater und Musik engagierte und „Freund der Jugend“ genannt wurde. Marcel Reich-Ranicki, zeitweise ein Schüler des WSRg, lobt in seiner Biografie diesen Lehrer ausdrücklich und ausführlich. Erwähnung sollte auch Schulleiter Lemme finden, der 1933 offiziell seinen Schülern verbot, davon zu sprechen, die Nazis selber hätten den Reichstag angezündet. Mit diesem „Verbot“ brachte er viele erst auf diese Idee. Sicher kein Zufall, dass dieser Schulleiter schnell auf Rente geschickt wurde.

Die Schüler

Als Zeichen ihrer Selbstständigkeit gaben die Schüler eine Zeitschrift heraus, die sich sehen lassen konnte. Allerdings bildete sich auch der Zeitgeist z. B. in Form militaristischer Gedichte ab. Die Jugendlichen spendeten Pausenbrote für eine Volksschule in Friedrichshain und unterstützen Kleinrentner. Nicht so erfolgreich agierte ihr „Klub der Unentwegten“, der freie homoerotische Liebe ab 16 propagierte. Der Klub wurde von preußischen Behörden verboten. (Anmerkung der Verfasserin: Laut Wikipedia sind das Fake-News. Dieser Aufruf für die Zulassung freier Liebe wurde der Schule angeblich unterstellt, um ihrem Ruf zu schaden!).

1993 trafen sich einige der Ehemaligen und sprachen von einer guten Klassenatmosphäre. Ihnen sind auch zahlreiche Erinnerungen und Details zu verdanken, die Sabine Baruschke, ehemalige Geschichtslehrerin an der Giesche-Sekundarschule, die sich heute in dem Gebäude befindet, gemeinsam mit Schülern zu einem Film über das WSRg verarbeitete und als Archivmaterial aufhob. 1933 mussten viele Juden Deutschland verlassen. Die Schule verlor einen großen Teil ihrer Schülerschaft. 1935 wurde sie aufgelöst. Eine Berufsschule für Mädchen bezog das Gebäude.



Das Grunewald-Gymnasium, heute Walther-Rathenau-Gymnasium

2. Demokratie klappt nicht immer

Eine Schule der Reichen und Gebildeten

Im Villenvorort Grunewald suchten Industrielle, Bankiers, hohe Beamte, Wissenschaftler und Militärs eine passende Schule für ihre Söhne. 1903 wurde daraufhin das Grunewald-Gymnasium gegründet, gebaut von der reichen Landgemeinde Grunewald, aber unterstützt durch viele Spenden der begüterten Elternschaft: ein Flügel, eine Bücherei, naturwissenschaftliche Geräte, Tennisplätze. Es gab finanzielle Zulagen für pensionierte Lehrer, für Klassenfahrten und 1920 konnte die Schule über ein eigenes Landschulheim verfügen.

Die Eltern wollten aber auch Einfluss auf inhaltliche Aspekte nehmen. Latein und Griechisch, die traditionellen Fächer des klassischen Gymnasiums, traten in den Hintergrund, moderne Fremdsprachen und Naturwissenschaften gerieten in den Vordergrund. Dieser Reformaspekt trat noch stärker hervor, als 1916 ein neuer Direktor sein Amt antrat: Wilhelm Vilmar aus einer hessischen Gelehrtenfamilie, der wie Wetekamp von der Frankfurter Schulreform geprägt war. Er wollte freiheitliche und individuelle Bildung für eine

breite Schicht, nicht nur für eine Elite. 1920 wurde die Landgemeinde Grunewald dem Bezirk Wilmersdorf angegliedert. Fortan kamen die Schülerinnen und Schüler aus ganz Berlin, es gab eine stärkere soziale Mischung. Natürlich blieb eine gewisse Schicht trotzdem unter sich, denn das Schulgeld konnten viele Eltern eben nicht aufbringen. Mit der Vergrößerung der Schülerschaft wurde auch ein Erweiterungsbau fällig.

Die Reformen

Unter Schulleiter Vilmar gab es drei Reformbereiche: Bewegungsfreiheit in der Oberstufe, Schüler selbstverwaltung und Koedukation. Was heute selbstverständlich ist – eine gewisse Wahlfreiheit in der Oberstufe –, war damals äußerst umstritten, weil damit die übliche strenge Reglementierung aufgehoben wurde. Letztlich war diese Reform am Grunewald-Gymnasium aber sinnvoll, wie die Lernerfolge zeigten. Schüler und Lehrer konnten stärker ihren Vorlieben nachgehen. Lehrer hatten die Möglichkeit, ungewöhnliche Fächer wie Hebräisch, Spanisch, Astrophysik oder Geomorphologie einzubringen.

Ein Beispiel für gelungene Schüler selbstverwaltung war die Winterhilfe 1931. Von einem Schüler initiiert, wurden Essen und Kleidung für ärmere Schüler gesammelt, sogar einen Schulhort richtete man ein. Dort gab es Hausaufgabenbetreuung, Spiele und Sport und ein gutes Abendessen, alles organisiert von Schülern des Gymnasiums und finanziert von zehn der begüterten Familien.

Weniger erfolgreich lief es – zur Enttäuschung des Leiters – mit der Schülerverfassung. Diese war von Schülern überarbeitet worden, scheiterte aber am Passus eines Schülergerichts, das bei Konflikten eingreifen sollte. Sowohl Lehrer als auch Schüler sahen so ein Gericht nicht als kompetent oder sinnvoll an. Die Schülerverfassung wurde abgelehnt, für einen Zeitzeugen ein Beweis für politische Gleichgültigkeit und Unterordnung unter die Obrigkeit. Ein anderer Zeitzeuge, nationalsozialistisch geprägt, brüstete sich 1933 damit, wie es ihm wiederholt gelungen sei, die Schülerversammlungen in seinem Sinne zu manipulieren.

Schulleiter Vilmar wollte Mädchen dieselben Bildungschancen einräumen wie Jungen. An seiner Schule hatten 14 Mädchen bereits 1916 das externe Abitur abgelegt. Eine Mädchenschule mit diesem Abschluss gab es damals im Bezirk noch nicht. Das Grunewald-Gymnasium galt als prestigeträchtige Schule; die Mädchen waren stolz, dort Schülerinnen zu sein, aber einige bekannten auch, dass es mühsam und anstrengend war mitzuhalten. Insgesamt legten bis 1933 ca. 40 Mädchen am Grunewald-Gymnasium das Abitur ab. In dieser überschaubaren Anzahl blieben sie eher exotische Wesen. Unter ihnen prominente Frauen wie Dora Benjamin, die Schwester Walter Benjamins, Christine Bonhoeffer, die Schwester Dietrich Bonhoeffers, Ursula Andreae, die Nichte Walther Rathenaus, Marion Winter, die spätere Gräfin Yorck von Wartenburg.

Die Reformen am Grunewald-Gymnasium endeten 1933 mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten. Ein Linientreuer übernahm das Amt des Schulleiters. Die jüdischen Schüler wurden vertrieben, das war ein Drittel der Gesamtschülerschaft.

Resümee

Beide Schulen waren privilegiert und wohl kein „Einbruch ins preußische Schulleben“, wie eingangs formuliert. Beiden Anstalten gelang es nach Zeitzeugenberichten nicht, für Schüler völlig „angstfrei“ zu agieren. Schule und Bildung waren nach wie vor ernste und strenge Angelegenheiten. Innovativer und „flotter“ ging es damals sicherlich an der Karl-Marx-Schule zu (heute Fritz-Karsen), der „Reformschule fürs Proletariat“. Aber trotzdem waren die beiden Schulen liberaler und schülerorientierter als traditionelle Gymnasien. Beeindruckend bei beiden Anstalten war das große Angebot an Sport, Theater und Musik – Schule wurde wirklich als Lebensraum verstanden.

Zum Ende des Vortrags hatten die meisten Zuhörer begriffen, wie man ein Mikro ausstellt, und wollten es nach diesem Erfolg anscheinend nicht wieder einschalten. Eine größere Diskussion kam leider nicht zustande.

Vortrag

Peter Lassau auf einer Textgrundlage von **Sabine Baruschke**, ehemalige Geschichtslehrerin an der Georg-von-Giesche-Oberschule, die ein Projekt zur Geschichte des Werner-Siemens-Realgymnasiums leitete.

Das Werner-Siemens-Realgymnasium in der Hohenstaufenstraße

Im Jahr 1993 besuchten ehemalige Schüler des Werner-Siemens-Realgymnasiums ihre alte Schule, die 1935 von den Nationalsozialisten geschlossen worden war. Die Familien des überwiegenden Teils der Schüler waren aus dem nationalsozialistischen Deutschland geflohen, viele in die USA und nach Israel. Über all die Jahre ging aber nie der Zusammenhalt dieser „Schulkameraden“ und die gemeinsame Erinnerung an eine für sie offensichtlich großartige Zeit verloren. Davon berichten sie in Interviews mit Schülern der Georg-von-Giesche-Oberschule, die das Schöneberg-Museum auf einer CD mit dem Titel „Die verschwundene Schule“ aufbewahrt.

Was für ein Gebäude!

Das Werner-Siemens-Realgymnasium, von den ehemaligen Schülern liebevoll und knapp WSRg genannt, befand sich in der Hohenstaufenstraße, Ecke Münchener Straße im Bayerischen Viertel in Schöneberg. Es handelte sich um eine höhere Knabenschule. Mit seiner Jugendstilfassade passte es gut in die Front der damals modernen Häuser und hatte nichts an sich von der üblichen Architektur pseudoklassizistischer und kasernenähnlicher Schulgebäude.

Der Unterricht begann am 16. April 1903 unter der Leitung von Oberlehrer Wetekamp, dem Vorschullehrer Neumann und dem Latein-Oberlehrer Posner (stundenweise, hauptamtlich an der Hohenzollernschule). 23 Vorschüler und 34 Sextaner zogen erst einmal in das Gemeindeschulgebäude in der Hohenstaufenstraße 48/49.

Der reformfreudigen Arbeit an der Schule war es zu verdanken, dass bis zum Schuljahr 1907/08 Kollegium und Schülerschaft stetig wuchsen. So erhielt

Wetekamp im Jahr 1906 die Direktorenwürde und 1907 konnte das von Stadtbaurat Paul Egeling geschaffene Schulgebäude endlich vollständig bezogen werden. Die nun 523 Schüler wurden von 15 Lehrern unterrichtet. Ein Schulgeld von 110 Reichsmark wurde für einheimische Vorschüler, 130 Reichsmark für auswärtige erhoben. Die Schüler der Hauptanstalt zahlten 130/150 RM. Es gab 17 Freistellen. Das WSRg wurde von gut situierten Schülern besucht. Die Hälfte der Schülerschaft war jüdischen Glaubens.

Wilhelm Wetekamp

In ihm erhielt die Anstalt nicht nur einen tüchtigen Fachwissenschaftler, sondern einen reformfreudigen Pädagogen und einen warmherzigen Menschen zum Direktor, der in den Jahren 1903 bis 1924 seine Schule auf- und ausbaute und segensreich leitete. In Breslau bestand er 1883 das Staatsexamen und wurde auch hier nach seiner Hilfslehrertätigkeit in Brieg (Schlesien) als Oberlehrer angestellt. Schon als junger Oberlehrer trat er als Reformator hervor und forderte eine gemeinsame Grundschule als Unterstufe aller höheren Lehranstalten, Gabelung auf der Mittel- und Oberstufe in einen mathematischen und in einen sprachlichen Zweig, Arbeitsunterricht, biologische Schülerübungen und eine Schülerselbstverwaltung. Seine Erfahrungen legte er in der Schrift „Selbstbetätigung und Schaffensfreude in Erziehung und Unterricht“, Verlag Teubner, 1908 nieder. Auch die Einführung der Kurzschrift in den Schulen förderte er und wurde zum Ehrenvorsitzenden des Stenographenverbandes Stolze-Schrey ernannt.

Ernst nahm es Wetekamp auch mit seinen Pflichten als Staatsbürger. Als überzeugter Demokrat betätigte er sich in der damaligen Freisinnigen Volkspartei, die



Direktor Wetekamp, 1912

er von 1893 bis 1903 als Landtagsabgeordneter des Wahlkreises Breslau vertrat. In Schöneberg war er dann von 1906 bis 1919 Stadtverordneter.

14 Jahre hindurch war Wetekamp Geschäftsführer der „Brandenburgischen Provinzialkommission für Naturdenkmalpflege“. Als solcher durchforschte er während der Ferien die märkischen Kreise nach den riesigen erratischen Blöcken, um wenigstens die Eigentümer zu Schützern dieser Denkmale ferner Zeiten zu machen.

Im eigenen, geräumigen Schulhaus war es Direktor Wetekamp möglich, den Arbeitsunterricht auszubauen und zu fördern. Die Richtlinien hatte er niedergelegt in der oben erwähnten Schrift „Selbstbetätigung und Schaffensfreude in Erziehung und Unterricht unter besonderer Berücksichtigung des ersten Schuljahres“. Mit Werkarbeiten der Schüler wurden Ausstellungen in Saarbrücken und London beschickt. Vorher konnte sie jeder im WSRg selbst, dann im Lehrervereinshaus am Alexanderplatz betrachten. Im folgenden Schuljahr beteiligte sich das WSRg an Ausstellungen in Dessau, Harburg, Magdeburg. Außer freiwilligen Kursen für Papier-, Karton- und Papparbeiten gab es seit Herbst 1907 auch solche für Holzarbeiten. 260 Schüler in 13 Abteilungen besuchten damals diese Kurse für Werkarbeiten.

Es finden sich deutsche und ausländische Schulleute im WSRg ein, um den Werkunterricht in der Vor-

schule wie auch in den Kursen kennenzulernen. Von Jahr zu Jahr wird die Anstalt bekannter und die Studienkommissionen werden zahlreicher. Provinzial- und Regierungsschulräte kommen auf Veranlassung ihrer Behörden, Pressevertreter des In- und Auslandes im Auftrage von Tageszeitungen, Kulturzeitschriften und pädagogischen Fachblättern. Auch Professoren aus Frankreich erscheinen mit ihren Studenten.

Das WSRg wird nicht nur von jungen Schönebergern, sondern auch von Schülern anderer Orte bevorzugt. Unter den 343 Gymnasiasten, die am 1. Februar 1909 die Anstalt besuchen, sind 265 Schöneberger, 77 Auswärtige und 21 Ausländer.

Nachdem Anfang Februar 1909 die erste Abschlussprüfung der U II stattgefunden hatte, bei der von 19 Untersekundanern 18 das Reifezeugnis für U II (als Zulassung zur Oberstufe) zuerkannt wurde, erfolgte am 23. März 1909 die Anerkennung der Schule als Realgymnasium, an dem die Reifeprüfung (Abitur) abgelegt werden konnte.

Wetekamps pädagogische Grundsätze:

1. Schüler muss man in Freiheit dressieren!
2. Hinter zu straffer äußerer Disziplin verbirgt sich oft Groll, Auflehnung und Widersetzlichkeit. Wahre innere Disziplin muss aus dem Inneren kommen. Sie kann nur in Freiheit gedeihen!
3. Erziehen heißt gewöhnen, gewöhnen aber setzt Geduld und Arbeit voraus!
4. Das Einleben in die Gemeinschaft ist einer der wichtigsten Bestandteile der Erziehung. Hier erlebt der Schüler, dass wahre Freiheit in steter Selbstverantwortung und in Übernahme freiwilliger Pflichten besteht.
5. Erst die tätige Beteiligung an der Gestaltung des Schullebens führt zum Gemeinschaftsgefühl, nicht nur in der Schule, sondern auch darüber hinaus.
6. Die Hauptaufgabe der Schule liegt vor allem in der Art und Weise, in der Wissensstoff angeeignet wird. Erst durch Selbstbetätigung tritt an Stelle des bloßen Kennens das lebendige Können.
7. Dem Lehrer muss möglichste Freiheit gegeben werden, seinen Unterricht seiner Persönlichkeit entsprechend mit Lust und Liebe zu gestalten.

8. Öffnet den Schülern durch Formen, Zeichnen und Basteln die Augen für wirkliches Sehen.
9. Selbstbetätigung ist der Anfang allen Lernens.
10. Mit der Achtung vor der Meinung des anderen beginnt der Mensch, Mensch zu werden.

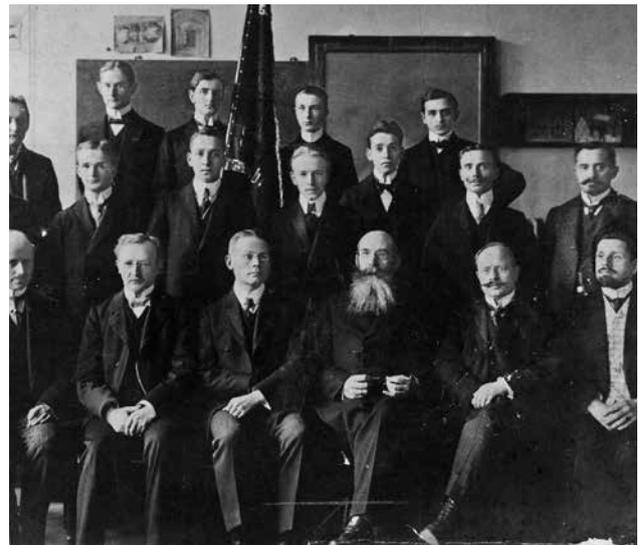
Pädagogisches Profil – wichtige Lehrerpersönlichkeiten

Herausragende Lehrerpersönlichkeiten prägten die Schule und brachten erfolgreiche pädagogische Innovationen über die Grenzen dieser Schule hinaus auf den Weg.

Da war z. B. der Vorschullehrer Karl Vorwerk. Dieser „König der Aufnahmeklassen“ hatte seine Ausbildung als Lehrer am Königlichen Seminar in Königsberg erhalten und war 1895 von Frankfurt (Oder) nach Schöneberg berufen worden. Nun bildete er sich in Abendkursen an der Königlichen Kunstanstalt zu Berlin in Zeichnen und Malen weiter. Jeden Unterricht belebte Vorwerk durch malendes Zeichnen und wurde in Schöneberg wegweisend für einen kindgemäßen Unterricht der ABC-Schützen.

Einen eifrigen Förderer seiner Reformbestrebungen fand er in Direktor Wetekamp. Aus der Schularbeit am WSRg wurden seine Bücher „Fritz Strichmann“ und „Ein lustiges Reihengedicht für unsere Kleinen“ geboren, die bald in der Hand eines jeden Lehrers der Aufnahmeklasse waren. In Scharen strömten die Berliner Lehrer zum Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in der Potsdamer Straße, wenn Karl Vorwerk durch Vorträge und Lehrproben in den kindertümlichen Arbeitsunterricht für die Schulneulinge einführte. Ihm ist es zu danken, wenn vom ersten Schultage an durch Malen, Zeichnen, Formen, Falten, Stäbchen legen Selbsttätigkeit zum obersten Unterrichtsprinzip erhoben wurde und Sonnenschein und Freude in das Grau des bisherigen Schulalltags einzogen. Vorwerk lehrte mit Phantasie und Herz.

Der mit Abstand beliebteste Lehrer des WSRg war Reinhold Knick, als „Freund der Jugend“ bezeichnet (so sein ehemaliger Schüler Isenstein). Knick, der Mathematik, Physik, Chemie, Biologie und Deutsch unterrichtete, wurde an der Schule Theaterleiter und Kapellmeister. Als hochbegabter Schauspieler über-



Lehrerkollegium des WSRg, 1912

© Georg-von-Giesecke-Schule

nahm er 1928 die Hauptrolle in Shakespeares „Sturm“ und begeisterte das Publikum dermaßen, dass die Aufführung in der Presse gelobt wurde. Der Denker und Philosoph wurde von allen ehemaligen Schülern anerkennend erwähnt. Ein großes menschliches Vorbild sei er gewesen, richtungsweisend, demokratisch, ein wunderbarer Pädagoge und der ewig Jugendliche.

Darüber hinaus leitete er den Stenographischen Verein, der für die Preisausschreiben der Stenographischen Rundschau übte. Auch dies ein Beleg für Innovationswillen und Flexibilität dieser Schule, denn neben dem Pflichtunterricht wurde zusätzlich fakultativer Kurzschriftunterricht eingeführt.

Besondere Erwähnung findet dieser Lehrer in Marcel Reich-Ranickis Autobiografie: „Etwas Jugendbewegtes hatte er immer“, heißt es da und: „Keinem meiner Lehrer aus den Jahren 1930 bis 1938 verdanke ich so viel wie diesem Doktor Knick“ (Marcel Reich-Ranicki: Mein Leben, Stuttgart 1999, S. 49). Auch nach der Schließung des Werner-Siemens-Realgymnasiums hält Marcel Reich-Ranicki Kontakt zu Reinhold Knick, der für ihn die „Ideale der deutschen Klassik oder auch: den deutschen Idealismus“ verkörperte. Keine Frage: Dieser Lehrer hatte maßgeblichen Einfluss auf den Lebensweg des renommierten Literaturkritikers, der von 1930 bis 1935 Schüler dieser Schule war. Dr. Knick unterrichtete am WSRg von 1906 bis 1934.



© Georg-von-Giesche-Schule

Die Kinder der untersten Dorfschulklasse beim Formen

Interessant und aufschlussreich für den dortigen Geist ist auch, was Reich-Ranicki über die Reaktion der Schule nach dem Reichstagsbrand 1933 berichtet: „In der kurzen Rede des Schuldirektors fand sich, allerdings indirekt, der gleiche Hinweis“ [Gemeint ist die Aussage, die Nazis hätten den Reichstag angesteckt.]: „Ich verbiete allen Schülern“, sagte er, „zu behaupten, die Nationalsozialisten hätten den Reichstag angezündet. Viele Schüler horchten auf. Erst dieses Verbot brachte sie auf einen Gedanken, auf den sie sonst wahrscheinlich gar nicht gekommen wären“ (Reich-Ranicki, u. a. O., S. 48).

Lebendige Schule

Das Kollegium sorgte auch in der Freizeit für Abwechslung. So gab es Spiel- und Sportfeste. Ehemalige Schüler berichten von Wett- und Waldläufen, Schlagballspielen, Ping-Pong-Meisterschaften, Turnfesten, Schachturnieren. Auch die Abendveranstaltungen wurden lobend erwähnt, z. B. musikalische Unterhaltungsabende, Weihnachtsmusik mit Chorgesang (1913 z. B. ein Schubert-Abend). Die Attraktivität der Schule wuchs auch durch ihre Vereine. So existierte

1913/14 ein Ruderverein unter der Leitung von Oberlehrer Dux. Es ging in den Pfingstferien nach Schwerin, an die Müritz und den Scharmützelsee. Der Turnverein unternahm neben den Wettspielen und Geräteübungen Turnfahrten an die Nord- und Ostsee (Hamburg, Kiel, Travemünde). Turnlehrer Priebe fuhr mit den Jungen auch mal zur Schlittschuhpartie in den Spreewald.

Lesungen wurden vorwiegend in den Wintermonaten gehalten. Tennis- und Fechtclub unter der Leitung des Oberlehrers Hilker fanden regen Zulauf. Einen für die Schule reservierten Tennisplatz gab es in der Meraner Straße; Spielwarte waren die Oberschüler. Dr. Knick liebte auch das Wandern, so z. B. mit kleinen Gruppen durch das Riesengebirge in den Pfingstferien.

Der Chor des WSRg war legendär, viele Unterhaltungsabende mussten in der Aula wiederholt werden. Auch an Lichtbildervorträge wurde gedacht. Direktor Wetekamp, von der Schulverwaltung 1912/13 freigestellt – auch zum Zweck der Erholung –, hielt Vorträge über seine Reise nach Südamerika. Als weitere Arbeitsgemeinschaften gab es am WSRg Kurse für Zeichnen und Modellieren, Holzschnitte und Plaka-

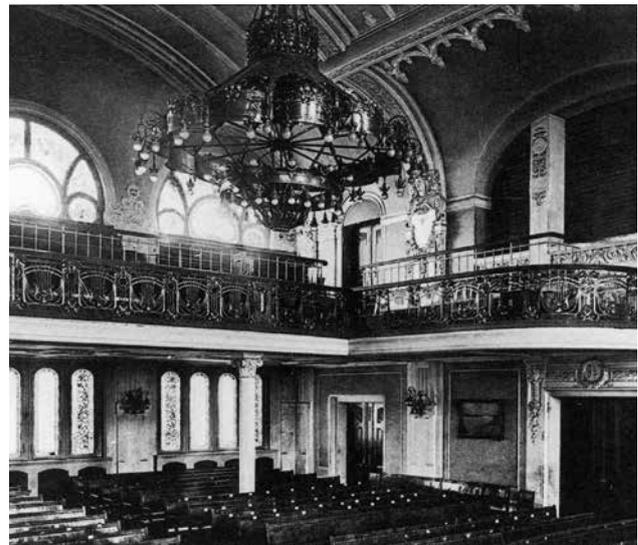
te herstellen (Zeichenlehrer Schlawjinski). Im Sommer übte man Landschaftsmalerei. Die Oberlehrer Dr. Meyer und Friederiszick kümmerten sich um die Pfadfinder in Zusammenarbeit mit dem Pfadfinderkorps Berlin. All diese Veranstaltungen führten dazu, ein festes Band zwischen Schülern, Lehrern und der Elternschaft zu knüpfen. Die Schüler waren damit auch an den Nachmittagen und teilweise in den Ferien gut beschäftigt.

Weitere Veranstaltungen

Von 1914 an führte man jährlich regelmäßig ein Schulfest durch, z. B. in Schildhorn, als Mittel zur Bildung eines Gemeinschaftsgefühls der Schüler aller Klassen. Auch die Eltern waren zu dieser Veranstaltung eingeladen. Vom Bahnhof Zoo ging es mit dem Vorortzug nach Pichelsdorf und weiter zu Fuß nach Schildhorn. Auf den Wiesen vor den Restaurants fanden vormittags sportliche Wettbewerbe statt. Die Hauptsache war aber nachmittags eine Theateraufführung mit Schulorchesterbegleitung in einer Waldschneise. Der andere „theatralische Höhepunkt“ fand im Winter in der Schule mit erweitertem Schulorchester und Einsatz von Scheinwerfern statt.

1928 sorgte die damalige Schülervertretung für einen Wirbel. In einem Aufruf an die Klassenältesten der Unterprima, die sich der „Verein der Unentwegten“ nannten, forderten sie die freie Liebe zwischen den Geschlechtern und die Möglichkeit zum freien Bekenntnis der gleichgeschlechtlichen Liebe für Schüler vom 16. Lebensjahr an. Durch ihr Auftreten in der Öffentlichkeit anhand von Unterschriftensammlungen befasste sich sogar der preußische Landtag mit dem WSRg, und der Verein musste schließlich aufgelöst werden.

So blieb erst mal unauffälligeres Auftreten im Vordergrund, z. B. Tauschen von Zigarettenbildern (Automodelle) und Murmeln, Austausch von Reparaturinformationen für die grundsätzlich gebraucht erstandenen Fahrräder und das regelmäßige Unterstützen einer Friedrichshainer Volksschule durch ein zweites Schulbrot (ca. 150 Brote täglich, insbesondere in Notzeiten). Die Hausarbeiten versuchte man in der Freizeit so schnell wie möglich zu erledigen. Das Fach Geschichte beschränkte sich auf das Auswendigler-



Aula des WSRg

© Georg-von-Giesche-Schule

nen der Jahreszahlen von Karl dem Großen aufwärts. Das schulische Leben begann – genau wie heute – um 8.00 Uhr, aber wehe dem Schüler, der sich bereits zehn Minuten vorher blicken ließ; auch wenn es regnete, schneite oder frostig kalt war, wurde er nicht eingelassen. Die Schule verfügte über einen Schulgarten, und der „Diener“, heute Hausmeister, hielt Hühner und Kaninchen, die von den Schülern in den Pausen mit Brot aufgepäppelt wurden. Das Verhältnis der Schüler untereinander wurde von den Ehemaligen einstimmig als gut bewertet, und auf die Frage, ob es jüdische Lehrer gegeben habe, antworteten die Herren, dass sie daran keine Erinnerung hätten, weil das an dieser Schule keine Rolle gespielt habe.

Lesen, Schreiben und Rechnen lernten die Vorschüler mit Hilfe von Buntstiften, Legestäbchen und Setzkasten. Der weitere Arbeitsunterricht fand mit Schülerexperimenten vor allem in den Naturwissenschaften statt. Es gab ein chemisches Laboratorium, auch physikalische und weitere naturwissenschaftliche Räume (Biologie) mit Sammlungszimmern. Papier-, Holz- und Metallarbeiten wurden in drei Räumen für Handfertigkeitsunterricht im Keller durchgeführt. Im Zeichensaal gab es u. a. die Möglichkeit zu modellieren. Der Gesangssaal befand sich im 3. Stock neben der zweigeschossigen Aula. Eine Empore zur Aula konnte von dort betreten werden.

Ab 1925 war das WSRg die einzige Schule in Schöneberg mit Französisch als erster Fremdsprache. Als pädagogische Hauptaufgabe sah Wetekamp das Be-

obachten, Üben und Experimentieren, nicht allein das Demonstrieren. Auch pädagogische Assistenten wurden hierfür angeworben, z. B. Muttersprachler im Fach Französisch. „Die Hauptaufgabe der Schule liegt nicht in der Aneignung eines bestimmten Wissensgebietes, sondern vielmehr in der Art, in der die Aneignung geschieht. Nur so kann der Unterricht erzieherisch und charakterbildend wirken!“, so Wetekamp im 1. Jahresbericht des WSRg von 1903/04.

Bereits im Sommer 1909 regte er auf einer Konferenz der Lehrer eine weitere Beteiligung der Schüler am Schulleben an. Er nannte diesen Versuch eine „Selbstverwaltung“. Eine Kommission von fünf Lehrern wurde beauftragt, dafür ein Konzept zu erstellen.

Nachfolgend werden die wichtigsten Leitsätze zitiert.

1. Selbstverwaltung ist die Herstellung der Ordnung in der Schule durch Beamte, die von den Schülern aus ihrer Mitte gewählt sind. Es gibt erstens Aufsichtsbeamte, zweitens Inventarbeamte.
2. Ziel der Selbstverwaltung ist Aufbau der Schulzucht auf Selbstzucht des einzelnen. Die alte Strafdisziplin wirkte durch das Mittel der Abschreckung, daher nur negativ. Die sogenannte „humane“ Behandlung führt leicht zur Zuchtlosigkeit. Die Verwaltung eines durch die Klasse übertragenen Amtes erzieht zum Pflichtgefühl, die Beaufsichtigung durch selbstgewählte Mitschüler wirkt nachhaltiger als die Kontrolle des Lehrers.
3. Aufgabe des Lehrers, speziell des Klassenlehrers, ist, in den Schülern das Verantwortungsgefühl zu entwickeln, das Bedingung einer guten Amtsführung ist. Es empfiehlt sich, zunächst auf folgendes hinzuweisen:
 - a) Ordentliches Verhalten, Sauberkeit und Lüftung der Klasse, Instandhaltung des Inventars liegen im Interesse der Schüler.
 - b) Durch die Mitschüler zur Erfüllung dieser Obliegenheiten gewählt zu werden, ist ein Beweis des Vertrauens, eine Ehre.
 - c) Daher ist gewissenhafte Pflichterfüllung für die Beamten Ehrensache.
 - d) Irgendwelche Vorteile sind mit den Ämtern nicht verbunden.
 - e) Für manche Ämter sind gewisse äußerliche Fähigkeiten erforderlich, was bei der Wahl zu berücksichtigen ist.
4. Aufgabe des Lehrers, d. h. des Klassenleiters, ist ferner die Sorge für praktische Durchführung der Selbstverwaltung; Dabei sind drei Gesichtspunkte zu beachten
 - a) Einheitliches Vorgehen aller Lehrer
 - b) Methodisches Vorgehen, d. h. Anfangen mit kleinen, genau begrenzten Ämtern
 - c) Heranziehung möglichst vieler Schüler zu Ämtern, damit das Interesse für die Selbstverwaltung und die Übung darin sich auf alle Schüler erstreckt.
5. Zu Anfang jedes Quartals sind folgende Ämter durch die Klasse zu besetzen:
 - a) das des Vertrauensmannes der Klasse im Verkehr mit den Lehrern; er führt den Klassenschlüssel und sorgt für ordentliches Betragen der Klasse; ferner sind ein bzw. mehrere Beamte zu wählen,
 - b) zur Führung des Schrankschlüssels (im Schrank befinden sich Hefte, Klassenbuch und Bibliothek),
 - c) zum Öffnen und Schließen der drei Fenster,
 - d) zum Einrichten des Klassenbuchs,
 - e) zum Reinigen der Tafel und zur Verwaltung von Schwamm und Kreide,

- f) zur Erhaltung der Sauberkeit in der Klasse (es ist besonders hervorzuheben, dass letztere Beamtengruppe hauptsächlich dazu da ist, Unsauberkeit zu verhindern und nur, wenn der Schuldige nicht zu finden ist, selbst zuzugreifen),
- g) zur Unterstützung des Ordinarius bei der Bücherausgabe,
- h) zum Herbeiholen und Fortschaffen der Karten und Anschauungsbilder (für Religion, Geschichte, Erdkunde usw.),
- i) zum Holen von Pflanzen und sonstigen naturwissenschaftlichen Anschauungsmitteln.

Besonders zu berücksichtigen ist bei der Wahl zu a und b: Teilnahme an allen Unterrichtsfächern, für c: körperliche Größe und Gewandtheit, für d: gute Handschrift, für h: Teilnahme am Religionsunterricht, für i: manuelle Geschicklichkeit und einiges Interesse für Naturwissenschaften.

6. Für jedes Amt ist gleich ein Stellvertreter zu wählen, der bei Erkrankung des Beamten für ihn eintritt. Um die Mitte des Quartals treten die Stellvertreter ins Amt, die bisherigen Beamten werden Stellvertreter. In jeder Klasse wird eine Tabelle der Ämter sichtbar angebracht, in die die Namen der Beamten und ihrer Vertreter eingetragen werden. In den Mittel- und Oberklassen kann die Zahl der Ämter vermindert, die Befugnis der Beamten erhöht werden.
7. Bei dauernd schlechter Amtsführung kann außer der Zeit auf Vorschlag des Lehrers oder der Klasse Neuwahl vorgenommen werden. Entziehung des aktiven und passiven Wahlrechts kann als Strafmittel verwendet werden.

Die Selbstverwaltung erstreckte sich erst einmal auf die Organisation in der eigenen Klasse bis zum Entstehen eines Klassen-, schließlich Schulgeistes. Nicht nur Ordnung und Disziplin sollten aufrecht erhalten werden, sondern die Schüler sollten aktiv am Schulleben beteiligt werden. Charakterbildend sollte dieses neue Organ am WSRg sein, an die Stelle von Egoismus würde Altruismus treten. Vorbilder gab es bereits an britischen und amerikanischen Oberschulen.

Lehrer sollten mehr als Erzieher wirken, Schüler Mitverantwortung übernehmen. Es wurde ein Schülersausschuss gegründet, der unter anderem die neu gegründete Schülerzeitung „Werner-Siemens-Blätter“ ab 1913 herausgab. Klassenämter wurden durch Schülerwahlen bestimmt und Ältere mit Beaufsichtigungsrecht für Jüngere aus dem Kreis der Klassen gewählt. Für das Johannisfest übernahm ab 1914 der Schülersausschuss unter Leitung eines Protektors (eines Lehrers) die Planung. Es handelte sich um eine Gruppe von 30 gewählten Oberschülern, die ihrerseits zehn bis 30 Schüler anleiteten. Dieser Ausschuss hielt sich über die Zeit des Ersten Weltkriegs. Durch



© Georg-von-Giesche-Schule

Kriegsnummer der Schülerzeitung des WSRg

eine große Anzahl von Veranstaltungen konnte er Geld für Kriegshilfsw Zwecke erwirtschaften. So sammelten die Schüler 1600 Bände Lesestoff für Soldaten, sandten 313 Weihnachtspakete ins Feld und trugen Äpfel, Nüsse, Pfefferkuchen in Lazarette. Auch Goldmünzen im Wert von 62.500 RM wurden für Hilfszwecke gesammelt. In dieser Zeit wurde der innere Aufbau der Selbstverwaltung durch die Schaffung einer Untersuchungskommission, eine Art „Schülergericht“ ergänzt.

Nach widersprüchlichen und zum Teil undurchführbaren Anordnungen während der Revolutionswirren nach dem Ersten Weltkrieg wurde der Schule Anfang 1920 ein wesentliches Element ihrer pädagogischen Struktur genommen: Die städtischen Körperschaften beschlossen den Abbau der Vorschulen am WSRg ab Februar 1920. Die Schülerzahl sank, pendelte sich bis 1922 aber wieder auf 682 Schüler ein. Sie wurden von Direktor Wetekamp, einem Oberstudienrat (Dr. Lemme), 20 Studienräten, zwei Zeichen-, einem Gesangs- und zwei jüdischen Religionslehrern und vier wissenschaftlichen Hilfslehrern unterrichtet.

Auch mit Elternhilfe wurde wieder ein Orchester gegründet. Die Turngruppe und der literarische Verein samt einem Lesezimmer oblag dem Kollegium. Die Inflation 1923, in der auch die Gelder der Wetekamp-Stiftung verfielen, brachte das Schulleben nahezu zum Erliegen.

Zwar sorgte der Schülerausschuss nochmals für eine Sammlung für notleidende Kleinrentner und unterdrückte den sogenannten „Krämer- und Schachergeist“ (Hirschfeld, 1923 Ausschussvorsitzender) an der Schule, aber eine tiefe Niedergeschlagenheit ließ die Arbeit der Selbstverwaltung ruhen. Hinzu kam, dass das Druckpapier, u. a. für die Schülerzeitung, auf Jahre nur zu unerschwinglichen Preisen beschafft werden konnte. Bis 1926 dauerte es, die Selbstverwaltung wieder entstehen zu lassen. Bis zum Winter 1927 gab diese nur noch fünf Schülerzeitungen heraus.

Direktor Lemme übernahm 1924 die Schulleitung. Die Gesellschaft polarisierte sich, was auch Auswirkungen auf die Schülerschaft hatte. Die ehemaligen Schüler berichteten zwar von einem weiter guten Klassenklima, in dem u. a. religiöse und politische Ansichten keine Rolle spielten, sahen aber, dass im-

mer mehr Lehrer deutschnational eingestellt waren und zur Weimarer Republik keine innere Beziehung hatten. Der liberale Geist der Schule veränderte sich.

U II M (Untersekunda) 1928

Als Hitler 1933 an die Macht kam und die SA am 1. April im Bayerischen Viertel erstmals jüdische Geschäfte blockierte, hätten auch die Schüler „nur gelächelt“, „der Tag ging vorüber“, so sagten sie, stellten aber insbesondere 1934 große Veränderungen in ihrem Viertel und damit auch an ihrer Schule fest. Nach den Sommerferien kamen viele Schüler nicht mehr in ihre Klassen zurück. Private Konflikte zwischen jüdischen und nicht jüdischen Schülern habe es dennoch kaum gegeben, berichteten sie.

Aber viele Familien, die über Jahrzehnte in den geräumigen Wohnungen des Bayerischen Viertels glücklich gelebt hatten, versuchten aufgrund der immer stärker werdenden Hetze von Seiten der Nationalsozialisten auszuwandern bzw. ihre Kinder zu Verwandten ins Ausland zu schicken. Die Mehrzahl der jüdischen Familien blieb im Bayerischen Viertel. Alle nahmen an, dass die schrecklichen Bedrückungen bald aufhören würden.

Ziel der Nazis war aber, die fortschrittliche Schule aufzulösen und die Schülerschaft auf andere Schulen zu verteilen. Die qualifizierten Lehrer verließen 1933/34 das WSRg, die Schülerschaft verlor ihren Zusammenhalt, der damalige Direktor Lemme ging in den Ruhestand, und bereits 1934 wurde aufgrund des herbeigeführten Schülermangels die Oberstufe geschlossen. Ohne weitere ernste Begründung schloss sich im Mai 1935 die Auflösung des WSRg an, eine Berufsschule für Mädchen zog in das Gebäude ein.

Die Auflösung des Schöneberger Werner-Siemens-Realgymnasium

Das Werner-Siemens-Realgymnasium Hohentausenstraße 47/48 in Schöneberg ist mit Schluß des Schuljahres aufgelöst worden, da die Zahl der Schüler in den letzten Jahren derartig zusammengesmolzen war, daß sie nur einen geringen Bruchteil ihres früheren Bestandes zählte. So gab es in den Klassen von Quinta bis Untersekunda insgesamt nur noch ca. 150 Schüler. Ihr verdienstvoller Leiter, Oberstudiendirektor Dr. Lemme, trat jetzt wegen Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand. Die übrigen Lehrkräfte sind von anderen höheren Schulen übernommen, während die Schüler hauptsächlich zur Leitschule und zur Goethe-Schule in Wilmersdorf oder zur Hohenzollernschule, Gymnasialabteilung (Martin Luther-Str.), bezw. zur Hohenzollernschule, Oberrealabteilung (Belziger Straße), übergegangen sind.

Durch die Auflösung der Anstalt erfahren die räumlichen Verhältnisse in verschiedenen anderen Schulen des Bezirks eine wesentliche Verbesserung. Die Höhere Deutschrussische Schule, die bisher Gastrecht in einem Seitensflügel des Werner-Siemens-Realgymnasiums genoss, siedelt in das Hauptgebäude an der Hohentausenstraße über und soll zum Teil auch mit den freigewordenen Lehrmitteln des Realgymnasiums ausgestattet werden. Die Han-

dels- und Kaufmännische Berufsschule für Mädchen in der Mühlenstraße bezieht den übrigen Teil des Hauptgebäudes sowie das Gebäude der 13. Volksschule, das auf dem Grundstück des Werner-Siemens-Realgymnasiums liegt. Diese Berufsschule, zu deren Programm auch hauswirtschaftlicher Unterricht, Säuglingspflege usw. gehören, beansprucht mit ihren zahlreichen Sachanlagen nicht weniger als 50 Räume. Ihre Verlegung ist um so mehr zu begrüßen, als die bisher von ihr benutzten Räumlichkeiten durchaus unzureichend und für Schulzwecke ungeeignet waren. Die Küche der Schule war in der 15. Volksschule am Tempelhofer Weg untergebracht.

Die 13. Volksschule wird nach der 2. und 3. Volksschule in der Kyffhäuserstraße verlegt. Diese letzte Doppelschule wiederum wird in Zukunft als reine Mädchenschule weitergeführt, während die Knaben in die 12. Volksschule in der Hohentausenstraße und in die 6. Volksschule am Wartburgplatz übergeführt werden. Der Bezirk Schöneberg übernimmt ferner die Kinder der städtischen Hilfsschule in der Pallasstraße, deren Schülerzahl in der letzten Zeit stark zurückgegangen ist, und zwar finden die Kinder Aufnahme in der Schöneberger Hilfsschule in der Kyffhäuserstraße.

Auflösung des WSRg, aus Schöneberger – Friedenauer Zeitung, 4. Mai 1935

So nachhaltig kann Schule wirken – Ein Kommentar von Peter Lassau

Diese Schule war etwas Besonderes, und es ist kein Zufall, dass vor allem das WSRg neben der Karl-Marx-Schule, heute Fritz-Karsen-Schule, als die renommierteste Reformschule Berlins in den 1920er-Jahren angesehen werden kann. Galt die Karl-Marx-Schule als Schule für das „Proletariat“, um in der Begrifflichkeit dieser Zeit zu bleiben, zog das Werner-Siemens-Realgymnasium das linksliberale und demokratisch gesinnte Bildungsbürgertum an.

In die Wege geleitet wurde dieser Erfolg bereits in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg. Das Werner-Siemens-Realgymnasium war die erste preußische Schule, die eine Schülermitverwaltung bzw. „Schülerselbstverwaltung“ mit erstaunlich weitgehenden Befugnissen organisierte: die Einrichtung von

Klassenämtern, Beaufsichtigung jüngerer Schüler durch ältere, Organisation von Schulfesten, Herausgabe der „Werner-Siemens-Blätter“, der neu gegründeten Schülerzeitung. „Beamte“ wurden witzigerweise die Schüler genannt, die in ein Amt gewählt wurden – eine raffinierte pädagogische Finte, sind Beamte doch weisungsabhängig, zu Loyalität verpflichtet, und sie unterliegen dem Disziplinarrecht. Leider wohl kaum ein Modell zur Lösung disziplinarischer Probleme der heutigen Schule, obwohl: Die Verleihung des Beamtenstatus' stellt möglicherweise doch auch die aufmüpfigsten Schüler ruhig.

Von Bedeutung war die Anbindung der Vorschule, ein pädagogisches Konzept, das die „Selbsttätigkeit“ der Schüler in den Vordergrund stellte und schließlich die Fülle von schulisch organisierten Freizeitaktivitäten, von gemeinsamen Wanderungen, Ruderausflügen, Theater- und Musikaufführungen bis hin zu allen

möglichen Sportarten, Wettkämpfen und Festen. Den wesentlichsten Anteil an dem herausragenden Profil der Schule hatte aber sicher die Qualität und das Engagement des Lehrpersonals. Offensichtlich war es hier gelungen, engagierte, kreative, fachlich gut ausgebildete und gegenüber Neuem aufgeschlossene und belastbare Lehrerpersönlichkeiten zu versammeln. Zorn, Wut und Trauer hinterlässt das Geschick der Schule: Ihr Charakter und der hohe Anteil jüdischer Schüler (vornehmlich aus dem Bayerischen Viertel) machte sie für die Nazis zum Feind. So war folgerichtig, dass die Schule 1935 aufgelöst wurde. Damit beendete der NS-Terror ein vielversprechendes Schulmodell.

Was bleibt, sind Erinnerungen ehemaliger Schüler, die erahnen lassen, welche eindrucksvolle erzieherische Prägung dieses Realgymnasium hatte: Voller Pathos schreibt Otto Zarek anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des WSRg am 24. März 1928: „Unsere Schule; welche gütige Heimat unserer guten Jahre! Hier meißelte sich unsere Form; hier entfaltete sich unser Wesen; hier berührte uns zum ersten Male: der Geist.“

Ihren Zusammenhalt, ihre „corporate identity“, konnte auch der Terror der Nationalsozialisten nicht zerstören. Anrührend die Erinnerungen von Menschen, die nach 1933 Deutschland verlassen mussten, was erst recht unfassbar ist angesichts des Blutzolls dieser Schule an gefallenen Schülern und Lehrern, die freiwillig in den Ersten Weltkrieg gezogen waren. Etwa 30 Jahre später erzählt Rolf Radlauer (Jerusalem, Israel) in seinem Text „WSRg-Erinnerungen“,

was ihm über seine Schulzeit in Berlin-Schöneberg in den Sinn kommt. In einem langen Gedicht schildert er eindrücklich und voller Empathie die Lebendigkeit der Schule, die Eigenarten und die ansteckende Begeisterung ihrer Lehrer bis hin zum Hausmeister. Welche Wehmut diese Erinnerung auslöst, zeigt die erste Strophe:

*„Es klingt ein wenig geisterhaft;
Die Werner-Siemens-Schülerschaft
Wirbt unverhofft zu neuem Bund.
Ich zögere. Und mit gutem Grund.
Es ist – Ihr werdet eingestehn –
So viel, ach allzu viel, geschehn,
Zu viel an Leid und Mord und Schrecken.
Man soll nicht alte Geister wecken.
Was Heimat war ist längst versunken.
Und doch – und doch ... es glimmt ein Funken.“*

Detailliert folgt die Schilderung eines vitalen Schulbetriebes mit einem unverwechselbaren Personal. In der letzten Strophe fasst er zusammen:

*„Solch Ton, solch Geist, wie ich ihn kenne,
Herrscht sonst auf keiner andern Penne.
Uns prägt er sich fürs Leben ein
– nur ach, er galt nicht allgemein,
Sonst wär so vieles nicht geschehn –
Vielleicht ... wird er ... aufs neu erstehn?“*

Es ist zu wünschen, dass die Schlussfrage mit „ja“ beantwortet werden kann.

*Quelle dieser Texte: Archiv des Schöneberg-Museums.

Vortrag

Gertrud Fischer-Sabrow, bis 2015 Studiendirektorin und Fachbereichsleiterin am Walther-Rathenau-Gymnasium, ehemals Grunewald-Gymnasium. Betreute und betreut dort noch immer das Schularchiv.

Das Grunewald-Gymnasium – eine konservative Reformschule im Berlin der 1920er- und 30er-Jahre

„Preußische Schulzeit war damals kein Zuckerschlecken. Es war eine ernste, strenge Sache. Eine elitär-liberale Kadettenanstalt für Humanisten, könnte man sagen.“ So urteilt der Schriftsteller Horst Krüger in einem Artikel der FAZ 1981 über das Grunewald-Gymnasium, in dem er 1938 das Abitur abgelegt hat. Treffend bringt er das Ambivalente dieser Schule, noch in der Nazizeit spürbar, zum Ausdruck: einerseits liberal und humanistisch, andererseits elitär und mit Drill.

In den 1920er-Jahren war dieses angesehene Gymnasium eine Reformschule auf ihre spezielle Weise. Hier gab es kein linksliberales Kollegium wie z. B. im Werner Siemens-Realgymnasium in Schöneberg, das in seinem Lehrerzimmer die Gründung des „Bundes entschiedener Schulreformer“ begrüßte. Hier wurde keine Lebens- und Arbeitsschule wie in der Karl-Marx-Schule in Neukölln verwirklicht. Und doch war das Grunewald-Gymnasium typisch für diese Zeit, in der Veränderungen auch in konservativen Kreisen spürbar und notwendig wurden.

Eine Schule der Reichen und Gebildeten

Das Grunewald-Gymnasium entwickelte sich aus einer privaten Knabenschule der Villenkolonie Grunewald, einer selbstständigen Landgemeinde. Hier hatten sich seit Ende des 19. Jahrhunderts Kaufleute, Bankiers, Industrielle, Wissenschaftler und Künstler niedergelassen, darunter ein hoher Prozentsatz arrierter jüdischer Familien. Einig waren sich alle Anwohner des Grunewalds im Bestreben, ihren Söhnen die bestmögliche Schulbildung zukommen zu lassen. Dazu gehörten auch Neubau und Ausstattung eines Schulgebäudes. 1903 wurde in der Herbertstraße ein zum Teil heute noch bestehendes Gebäude eingeweiht.

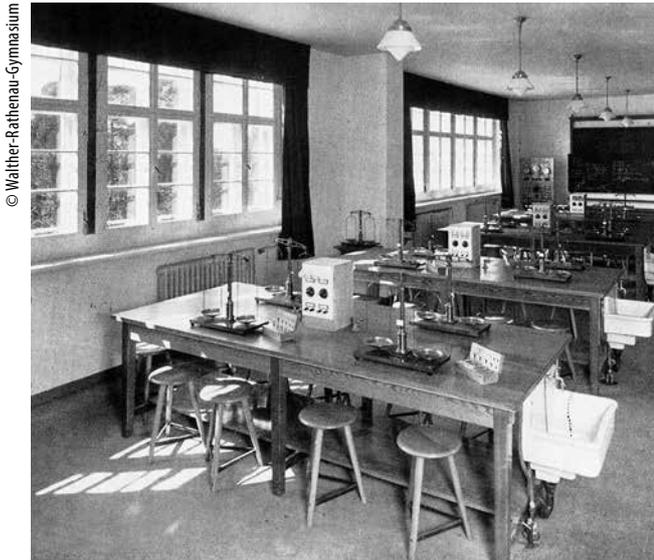


Das Grunewald-Gymnasium, Erweiterungsbau (Hofansicht), 1928

Finanziert worden war es ohne Staatszuschuss von den solventen und bildungsinteressierten Eltern. Opulente Geschenke vervollständigten die Einrichtung der Schule, wie eine Marmorbüste Leonardo da Vincis, gestiftet für die Aula, ein Bechstein-Flügel, Geld für eine Orgel, wertvolle optische Apparate, 200 Bände moderner Literatur, um nur einige Beispiele zu nennen. Spenden für Ruderboote und andere Sportgeräte kamen in den folgenden Jahren dazu. Tennisplätze wurden auf dem Hof der Schule eingerichtet.

Auch über die Ausrichtung der Lehre befanden die Eltern. Nach heftigen Diskussionen entschieden sie sich nicht für ein rein humanistisches Gymnasium mit den klassischen Sprachen Latein und Griechisch, was dem landläufigen Bildungsanspruch der damaligen Zeit entsprochen hätte, sondern für eine Mischform: das moderne Realgymnasium, das die Naturwissenschaften und die neuen Fremdsprachen stärker berücksichtigte. Seit 1900 waren die Realgymnasien

den klassischen Gymnasien gleichgestellt. Mit einer Schule, die den „Lebensbedingungen des modernen Menschen“ Rechnung tragen sollte, hatte sich der Wunsch nach Neuerungen und Reformen bei den eher konservativ und nationalliberal eingestellten Grunewaldern bereits bei der Gründung durchgesetzt. Bis 1928 ergab sich ein Angebot von drei Schul-



Physik-Arbeitsraum, 1928

typen unter einem Dach: das traditionelle humanistische Gymnasium mit den klassischen Sprachen, das Realgymnasium mit Betonung der Naturwissenschaften und die Oberrealschule mit den neuen Fremdsprachen.

Veränderungen nach 1920

Die Schaffung von Groß-Berlin 1920 bedeutete für die Schule eine wichtige Veränderung. Die ehemals selbstständige Landgemeinde Grunewald wurde in den Berliner Bezirk Wilmersdorf eingegliedert. In Erinnerung daran erhielt die Schule den Namen „Grunewald-Gymnasium“. Nicht alle waren über die neue Entwicklung glücklich. Die Lehrer bekamen nun keine zusätzlichen persönlichen und pensionsfähigen Zuwendungen von der reichen Gemeinde mehr und wurden Normalbesoldete. Spenden der Bürger in Grunewald flossen aber immer noch reichlich.

„Nur langsam öffneten sich die Tore der den Grunewaldern vorbehaltenen, sorgfältig gepflegten Schu-

le auch weiteren Kreisen“, schreibt Wilhelm Vilmar, Schulleiter ab 1916, in einem Rückblick. Der exklusive Charakter der bis dato kleinen Schule änderte sich. Die Klassen füllten sich, die Zahl der Schüler stieg. Waren es 1914 erst 210 Schüler, waren es 1922 schon 331 und 1928 dann 590 Schülerinnen und Schüler, obwohl seit 1920 die Vorklassen wegfielen. Eine Erweiterung des Schulhauses 1928 schuf den dafür nötigen Raum.

Sozialer Wandel in den 20er-Jahren kam hinzu. Nicht nur der Zustrom von Schülern aus anderen Vierteln, auch Veränderungen in Grunewald selbst trugen dazu bei. Vor allem „die Inflation, die aus reich arm, und aus arm aber reich machte, sodass das Grunewald-Gymnasium durchaus nicht mehr vorwiegend von Söhnen reicher Leute besucht wird“, berichtete Ernst Walther, Lehrer und Chronist der Schule, 1928. Ernst Walther betonte die Bemühungen, soziale Differenzen an der Schule durch Freiplätze und andere Zuwendungen auszugleichen. Auch das Havelhaus, ein Landschulheim in Werder, 1920 vom „Verein der Freunde des Grunewald-Gymnasiums“ erworben, hatte laut ihm eine solche Funktion. Nicht nur Ort für sportliche Aktivitäten und naturnahen Unterricht sollte es sein, sondern auch den Zusammenhalt der Schüler fördern, die in einer Großstadtschule aus verschiedenen Bezirken kamen. Größere Konflikte schien es nicht gegeben zu haben. Die Schule blieb weitgehend sozial homogen, gering belastet durch die Krisen der Weimarer Zeit. Der neu erschlossene Einzugsbereich in ganz Berlin und darüber hinaus war zwar nicht so großbürgerlich wie das Villenviertel Grunewald, bestand aber in der Regel aus gutsituierten und gebildeten Familien.

Die „Goldenen Zwanziger Jahre“ des Grunewald-Gymnasiums unter Wilhelm Vilmar (1870-1942)

„Es brachen damals die ‚Goldenen Zwanziger Jahre‘ an. Es regten sich viele gute schöpferische Kräfte und unser Gedenken an den alten Direktor ist sehr viel mehr als ein wehmütiges Zurückdenken an alte Zeiten.“ So urteilt 1970 ein ehemaliger Schüler über Wilhelm Vilmar und seine Tätigkeit. Das Grunewald-Gymnasium verdankte ihm viel. Er war Schrittmacher der Reformen und Förderer des liberalen

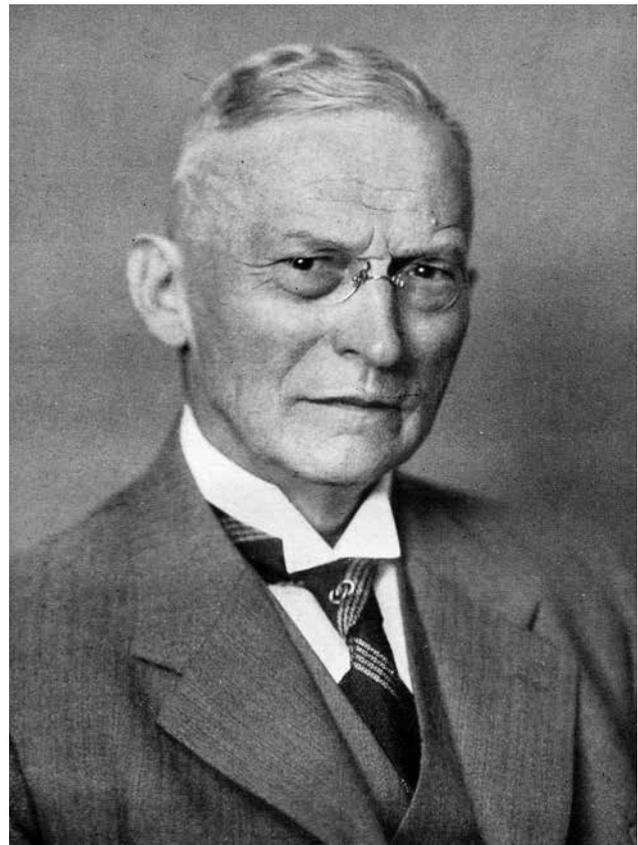
Schulklimas. Aus einer hessischen Gelehrtenfamilie stammend, studierte Wilhelm Vilmar Deutsch und Geschichte, wurde promoviert und hatte in Frankfurt am Main und Swinemünde bereits ein Gymnasium geleitet, bevor er 1916 Direktor des Grunewald-Gymnasiums wurde. In Frankfurt hatte er Erfahrungen mit den Reformschulen seiner Zeit gesammelt, die er in Swinemünde umsetzte. Daraus ergab sich die Publikation „Vorschläge zu einer Neuordnung unseres Unterrichtswesens von Dr. Wilhelm Vilmar, Direktor des Realgymnasiums und Gymnasiums i. E. zu Berlin-Grunewald“ von 1917.

Vilmar plante eine Neuordnung des gesamten Unterrichtswesens vom ersten Grundschuljahr bis zum vierten Universitätssemester. Im Grunde genommen konzipierte er eine Gesamtschule mit der Zusammenfassung aller Schultypen an einem Ort, mit gleichen Lehrplänen und möglichen Übergängen zwischen den Bildungszweigen. Die Gymnasiallehrer sollten von der 7. bis 13. Klasse unterrichten, mit der Befähigung der Lehre im Hochschuldienst in den ersten vier Semestern.

Seine Leitlinie: „Unsere große Aufgabe bleibt doch, möglichst weiten Kreisen unseres Volkes eine möglichst gründliche Bildung mit allen Gelegenheiten zu weiterem Aufstieg zu verschaffen.“

Für das Grunewald-Gymnasium waren die einzelnen Ideen des Vilmarschen Reformvorhabens zu visionär. Doch bei der Neugestaltung des Gymnasiums blieb Vilmars Gedanke erhalten, es breiteren Schichten zu öffnen. Obwohl er selbst aus einem klassischen Gymnasium mit Latein und Griechisch hervorgegangen war und das Bildungsideal des Humanismus hochhielt, gehörte nach seiner Auffassung diese Schulform der Vergangenheit an. Die Entwicklung von Technik und Gesellschaft brauche andere Formen der Bildung. Das Nebeneinander zweier Gymnasialzweige, die am Grunewald-Gymnasium bereits vorhanden waren, passte in sein Konzept. Die klassische Bildung war dabei nicht ausgeschlossen, aber Schülerinnen und Schüler sollten frei aus Neigung und Interesse sich für Latein und Griechisch entscheiden.

Der Stellenwert des einzelnen Schülers, seine Entwicklung und seine individuellen Neigungen waren für Vilmars Pädagogik entscheidend. Sein oberstes



© Walther-Rathenau-Gymnasium

Dr. Wilhelm Vilmar (1870-1942), Schulleiter des Grunewald-Gymnasiums von 1916-1933

Ziel sah der überzeugte Demokrat, der durchaus national gesinnt war, nicht allein „im Dienst an der Gemeinschaft“, worunter er „die Hingabe an den vaterländischen Gedanken und die neuen großen Ziele der Völkergemeinschaft“ verstand, „sondern vielmehr auch in der Pflege der einzelnen Schülerseele und der Reife der Persönlichkeit.“

Wilhelm Vilmar als Schulleiter und Pädagoge

Wilhelm Vilmar war laut Kollegen, Schülerinnen und Schülern ein außergewöhnlicher Mensch und Pädagoge. Eine Biographie über ihn gibt es nicht, nur Darstellungen in den Jubiläumsschriften und in den Mitteilungsblättern der Ehemaligen, „Die Alte Schule“, vor allem in der Ausgabe zu seinem 100. Geburtstag. Daraus ein Zitat: „Humanität und Toleranz bestimmten sein Wesen. Der Schule, die er gern als ‚Herberge zur Gerechtigkeit‘ bezeichnet, gab er ihre besondere Prägung. Er leitete sie in unauffälliger, leichter und heiterer Weise. Keiner seiner Mitarbeiter fühlte sich irgendwie gegängelt.“ So urteilt ein Kollege, der als

junger Lehrer 1929 in die Schule eintrat. Laut ihm wollte Wilhelm Vilmar den Lehrern „nach Kräften den Dienst erleichtern, ihnen Freude an ihrer Arbeit und damit Bereitschaft für ihr Tun schaffen.“ So einen Schulleiter hätte man auch heute noch gern.

Den Schülern begegnete er mit viel Verständnis und herzlichem Wohlwollen, zugleich mit unbedingter Autorität. „In einem ließ er nicht mit sich spaßen: Unnachsichtig forderte er äußere Ordnung und eiserne Pünktlichkeit.“ Für jüngere Schüler war das nicht immer einfach. „Im Grunde ein liberaler, ja gütiger Mann, dessen überwältigende humanistische Bildung uns Schülern aber Schrecken einjagte. Jeder Blick, jedes Wort war eine Zurechtweisung. Ich habe ihn immer gefürchtet, doch war in diese Furcht auch Ehrfurcht gemischt.“ Aber er war, das stellt der sonst so kritische Horst Krüger in der FAZ klar heraus, „der letzte gute Geist der Schule – vor Hitler“. Unterstützt wurde Wilhelm Vilmar von einem engagierten Kollegium aus überzeugten Pädagogen und renommierten Fachwissenschaftlern, die maßgeblich zu Leistung und Lernatmosphäre der Schule beitrugen.

Bei allem Lob und Verehrung der „Lieblingslehrer“, die sich in vielen Schülerbeiträgen finden, möchte ich einen kritischen Kommentar nicht auslassen, den ein Ehemaliger 1982 an den „Reformern“ und ihrer Schülernähe äußerte: „Die Liebe unserer modernen Lehrer zu den Schülern war vollkommen falsch angebracht. Wir gewöhnten uns alle an, die Rolle zu spielen, die uns die Lehrer unterschoben. Uns war das Bohren in unseren Seelen zuwider. Wir fanden es indiskret.“

Die Reformen seit 1920: Bewegungsfreiheit in der Oberstufe, Koedukation, Schüler selbstverwaltung

1. Bewegungsfreiheit in der Oberstufe

Das Kernstück der Vilmarschen Reformen war die Bewegungsfreiheit in der Oberstufe, die auch in der Literatur zur Reformpädagogik der Weimarer Republik aufgeführt wird. Die Schülerinnen und Schüler konnten in der Oberstufe (damals Eintritt in die Prima, also 12. Klasse) nach Neigung bestimmte Fächer innerhalb eines gegebenen Rahmens verstärken, dafür andere zurücktreten lassen. Ihre Selbstständigkeit

sollte gefördert und Spitzenleistungen sollten ermöglicht werden.

Auch die Lehrer profitierten von diesem Wahlsystem, denn sie konnten spezialisierte Kurse anbieten mit Inhalten, die ihren eigenen Interessen und Forschungen entsprachen. So gehörten u. a. Fächer wie Hebräisch und Spanisch, Astrophysik und Geomorphologie zum Wahlbereich.

Diese Reform entsprach zwar einem lang gehegten Wunsch von Lehrern und Schülern, wurde aber zunächst heftig diskutiert und kritisiert: Die Eltern würden übergangen, die Schüler seien überfordert, in so jungen Jahren eine Wahl zu treffen, Missgriffe bei der Fächerwahl könnten lebensentscheidend sein. Was bei der Einführung 1920 als „eine gänzlich neue Schulform“ so umstritten war, fand noch in der Erprobung durchgängig positive Aufnahme und Beifall in weiten Kreisen. Das Grunewald-Gymnasium wurde zur Vorzeigeschule, die Schülerinnen und Schüler aus allen Teilen Berlins und Hospitanten aus Deutschland und dem Ausland anzog. Heute ist das Kurswahlsystem ein fester Bestandteil der Oberstufe in den Gymnasien und Sekundarschulen und wird zum Teil auch in den Klassen 8 bis 10 praktiziert.

2. Koedukation

Die Koedukation, die 1919 am Grunewald-Gymnasium, einer bis dahin reinen Jungenschule, eingeführt wurde, entsprach der Überzeugung von Wilhelm Vilmar, dass Mädchen ein Recht auf gleiche Bildung wie die Jungen hätten.

Seit es ab 1908 den Frauen in Preußen erlaubt war zu studieren, drängten immer mehr Mädchen zum Abitur, das sie aber nur an wenigen Schulen ablegen konnten. Im Kaiserreich und in der Weimarer Republik verliefen die weiterführenden Bildungsgänge von Mädchen und Jungen in streng getrennten Bahnen. Die Jungen besuchten das Gymnasium, das Realgymnasium oder die Oberrealschule.

Die Mädchen waren auf dem Lyzeum, wo ihre Bildung mit „fraulich geeigneten“ Fächern wie Hauswirtschaft und Handarbeit ergänzt wurde, den Studienanstalten oder den Oberrealschulen für Mädchen.



© Walther-Rathenau-Gymnasium

Klassenausflug nach Chorin mit Emma Ruben, der ersten regulären Abiturientin, 1920

Eine Reifeprüfung war hier nicht immer vorgesehen. Mit einer Sondergenehmigung bestanden 1916 am Grunewald-Gymnasium 14 Mädchen als Externe die Reifeprüfung – sie waren also noch nicht Schülerinnen dieser Schule. Unter ihnen befand sich Leonore Goldschmidt, die 1935 die jüdische Leonore-Goldschmidt-Schule am Roseneck gründete und bis 1938 leitete.

1919 bewirkte Wilhelm Vilmar, gemeinsam mit einem Vater, einem Landgerichtsrat, einen Beschluss des Kultusministeriums, demgemäß Mädchen in die Oberstufe des Grunewald-Gymnasiums aufgenommen werden konnten. Die Tochter des Landgerichtsrats, Maria Weigert, wurde die erste reguläre Schülerin, die 1919 in die Untersekunda (10. Klasse) eintrat. Die Aufnahme von Mädchen am Grunewald-Gymnasium war nicht nur ein Anliegen Vilmars, sondern auch aus der Not geboren, gab es doch nach 1918 keine Schule für Mädchen in der näheren Umgebung, in der sie zum Abitur hätten geführt werden können. Doch auch nachdem in der Nachbarschaft am Bismarck-Lyzeum (heute Hildegard-Wegscheider-Gymnasium) Mädchen das Abitur ablegen konnten, gab es fast in jedem Jahrgang einige Mädchen, die in der Oberstufe

ins Grunewald-Gymnasium eintraten. Sei es, dass sie das Angebot des humanistischen Gymnasialzweigs mit Latein und Griechisch wählten, sei es, dass sie die Vorteile der Bewegungsfreiheit in der Oberstufe nutzten oder einfach das mit hohem Prestige behaftete Grunewald-Gymnasium besuchen wollten. Um an dieser anspruchsvollen Schule zu reüssieren, brauchten sie auf jeden Fall Begabung, Ehrgeiz und Fleiß, auch die Unterstützung ihrer Eltern. Eine schriftliche und mündliche Aufnahmeprüfung in vier Fächern war Voraussetzung für den Schulbesuch.

Die erste reguläre Abiturientin, Emma Ruben, besuchte nur für kurze Zeit die Schule und legte 1920 die Reifeprüfung ab. Von 1920 bis 1935 gab es knapp 40 Schülerinnen. Bis auf einige jüdische Mädchen, die 1933 die Schule verlassen mussten, erlangten sie alle die Hochschulreife. Der jüdische Anteil bei den Mädchen lag bei ungefähr 40, bei den Jungen bei 30 Prozent.

Über ihre Erfahrungen am Junggymnasium berichten einige der ehemaligen Schülerinnen in ihren Erinnerungen. Für Marion Winter, Klassenkameradin Dietrich Bonhoeffers und Ursula Andreaes, der



Klassenfoto der OII (11. Klasse), Marion Winter hinten ganz links; Dietrich Bonhoeffer rechte Bildhälfte Mitte, 1920

Nichte Rathenaus, war die „fortschrittliche Schule“ mit den Intensivkursen in Latein und Griechisch sozusagen eine Empfehlung für ihren späteren Mann Peter Graf Yorck von Wartenburg.

Wilhelm Vilmars Tochter Friedegard, die 1928 in das Grunewald-Gymnasium eintrat, spricht davon, dass sie ungeheuer stolz war, eine Jungenschule zu besuchen, die mehr bot als die Mädchenschulen. Aber sie gesteht auch, wie viel Arbeit und Mühe sie investieren musste, um den Anforderungen standzuhalten.

Renate Alsberg kam auf Wunsch ihres Vaters, des bekannten Strafrechtlers der Weimarer Republik, Max Alsberg, auf das Grunewald-Gymnasium. Bei der Verteidigung von Rosie Ullstein in einem Prozess war er so beeindruckt von der Intelligenz und Bildung dieser Klientin, die auf einem humanistischen Jungengymnasium Abitur gemacht hatte, dass er für seine Tochter eine solche Ausbildung wollte. Und so kam Renate 1931 auf den humanistischen Zug des Grunewald-Gymnasiums. Drei Freundinnen schlossen sich ihr an. Abitur machten sie hier nicht, denn als Jüdinnen mussten sie 1933 die Schule verlassen.

Einige Abiturientinnen gehörten zu illustren Familien, wie Dora Benjamin, die Schwester Walter Benjamins, Christine Bonhoeffer, die Schwester Dietrich Bonhoeffers, die bereits genannten Freundinnen Ursula Andreae, die Nichte Rathenaus, und Marion Winter, verheiratete Gräfin Yorck von Wartenburg.

Fast alle Mädchen, die das Grunewald-Gymnasium besuchten, studierten, und viele machten beachtliche Karrieren.

Der gemeinsame Unterricht hatte sicherlich Wirkung auf die Mädchen und ihre Klassenkameraden. Aber ob die Koedukation das Klima der Schule wesentlich geprägt hat, ist fraglich. Letztlich waren es doch nur wenige Mädchen, die in der insgesamt maskulinen Welt der Schule eher exotische Wesen darstellten.

3. Schüler selbstverwaltung

Eine Schüler selbstverwaltung in Form von Schülerrat und Schulgemeinde hatte bereits im November 1918 die Revolutionsregierung durch ihren Kultusminister Hänisch in einem Rundschreiben angekündigt. Ziel war es, die Schule von obrigkeitstaatlichen Strukturen zu befreien, Verantwortlichkeit und Selbstbestimmung der Jugend zu fördern. Ältere Schüler sollten zu Verwaltungsaufgaben herangezogen werden und auf jüngere erzieherisch einwirken. Im Grunewald-Gymnasium war diese Reform bereits vor dem Ministerialerlass geplant und wurde zügig umgesetzt. Wilhelm Vilmar förderte das Anliegen einer Selbsttätigkeit der Schüler ausdrücklich.

Im Archiv des Walther-Rathenau-Gymnasiums, der Nachfolgeschule des Grunewald-Gymnasiums, finden sich neben dem Rundschreiben vom November 1918 noch andere Texte, die zeigen, wie Schüler durchaus selbstständig agierten, aber auch ihr Wille zur Mitwirkung an einer Selbstverwaltung begrenzt war. Leider sind durch eine Brandbombe 1943 und, wie manche vermuten, durch „Aufräumarbeiten“ der nazistischen Schulleitung 1945 die meisten Akten des Grunewald-Gymnasiums vernichtet worden. Umso aufschlussreicher sind vielleicht die wenigen vorhandenen Quellen.

Ich beginne mit dem positiven Beispiel einer sozialen Hilfsaktion:

Die Winterhilfe 1930/31 am Grunewald-Gymnasium

Um den Folgen der Wirtschaftskrise zu begegnen, wurde in Berlin 1930 ein Projekt der Winterhilfe ins

Leben gerufen, an der sich viele Schulen beteiligten. Am Grunewald-Gymnasium organisierte der Unterprimaner Ludwig Spiro diese Aktion, die er in einem Bericht vom 31.12.1931 vorstellte.

Den Anfang machte eine „Stullensammlung“: Schülerinnen und Schüler brachten täglich zusätzliche Frühstücksbrote mit, die, in Körben gesammelt, zu den bedürftigen Schülern der „Pestalozzi-Hilfsschule“ gebracht wurden. 300 bis 350 Stullenpakete mit je drei Brotschnitten kamen so wöchentlich zusammen.

Diese erfolgreiche Hilfe wurde durch eine Kleider- und Lebensmittelsammlung erweitert. Schließlich wurde auch ein Schulhort gegründet, in dem „die ärmsten Kinder der Volksschulen des Bezirks“, also von ganz Wilmersdorf, nachmittags betreut wurden, mit Hausaufgabenhilfe, Spielen und einem Imbiss am Abend „mit Kakao und reichlich Brot.“ Finanziert wurde das Projekt von zehn Familien aus Grunewald, die wöchentlich einen bestimmten Betrag spendeten.

An dem Hilfsprogramm beteiligte sich eine feste Gruppe von Schülerinnen und Schülern. Noch nach vielen Jahren erinnerte sich Friedegard Krause-Vilmar: „Ohne Unterstützung von Schulleitung und Lehrern organisierte Ludwig Spiro die Winterhilfe. ... Nach den Hausaufgaben spielten die Hortkinder unter seiner Aufsicht auf dem Hof Fußball. Spiro, den sie mit Herrn Spiro anredeten, befand sich mit Hut, Mantel und Trillerpfeife mitten unter ihnen.“

Die Schülerdemokratie und ihre Tücken

Eine Vollversammlung und ein Ausschuss waren 1929 bereits bestehende Institutionen, die den Schülern die Wahrnehmung ihrer Interessen erlaubten. Auf Betreiben des Direktors Vilmar arbeitete 1929 der Ausschuss eine neue Verfassung der Schulgemeinde aus, die noch vor den Sommerferien von der Lehrerkonferenz angenommen wurde – bis auf einen Passus, der das neu einzuführende Schülergericht betraf, das u. a. auch Lehrer in Konfliktfällen vorladen konnte.

In der Vorlage findet man die üblichen Bestimmungen einer Schülerverfassung. Vertreter aller Klassen bildeten die Vollversammlung, in der nur die Schüler der Oberstufe stimmberechtigt waren. Diese wähl-

ten aus ihrem Kreis die Vertrauenslehrer, einen Ausschuss und ihren Sprecher. Der Ausschuss wiederum bestimmte verantwortliche Schüler, „Dezernenten“ genannt, für verschiedene Bereiche wie Ordnung, Aufsichten, Geldangelegenheiten, Feste, soziale Aufgaben und anderes.

Wie aus dem Protokoll der Versammlung der Oberstufe vom 21.11.1929 hervorgeht, war wie in der Lehrerkonferenz das Schülergericht besonders umstritten. Dieses Gremium sollte Konflikte zwischen den Schülern, auch mit Lehrern, schlichten, und, wenn nötig, Strafen für Schüler vorschlagen.

Nach einer kontroversen Diskussion wurde nicht nur das Schülergericht, sondern die gesamte Verfassung abgelehnt. Der Schülersprecher Rudolf Zipkes, der sich vehement für diesen Vorschlag eingesetzt hatte, schildert und kommentiert die Episode in seinen Erinnerungen: „Die Mehrheit wollte nichts von Selbstverwaltung wissen, sei es, weil ihnen der Sinn für demokratische Autonomie abging, in bequemem Gehorsamsgeist befangen, sei es, weil sie das Ganze als überflüssigen Betrieb verlachten oder weil sie es ablehnten, von Mitschülern zur Ordnung gerufen zu werden. Man erkannte ihre Bedeutung für die Gemeinschaftsbildung durch Übernahme von Verantwortung für das Ganze nicht und wollte die Aufgaben äußerer Ordnung, die von Schülern übernommen werden sollten, weiter den Lehrern überlassen. Mancher war aber schon von autoritärer politischer Doktrin erfasst oder von Ordnungsdenken überhaupt rebellisch abgestoßen. Der Misserfolg mag ein winziges Beispiel für die Gleichgültigkeit gegenüber einem Versuch von Demokratie sein und für die Bereitschaft, alle Entscheidung der Führung zu überlassen.“

Eine andere Variante vom Umgang mit der demokratischen Institution der Schüler selbstverwaltung zeigt ein Rechenschaftsbericht vom 22. Mai 1933. Der gewählte, sich offen zum neuen Regime bekennende Schülersprecher informierte die bereits nationalsozialistische Schulbehörde über seine Tätigkeit im Schuljahr 1932/33: „Meine Wahl stand im Zeichen hoher politischer Erregung, mir wurde als Vertreter des Nationalsozialismus nicht zugetraut, eine Schülerschaft, reich an weltanschaulichen Gegensätzen, zu leiten.“ Nach seinen Aussagen gelang es ihm bald, mit einfachen Mitteln seine Gegner im Schülerrat auszu-

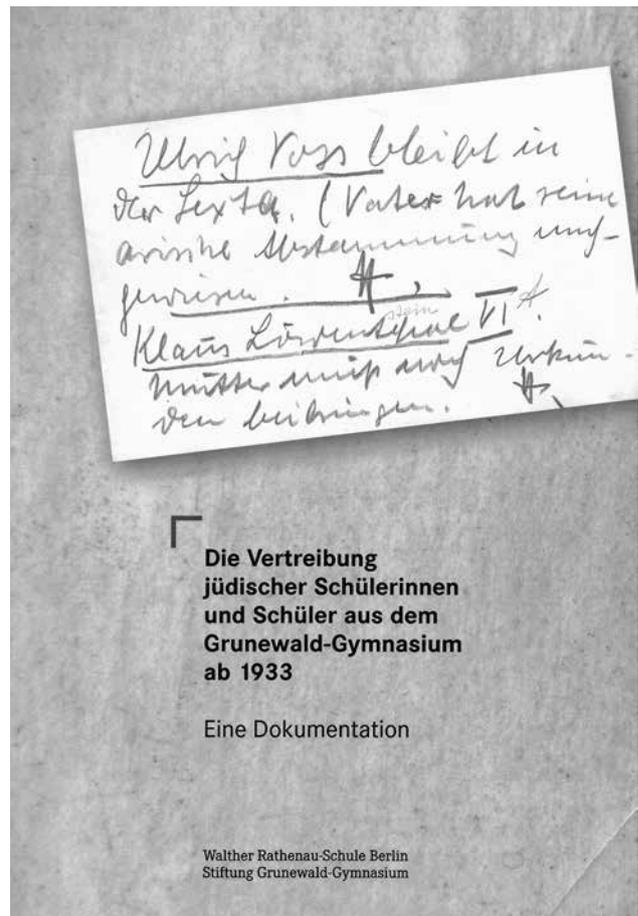
tricksen. Nahm die Diskussion eines Vorschlags eine ihm nicht genehme Wendung, ließ er die Debatte ausufern, bis die zur Verfügung stehende Zeit vorbei war. In der nächsten Sitzung brachte er die Vorlage dann zur Abstimmung, wenn seine Auslegungen positiv aufgenommen wurden: „Sodass die Abstimmung immer ausfiel, wie ich es wollte.“

Wichtige Entscheidungen regelte er sowieso immer häufiger ohne Schülerausschuss mit dem zuständigen Vertrauenslehrer. Das war für ihn eine angemessene Hierarchie, die dem Führergedanken entsprach, in dem Sinne, dass Entscheidungen von oben erfolgen sollten. Ganz treu folgten ihm seine Mitschüler jedoch nicht; sie wählten als Nachfolger nicht seinen nationalsozialistischen Wunschkandidaten, aber wenigstens „einen national zuverlässigen Mitschüler.“

Das Ende der Reformschule

Die Gleichschaltung im Grunewald-Gymnasium hatte zu diesem Zeitpunkt bereits begonnen. Am 31. März 1933 wurde die liberale Schulleitung unter Wilhelm Vilmar durch eine streng nationalsozialistische ersetzt. Reformen, darunter auch die Koedukation, wurden wie an allen Schulen bis 1936 aufgehoben. Besonders strikt wurden die Anweisungen zur Entfernung der jüdischen Schülerinnen und Schüler umgesetzt. So musste ein gutes Drittel der Schülerschaft das Gymnasium ohne Abitur verlassen. Eine Dokumentation der Walther-Rathenau-Schule über diese Vorgänge liegt vor. Die meisten der jüdischen Schülerinnen und Schüler konnten rechtzeitig aus Deutschland emigrieren und überleben.

Rudolf Zipkes und Ludwig Spiro, beide jüdischen Glaubens, legten ihr Abitur noch vor 1933 ab. Zipkes als gebürtiger Schweizer kehrte bereits 1931 in sein Heimatland zurück, Spiro emigrierte 1936 nach London.



Die Vertreibung jüdischer Schülerinnen und Schüler aus dem Grunewald-Gymnasium ab 1933 – eine Dokumentation

Wirkten die Reformen weiter?

Widerstand aus dem Grunewald-Gymnasium

1. Ehemalige Schülerinnen und Schüler im Widerstand aus konservativen Kreisen

Viele Faktoren sind es, die Haltung und Lebensweg eines Menschen bestimmen. Dazu gehören auch die Schule und ihr Umfeld. In diesem Sinne können manche ehemaligen Schülerinnen und Schüler, die dem Widerstand gegen Hitler angehörten, in der Tradition der von Vilmar geprägten elitär liberalen Schule gesehen werden. Dietrich und Christine Bonhoeffer, Christines Ehemann Hans von Dohnanyi, Justus Delbrück, Marion Winter, verheiratete Gräfin Yorck von Wartenburg, Bernhard Klamroth und manche andere gehörten einer frühen Generation der Reformschule an. Das Abitur legten sie zwischen 1920 und 1930 ab. Sie nahmen aus ihrer Schule vermutlich nicht nur Bildung und Wissen, sondern auch eine moralische Haltung und kritisches Bewusstsein mit.

Alle diese Personen stammten aus dem Gelehrtenmilieu des Grunewalds. Von ihren Familien, die miteinander verwandtschaftlich und freundschaftlich verbunden waren, wurden sie in ihren Aktivitäten gegen den Nationalsozialismus unterstützt. Sie nutzten ihre hohen beruflichen und gesellschaftlichen Positionen oft in der Verwaltung und beim Militär, teils erst nach jahrelangem Abwarten und Zögern, um gegen Hitler vorzugehen.

Ein Zentrum ihrer Widerstandstätigkeit war das Amt Ausland/Abwehr, also der deutsche Geheimdienst. Kontakte zum Umfeld des Umsturzversuchs vom 20. Juli 1944 unter Claus Schenk Graf von Stauffenberg bestanden. Bernhard Klamroth als Offizier besorgte für das Attentat auf Hitler den Sprengstoff. Justus Delbrück, Abitur 1921, trat 1941 in das Amt Ausland/Abwehr ein, wo er zum Widerstandskreis um den General von Oster gehörte und auch Kontakt zu anderen Gruppen hatte.

Der Theologe Dietrich Bonhoeffer war seit 1933 Mitglied der Bekennenden Kirche, dem oppositionellen Teil der Evangelischen Kirche. Ab 1940 war er Mitarbeiter seines Schwagers Hans von Dohnanyi im Amt Ausland/Abwehr. Seine genehmigten Auslandsreisen

nutzte er, um politische Kontakte herzustellen. Seine Schwester Christine unterstützte ihren Mann Hans von Dohnanyi, der als Jurist im Reichsjustizministerium tätig war, bevor er in das Amt Ausland/Abwehr zu Admiral Canaris versetzt wurde, mit dem er u. a. Anklagematerial gegen „Hitler und seine Genossen“ sammelte.

Marion Winters Ehemann, Peter Graf Yorck von Wartenburg, war führendes Mitglied des Widerstands im Kreisauer Kreis. Wie Christine Bonhoeffer nahm sie an den Aktivitäten ihres Mannes teil und trug sie mit, ohne in genaue Pläne und Ausführungen eingeweiht zu sein. Das schützte beide Frauen nicht vor einer Inhaftierung, aber vor einem Todesurteil, während alle genannten Männer ihren Einsatz mit dem Leben bezahlten.

2. Jugendliche Opposition zwischen bündischer Jugend und Sozialismus

Wenig bekannt in der Schulgeschichte ist eine spätere Generation von Schülern, die auch in der Opposition zum Nationalsozialismus standen. Ein Bezug zu den Reformideen ist bei ihnen nur in vagen Ansätzen vorhanden. Der nazistischen Schulleitung begegneten Heinrich Graf von Einsiedel (1921-2007), Lothar Killmer (1919-2000) und Horst Krüger (1919-1999) wie manche andere Grunewald-Schüler mit Spott und Arroganz. Bei Horst Krüger taucht noch eine Erinnerung an Wilhelm Vilmar als dem „letzten guten Geist der Schule“ auf. Heinrich von Einsiedel weist auf einige kritische Lehrer hin, die ihn hätten beeinflussen können, aber der Widerstand formierte sich auf anderer Basis.

Heinrich von Einsiedel, aus aristokratisch-großbürgerlichem Haus, hatte bereits zur Zeit seines Abiturs am Grunewald-Gymnasium Probleme mit der nationalsozialistischen Polizei, weil er einer verbotenen Pfadfindergruppe angehörte. Zu einem eigentlichen politischen Widerstand fand er aber erst, als er 1942 als Jagdflieger über Stalingrad abgeschossen wurde und in sowjetische Kriegsgefangenschaft kam. Hier

wurde er 1943 Mitbegründer des Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD), das die deutschen Soldaten zum Kampf gegen Hitler aufrief und für ein neues sozialistisches Deutschland warb. Eine Haltung, die nach 1945 im Westen Deutschlands nur schwer akzeptiert werden konnte.

Eine Anerkennung und Ehrung, auch im Walther-Rathenau-Gymnasium, der Nachfolgeschule des Grunewald-Gymnasiums, blieb ihm lange versagt.

Aus ganz anderen Milieus stammten Horst Krüger und Lothar Killmer, die 1938 am Grunewald-Gymnasium ihr Abitur ablegten. Auch sie opponierten gegen den Nationalsozialismus. Horst Krüger, hier bereits an mehreren Stellen erwähnt und zitiert, hat mit seinen Erinnerungen „Das zerbrochene Haus – Eine Jugend in Deutschland“ seinem Freund Lothar Killmer und sich selbst ein literarisches Denkmal gesetzt.

Horst Krüger kam aus einer, wie er selbst sagt, kleinbürgerlichen Familie. Das Grunewald-Gymnasium war die nächstgelegene höhere Schule, an der sich Horst zwar intellektuell, nicht aber sozial zurecht fand. „Es war Elite, wie man bei uns so sagt, und ich gehörte nicht dazu.“ Von einem neuen Mitschüler, Lothar Killmer, der mit seiner alleinerziehenden Mutter eher ärmlich lebte, und sich schon äußerlich von den feinen und adretten Gymnasiasten unterschied, fühlte er sich wegen dessen lebensfroher, unkonventioneller Art sofort angezogen.

Als Lothar Killmer sich aktiv dem illegalen Kreis um seine Freundin Anja Korn (1897-1981) anschloss, übernahm auch Horst Krüger Hilfsdienste. Er war als Kurier unterwegs und verteilte Flugblätter für die Gruppe, die als „Sozialrevolutionäre Nationalisten“ verfolgt und verurteilt wurde. Im November 1939 wurden Anja Korn und Lothar Killmer zusammen mit vielen anderen verhaftet, Horst Krüger im Dezember. Im Prozess vor dem Volksgerichtshof 1941 musste er gegen seinen Freund Lothar Killmer und Anja Korn aussagen.

Anja Korn wurde zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, Lothar Killmer zu fünf. Horst Krüger wurde schon Anfang 1940 nach wenigen Monaten frei gelassen mit der Begründung, er sei „vielleicht noch für den völkischen Staat zu retten“. Anja Korn und Lothar Killmer

überlebten die NS-Zeit in Haft und KZ, heirateten, lebten in der DDR, wo beide publizistisch tätig waren. Horst Krüger wurde Schriftsteller. Sein Buch „Das zerbrochene Haus“ und die Verfilmung haben bei ihrem Erscheinen in den 80er-Jahren noch die Schülerinnen und Schüler „seiner“ alten Schule bewegt. Inzwischen ist er vergessen wie auch Lothar Killmer, der in der Schulgeschichte nie eine Rolle spielte.

Warum der Exkurs zu diesen Personen als Ergänzung zu meinem Vortrag?

Wenn auch der direkte Bezug zum Reformgeist der 1920er-Jahre fehlt, sind die Genannten exemplarisch zu sehen. Ihr Handeln war möglich, nicht unbedingt zwingend auf dem Hintergrund dieser Schule. Sei es wegen des Milieus einer gelehrten Schicht in Grunewald, sei es wegen einer gewissen Distanzierung zu autoritären Strukturen, gefördert durch die liberale Haltung, die nicht allein, aber „par excellence“ auf Wilhelm Vilmar zurückgeht.

Und zu guter Letzt noch ein Bogen in die Gegenwart zum Walther-Rathenau-Gymnasium, dem Nachfolger des Grunewald-Gymnasiums. Die Reformbereitschaft dieser Schule entspricht heute dem Durchschnitt der Berliner Gymnasien. Der Widerspruchgeist der Schüler flackerte nach 1968 auch hier auf. Er hat sich aber nicht bewahrt, ebenso wenig wie das Elitedenken der Vorgängerschule. Geblieben ist die Liberalität.

Literatur

Die Alte Schule, Mitteilungen der Vereinigung ehemaliger Schüler der Walther-Rathenau-Schule – Grunewald-Gymnasium, Nr. 73 (Mai 1970), Nr. 97 (Mai 1982)

Felicitas Bothe-von Richthofen: Widerstand in Wilmersdorf 1933-45. Hrsg.: Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin 1993

Dr. Ute Kniepen, Marga Quiring: Die Vertreibung jüdischer Schülerinnen und Schüler aus dem Grunewald-Gymnasium ab 1933. Eine Dokumentation. Hrsg.: Stiftung Grunewald-Gymnasium Berlin, 1. Auflage 2012

Horst Krüger: Eine Erinnerung an die Banalität des Bösen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.02.1981

Ders.: **Das zerbrochene Haus**. Eine Jugend in Deutschland. Stuttgart 1968, Neuauflage 2019

25 Jahre Grunewald-Gymnasium 1903-28. Hrsg.: Grunewald-Gymnasium in Berlin-Grunewald, Dr. Wilhelm Vilmar, 1928

50 Jahre Walther-Rathenau-Schule (vormals Grunewald-Gymnasium) 1903-53. Hrsg.: Walther-Rathenau-Schule in Berlin-Grunewald, Wilhelm Padberg, 1953

75 Jahre Walther Rathenau-Schule – Gymnasium (vormals Grunewald-Gymnasium) 1903-78. Hrsg.: Walther-Rathenau-Oberschule in Berlin-Grunewald, Harald Howe, 1978

100 Jahre Walther-Rathenau-Oberschule (Gymnasium) vormals Grunewald-Gymnasium 1903-2003. Hrsg.: Walther-Rathenau-Oberschule (Gymnasium), Berlin 2003, darin:

- Friedegard Krause: Kindheit und Schulzeit am und im Grunewald-Gymnasium
- Heinrich Graf von Einsiedel: Damals – vor 65 Jahren

Marion Yorck von Wartenburg: Stärke der Stille. Erzählung eines Lebens aus dem deutschen Widerstand, Köln 1984

Rudolf G. Zipkes: Gelebtes Leben. Jude sein in einer weltoffenen Zeit, Zürich 2005

Quellen aus dem Archiv des Walther-Rathenau-Gymnasiums

An die Schüler und die Schülerinnen der höheren Schulen Preußens. Rundschreiben des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, unterzeichnet von Konrad Haenisch, eingegangen am 9.12.1918

Vorschlag des Schülerausschusses für eine Schülerverfassung, August 1929

Protokoll der Versammlung der Primen und Sekunden des Grunewald-Gymnasiums am 21.11.29, Ludwig Barnat (Protokollant)

Bericht über die Durchführung der Winterhilfe am Grunewald-Gymnasium während des Winterjahres 1931, von Ludwig Spiro

Bericht über den Schülerausschuss des Jahres 1932/33 am 22.5.1933, von Klaus Müller

Renate Alsberg-Hunter: Biographie ihrer in Auschwitz ermordeten Freundin Marie Luise Marx in Their Own Lives, von Ronny Harlow gesammelte zum Teil handschriftliche Berichte, 1987

Vergleich: Zwei Reformschulen in Berlin

Gertrud Fischer-Sabrow

Werner-Siemens-Realgymnasium (WSRg) und Grunewald-Gymnasium (GG)

Als „preußisch-protestantische Kadettenanstalt“ bezeichnet Horst Krüger das GG, in das er 1932 eintritt. „Angst, wie viele Fehler ich in Latein, Französisch und Mathematik wieder gemacht hatte“, schreibt Hans Nathanson, Schüler des WSRg 1914.

Das ist der Alltag in der Schule im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Obwohl WSRg und GG Reformschulen waren, blieben sie Gymnasien mit hohen Leistungsanforderungen, Drill und Disziplin für die Kinder einer gut situierten bürgerlichen Elternschaft.

Beide Schulen waren seit ihrer Gründung 1903 keine klassischen Gymnasien mit Latein und Griechisch, sondern betonten die Naturwissenschaften und neue Fremdsprachen und wollten damit den Neuerungen in Technik, Wirtschaft und Gesellschaft Rechnung tragen. Seit 1900 waren die Realgymnasien und Oberrealschulen den traditionellen Gymnasien gleichgestellt und führten zum Abitur, das an beiden Schulen ab 1909 möglich war.

Als Erstes fallen die Unterschiede auf: hier das großbürgerliche GG in einem exklusiven Villenvorort, da das eher mittelständische WSRg in Schöneberg. Diese andersartigen Sozialstrukturen halten jedoch einer genaueren Betrachtung nicht Stand. Wohnen doch im Einzugsbereich des WSRg im Bayerischen Viertel auch sehr gut betuchte Eltern mit hohem Bildungsstand, und im GG waren es nach 1920 nicht nur Großbürger des Villenviertels, die ihre Kinder auf diese Schule schickten.

In beiden Schulen begannen die Reformen noch im Kaiserreich, also vor dem Umbruch 1918 und der Weimarer Schulreform 1920. In beiden Fällen waren es die Schulleiter, die die entscheidenden Impulse für die Veränderungen gaben.

Die Schulleiter als Reformer

Wilhelm Wetekamp (1859-1945) und **Wilhelm Vilmar** (1870-1942) prägten ihre Schulen; beide Pädagogen waren von der Frankfurter Reformschulbewegung inspiriert.

Seit 1884 im Schuldienst in Brieg und Breslau, übernahm Wilhelm Wetekamp von 1906 bis 1924 die Leitung des WSRg in Berlin-Schöneberg. Er stammte aus einer Handwerkerfamilie, studierte Naturwissenschaften und Französisch. Sein Lebenslauf zeigte ihn als vielseitigen Pragmatiker und Theoretiker. Er war Lehrer, Politiker und Naturschützer.

Als Reformpädagoge war er seit 1887 in der Schulpolitik aktiv. 1908 gehörte er zu den Gründern des Bundes für Schulreform und wechselte 1919 in das preußische Ministerium für Volksbildung, wo er das Dezernat für Schüler selbstverwaltung leitete. Als Politiker war er von 1893 bis 1903 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses für die Freisinnige Volkspartei und er blieb Zeit seines Lebens ein Linksliberaler.

Schon 1898 forderte er die Einrichtung von Naturparks und wurde einer der Begründer der Naturschutzbewegung. Als ehrenamtlicher Geschäftsführer der Brandenburgischen Kommission für Naturdenkmalpflege setzte er sich für die kartographische Erfassung von Findlingen ein, auch für den Schutz von Wald und Seeufer.

Einen so illustren Lebenslauf hatte Wilhelm Vilmar, der maßgebliche Reformers des GG, nicht aufzuweisen. Er war „nur“ Lehrer, Pädagoge und Schulreformer, zeitweise auch Stadtschulrat in Wilmersdorf. Entsprechend seiner Herkunft aus einer Gelehrten-

familie studierte er Deutsch und Geschichte und schloss mit einer Promotion ab. 1916 übernahm er die Leitung am Grunewald-Gymnasium. Geprägt von seinen Erfahrungen mit den Schulreformen in Frankfurt am Main und Swinemünde verfasste er 1917 eine Schrift zur Neugestaltung des Schulwesens.

Politisch war Vilmar nicht aktiv, nahm aber regen Anteil an der aktuellen Politik. Als überzeugter Demokrat der nationalliberalen Richtung stand er der politischen Umwälzung nach 1918 eher mit Befremden gegenüber. Doch machte er sich die Auswirkungen der Revolution in der Schulpolitik zu eigen.

Strenge und Autorität bei zugleich wohlwollendem und den Schülerinnen und Schülern zugeneigtem Verhalten zeichnete beide als charismatisch beschriebene Pädagogen aus.

Die Reformen

Bei allen Unterschieden zeigt ein Blick auf die reformpädagogischen Ansätze grundlegende Gemeinsamkeiten.

Für beide Schulleiter war entscheidend, dass sie Bildung nicht nur für eine Elite, sondern für breitere Schichten ermöglichen wollten. Daraus ergab sich bei beiden eine Art Gesamtschulkonzept, das Wetekamp in der Unterstufe seiner Schule in die Praxis umsetzte, während Vilmars Vorstellung von der Zusammenfassung verschiedener Schultypen an einem Ort im Grunewald-Gymnasium nur im Miteinander der drei Gymnasialformen zum Tragen kam.

Freiheit und Selbstständigkeit der Schüler war bei beiden oberstes Ziel. Wetekamps Schule hatte die erste Schülervertretung in Preußen. Selbsttätigkeit bestimmte bei ihm den Schulalltag: praktische Versuche, Schulgarten, Arbeitsunterricht, in dem Produkte erstellt und oft in Ausstellungen gezeigt wurden.

Auch Vilmar führte die Schülerselbstverwaltung ein und förderte sie, was von den Schülern nicht in jeder Konsequenz unterstützt wurde. Ein Schülergericht z.B. lehnten sie ab. Das Herzstück seiner Reformen war die „Bewegungsfreiheit“ in der Oberstufe, d. h. die Möglichkeit, manche Fächer zu wählen und sie

intensiv zu betreiben, dafür andere abzuwählen oder nur knapp zu behandeln. Auch in der Oberstufe des WSRg fand sich dieses Konzept im Ansatz.

Ein praxisbezogener Arbeitsunterricht am GG fand neben naturwissenschaftlichen Experimenten hauptsächlich während der Landschulaufenthalte in Werder statt. Vilmars Anspruch war theoretischer Art. Das Gymnasium sollte auf die Universität vorbereiten. Ihm ging es um die Vereinbarung des humanistischen Gymnasiums und die Pflege der Antike mit den Naturwissenschaften und modernen Fremdsprachen des Realgymnasiums. Die Schülerinnen und Schüler sollten sich aus freien Stücken für bestimmte Fächer entscheiden, bekamen Angebote wie Hebräisch und Spanisch, aber auch Kurse in Astrophysik und geologischer Morphologie.

Ein Ansatz, der sich nur im GG findet, ist die Koedukation. Vilmar verwirklichte damit seine Überzeugung, dass auch Mädchen den gleichen Anspruch auf Bildung wie Jungen haben sollten. 1916 legten 14 Mädchen als Externe das Abitur am GG ab. Von 1919 bis 1936 waren knapp 40 Mädchen reguläre Schülerinnen der Oberstufe.

Neben dem Anspruch, zum Abitur und zum Studium zu führen, verwirklichte das WSRg Wetekamps Ansatz als Pragmatiker, der die Schüler auf die Arbeitswelt vorbereiten wollte. Stenographie und Esperanto wurden als zusätzliches Angebot in seiner Schule unterrichtet.

Die Kollegien

Die Unterschiede der Schulen und ihrer Leiter zeigten sich auch in den Kollegien. In beiden Schulen gab es den promovierten Gymnasialprofessor mit wissenschaftlicher Neigung; vielleicht war dieser Typus im GG dominanter.

Das Kollegium des WSRg war reformbewusster und „fortschrittlicher“. Im Lehrerzimmer dieser Schule wurde 1919 der „Bund entschiedener Schulreformer“ gegründet. Am GG wurden die politischen Positionen der Lehrer „ausgeklammert“, dürften aber eher, ähnlich wie beim Direktor Vilmar, in einer demokratisch-nationalliberalen Mischung bestanden haben.

An beiden Schulen gab es viele fachlich herausragende Lehrer, die über den Unterricht hinaus tätig waren. Aus heutiger Sicht fällt die enge Beziehung zwischen bestimmten Lehrern und Schülern auf, die häufig in Erinnerungen an die Schulzeit zum Ausdruck kommt.

Die Schülerschaft

Wie bereits erwähnt, war, trotz einer gewissen sozialen Differenzierung in großbürgerlich und mittelständisch, das Publikum beider Schulen bürgerlich. Hier wie dort gab es einen hohen Anteil an jüdischen Schülern: am WSRg machte er die Hälfte aus, am GG immerhin noch ein Drittel. In beiden Fällen gehörten sie zu den Leistungsträgern.

Ein großer Unterschied ergab sich aus der Koedukation, die nur am GG bestand. Ob die Schule dadurch geprägt wurde, bleibt dahingestellt. Letztlich waren es doch nur sehr wenige Mädchen, die in einer maskulinen Welt eher exotische Wesen darstellten.

Ähnlich wie beim Lehrerkollegium waren die Schülerinnen und Schüler am GG angepasster. Bis auf ganz wenige Ausnahmen gab es eher Eskapaden auf der Ebene der üblichen Schülerstreiche als grundsätzliche Widerworte.

Am WSRg waren die jungen Menschen aktiver und frecher. Die vielen Schülerzeitungen belegen es, und das bekannteste Beispiel ihrer Eigenständigkeit war die Forderung des Schülerrats nach sexueller Freizügigkeit, die allerdings auch nur eine kurze Episode blieb. Die Schülerselbstverwaltung scheint am WSRg besser angenommen worden zu sein als am GG.

Soziale Eigeninitiativen der Schüler gab es beiderseits reichlich, zwei Beispiele: die sogenannte Kriegshilfe während des Ersten Weltkriegs, die Winterhilfe 1930 in der Zeit der Not durch die Wirtschaftskrise. Vor allem die „Stullensammlung“ in dieser Zeit blieb noch lang im Gedächtnis der Schülerinnen und Schüler. Eine Vielzahl der Aktivitäten von Sport bis Theater, Wanderungen und Reisen machte aus beiden Schulen einen Lebensraum, der weit über den Unterricht hinausging.

Das Ende der Reformen

Nach der Machtergreifung 1933 führte die nationalsozialistische Gesetzgebung zur Vertreibung der jüdischen Schülerinnen und Schüler. Beide Gymnasien waren davon betroffen. Das WSRg wurde 1935 sogar geschlossen. Nicht nur die fehlende Hälfte der Schüler, auch der Reformstatus machten die Schule zu einem missliebigen Objekt für die Nazis. Das GG verlor bis 1935 ein Drittel seiner Schüler; eine im März 1933 eingesetzte streng nazistische Leitung betrieb die Entfernung der jüdischen Schülerinnen und Schüler mit aller Härte. Im Sinne der Gleichschaltung der Schulen nach 1933 wurden die Reformen aufgehoben.

Wie sind die Reformen zu beurteilen?

Beide Schulen sind in ihrer Zeit als „fortschrittlich“ bewertet worden, das WSRg stärker noch als das GG. Während das GG letztlich ein „konservatives Reformgymnasium“ blieb, entfernte sich das WSRg mit seiner Reformorientierung weiter vom traditionellen Gymnasium. Doch sollten die eingangs erwähnten kritischen Stimmen von Schülern nachdenklich machen und eine Evaluierung müsste andere weitergehende Reformansätze dieser Zeit miteinbeziehen.

Exkurs

Peter Lassau

Gartenarbeitsschule

Ein Ergebnis reformpädagogischer Bemühungen war die Gründung der Schöneberger Gartenarbeitsschule im Jahr 1922, die bis auf den heutigen Tag zur Schöneberger Schul- und Bildungslandschaft gehört. Ein im Rahmen dieser Reihe geplanter Besuch der Schule und ein Rundgang auf ihrem Gelände fiel leider Covid-19 zum Opfer. Das ist sehr bedauerlich, denn gerade Gartenarbeitsschulen können wesentliche Elemente der Reformpädagogik verwirklichen:

Sie basieren auf Selbsttätigkeit der Schüler, denn jeder ist für ein Beet zuständig. Dies fördert Umsicht und Verantwortungsgefühl, verknüpft Theorie und Praxis. Das Ergebnis der Bemühungen ist im wahrsten Sinn offensichtlich. Auch Tiere befinden sich dort, und für „Schulstubenbiologie“ und „Leichenzoologie“ mit ausgestopften Tieren gibt es eine lebendige Alternative. Dort kann ohne großen Aufwand mit Kopf, Herz und Hand gelernt werden.

Unmittelbar nach dem Ersten und auch nach dem Zweiten Weltkrieg hatten diese Einrichtungen durchaus eine ökonomische Bedeutung, und schließlich bieten sie sich auch für ökologische Überlegungen an. Dem Ziel der Reformpädagogik kommt weiterhin entgegen, dass diese Schulen alle Schüler und Schülerinnen erfassen, vom Gymnasiasten bis zum Förder- schüler, und zwar jahrgangsübergreifend.

Es ist schade, dass diese Exkursion, die Schöneberg aus einer besonderen Perspektive gezeigt hätte, nicht stattfinden konnte. Von einem Rundgang können wir deshalb leider nicht berichten. Stattdessen veröffentlichen wir eine Geschichte der Gartenarbeitsschule, verfasst von ihrem langjährigen Leiter Norbert Winkler.

Historischer Abriss

Norbert Winkler, ehemaliger langjähriger Leiter der Gartenarbeitsschule am Matthäifriedhofsweg, Nähe Sachsendam

Die Geschichte der Schöneberger Gartenarbeitsschule

Die Zeit von 1922 bis 1933

Baumaßnahmen

Nach dem Ersten Weltkrieg kann im Zusammenhang mit der einsetzenden Kleingarten- und Siedlungsbe- wegung auch vom Bezirk Schöneberg Land erworben werden. „Auf der Grundlage des Reichsheimstät- tengesetzes von 1920 wurden in einem neuen Be- bauungsplan für das Südgelände 34,4 Hektar Land

für Dauerkleingärten und 87 Hektar als Park und Freifläche ausgewiesen“ (Wenzel 1987). Initiiert von Friedrich Haak, dem Gründer der Schülergärten an der Hohenzollernschule, unterstützt vom Elternbeirat selbiger Schule und von Bezirksstadtrat Hannemann gelingt es, Land zur Gründung von Schülergärten/ Gartenarbeitsschulen zu beschaffen, mit deren Ein- richtung im Frühjahr 1922 begonnen werden kann.



Die Erdbeerrabatten werden in gemeinsamer Arbeit gejätet, 1928

Auch wenn Friedrich Haak von Schülergärten spricht, so handelt es sich doch dabei eindeutig um Gartenarbeitsschulen, denn diese Einrichtungen wurden jeweils von Absolventen verschiedener Schulen aufgesucht. Der Begriff Gartenarbeitsschule war damals auch bereits durchaus geläufig und wurde bei der Einrichtung der Neuköllner und Wilmersdorfer Anlagen angewandt. Ziel und Richtschnur bei der Gründung der Gartenarbeitsschulen ist es, die Pflanzen in natürlichen Orts- und Lebensgemeinschaften anzusiedeln. Hierzu gehört die Anlage eines Teiches, Baches, Sumpfes, Feldes, einer Wiese, eines Gemüsegartens und anderem. Im Vordergrund steht dabei zunächst die Einrichtung der Gartenarbeitsschule auf dem Gelände am Auguste-Viktoria-Krankenhaus und an der Kreuznacher Straße. Besonders schwer ist dabei die Kultivierung des Geländes am AVK, denn es ist festgefahren und wird zum Teil als Schuttablageplatz benutzt. „Hier mußte sogar die Kreuzhacke dem Spaten vorangehen, und mancher Schweißtropfen sowohl der Lehrer als auch der Schüler kennzeichnete die Schwere der Arbeit“ (Haak 1925, S. 7).

Der eigentliche Ausbau des Geländes am Sachsen-damm kann erst nach Konsolidierung der Haushaltslage 1924 in Angriff genommen werden: Der Boden, ehemaliges Kartoffelland für Kleingärtner, wird bearbeitet, Grenzzäune und eine Halle mit Geräteräumen werden errichtet, eine Wasserleitung wird gelegt. 1926 erfolgt der Bau des architektonischen Senkgartens. Dieser ist in heimischem Kalkstein gefasst, enthält ein Seerosenbassin und entfaltet vom Früh-

jahr bis zum Herbst seine farbige Blütenpracht. Des Weiteren wird die Böschung zum Sachsen-damm im Rahmen von Notstandsarbeiten in Form einer Waldschlucht angelegt. 1929 werden ein Schulpavillon, ein Werkunterrichtsraum, eine Unterkunftshalle, Dienst- und Sanitärgebäude errichtet. Handelte es sich in den ersten Jahren nach Gründung der Einrichtung „in erster Linie darum, das Land herzurichten, ... so trat nunmehr, nachdem das erste Ziel erreicht war, die unterrichtliche Auswertung der Schülergärten in den Vordergrund“ (Haak 1927).

„In schwerer Zeit wurde unter schwierigsten Verhältnissen mit der Einrichtung von Schülergärten im Bezirk Schöneberg-Friedenau begonnen. Der Energie und unermüdlichen Arbeitskraft des Oberrealschullehrers Haak ist es gelungen, in drei arbeitsreichen Jahren Ödland in Gartenland zu verwandeln und allen Schulgattungen – höheren Knaben- und Mädchenschulen, der Mittelschule, den Volksschulen und Hilfsschulen – eine Arbeitsstätte und ein Unterrichts- und Erziehungsmittel von hoher Bedeutung zu schaffen. Ideal gesinnte, von der Wichtigkeit der Sache überzeugte Lehrer und Lehrerinnen aller Schulgattungen waren seine treuen Helfer. Allen gebührt der Dank der Schulverwaltung“ (aus: Arbeitsunterricht, Haak 1925, S. 3).

Pädagogische und organisatorische Aspekte

Der Unterricht in den Schöneberger Gartenarbeitsschulen findet zunächst auf freiwilliger Basis statt. Dabei stehen Gemeinschaftsarbeiten und individuelle Verantwortung im Wechsel: Alle Arbeiten der Einrichtung und Instandhaltung (z. B. der Blumenbeete, der Erdbeerrabatten) müssen gemeinsam durch Lehrer und Schüler verrichtet werden. Ab 1926 erfolgt die versuchsweise Einführung des verbindlichen Gartenarbeitsunterrichts für die Klassen 2 und 3 der 17. und 18. Volksschule. In diesen Klassenstufen soll die Betrachtung von Natur- und Lebensvorgängen den breitesten Raum einnehmen. „Sollte eine derartige Benutzung des Schülergartens zur Schulung im Beobachten, zu Naturerkenntnis und Naturerleben, zur Beobachtung der Lebensentwicklung usw. nicht unendlich mehr beitragen, als das Laufen durch die Natur bei Lehrspaziergängen u. a. ...“ (Haak 1928, S. 10). Im 7. bis 9. Schuljahr steht die Gartenarbeit

ganz im Vordergrund. Dabei werden vertiefte Kenntnisse über die Bodenbeschaffenheit (Bodenkunde) und über die Landwirtschaft erworben. Im 10. bis 12. Schuljahr stehen ökologische Fragen im Mittelpunkt des Unterrichts. Des Weiteren sind der Erwerb von Kenntnissen aus der Pflanzen- und Tierphysiologie, Bestimmungsübungen sowie Dünge- und Beizversuche vorgesehen. Wie aus einem Verzeichnis der in der Gartenarbeitsschule tätigen Lehrkräfte hervorgeht, arbeiten 1926 insgesamt 31 Lehrer in den Schöneberger Anlagen mit ihren Schülern, davon 13 in der Gartenarbeitsschule am Sachsendamm. Es sind alle Schultypen – von der Hilfsschule bis zum Gymnasium – vertreten (aus: General-Sonder-Akte des Bezirksamts Schöneberg 1925-1927).

Zusätzlich bedeutet die Tätigkeit in den Gartenarbeitsschulen insbesondere in den Inflationsjahren 1922 und 1923 in den großen Ferien einen Ersatz für die Sommerfrische. Wie notwendig auch schon damals den Schöneberger Schulkindern eine biologische Ausbildung am naturnahen Standort war, bemerkt auch Dienel (1925): „Muß doch der Naturkundelehrer bei unseren Großstadtkindern auf Ausflügen immer wieder die schmerzliche Erfahrung machen von einem Tiefstand an Naturkenntnissen, an einem erschreckenden Mangel an Ehrfurcht vor dem Gewachsenen, gegen welche sich das Überhandnehmen des materialistisch gerichteten Zeitgeistes wie eine Anklage erhebt.“

Die Gartenarbeitsschulbewegung aber bleibt weiter im Aufwind, die Frequentierung der Gärten ist unverändert hoch. Immer wieder weist Friedrich Haak auf die Nachteile des nur fakultativen Gartenarbeitsunterrichts hin und fordert, dass er – über die versuchsweise Einführung hinaus – obligatorisch verbindlicher Bestandteil des Unterrichts wird.

Die Zeit des Nationalsozialismus

Einen grundlegenden Bedeutungswandel erfährt die Gartenarbeitsschule in der Zeit des Nationalsozialismus. Ohne Rücksicht auf das inzwischen erlangte Ansehen der Schulen werden diese bedingungslos in den Dienst der NS-Ideologie gestellt. „Innerhalb der großen Erziehungsaufgabe zur Weltanschauung des Nationalsozialismus lehrt der Schulgarten das hohe



© Museen Tempelhof-Schöneberg/Archiv

Die Schülergärten sind ein Trost für die Schüler, die in den Sommerferien nicht verreisen können, 1928

Ethos von der Bodengebundenheit des Blutes“ (Kaie 1937). Für die Landwirtschaft wichtige Erkenntnisse der Naturwissenschaft werden in dem mit der Gartenarbeit verbundenen Biologieunterricht im Sinne der nationalsozialistischen Lehre missbraucht, denn „bei praktischen Vererbungsversuchen und Rassebetrachtungen dringen wir auch bei einfachsten Studien bis in den Kern unserer Weltanschauung vor“ (Mehlan 1937).

Des Weiteren sollen die Gartenarbeitsschulen ihren Beitrag zur Sicherung der Ernährungsgrundlage leisten. Sie haben damit Anteil an der „Erzeugungsschlacht“ (Langer 1985, S. 17), welche der Unabhängigkeit von ausländischen Einfuhren dienen soll. Für die Schöneberger Gartenarbeitsschulen bedeutet die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur, dass die reformpädagogischen Ansätze ein abruptes Ende finden. Vordergründig wird die Schulgartenarbeit zwar weiterhin gefördert – im Juni 1935 wird in der städtischen Gartenarbeitsschule in Wilmersdorf ein Lehrgang zur Ausbildung von Lehrern in der Schulgartenarbeit eröffnet –, inhaltlich aber wird ihre Tätigkeit den nationalsozialistischen Zielen untergeordnet.

Schon im April des Jahres 1934 ordnet der Schöneberger Schulrat Kindermann mit der Begründung „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ an, dass in den Gartenarbeitsschulen die Einrichtung von Gemeinschaftsbeeten vorgenommen werden soll, und zwar „sind 50 % des zur Verfügung stehenden Gartenlandes in Gemeinschaftsbeete umzuwandeln“ (aus: Ge-

neral-Sonder-Akte des Bezirksamts Schöneberg). Auf Anfrage von Lehrern weist er weiterhin an, dass die bisherigen Eigenbeete der Kinder zu halbieren sind. Die Ernte der Gemeinschaftsbeete wird der nationalsozialistischen Volkswohlfahrt zur Verfügung gestellt. Kurz darauf – ein Zusammenhang mit diesen Anordnungen lässt sich nur vermuten – bittet Friedrich Haak um seine Entlassung als Leiter der Schöneberger Gartenarbeitsschulen und um seine Rückversetzung an die Hohenzollernschule. Ein Nachfolger als Leiter wird zunächst nicht ernannt, der Betrieb geht aber weiter.

Im Jahr 1935 findet eine örtliche Prüfung der Gartenarbeitsschulen am Prenzlauer Berg, in Wilmersdorf, Schöneberg, Neukölln und Lichtenberg hinsichtlich ihrer Effektivität und Kosten statt. Ergebnis dieser Prüfung sind Anregungen, die darauf abzielen, „angemessene Erträge“ zu erreichen. Im März 1937 mahnt der zuständige Bezirksstadtrat in Bezug auf die Gartenarbeitsschulen: „Der Vieljahresplan verlangt es, daß dem Boden abgerungen wird, was möglich ist“ (aus: Akte des Bezirksamts Schöneberg, Haushaltsangelegenheiten ab 1929). 1941 führt Otto Mehlan in einem Rundschreiben an alle Volksschullehrer aus: „Die Kriegserzeugungsschlacht erfordert die Durchführung der Arbeit, auch wenn die Schwierigkeiten noch so groß und die Kinder- und Lehrerzahlen noch so klein sind“ (aus: Lernen im Garten, 1991).

Während die bisherigen Ausführungen in erster Linie einen einschneidenden Wandel der Gartenarbeitsschulen in Richtung eines Nutzgartens belegen – eine historisch aber durchaus nicht einmalige Angelegenheit –, wird im Folgenden dargelegt, in welchem Maße die so naturverbundene, lebenszugewandte Gartenarbeitsschulidee im Sinne der NS-Machthaber missbraucht wird. In Anpassung an das neue Gedankengut schreibt der Schöneberger Lehrer Kockjoy in einem Bericht an die Schulverwaltung: „Hier gewinnt die bodenentwurzelte Großstadtjugend durch die Arbeit mit Spaten, Hacke und Harke Liebe zur heimatlichen Scholle und Verständnis für den Bauer und seine Arbeit und wird wieder zu volks- und bodenverwurzelten Menschen erzogen“ (aus: Akte Stadt Berlin, Bezirksamts Band I. ab 1925). Deutlicher wird der Gründer der Wilmersdorfer Gartenarbeitsschule und Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Gartenarbeitsschulen, Otto Mehlan, der eine Überwachung

der Arbeit „im Sinne der staatspolitischen und volkswirtschaftlichen Erfordernisse“ für nötig hält. Die Verwirklichung der Idee von „Blut und Boden“ ist dabei ein Ziel der Arbeit.

Nicht lange nach der Gründung der Gartenarbeitsschulen beginnt eine – mit kurzen Pausen – bis in die jüngste Vergangenheit andauernde Phase der Gefährdung dieser Standorte durch innerstädtische bauliche Maßnahmen. Zwischen 1935 und 1938 kommt es auf dem Südgelände zur großflächigen Räumung der Kleingärten. Geplant ist der Bau eines zentralen Güterbahnhofs sowie eines Großberliner Zentral- und Postbahnhofs. In diesem Zusammenhang verliert die Gartenarbeitsschule am Sachsendamm 1935 ca. 6000 Quadratmeter ihres Geländes. Am 1. April 1938 wird die Gartenarbeitsschule am Auguste-Viktoria-Krankenhaus auf Grund einer Anordnung des Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt, Albert Speer, geschlossen. Ihr Areal ist für den Bau von „Volkswohnungen“ am Grazer Damm vorgesehen. Stückweise, bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und im Einzelnen nicht mehr nachzuvollziehen, geht die Umwandlung des Geländes der Gartenarbeitsschule an der Kreuznacher Straße in Bauland vor sich. Übrig bleibt zunächst nur die Schöneberger Schule am Sachsendamm mit einer Größe von nunmehr 20.836 Quadratmetern.

Die Zeit nach 1945

Unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs herrschen in Berlin Not und Zerstörung. Für pädagogische Konzepte bleibt da kein Raum, der Einzelne muss an sein Überleben denken. Folgerichtig sind die Gartenarbeitsschulen in dieser Zeit in erster Linie Lieferanten von Nahrungsmitteln, z. B. an Krankenhäuser. Eine rasche Verbesserung der Situation in Berlin wird durch die Blockade 1948/49 verhindert; die Gartenarbeitsschulen bleiben auch in den nächsten Jahren überwiegend Liefergärten. Dabei ist zu beachten, dass sie in dieser Zeit von Schulklassen, die zur Gartenarbeit kommen, gut frequentiert werden.

Anfang der sechziger Jahre setzt sich eine neue pädagogische Richtung durch: die beginnende Verwissenschaftlichung des Unterrichts. Im Mittelpunkt steht nun ein medienzentrierter Biologieunterricht in

möglichst gut ausgestatteten Unterrichtsräumen. Die biologische Arbeit in der Natur ist nicht mehr gefragt, was sich auch in den zurückgehenden Zahlen an Klassenbesuchen in der Gartenarbeitsschule widerspiegelt. Die sich verschlechternde Umweltsituation führt in den siebziger Jahren zu einer starken Betonung ökologischer Unterrichtsinhalte: „Für den Einzelnen und die Menschheit insgesamt sind die Beziehungen zur Umwelt zu einer Existenzfrage geworden. Es gehört daher auch zu den Aufgaben der Schule, bei jungen Menschen Bewußtsein für Umweltfragen zu erzeugen, die Bereitschaft für den verantwortlichen Umgang mit der Umwelt zu fördern und zu einem umweltbewußten Verhalten zu erziehen, das über die Schulzeit hinaus wirksam bleibt“ (Beschluss der Konferenz der Kultusminister vom 17. Oktober 1980). Es herrscht die Meinung vor, „Kenntnisse aus der Ökologie ermöglichen die Lösung lebenswichtiger Probleme des Umweltschutzes“ (Staeck 1975, S. 41).

Gleichzeitig tritt in der Biologie-Didaktik ein Wandel ein; gefordert wird nunmehr die biologische Arbeit im Freien, denn sie „schafft Möglichkeiten zum Beobachten, Untersuchen, Experimentieren und zu forschender Schulbiologie“ (Grupe 1971, S. 242). Auch Kulm (1975) betont in seinen Büchern zur exemplarischen Biologie den Wert der außerschulischen biologischen Arbeit. Konsequenterweise ergibt sich daraus ein erneuter Bedeutungszuwachs der Gartenarbeitsschulen. Im Zuge der Umorientierung zum freilandbiologischen Unterricht werden in Berlin in verschiedenen Bezirken (z. B. Steglitz, Zehlendorf) Freilandlabore gegründet; im Bezirk Schöneberg wird ein solches anlässlich einer Arealvergrößerung erstmalig in Berlin in eine Gartenarbeitsschule integriert. „Freilandlabors sind zum z. T. weitgehend ursprünglich belassene, z. T. nach didaktischen Grundsätzen gestaltete Lebensräume, die für Freilandarbeiten mit Schülern genutzt werden. Sie sollen auf engem Raum unterschiedliche Biotope mit einer artenreichen Pflanzen- und Tierwelt enthalten ...“ (Eschenhagen 1985, S. 437).

Fritz Kuschke, Leiter der Gartenarbeitsschule Schöneberg von 1967 bis 1987, erinnert sich: Mein „Einstieg“ in die Schulgartenarbeit begann in den fünfziger Jahren, als ich mit Schülern der 2. Oberschule des Praktischen Zweiges, Kulmer Straße, am Sachsendamm tätig war: Gartenarbeit verknüpft mit Naturkunde.

Als diese Schule 1959 aufgelöst wurde, kam ich an die 17. Grundschule in Friedenau. Mit Schülern der 5./6. Klassen arbeitete ich in der Filiale der Gartenarbeitsschule in der Illstraße an der Kaisereiche. Der Leiter der Gartenarbeitsschule, Herr Radtke, führte diese Einrichtung noch über die Pensionierungsgrenze hinaus, da niemand seine Nachfolge antreten wollte. In den Sommerferien 1966 machte ich einen „Schnupperkurs“ am Sachsendamm und wurde 1967 mit der Leitung betraut.

Nach einiger Zeit war ich der Zusammenarbeit mit dem Gartenmeister, den Gartenarbeitern und der Verwaltung gewachsen. Große Freude machten mir die Klassen, die die Schule besuchten; sei es als gärtnerische Arbeitsgruppe oder als Gäste, die geführt wurden. Mit welchem Eifer haben Schüler der 5./6. Klassen die Fütterungshäufigkeit der Kohl- und Blaumeisen per Strichliste registriert, oder sie haben in kleinen Gruppen gelernt, einige Vogelarten am Gesang zu erkennen. Den Schülern, die regelmäßig in den Garten kamen, konnte man das „Wandern“ des Sonnenuntergangspunktes zeigen. Erfreulich war auch, dass wissenschaftlich interessierte Gruppen (FU, TU, Dr. Zacharias vom IP Kiel) das Gelände in Augenschein nahmen; man konnte durch sie Unterstützung bekommen, als die Bahn uns verschlingen wollte.

Gartenarbeitsschule und Freilandlabor Tempelhof-Schöneberg seit 1987 unter der Leitung von Norbert Winkler

Die Gartenarbeitsschule wurde 1988 um das Freilandlabor, im Jahr 2000 um den Tier- und Spielhof erweitert. Sie umfasst derzeit eine Fläche von ca. 25.000 Quadratmetern. Besucher sind in erster Linie Kinder der bezirklichen Schulen, wobei die Grundschulen den Hauptanteil stellen. Die Gartenarbeitsschule und das Freilandlabor Tempelhof-Schöneberg bieten Kindern in der Berliner Innenstadt einen grünen Lernort zur Umweltbildung. Hier werden biologische Zusammenhänge erkannt, der Umgang mit der Natur wird erlernt und diese im Verlauf des Jahres beobachtet. Auf ca. 10.000 Quadratmetern können die Kinder im traditionellen Gartenteil auf 15 Schülerfeldern Gartenarbeit betreiben.



Neuanlage und Erweiterung der Schöneberger Schülergärten am Sachsendamm, 1987

Die fachliche Betreuung der Lehrer/-innen und der Kinder ist durch das Personal der Gartenarbeitsschule gesichert. Jede Klasse erhält im Frühjahr in unserem Gewächshaus vorgezogene Pflanzen, zusätzlich nach Bedarf Samen und Zwiebeln. Da gibt es sicher verschiedene Vorlieben, es lässt sich aber doch sagen, dass der Anbau von Tomaten, Kürbissen sowie von Kartoffeln und Salat auf dem Wunschzettel der meisten Klassen ganz oben steht. Selbstverständlich können die Kinder ihre im Herbst geernteten Früchte mit nach Hause nehmen; es besteht aber auch die Möglichkeit, bei uns gemeinsam einen Rohkostsalat aus Gartenfrüchten anzufertigen und zu verzehren. Die Klassen kommen im Allgemeinen einmal pro Woche zur Gartenarbeit, wobei zusätzlich ökologische und botanische Zusammenhänge vermittelt werden. Das großzügige Gartengelände ist durch einen alten Obstbaumbestand geprägt, wobei ein durch Pfropfen erzielter „Viel-Sorten-Apfelbaum“ eine Besonderheit darstellt.

Das Freilandlabor zeichnet sich durch eine Fülle naturnaher Biotope aus. Hier gibt es mehrere Teiche, eine Wildwiese, eine Schmetterlingsabteilung, ein

Moorbeet, einen Waldlehrpfad, eine Kräuterspirale, eine Kletterpflanzenabteilung sowie weitere diverse Schaubeete, z. B. zu den Frühblüheren. Im Freilandlabor findet der Unterricht zu jeder Jahreszeit draußen statt, Renner ist dabei unser Thema „Tiere des Teiches“.

Auch unser Bienenhaus wird gerne besucht; es ermöglicht das gefahrlose Studium des Bienenfluges und des Soziallebens dieser Tiere. Im Winter werden Vögel beobachtet und Tierspuren im Schnee erkundet, schon im Herbst gesammelte Samen und Früchte werden untersucht, oder es wird in unseren beheizbaren Klassenräumen gewerkt und gebastelt. Der Tier- und Spielhof beherbergt unsere Kaninchen in einem großen Freigehege. Zum Spielen eignen sich in erster Linie unser kleines Fußballfeld sowie ein Spielhügel mit Weidentipi und Rutsche.

Literaturverzeichnis

- Abgeordnetenhaus von Berlin**, Drucksache 12/3787
- Akte Stadt Berlin**, Bezirksamt Schöneberg: Schülergärten Haushaltsangelegenheiten vom 30.04.1929
- Arndt**, 1925 in: Haak 1925, S. 56
- Cronberger, Bernhard**: Der Schulgarten des In- und Auslandes, 1909
- Denkschrift der Arbeitsgemeinschaft für Gartenarbeitsschulen**, in: General-Sonder-Akten des Bezirksamts Schöneberg 1927-1929
- Deutscher Bundestag (Hrsg.)**: Fragen an die deutsche Geschichte, Bonn 1994, S. 262
- Dienei, Hans** in: Haak 1925, S. 34
- Eschenhagen, Dieter et al.**: Fachdidaktik Biologie, 1985
- Graeber, Karl**: Ideal Schulgärten im 20. Jahrhundert, 1907
- Gruppe, Hans**: Biologie-Didaktik, 1971
- Haak, Friedrich**: Schülergärten für unsere Jugend, 1920
- Haak, Friedrich**: Der Arbeitsunterricht in den Schöneberger Schülergärten, 1925
- Haak, Friedrich**: Bericht über die Einrichtung der Schülergärten von 1926-1930, in: General-Sonder-Akte des Bezirksamts Schöneberg, 1927
- Haak, Friedrich**: Die Schöneberger Schülergärten, 1928
- Herberg, Martin**: Der Schulgarten, 1928
- Kaie 1937** in: Langer 1985, S. 17
- Konzeption für schulische Umwelterziehung**, in: Ressortübergreifende Kommission zur Förderung der Umwelterziehung in Berlin, 1996
- Kuhn, Wolfgang**: Exemplarische Biologie in Unterrichtsbeispielen, 1973
- Langer, Andreas**: Schulgärten – Ansatzpunkte für einen veränderten Umgang mit der Natur, TU, Fachbereich 14, 1985
- Mehlan, Otto** in: Langer 1985, S. 17
- Mehlan, Otto** in: Lernen im Garten, 70 Jahre Gartenarbeitsschule Wilmersdorf, 1991
- Rude, Adolf**: Der Bücherschatz des Lehrers, Bd. I, 1930
- Schönichen, Walter**: Naturschutz und Arbeitsschule, 1928, in: Langer 1985, S. 13
- Senatsverwaltung für Schule, Berufsbildung und Sport**: Große Anfrage der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD über Umwelterziehung als Unterrichtsprinzip in der Schule, 1992
- Staeck, Lothar**: Zeitgemäßer Biologieunterricht, 1975
- Wenzel, Gisela** in: Wege durch das historische und heutige Schöneberg, 1987
- Winkler, Norbert**: 75 Jahre Gartenarbeitsschule Schöneberg, 1997

Ein Dach überm Kopf – unbezahlbarer Luxus?

Obdachlose in Berlin

Moderation: Jürgen Karwelat, Berliner Geschichtswerkstatt e. V.
Referent: Oliver Gaida, Historiker

Montag, 29. März 2021, Online-Veranstaltung, 19:00 Uhr

Obdachlose Menschen gehörten und gehören zu den Verlierern der Gesellschaft. Die ersten Fürsorgestellen für Obdachlose gab es in Berlin im 19. Jahrhundert. Anfang der 1920er-Jahre geriet der Berliner Asylverein, der im Wedding die „Wiesenburg“ als Obdachlosenunterkunft aufgebaut hatte, in finanzielle Schwierigkeiten, sodass die Stadt den Verein bis 1931 finanziell unterstützte. Durch Inflation und Weltwirtschaftskrise verloren viele Menschen ihre Wohnung, weil sie die Mieten nicht mehr bezahlen konnten.

Eines der Wahlversprechen der NSDAP war, die Obdachlosigkeit zu eliminieren. Nach „Bettlerrazzien“ wurden „Asoziale“ und Obdachlose in Pflegeheimen untergebracht oder in Gefängnisse und Konzentrationslager eingesperrt. In den 1970er-Jahren gründeten sich im Westteil Berlins erste Selbsthilfegruppen, die ersten Straßenzeitungen der Obdachlosen erschienen. Von einer Akzeptanz obdachloser Menschen im öffentlichen Raum sind wir weit entfernt.

Veranstaltungsbericht

Peter Lassau

Faulheit und Arbeitsscheu sind die Ursachen für Obdachlosigkeit? Dieses Urteil ist in Deutschland eine immer noch verbreitete Wertung mit weit zurückreichender Tradition. So ein trauriges Fazit am Ende dieser Internetveranstaltung. Immerhin etwa 20 Menschen hatten den Weg über „rockradio“ und „Jitsi“ zu uns gefunden, sodass unser Referent Oliver Gaida auf ein aktives und interessiertes Publikum traf.

Wie weit das eingangs erwähnte Vorurteil zurückreicht, wurde im ersten Teil des Vortrags klar: Anhand zahlreicher Zeichnungen Heinrich Zilles veranschaulichte Gaida die Wohnungsnot in der wachsenden Stadt des 19. Jahrhunderts. Die Verlierer der Industrialisierung trafen in Berlin auf einen unregulierten Wohnungsmarkt. Unvorstellbare Enge, häufige Zwangsräumungen, ständige Umzüge, provisorische Bruchbuden, „Trockenwohner“, die in noch feuchte Neubauwohnungen einziehen durften, Krankheiten, Existenznot kennzeichneten die Lebensverhältnisse

dieser Menschen. Nicht verwunderlich, dass dies immer wieder Proteste, kleine Rebellionen, allgemeine Unruhe zur Folge hatte. Der Staat musste reagieren: In den 80er-Jahren des 19. Jahrhunderts entstand in Prenzlauer Berg die „Palme“, Berlins größtes Obdachlosenasyll. Eng gedrängt in mehreren Schlafsälen konnten hier ca. 2000 Männer unterkommen. In Zeiten der Arbeitslosigkeit in der Weimarer Republik waren es bis zu 5000. Nach einer Erweiterung konnten dort auch obdachlose Familien für kurze Zeit unterkommen, allerdings nach Geschlechtern getrennt.

Die Belegschaft zeichnete sich durch etwas aus, das man zur angenehmeren Tradition Berlins zählen darf: eine bunte Mischung. Hier trafen vagabundierende Arbeitssuchende, Handwerker auf Wanderschaft, Menschen unterschiedlicher Herkunft, sicher auch Kleinkriminelle aufeinander.⁽¹⁾ Sie wurden desinfiziert und polizeilich kontrolliert und erfasst.

¹ Anmerkung des Berichterstatters: Carl Zuckmayer veranschaulicht in seinem „Hauptmann von Köpenick“ auf unterhaltsame Weise, wie es dort zugegangen sein mag: Voigt und sein kleinkrimineller Kumpan Kalle kommen in einer solchen Herberge unter. Von bayerisch über sächsisch, hanseatisch bis elsässisch sind dort alle deutschen Dialekte vertreten. Die beiden werden Zeugen, wie ein Deserteur aus dem Elsass von einer Polizeistreife festgenommen wird.

Als Ausweg aus Not und Elend wählten schon seit dem Mittelalter viele Menschen das Betteln. Im 19. Jahrhundert wurde dies in Deutschland zunehmend erschwert, verboten, unter Strafe gestellt. Es drohte eine Einweisung in eines der Arbeitshäuser, wie sie seit dem 17. Jahrhundert in Deutschland bestanden.

An zwei namhaften Personen zeigte Oliver Gaida die unterschiedliche Beurteilung dieser Einrichtung: Friedrich von Bodenschwingh folgte in der Tradition des protestantischen Pietismus dem Grundsatz: Hilfe für die Fleißigen und Zucht für die Faulen. Entsprechend setzte er sich dafür ein, dass Obdachlose sich in stadtfernen Arbeitshäusern bei landwirtschaftlicher körperlicher Arbeit bewähren sollten. Das sah so mancher Betroffene anders und entzog sich solchem Druck schlicht durch Flucht.

Eine Gegenposition nahm Paul Singer ein: Als Mitglied des SPD-Führungskreises um August Bebel und Wilhelm Liebknecht engagierte er sich im „Berliner Asylverein für Obdachlose“, der unter anderen auch von dem Industriellen August Borsig und dem Arzt Rudolf Virchow unterstützt wurde. Die „Wiesenburg“ am Gesundbrunnen war Ausdruck der Haltung dieses Vereins: Hier kamen neben Obdachlosen Dienstmädchen, Wander- und Saisonarbeiter unter. Es gab Duschen, Waschräume, eine Bibliothek. Finanziert wurde dies durch Spenden, bei denen sich u. a. die jüdische Gemeinde Berlin, deren Mitglied Paul Singer war, hervortat. Großspender war z. B. der einflussreiche Verleger Rudolf Mosse. Bodenschwingh freilich bezeichnete die Wiesenburg als „edle Absteige“.

Bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges wurde das Gebäude seiner Bestimmung gemäß genutzt. Danach wurde es für militärische Zwecke herangezogen. Aufgrund finanzieller Probleme des Vereins wurde das Haus schließlich privatisiert, von den Nazis wieder für die Rüstungswirtschaft verwendet. Inzwischen gehört es dem Land Berlin, das es an die Wohnungsgesellschaft Degewo übertragen hat, erfahren wir von einem Teilnehmer dieser Veranstaltung.

Die 1920er-Jahre

Auffällig hoch ist die Zahl Jugendlicher und junger Männer, die es nach dem Kriegsende nach Berlin

zieht. Die meisten sind um 21 Jahre alt, das Alter der damaligen Volljährigkeit. Sie suchen ihr Glück als Wander- und Gelegenheitsarbeiter. Warnungen z. B. von Seiten der Bahnhofsmission, Verdächtigungen, Erfassung in Karteien und Repressionen können diesen Zustrom kaum stoppen. Wärmehallen und ein untauglicher Versuch, Laubenkolonien zu aktivieren, mindern die größte Not nicht. Das Heer der Arbeitslosen um 1930 verschärft die Situation weiter. Dazu kommt zunehmender Verfolgungsdruck, vor allem gegen Bettelei.

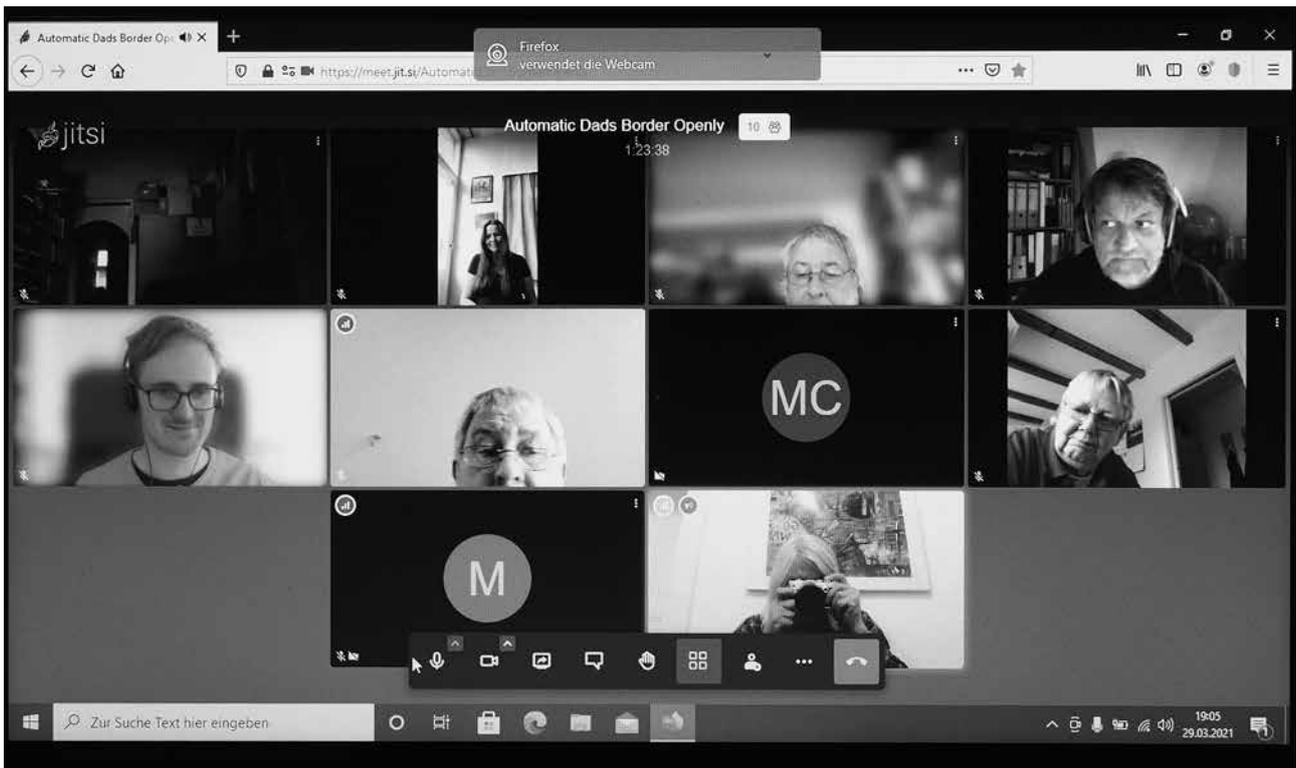
Nationalsozialismus

Latent schon lange vorhandene Repressionen werden nach der Machtergreifung zu offener Verfolgung. Flankiert durch Pressekampagnen, die unser Referent in Bildern und Fotos präsentiert, werden Verstöße gegen das Bettelverbot mit Haft bis hin zur Einlieferung in Konzentrationslager geahndet. Vor allem 1936 zu den Olympischen Spielen in Berlin werden stadtweit Razzien durchgeführt.

Zunehmend rigorosere gehen die NS-Behörden gegen Obdachlose und soziale Randgruppen vor. Eingebettet in eine Rassentheorie, die zur Staatsdoktrin wird, kommt es zu Massenverhaftungen, Verfolgungen, Arbeitszwang, Zwangssterilisationen, wie sie auch Homosexuellen, Prostituierten, Sinti und Roma widerfahren.

Und nach 1945 und heute?

Arbeitshäuser bestanden nach 1945 weiter und am Ende unserer Veranstaltung konnte leider niemand dem Befund widersprechen, dass Obdachlose immer noch stigmatisiert werden. Neben Vorurteilen sind sie häufig Opfer krimineller Handlungen. Dass sich einige „stolz“ als „Flaschensammler von Beruf“ präsentieren, die auf der Straße leben möchten, kann nicht über ihre Diskriminierung hinwegtäuschen. Die Abläufe erinnern in Teilen an Weimarer Verhältnisse. Ein Großteil obdachloser Menschen in Berlin kommt von außen in die Stadt. Heute, nach Öffnung der europäischen Grenzen, vornehmlich aus Osteuropa. Viele dieser Menschen sind psychisch krank und bräuchten Hilfe.



Bildschirmfoto zur Online-Veranstaltung mit Oliver Gaida (links im Bild) und Gästen am 29. März 2021

Die Veranstaltung endet mit einem Lob für staatliches Handeln und deutlicher Kritik daran:

Lob: Obdachlose werden sorgfältig und schnell in das Impfprogramm gegen Corona einbezogen.

Kritik: Mit Ausnahme von Steglitz-Zehlendorf verfügt in Berlin kein Bezirk über staatliche Notunterkünfte. Solche werden von privat angeboten, und der Staat zahlt Unsummen an Mieten für jeden einzelnen Nutzer. Dies sind „Gelddruckmaschinen“ für Leute,

die sich am Elend anderer schamlos exorbitant bereichern. Der Einschätzung, dass dies der fatalen und den Gemeinsinn schädigenden Privatisierung von Wasser und Energie gleichkommt, widerspricht niemand. Daseinsvorsorge dieser Art gehört in staatliche bzw. städtische Hand.

Nicht erörtert wurde, wie die DDR mit den angesprochenen Problemen umgegangen ist.

Vortrag

Oliver Gaida, Historiker

Ein Dach überm Kopf – unbezahlbarer Luxus? Obdachlose in Berlin

Die Großstadt wurde in der Moderne sowohl mit technischem Fortschritt und Vergnügen als auch mit Werteverfall und sozialer Not assoziiert. Exemplarisch für das Negativbild stand die Obdachlosigkeit. Ein Thema, welches sich durch die Berliner Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts zog.

In der expandierenden Stadt der Industrialisierung kämpften viele Berlinerinnen und Berliner mit der grassierenden Wohnungsnot. Im unregulierten Markt konnten die Vermieter ihre Mieterinnen und Mieter leicht aus ihren Wohnungen werfen. Exmissionen, wie Zwangsräumungen juristisch bezeichnet werden, gehörten zur Tagesordnung – genauso wie häufiges Umziehen.

Die Wohnungssuchenden reagierten mit unterschiedlichen Strategien: Viele kamen als „Schlafgänger“ nur zum Schlafen in den Wohnungen anderer unter, die Betten vermieteten. Andere Familien zogen in gerade

erst gebaute Mietskasernen, obwohl das Mauerwerk noch nicht trocken war. Diese gesundheitsschädliche Wohnform hieß „Trockenwohnen“. Nach und nach wuchsen die beengten Mietskasernen in Berlin in die Höhe, in denen die Arbeiterklasse ihr Obdach fand.

Die Berlinerinnen und Berliner setzten sich zur Wehr: Proteste aus sozialer Not flammten im 19. Jahrhundert immer wieder auf – ob in der 1848er-Revolution oder bei den berühmten „Blumenviertel“-Krawallen 1872. Der Druck auf den Staat, sich der sozialen Frage anzunehmen, wuchs. Die Reaktionen darauf und der Umgang mit Wohnungs- und Obdachlosigkeit können jedoch keineswegs als geradlinige Fortschrittsgeschichte geschrieben werden.

Die Arbeitspflicht und die Obdachlosigkeit im Berlin des Kaiserreichs

Armut war strafbar. In der Moderne wurde ein genereller Arbeitszwang durchgesetzt. Das Betteln stand unter Strafe. Das Gleiche galt für „Landstreicherei“. Das erste reichsweite Strafgesetzbuch von 1871 sah im Paragraph 361 Haftstrafen deswegen vor. Zu einem gewissen Grad duldeten die Polizeibehörden – zum Beispiel Berlins – das „Wandern“ als Mittel der Arbeitssuche, aber über diejenigen, die von einer Arbeitsstelle zur nächsten zogen, legte sich ein Generalverdacht des unerwünschten „Vagabundierens“.

Berlin war ein Ziel vieler Arbeitssuchender. Die Stadt wuchs immer wieder über ihre Grenzen hinaus: Mitte des 19. Jahrhunderts waren es bereits 400.000 Einwohnerinnen und Einwohner, in den 1880er-Jahren über eine Million und nach der Jahrhundertwende zwei Millionen. Mit den Eingemeindungen 1920 umfasste das „neue Berlin“ als drittbevölkerungsreichste Stadt der Welt vier Millionen Menschen. Es entstanden neue Fabrikkomplexe und versprachen Erwerbs-

© Privatarchiv O. Gaida



„Trockenwohner“, Zeichnung von Heinrich Zille, um 1900

arbeit zu schlechten Bedingungen. Auf dem Land gab es kaum auskömmliche Alternativen und die Armenfürsorge deckte nicht einmal das Nötigste ab. Die geringe Hilfe sollte die Bedürftigen disziplinieren.

Die Stadtverwaltung versuchte – wie auch andernorts – den Zuzug einzuschränken. Nach der Jahrhundertwende entbrannte eine Diskussion darüber, ob und wie sich die „Wanderer“ kontrollieren ließen. Ein Zentrum dieser Debatte war Berlin.

Beispielsweise warb der evangelische Theologe Friedrich von Bodelschwingh der Ältere, Leiter bedeutender Einrichtungen der Inneren Mission (wie der Anstalten in Bethel), in der Zeit des Kaiserreichs für sein Konzept einer flächendeckenden „Wanderfürsorge“. Es sah eine neuartige Regulierung des Umherziehens vor. Grundsätzlich sollte jede Hilfe an die Arbeitswilligkeit geknüpft werden. Deshalb sollten zahlreiche Arbeitsstätten für harte, einfache körperliche Tätigkeiten wie Holzhacken eingerichtet werden.

Rund um Berlin wuchsen „Arbeiterkolonien“, also Stätten, in denen sich Arbeitssuchende ohne festen Wohnsitz zeitlich befristet „beweisen“ sollten. Das bekannteste Beispiel: die Wanderarbeitsstätte „Hoffnungsthal“. Diese Einrichtungen waren von einem protestantischen Arbeitsethos getragen: Die Arbeit war Pflicht, die nicht infrage gestellt werden konnte. Ohne Tätigkeit könne es auch keine Hilfswürdigkeit geben – nach der Devise „Arbeit statt Almosen“. Man knüpfte auch an einen alttestamentarischen Satz an: „Wer nicht arbeiten will, der soll auch nicht essen.“

Bodelschwingh selbst formulierte es in seinen Worten: „Für die Fleißigen entsprechende Hilfe, für die Faulenzer stramme Zucht.“ Der ungarische Dichter Lajos Kassak, der selbst als „Vagabund“ unterwegs war, fasste es 1907 folgendermaßen zusammen: „Die deutschen Asyle waren genau solche berühmten Entlausungsanstalten wie die österreichischen, sie unterschieden sich von jenen nur insofern, als man uns hier abends die Papiere abnahm und sie uns am Morgen erst nach zwei Stunden Arbeit wieder aushändigte.“

Wer dem Arbeitszwang nicht nachkam, wer bettelte, dem drohte das Arbeitshaus. Nach einer kurzen Haftstrafe konnte der Verurteilte dorthin überstellt

werden, häufig für mehrere Monate. Auf den sogenannten Korrigenden (Sträfling) sollte schwere Arbeit vorgeblich erzieherisch wirken und ihn wieder auf den moralisch einwandfreien Weg zurückführen. Viele mussten immer wieder zurück ins Arbeitshaus.

In Berlin-Rummelsburg entstand das größte Arbeitshaus Preußens. Der für Tausend Insassinnen und Insassen ausgelegte Komplex nahm 1879 seinen Betrieb auf. Vorher gab es das Berliner Arbeitshaus am Alexanderplatz, „Ochsenkopf“ genannt. Seine Kapazitäten waren aber längst erschöpft.



Vor dem Obdachlosenasyll in der Fröbelstraße, Federzeichnung von Willibald Krain, 1925

© Privatarchiv O. Gaida

Die Obdachlosenunterkünfte Berlins

Eine der größten Obdachloseneinrichtungen Europas befand sich in Berlin, konkret in der Fröbelstraße. Dieses städtische Obdach, dessen Schlafsäle bis zu 5000 Plätze pro Nacht bereithielten, trug den Namen „Palme“. Dorthin zwang die Not alle Altersgruppen und Geschlechter. Zu dieser Einrichtung zählte auch ein eigener Bereich für Familien, die Schutz suchen mussten. Das Obdach war ein überregionales Symbol für Erwerbslosigkeit, Armut und Krise. Außerdem hatte es einen verheerenden Ruf. „Diphtherie, Scharlach, Typhus, Pocken, Cholera sind nicht so gefährlich für die Stadt Berlin und das umliegende Land als die sittlichen Ansteckungsstoffe, welche von den



Städtisches Obdach, Fröbelstraße im Prenzlauer Berg, Schlafsaal Nr. 17, 1920er-Jahre

Berliner Asylen ausgehen“, so der Leiter des preußischen Gefängniswesens, Krone. Andere Hilfseinrichtungen waren meist von privaten Spendern und vor allem von den Kirchen abhängig – zum Beispiel die „Schrippenkirchen“, wo Essen für Bedürftige, verbunden mit dem Gottesdienst, ausgegeben wurde. Nach und nach versuchte die Stadtverwaltung in Berlin, Volksspeisungen und Wärmehallen für den Winter zu organisieren. Vorrangig trat die Stadt Berlin Wohnungs- und Obdachlosen in Form der Polizei gegenüber. Sie kontrollierte direkt in den Obdachlosenasylen. Viele ohne Dach über dem Kopf landeten allein wegen des Bettelns im Polizeipräsidium. Von dort aus kamen sie häufig in die Gefängnisse der Stadt – zum Beispiel unweit des Alexanderplatzes in das Frauengefängnis Barnimstraße. Danach drohte – wie erwähnt – das Arbeitshaus.

Gegen die polizeiliche Dominanz – besonders gegen deren Kontrollen – wandte sich der „Berliner Asylverein für Obdachlose“. Er lehnte genauso den von Bodelschwingh geforderten Arbeitszwang als Gegen-

leistung für Hilfe ab. Der 1868 gegründete Verein baute mehrere Unterkünfte für obdachlose Frauen (Dorotheenstraße) und Männer (Büschingstraße und „Wiesenburg“) auf. Diese Aktivitäten trug ein liberales Berliner Bürgertum. Der Verein hatte zum Beispiel den Industriellen August Borsig und den Arzt Rudolf Virchow in seinen Reihen. Besonders engagierte sich auch Paul Singer, der Damenmantelfabrikant, SPD-Reichstagsabgeordneter und neben August Bebel langjähriger Vorsitzender der SPD war. Er gehörte – wie einige weitere Förderer des Vereins – der jüdischen Gemeinde Berlin an.

Paul Singer brachte sich besonders ein, als es um den Aufbau und Betrieb der sogenannten Wiesenburg ging. Diese Unterkunft verfügte ab 1896 über 700 Schlafplätze für Männer und ab 1907 weitere 400 für Frauen. Sie zeichnete sich dadurch aus, keine Polizeikontrollen und keinen Arbeitszwang zu haben. Außerdem befand sich ihr Gelände im Wedding, also in unmittelbarer Nähe der Fabriken, wo die Obdachlosen Arbeit finden sollten. Wegen dieser Grundhal-



Städtisches Obdach, Kreidelithografie von Käthe Kollwitz, 1926

tung verhöhnte Bodelschwingh die Wiesenburg als „Hotel Singer“.

Dieser Streit im Umgang mit Obdachlosen verweist auf einen Grundkonflikt der Gesellschaft um Solidarität; eine Frage nach Hilfe nur mit Gegenleistung oder unabhängig davon, eine Frage nach dem Verständnis von Humanität.

Die Berliner Reformansätze inmitten der Krisen der Weimarer Republik

Nach dem Kaiserreich versprach die Weimarer Republik einen Wohlfahrtsstaat, der es sich zur dezidierten Aufgabe machte, die Armen aus ihrer Situation herauszuholen. Es mangelte in Berlin auch nicht an Reformanstrengungen. Die Gründung Groß-Berlins 1920 verlieh den Sozialeinrichtungen Schwung: Auf der einen Seite vereinheitlichten sich die Strukturen in der Stadt, auf der anderen löste das eine gewisse Konkurrenz unter den neugeschaffenen Bezirken aus.

Dennoch blieb in den schweren Wirtschaftskrisen der jungen Republik unter den vielen Erwerbslosen die Obdachlosigkeit stark verbreitet. Als Chiffre für die Krise der ganzen Republik und ihrer Versprechen verarbeiteten beispielsweise Schriftstellerinnen und Schriftsteller sie in ihren Büchern – auch in Theater, Kunst und Film war das Thema unübersehbar. Gerade die Not der Großstadtjugendlichen schilderten an der Realität orientierte Romane wie „Jugend auf der Landstraße“ von 1932. In diesem Roman von Ernst Haffner dreht sich die Handlung um Cliquen Berliner Jugendlicher, die vor allem aus Erziehungsheimen geflohen waren und sich anschließend in der Großstadt mit Kleinkriminalität, Gelegenheitsarbeit und Prostitution durchschlugen.

Für Jugendliche setzte Berlin auf ein eigenes Obdachlosenasyl, um sie von Erwachsenen zu trennen und sie durch die jugendspezifische Fürsorge betreuen zu lassen. Ihre Not linderten die Reformen angesichts der Weltwirtschaftskrise kaum – stattdessen erhöhten Heime und Ämter den Druck auf die jungen Leute.

Die Behörden gingen verstärkt auf die Suche nach „arbeitscheuen“ oder „sittlich verwahrlosten“ Jugendlichen.

Auf der einen Seite baute Berlin seine Plätze in Obdachlosenunterkünften aus, auf der anderen waren diese trotz steigender Not nicht ausgelastet. Das hing wesentlich damit zusammen, dass die Übernachtungstage limitiert, mit Kontrollen verbunden und vielfach an Arbeitsauflagen gebunden waren. Berliner Obdachlose mussten aufpassen, nicht ins Visier der Wohlfahrtsbehörden zu kommen und als „arbeitscheu“ eingestuft zu werden. Der nächste drohende Schritt war das Arbeitshaus. Es war folglich in weiten Teilen des Jahres sicherer, die städtischen Obdachlosenasyle zu meiden.

Die NS-Verfolgung von Wohnungs- und Obdachlosen in Berlin

An die repressive Tendenz der Weltwirtschaftskrise knüpften die Nationalsozialisten 1933 unmittelbar an: Sie kündigten an, die Obdachlosigkeit vollständig zu beseitigen. Dazu sollte jegliches Betteln unterbunden werden – lediglich NS-Organisationen durften noch Spenden sammeln. Massiv warb das Propagandaministerium für das Winterhilfswerk (WHW). So sollte der NS-Staat als Wohltäter inszeniert werden.

Parallel verhafteten die nun nationalsozialistisch ausgerichteten Polizeibehörden im Herbst 1933 reichsweit zehntausende Wohnungs- und Obdachlose – in den sogenannten Bettlerrazzien. Die begleitende Pressekampagne sollte den abschreckenden Effekt noch vergrößern. Keineswegs war „Berlin, die Stadt ohne Bettler“, wie die Deutsche Zeitung im Oktober des Jahres titelte. In den 1930er-Jahren bauten die Berliner Wohlfahrtsbehörden unter der Leitung des NSDAP-Stadtrats und SS-Mitglieds Karl Spiewok gemeinsam mit Polizei und Justiz eine systematische Verfolgung von Wohnungs- und Obdachlosen auf.

Die Fürsorgerinnen und Fürsorger stuften viele Menschen ohne Obdach kurzerhand als „asozial“ ein. Sie gehörten nicht zur „Volksgemeinschaft“ und verloren damit ihr Anrecht auf Hilfe. Um ihren Arbeitsunwillen nachzuweisen, verordneten die Ämter den Erwerbslosen unentgeltliche Pflichtarbeit. Wenn sie

dieser nicht ordnungsgemäß nachkamen, wiesen sie sie auf unbestimmte Zeit ins Arbeitshaus ein. Dort erfolgten viele Anträge auf Zwangssterilisation, weil „Asozialität“ im eugenischen Denken als vererbbar galt.

Im Jahr 1938 fanden durch Gestapo und Kriminalpolizei mehrere reichsweite Verhaftungswellen – „Aktion Arbeitsscheu Reich“ genannt – statt, die sich explizit gegen Wohnungslose richteten. Zehntausend wurden in Konzentrationslager verschleppt. Nicht die Armut, sondern die Armen bekämpften die Nationalsozialisten.

Im Krieg setzte sich die Verfolgung fort. Es gab viele ähnliche Schicksale: Zum Beispiel verlor Karl Otto Mielke, geboren 1909, in den 1930er-Jahren seinen Arbeitsplatz und anschließend seine Wohnung. Er übernachtete in den Obdachlosenunterkünften Büschingstraße und „Palme“. Ihn traf der Vorwurf der „Arbeitsscheu“. Deswegen musste er in Haft und wurde anschließend kurz vor Kriegsbeginn von der Kriminalpolizei in das Konzentrationslager Sachsenhausen überstellt. Dort musste er die Häftlingsnummer 1872 tragen und schwerste Zwangsarbeit leisten. Er starb am 24. Januar 1940.

Im Krieg drohte Frauen – schon wenn ihnen Prostitution unterstellt wurde –, ins Konzentrations- oder Arbeitserziehungslager verschleppt zu werden. Mit dem Kriegsende 1945 verschwand zwar die Möglichkeit, in Lager geschickt werden zu können – aber die Stigmatisierung nicht. Gerade junge Frauen ohne festen Wohnsitz wiesen die Sozialbehörden ins Arbeitshaus ein. In der Nachkriegskrise versuchten die Berliner Behörden in allen Sektoren der Stadt, über eine Obdachlosenkartei „arbeitscheue“ Männer und Frauen auszumachen.

Unverkennbar waren Wohnungs- und Obdachlose im 19. und 20. Jahrhundert in Berlin mit massiven Repressionen konfrontiert. Es sollte noch Jahrzehnte dauern, bis sich der Umgang des Staates mit ihnen verbesserte. Jedoch sind auch heute noch Obdachlose stark davon betroffen, dass ihn die Schuld für ihre Lage selbst zugeschrieben und nicht nach den gesellschaftlichen Ursachen gesucht wird.

Ausgewählte Literatur

Althammer, Beate: Vagabunden. Eine Geschichte von Armut, Bettel und Mobilität im Zeitalter der Industrialisierung (1815-1933), Essen 2017.

Ayaß, Wolfgang: „Asoziale“ im Nationalsozialismus, Stuttgart 1995.

Bielefeld, Florian: Am Rande Berlins. Das städtische Obdach „Palme“ 1887-1940, Berlin 2021.

Künstlerhaus Bethanien (Hrsg.): Wohnsitz: nirgendwo. Vom Leben und vom Überleben auf der Straße, Berlin 1982.

Recktenwald, Nadine: Räume der Obdachlosen. Städtische Asyle im Nationalsozialismus, in: Winfried Süß / Malte Thießen (Hrsg.): Städte im Nationalsozialismus. Urbane Räume und soziale Ordnung, Göttingen 2017, S. 67-88.

Reuter, Ursula: Paul Singer. Eine politische Biographie, Düsseldorf 2004.

Ripp, Winfried: Der Berliner Asyl-Verein für Obdachlose, in: Carl Wolfgang Müller (Hrsg.): Tropfen auf heißem Stein: 25 Jahre Institut für Sozialpädagogik der TU Berlin, S. 39-56.

Scheffler, Jürgen: „Weltstadt“ und „Unterwelt“. Urbanisierung, Armenpolitik und Obdachlosigkeit in Berlin 1871-1914, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 26, Heft 2 (1990), S. 158-181.

Wohnen in der wachsenden Stadt Berlin – damals wie heute eine Herausforderung

Moderation: Peter Lassau, Berliner Geschichtswerkstatt e. V.

Referent: Matthias Boye, Diplomingenieur und Architekt

Montag, 22. Juni 2020, Rundgang „Papageiensiedlung“ in Zehlendorf, 19:00 Uhr

Die Bildung der Einheitsgemeinde Groß-Berlin führte zu einer enormen Ausdehnung des Stadtgebiets und zu einer einheitlichen kommunalpolitischen Struktur. Damit eröffneten sich neue Möglichkeiten für die städtebauliche Entwicklung und für neue Formen des dringend benötigten Wohnraums für die Menschen, die nach Berlin strömten. Spätestens ab 1924 griff der Staat massiv mit sozial orientiertem Wohnungsbau in die Entwicklung ein. Es entstanden die bekannten

Großsiedlungen des „Neuen Bauens“, von denen einige heute als Weltkulturerbe anerkannt sind. Wichtige Protagonisten waren die Architekten Bruno Taut und Martin Wagner. Das damalige Ziel galt der Entwicklung gesunder und bezahlbarer Wohnungsangebote. Wir lernen einige der in den 1920er-Jahren entwickelten Instrumente und Organisationen kennen und fragen, was wir heute für die wieder wachsende Stadt Berlin übernehmen können.

Veranstaltungsbericht

Jürgen Karwelat

Bunte Häuser und der „Zehlendorfer Dächerkrieg“

Der Abend war nahezu ideal für die coronabedingte Umstellung unseres Programms im Rahmen der Veranstaltungsreihe „100 Jahre Groß-Berlin“. Statt einen Vortrag über die Probleme des Wohnungsbaus im Berlin der 1920er-Jahre in den Räumen der Berliner Geschichtswerkstatt anzubieten, kam es am 22. Juni 2020 zu einem Rundgang durch ein gelungenes Großprojekt, mit dem in dieser Zeit das Wohnungsproblem zum Teil gelöst wurde.

Den kurzen Eingangsvortrag von Diplomingenieur und Architekt Boye hörten wir im Bruno Taut Laden, in der Ladenzeile des U-Bahnhofs Onkel Toms Hütte. Alle drei Minuten hielt eine U-Bahn. Automatische Männer- und Frauenstimmen kündigten die Abfahrt der Züge an. Wir waren mittendrin in einem der größten Bauprojekte der 1920er-Jahre, das durch den direkten U-Bahn-Anschluss eine besondere Attraktivität hatte.

Dann ging es los. Unser Stadtführer, der selbst in dem Viertel wohnt, schnellen Schrittes vorweg durch die weiträumige, damals von der GEHAG (Gemeinnüt-



Matthias Boye bei seinem Vortrag in der „Papageiensiedlung“

zige Heimstätten-, Spar- und Bau-Aktiengesellschaft) gebauten Siedlung. Sie wird Onkel Toms Hütte oder Waldsiedlung Zehlendorf genannt, zuweilen aber wegen der bunten Häuser auch mit „Papageiensiedlung“ bezeichnet. Sie steht heute unter Denkmalschutz.

Die GEHAG, die 1924 gegründet wurde, hatte in den 1920er-Jahren weitere Großprojekte in Berlin verwirklicht: die Hufeisensiedlung in Britz und die Wohnstadt Carl Legien in Prenzlauer Berg. Die gewerkschaftsnahe Gesellschaft hatte den Anspruch,

Wohnungen auch für die weniger Begüterten zu bauen. Anfang der 1920er-Jahre befand sich der Wohnungsbau in Berlin in auswegloser Lage. Der Weltkrieg war verloren. Es mussten Reparationsleistungen erbracht werden, zu denen auch der Bau von Häusern in Frankreich gehörte. Allein in Berlin fehlten 500.000 Wohnungen. Erst als Mitte der 1920er-Jahre in Berlin die Hauszinssteuer eingeführt wurde, war genügend Kapital für den Neubau der Wohnungen vorhanden. Die GEHAG beauftragte die drei renommierten Architekten Bruno Taut, Hugo Häring und Otto Rudolf Salvisberg mit der Planung der 1100 Geschosswohnungen und 800 Einfamilienhäuser. Herr Boye wusste die Anekdote zu berichten, dass Martin Wagner, der verantwortliche Mann bei der GEHAG, für zwei Tage ins Gefängnis musste, weil er, den Vorschriften zuwider, den Baubeginn des Großprojekts angeordnet hatte, ohne dass die Baugenehmigung vorlag. Inwieweit tatsächlich auch geringer Verdienende in die Wohnungen und Häuser einzogen, wurde bei dem Rundgang nicht ganz klar. Die Einfamilienhäuser jedenfalls kosteten damals 18-20.000 Mark, was für normal verdienende Arbeiter sicherlich eine große Summe war. Heute ist die Siedlung ein gutbürgerliches, begehrtes Viertel, wo bestimmt nicht die ganz armen Berlinerinnen und Berliner wohnen.

Zwei Dinge sind uns bei dem zweistündigen Rundgang immer wieder aufgefallen. Das sind die tatsächlich sehr markante Farbgebung der Hausfassaden und die Form der Dächer, die sogar eine gesellschaftspolitische Debatte vom Zaun brach. Fassaden, Türen und Fenster tragen zum Teil ungewöhnliche Farben. Es ist nahezu alles vertreten: zartes und kräftiges Grün, Hellblau, Gelb, Rotbraun, Weiß. Herr Boye erläuterte uns, dass die Farbgebung auch auf die Himmelsrichtung angepasst wurde. So ist bei einem Haus eine Wand in Grün für die Morgensonne und eine in Dunkelrot für die Abendsonne gestaltet. Auffällig sind die zum Teil farblich unterschiedlich abgesetzten Fenster, mit gewagten Kombinationen wie Rot und Gelb. Die einzelnen Farben wurden seinerzeit teilweise vor Ort vom Architekten Salvisberg bestimmt. Die Farbtabelle wurde vor einigen Jahren bei der damals beauftragten Firma in Augsburg gefunden. Zwischen den Häuserblöcken befinden sich große mit Bäumen bestandene Freiflächen, die schon an einen privaten Park erinnern. Einige Häuserzeilen sind etwas von der Straße versetzt errichtet worden, um die dort ste-

henden Bäume zu erhalten. Von diesen alten Bäumen sind heute aber nur noch wenige Exemplare vorhanden.

An mehreren Säulen werden einzelne Aspekte aus der Geschichte der Siedlung näher dargestellt. So kam es bei der Planung zum sogenannten Zehlendorfer Dächerkrieg. Taut und seine Kollegen hatten für alle Häuser damals moderne Flachdächer vorgesehen, was das Missfallen der konservativ eingestellten Verwaltung des Bezirks Zehlendorf hervorrief, die Schrägdächer von 45 Grad forderte. Letztlich konnte sich Taut durchsetzen. Am Rande der Siedlung sieht man aber heute noch den damals ausgefochtenen Streit. An der südöstlichen Seite der Siedlung wurde nach 1928 an der Straße Am Fischtalgrund ein neues Wohngebiet erschlossen. Für dieses Gebiet schrieb der Bezirk einen Wettbewerb aus, bei dem als Bedingung Dächer mit einem Winkel von 45 Grad festgelegt wurden. So stoßen heute in der Straße die beiden Bauformen aufeinander und sind Sinnbild für eine damals geführte auch ideologische Auseinandersetzung über unterschiedliche Lebensstile. Die Gegner des Flachdachs sahen darin eine für Deutschland untypische Bauweise, die als „südländisch“, „nach Palästina oder Arabien gehörend“ bezeichnet wurde. Hier stand die angeblich höherwertige nordisch-heimatliche Kultur gegen die vermeintlich geringerwertigen südlichen Kulturen.

Gegen Ende des Rundgangs besichtigten wir ein Kunstwerk an der Argentinischen Allee, das an den Architekten Bruno Taut erinnert. Der Chefarchitekt der GEHAG bekam nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten keine Aufträge mehr. 1933 floh er, einen Tag vor seiner geplanten Verhaftung, nach Japan. 1936 wurde ihm in der Türkei eine Professorenstelle angeboten, die er annahm. Zwei Jahre später starb er im türkischen Exil. Tauts letztes Projekt war 1938 die Gestaltung des Sargaufbaus für Atatürks Beerdigung. Taut starb am 24.12.1938 und ist in Istanbul begraben. Er wurde als bislang einziger Ausländer und Nicht-Muslim auf dem Ehrenfriedhof des türkischen Staates in Istanbul bestattet. Die Künstlerin, die den Erinnerungsort gestaltet hat, wohnt ebenfalls in der „Papageiensiedlung“, und zwar schräg gegenüber – so klein kann Berlin sein.

Vortrag und Stadtrundgang

Matthias Boye, Diplomingenieur und Architekt, Bruno Taut Laden

Ein Rundgang durch die „Papageiensiedlung“ in Zehlendorf

Einführung – Anfangsjahre der Weimarer Republik

Die Bildung Groß-Berlins und die Wirren nach dem verlorenen Weltkrieg führten dazu, dass viele Menschen in Berlin ihr Glück versuchen wollten und in die Stadt strömten. Eine Folge davon: es fehlten ca. 500.000 Wohnungen. Die neue Berliner Politik und die Weimarer Regierung nahmen sich dieses Problems an und entsprechende Regelungen in die Weimarer Verfassung auf. Nach der Inflation 1923 und durch die Stabilisierung der Reichsmark 1924 wurde die reichsweite Hauszinssteuer eingeführt. Diese Steuer beruhte auf der Löschung der Hypotheken auf alle Immobilien infolge der Inflation. Die Mittel kamen zum Teil der Wohnungserstellung zugute. Das löste eine Welle von Gründungen von Wohnungsbau-gesellschaften aus. Auch die Gewerkschaften spielten dabei eine große Rolle.

In Berlin wurde 1924 die GEHAG, die Gemeinnützige Heimstätten-, Spar- und Bau-Aktiengesellschaft gegründet. Sie war eine Tochter der DEWOG, der Deutschen Wohnungsfürsorge-AG der freien Gewerkschaften, mit der Aufgabe, Wohnungen für Beamte, Angestellte und Arbeiter zu bauen. Dr. Martin Wagner war einer der dafür verantwortlichen Gewerkschaftsfunktionäre. Schon 1919 war die Gagfah, die Gemeinnützige AG für Angestellten-Heimstätten, reichsweit gegründet worden. Sie plante in Zehlendorf die Umbauung des U-Bahnhofs von Alfred Grenander.

Begüterte Zehlendorfer Familien, so z.B. die Pasewalks, nutzten die Gunst der Stunde, um ihre Acker- und Weideflächen in Geld umzuwandeln. Und da gab es einen sehr aktiven und erfolgreichen Bauunternehmer in Zehlendorf: Adolf Sommerfeld, der sein Interesse bekundete. Er erwarb von den Pasewalks 1922/23 rund 200 Hektar Gelände in zwei Tranchen,

die zu Bauland umgewandelt werden mussten. Mit seinem angestellten Architekten Fred Forbat und dem Architekten Richard Neutra ließ er zwei städtebauliche Konzepte planen. Neutra entwarf ein kubisches Einfamilienhaus-Ensemble. Es sollten zehn gleiche Gebäude an der Onkel-Tom-Straße errichtet werden, genehmigt und verwirklicht wurden vier Kuben. Sommerfeld wollte diesen Haustyp auf der ersten Gesamtfläche etwa 200-mal verwirklichen. Das lehnte Zehlendorf ab. Mit Forbat ließ er zeilenförmige längere Mietwohnungsblöcke entwerfen. Auch dies wurde von Zehlendorf nicht genehmigt.

Daraufhin bemühte sich Sommerfeld, das teure Gelände wieder loszuwerden. In seiner Not sprach er den Stadtbaudirektor Martin Wagner an. Er kannte ihn von Ausschusssitzungen im Berliner Senat. Zu der Zeit arbeitete Wagner u. a. an der Hufeisensiedlung in Britz, der ersten „weißen Siedlung“ in Berlin mit ca. 1500 Wohnungen, seit 2018 Weltkulturerbe. Die städtebauliche Planung hatte Bruno Taut (1880-1938). Nach längerer Bedenkzeit übernahm der Senat mit der GEHAG das erste Teilstück und beauftragte Bruno Taut mit dem städtebaulichen Entwurf des ersten bis vierten Bauabschnitts der Waldsiedlung Onkel Toms Hütte.

Es sollten Mietwohnungsblöcke, aber auch Einfamilienwohnungen in dreigeschossigen Reihenhäusern verwirklicht werden. Dazu wurden neben Bruno Taut die Architekten Hugo Häring (1882-1958) und Otto Rudolf Salvisberg (1882-1940, Schweiz) herangezogen. Beide führten damals erfolgreiche Büros in Berlin. Die einzelnen Bauflächen der drei Architekten wurden ausgelost. Zeitlich und örtlich parallel entwickelte die Gagfah die Waldsiedlung Krumme Lanke an der Onkel-Tom-Straße mit den Straßen Eschershauserweg, Ithweg, Hils- und Süntelsteig, Egge- und Deisterpfad. Das Ergebnis dieser Bautätigkeit wird vor Ort, bei einem Rundgang deutlich.

Rundgang

Ausgangspunkt ist der Bruno Taut Laden, etwa in der Mitte der nördlichen Ladenstraße. Im Jahr 2009 nahm der Leerstand in den beiden Ladenstraßen immer stärker zu und bekümmerte die Bewohner der Siedlung. Im November gab es einen Abend in der Ernst-Moritz-Arndt-Kirche (EMA-Kirche) zu diesem Problem. Diskutiert wurde, wie der Leerstand zu bekämpfen wäre. Es wurden viele Ideen entwickelt; u. a. wurde vorgeschlagen, in einem leerstehenden Ladenlokal eine Kunstgalerie einzurichten, also Bilder statt Brötchen und Eier zu verkaufen.

Ein paar Tage später traf sich eine kleinere Gruppe Interessierter, um ein Resümee der EMA-Veranstaltung zu ziehen. Nach wenigen Wochen nahmen wir Kontakt zu den Betreibern der Ladenstraße auf und saßen uns in deren Büro am Kurfürstendamm jeweils zu fünft gegenüber. Es war ein konstruktives Gespräch. Wir gründeten im Mai 2010 unseren Verein und mieteten zu günstigen Bedingungen einen Laden. Ende desselben Monats eröffneten wir unsere erste Ausstellung in der Bruno Taut Galerie mit Werken von an der Galerie beteiligten Künstlerinnen und Künstlern. Heute sind wir bei der 55. Ausstellung.

Unser Verein entwickelte sich zu einem wichtigen Treffpunkt. Aber auch das Steglitz-Zehlendorfer Rathaus wachte auf: Es wurden zwei Runde Tische bei der Wirtschaftsstadträtin und beim Leiter der Stadtplanung eingerichtet, die regelmäßig ca. alle zwei Monate tagten. Beteiligt waren mehrere Abteilungen

des Rathauses, aber auch die Eigentümer der Ladenstraße, Geschäftsinhaber und etliche unserer Vereinsmitglieder.

Die Ladenstraßenbetreiber stellten eine Managerin ein und auch die Geschäftsinhaber gründeten einen Verein. Im Zehlendorfer Rathaus wurden regelmäßig Sitzungen abgehalten. Dort wurde der Vorplatz an der Onkel-Tom-Straße besprochen, den das bezirkliche Planungsamt entwarf – nach Vorentwürfen unseres Vereins. Auch ein Aufzug für die U-Bahn wurde vom Senat vorgezogen und realisiert. Der neugestaltete Vorplatz wurde Anfang Mai 2015 mit dem ersten Wochenmarkt auf dieser Fläche feierlich eröffnet. Damals wurde in einer der Ansprachen mindestens ein Vierteljahr für die Zukunft des Marktes versprochen. Wir können heute – fünf Jahre später – sagen, dass der Markt stetig viel Publikum anzieht, er ist ein voller Erfolg geworden. Auch sind alle Ladenflächen wieder in Betrieb. Es gibt hin und wieder Wechsel, aber kurze Zeit später sind die Läden wieder neu belegt.

Vom Bruno Taut Laden gehen wir Richtung Onkel-Tom-Straße. Auf halber Höhe sehen wir einige Fotos, die Architektur der Ladenstraße, Schnittzeichnungen des Bahnhofs und der Ladenstraße, ein Foto von Adolf Sommerfeld. Auf der gegenüberliegenden Seite wurde eine historische Inschrift von ca. 1931 restauriert.

Wir betreten den Vorplatz an der Onkel-Tom-Straße. Dort wurde am Jahresende 2019 die rote Stele zur Erinnerung an den sozialdemokratischen Politiker Richard Draemert vom heutigen Berliner Bürgermeister Michael Müller eingeweiht. Auf dem neuen Vorplatz gibt es viele Radabstellbügel, verschiedene Sitzgruppen und Flächen für die Marktstände. Außerdem ein Hochbeet mit verschiedenen Pflanzen: Die Bürgerinnen und Bürger können sich dort Salat und Früchte nehmen. Die Umbauung des Bahnhofsgeländes wurde von der Gagfah unter Chefarchitekt Hans Gerlach geplant und gebaut.

Links gegenüber steht die Ernst-Moritz-Arndt-Kirche. Sie ist der kirchliche Mittelpunkt der Siedlung. Nach Bezug der Häuser ab 1928 wurde 1931 ein Architektenwettbewerb ausgeschrieben. Bis dahin wurde der sonntägliche Gottesdienst in einem hölzernen Behelfsbau im hinteren Grundstücksteil durchge-



Bruno Taut Laden in der Ladenstraße, 2020

führt. Den Wettbewerb gewann der Architekt Diez Brandi. Er erhielt den Planungsauftrag. Die Kirche wurde 1935 eingeweiht.

Wir gehen die Onkel-Tom-Straße in Richtung Zehlendorf weiter bis zu vier kubischen Häusern, die unter Denkmalschutz stehen. Auftraggeber für diese Gruppe war Adolf Sommerfeld, geplant hat sie Richard Neutra, ein damals junger Architekt. An dieser Stelle sollten zehn derartige Kuben gebaut werden. Der Bezirk ließ nur vier zu. Das war ein Musterhaustyp für die Gesamtfläche der Siedlung. Das Planungskonzept wurde von Zehlendorf verworfen. Interessant ist, dass an zwei der Häuser im Grundriss ein Kreis mit „Mercedes-Stern“ ist, eine drehbare dreiräumige Anlage: Während im Wohnzimmer z. B. der Flügel stand, konnten die Dienstmädchen schon im küchennahen Raumteil den Tisch decken, während im dritten Raum noch Karten gespielt wurde. Heute ist von dieser aufwändigen Konstruktion nichts mehr zu sehen, bis auf den Zirkelpunkt im Kellerboden.

Nach wenigen weiteren Schritten Richtung Zehlendorf erreichen wir auf der gegenüberliegenden Seite die Querstraße Kieferngrund. Das ist ein Grundstück, welches Adolf Sommerfeld erworben hatte, um dort viele Haustypen, die seine Baufirma entwickelt hatte, dem interessierten Publikum und Kunden zeigen zu können. Noch heute sind dort mehrere Holzhäuser aus der damaligen Zeit zu sehen, schöne Häuser in einem Wald. Sie werden von ihren Eigentümern sehr geliebt.

Wir gehen zurück und biegen rechts in den Fußweg zum Waldhüterpfad ein. Dort stoßen wir auf eine zusammenhängende Sechser-Häusergruppe, alles Einfamilien-Reihenhäuser, Fünf-Meter-Achse. Zur Farbgebung: Salvisberg hat zwischen zwei Häusern eine rund 20 Zentimeter vorspringende rotbraune Klinkerschicht angeordnet. Unten lag ein horizontaler Klinkersockel und oben ein hölzerner Dachüberstand, also eine Art Bilderrahmen. Er wollte jedem Haus „seine“ Farbe geben, leicht voneinander abgesetzt. Die Farbgebung lief so ab: Die Malermeister standen auf dem Gerüst mit Farbtopf und Pinsel in der Hand, auf dem Fußweg stand und ging Herr Salvisberg mit seinem Team und sagte die Farbtöne an. 1978 sollte ein großes Gutachten zur Farbgebung der Siedlung erstellt werden. Es war bei vielen Häusern

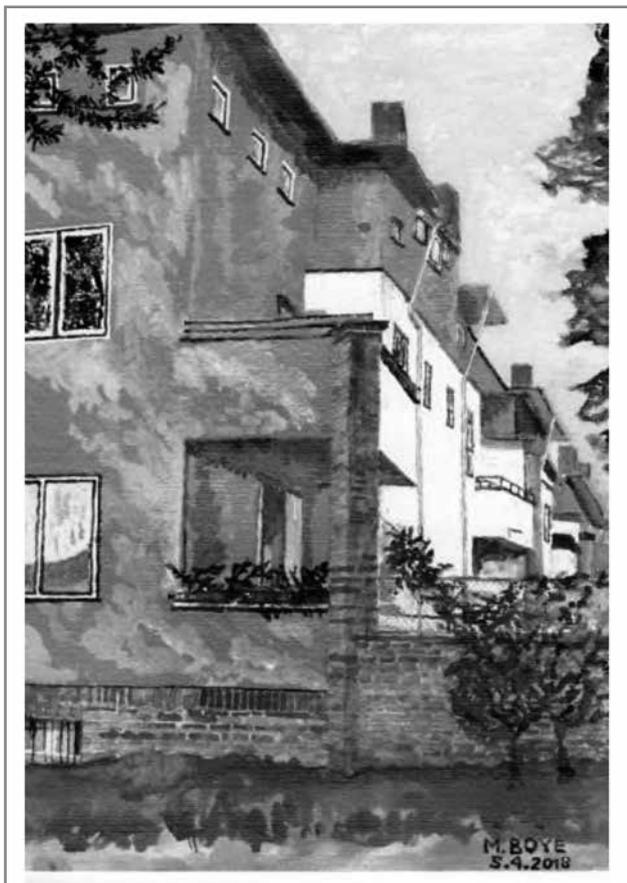


© Berliner Geschichtswerkstatt

Historische Säule in der „Papageiensiedlung“, 2020

nicht möglich, den Originalfarbton des Außenputzes anzugeben. Bei anderen fand man unter alten Klinkele und Türbeschlägen etc. Farbproben.

Am Waldhüterpfad stoßen wir links auf den ersten Bauabschnitt von Bruno Taut: Es handelt sich beidseitig um zweigeschossige Mietwohnungsblöcke mit Dachgeschoss. Auf der linken Seite strahlt die weiß gestrichene Wohnseite mit Balkonen und blauen Balkonrückseiten bis hinauf zur Dachrinne. Die gegenüberliegende gelb gestrichene „Schlafseite“ ist dreifach gestaffelt.



Waldhüterpfad 69, Aquarell von Matthias Boye

Der gesamte Baublock zwischen Wilski- und Riemerstraße, Im Gestell und Waldhüterpfad umschließt den größten Grünraum dieser Siedlung. An den Häusern sind Mietergärten für alle Wohnungen angelegt worden. Es bleibt eine sehr große Freifläche übrig, auf der viele Spielgeräte für die Kinder angelegt sind. Besonders interessant für die Siedlungsgeschichte ist Folgendes: Bei den sogenannten Fischtafesten wurde ein von Walter Gropius entworfener mehrere Meter langer Wels aus Holz auf einem Dekorationswagen von Jugendlichen und Kindern unter großem Hallo durch die Siedlung gezogen. Für das Fest waren Buden, Karussells, Tanzböden etc. aufgebaut. Groß und Klein feierten bis in die Nacht hinein. Diese Feste wurden leider 1933 von den Nationalsozialisten verboten.

Wir verlassen diesen Grünraum und treten zurück auf die Straße Im Gestell. Auf der nördlichen Seite steht ein weiterer von Bruno Taut entworfener, beige-gelb gestrichener Mietwohnungsblock. Auf der südlichen Straßenseite zieht sich ein langer blauer Block

von Reihenhäusern mit je zwei Geschossen und einem Dachgeschoss hin, von Otto Rudolf Salvisberg entworfen.

Wir biegen in die Straße Reiherbeize ein: beidseitig Einfamilien-Reihenhäuser von Salvisberg. Die Bewohner kritisierten die Farbgebung durch den Architekten so stark, dass er sie neu überarbeiten musste. Die jeweils vier vorspringenden Hausgruppen hob er rotbraun hervor und die dazwischen liegenden weißlichgelb. Danach kehrte wohl Ruhe ein.

Wir gehen weiter zur Riemerstraße und bemerken einen sehr bunten Bau von Bruno Taut: Es ist das Endhaus des Wohnungsblocks an der Riemerstraße, das sich im Winkel um die Ecke Im Gestell hineinzieht. Seine Gestaltung erinnert an die niederländische De Stijl-Bewegung mit seiner Farbgebung Rot-Blau-Gelb und seiner horizontalen Plastizität. Diese Art der aufwändigen Gestaltung kommt in der Siedlung nur hier vor. Wir überqueren die Riemerstraße und schauen nach rechts: Wir sehen wieder Reihenhäuser, diesmal von dem Architekten Hugo Häring. Wir laufen weiter Im Gestell und sehen bald am Eisvogelweg die lange hellgrüne Reihenhäuser-Blockwand, auch sie von Hugo Häring. Im Gegensatz zu Taut und Salvisberg mit der Betonung des einzelnen Reihenhauses überwiegt bei Häring die fugenlose Horizontale. Es gibt keine senkrechten Unterteilungen, sondern er möchte die völlig bündige lange Gebäudefront. Darin rhythmisieren die jeweils gespiegelten Eingangstüren mit ihrem durchgehenden Vordach die langen Hausfassaden. Weitere Betonungen werden von unterschiedlichen Holzverschalungen der Dachkanten erreicht, aber auch von aus Klinkern gemauerten Fassadenwänden wie Im Gestell.

Nun gehen wir die Unterführung hindurch und treffen auf der Auerhahnbalz auf Bruno Tauts erste Reihenhäuser in dieser Siedlung. Hier hat er einen Farbrhythmus von jeweils zwei gelben und zwei weißen Reihenhäusern nebeneinander realisiert. Auch hier liegt die Betonung auf dem Einzelhaus. Wie schon erwähnt, gab es während der Planung viel Zwist zwischen Zehlendorf und den Bauantragstellern, insbesondere mit Martin Wagner.

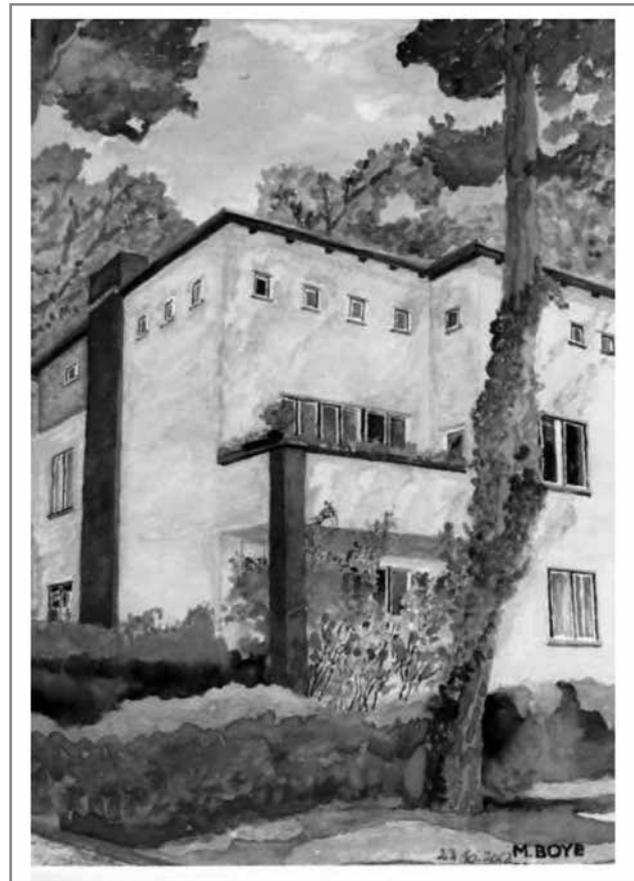
Wir gehen die Auerhahnbalz bis zur Straße Am Fischtal: Die Zehlendorfer Regierung war mit der Rea-

lisierung des ersten bis vierten Bauabschnitts nicht einverstanden und sann auf Rache. So kam es zum „Zehlendorfer Dächerkrieg“. Für eine für 1931 geplante Bauausstellung wurde vom Fischtalpark ein ca. 60 Meter breiter Grundstücksstreifen herausgeschnitten. Unter der städtebaulichen Leitung von Heinrich Tessenow wurden 18 Architekten beauftragt, 29 Wohngebäude zu planen. Einzige Auflage: Alle diese Häuser mussten ein 45-Grad-Steildach aufweisen.

Dadurch wurden Aussicht und Begehbarkeit des grünen Parks für die gerade eingezogenen Bewohner auf der anderen Straßenseite behindert und eingeschränkt. Dieser Dächerkrieg wurde damals „weltweit“ und heiß diskutiert, z. B. auch in der amerikanischen Presse. Bruno Taut reagierte mit dem „Peitschenknall ins Gesicht der Bourgeoisie“. Er plante das längste Gebäude in der Siedlung zwischen Riemeisterstraße und Waltraudstraße entsprechend um. Die rote Stele „Der Zehlendorfer Dächerkrieg von 1928“ an der Ecke Am Fischtal/Wilskistraße erinnert an diese Auseinandersetzung.

Wir laufen die Wilskistraße Richtung Riemeisterstraße bis zum Eisvogelweg. Dort fällt eine städtebaulich interessante Lösung für die Straßeneinmündungen auf: Die Mietblöcke im Eisvogelweg und in der Wilskistraße wurden an der Kreuzung so gekürzt, dass ein quadratischer Platz gebildet wird. Die Architektur der Gebäude von Bruno Taut mit ihren roten Klinkersockeln, den roten quadratischen Balkonpfeilern und -brüstungen und dem Gelb der glatt geputzten Außenwände überzeugt total und harmoniert mit der weiß-blauen Farbgebung auf der gegenüberliegenden Straßenseite.

Nun geht es zur Kreuzung Riemeisterstraße. Wir biegen in diese Straße ein und blicken auf der gegenüberliegenden Seite auf die Hauptfassade des U-Bahnhofs Onkel Toms Hütte aus rotbraunen Klinkern und besonders geschmückten Klinkersäulen der Eingangsbereiche, entworfen von Alfred Grenander. Auf beiden Seiten schließt sich die weiß verputzte Umbauung mit dreigeschossigen Mietblöcken an, die um den ganzen Block und auch in der Onkel-Tom-Straße bis an die reduzierte Fassade des Bahnhofs anschließt, von der Gagfah 1931 errichtet. Gegenüber liegt an der Ecke Wilskistraße ein von Bruno Taut geplantes Café und Restaurant. Es diente nach Fertigstellung der Sied-



Wilskistraße 19, Aquarell von Matthias Boye

lung als Treffpunkt und Mittelpunkt, wo Besprechungen durchgeführt wurden. Jetzt ist es ein griechisches Restaurant mit einigen Hotelzimmern in den Obergeschossen. Im Bereich der U-Bahngleise wurde in der Nachkriegszeit ein eingeschossiges Gebäude errichtet, jetzt eine Arztpraxis. Aber daneben liegt der Anfang oder das Ende des „Peitschenknalls“, vermutlich der Kopf. In der seitlichen Giebelseite hat die GEHAG folgenden Text geschrieben: „Diese Siedlung erbaute die GEHAG in den Jahren 1926-1931“.

Jetzt wenden wir uns Richtung Argentinische Allee und dem Bruno-Taut-Denkmal zu: Zu seinem 50. Todestag am 24.12.1988 wurde eine Erinnerungstafel auf einem Klinkersockel errichtet. Das zweiseitige Bronzerelief schuf die Bildhauerin Annelies Rudolph nach einem Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung Zehlendorf. Die GEHAG beteiligte sich an den Kosten. Im Jahr 2016 erhielt das Denkmal den heutigen Standort auf einem roten Backsteinsockel. Wir überqueren die Argentinische Allee und gehen ein Stück in Richtung Clayallee. Von hier schauen



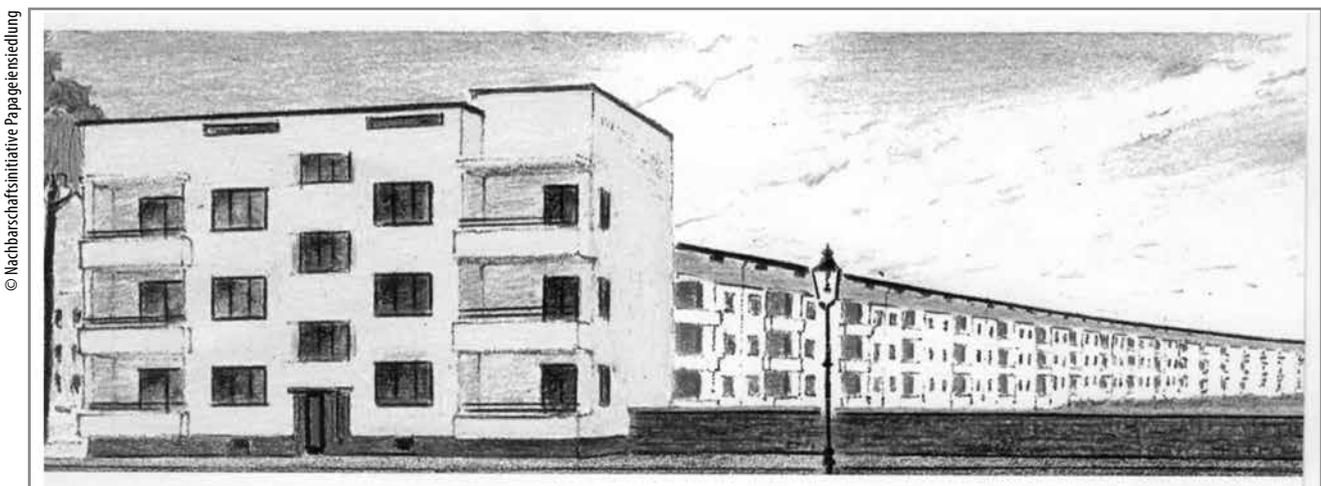
© Berliner Geschichtswerkstatt

Der Bauherr der Siedlung – die GEHAG – ist auch heute noch präsent

wir auf der gegenüberliegenden Straßenseite auf den „Peitschenknall“. Das ist eines der eindrucksvollsten Gebäude der Siedlung mit einer Gesamtlänge von etwa 550 Metern. 33 Treppenhäuser gliedern 33 Einzelhäuser mit je sechs Wohnungen, insgesamt also 198 Zweieinhalb-Zimmer-Wohnungen.

Dieses längste Gebäude der Siedlung reicht von der Riemeisterstraße bis zur Waltraudstraße, den leicht konkav gekrümmten Gleisen der U-Bahn-Trasse folgend. Durch diese Krümmung wird offensichtlich die große Länge des Bauwerks nicht negativ wahrgenom-

men. Die Farbgebung ist ganzwandig ein sattgelber Anstrich. Die hausbezogenen plastischen Vertiefungen werden paarweise in den vier Grundfarben Rot, Blau, Weiß und Grün variiert. Dieser Rhythmus tritt achtmal auf. Die Fassade der Wohnseite zur U-Bahn ist vom Erdgeschoss bis zum zweiten Obergeschoss weiß gestrichen. Das leicht zurückgesetzte Dachgeschoss ist über die gesamte Länge blau akzentuiert. Zwischen Haus und U-Bahn sind Mietergärten angelegt, die direkt von Erdgeschoss-Terrassen erreichbar sind.



© Nachbarschaftsinitiative Papageisensiedlung

Riemeisterstraße 131, Peitschenknall-Rückseite, Aquarell von Matthias Boye



© Berliner Geschichtswerkstatt

Bruno-Taut-Denkmal von 1988

Das Endhaus an der Waltraudstraße wurde im Krieg zerstört und durch einen Neubau ersetzt, der vor kurzer Zeit saniert wurde. Auf unserer Straßenseite hat Taut zur Argentinischen Allee eine querstehende Kammbebauung mit Mietwohnungsblöcken in Zweiergruppen mit mittlerer Erschließung zwischen Riemeisterstraße und Holzungsweg entworfen. Die Blöcke sind dreigeschossig. Über dem Klinkersockel sind die Geschosse gelb gestrichen, das etwas zurückgesetzte Dachgeschoss zeigt einen grünen Farbanstrich.

Wir gehen nun zur Riemeisterstraße, biegen rechts ein, gehen an dem letzten einzeln stehenden Block der Kammbebauung vorbei und wenden uns rechts in den Hochsitzweg. Weiter geht es links in die Straße Am Wieselbau, die erste von fünf Querstraßen. Diese Straßen hat Taut absolut genordet, sodass die Außenwände nach Osten bzw. Westen blicken. Hier können wir die – in meinen Augen – überzeugendste Farbgebung in der Siedlung erleben: Die Wandfarben der zweigeschossigen Hauptbaukörper korrespondieren nach Tauts Erkenntnis mit dem „Himmelsfarbcharakter“ – Grün mit der kühlen Morgensonne und Braunrot mit der warmen Nachmittagssonne, besonders bei Sonnenschein. Am Ende der Straße treffen wir auf die Straße Am Hegewinkel und biegen nach links ein. Auf der Nordseite hat Taut auf die ganze

Länge schräg versetzte Dreier- und Vierer-Hausgruppen angeordnet, vermutlich, um noch etwas Westsonne auf der Terrasse einzufangen. Die ganze Reihe ist nach Vorgabe des Architekten gelb gestrichen, die Fensterrahmen sind schwarz. Leider verstoßen etliche Eigentümer gegen diese Farbvorgabe und haben ihre Häuser weiß gestrichen. Das führt bei der Frage nach dem Weltkulturerbe für die Siedlung zu Schwierigkeiten. Die Hauseingangstür und das Vordach entsprechen denen aller anderen Häuser.

Wir folgen der Straße bis zur Riemeisterstraße, biegen dort nach links. Auf dieser Seite stehen nach links und rechts fünf Meter breite Reihenhäuser, deren Straßenfassade im Erdgeschoss und ersten Obergeschoss rotbraun, das Dachgeschoss mit einer Klinkerschicht leicht zurückgesetzt und gelb bzw. weiß gestrichen ist.

Jetzt überqueren wir die Riemeisterstraße und gehen zum siebten und letzten Bauabschnitt der Siedlung. Wir betreten das dreieckige Grundstück in mittiger Lage, nördlich vor dem Querriegel. Alle acht Mietwohnblöcke hat Bruno Taut entworfen. Wir stehen vor dem Querriegel. Dieser frei stehende Bau und die zwei Mietblöcke auf der Onkel-Tom-Straßenseite sind bisher nicht denkmalgerecht saniert worden. Sie zeigen z. B. Rauputz anstelle von Glattputz, der Farb-



Onkel-Tom-Straße 106, Aquarell von Matthias Boye

ton weicht erheblich vom Original ab. Er wurde, wie auch die zwei Blöcke an der Onkel-Tom-Straße, in dem Zeitraum, als die GEHAG von Berlin mehrfach verkauft wurde, an neue Eigentümer veräußert. Die Wohnungen wurden teils verkauft, teils vermietet.

Die restlichen fünf Blöcke gehören heute der Deutsche Wohnen und wurden perfekt restauriert. Zwischen der Onkel-Tom- und der Riemeisterstraße stehen an der Argentinischen Allee drei weitere dreigeschossige Zeilen senkrecht zur Straße und mittig auf dem Grundstück. Die letzten Aufgänge erhielten nur zwei Stockwerke, also eine Abtreppe in den Grünraum.

Erinnerung an Bruno Taut

Als die beiden längsten Miethausblöcke im Norden des Grundstücks des siebten Bauabschnitts an der Riemeisterstraße und an der Onkel-Tom-Straße sich im Ausbau befanden, erhielt Bruno Taut am 1. März 1933 eine Warnung, dass er sofort Deutschland verlassen müsse, weil die Nationalsozialisten ihn als ei-

nen „führenden Kulturbolschewisten“ gefangen nehmen wollten. Er flüchtete mit dem ersten Zug nach Stuttgart zu Paul Bonatz und verließ Deutschland endgültig am 10. März 1933.

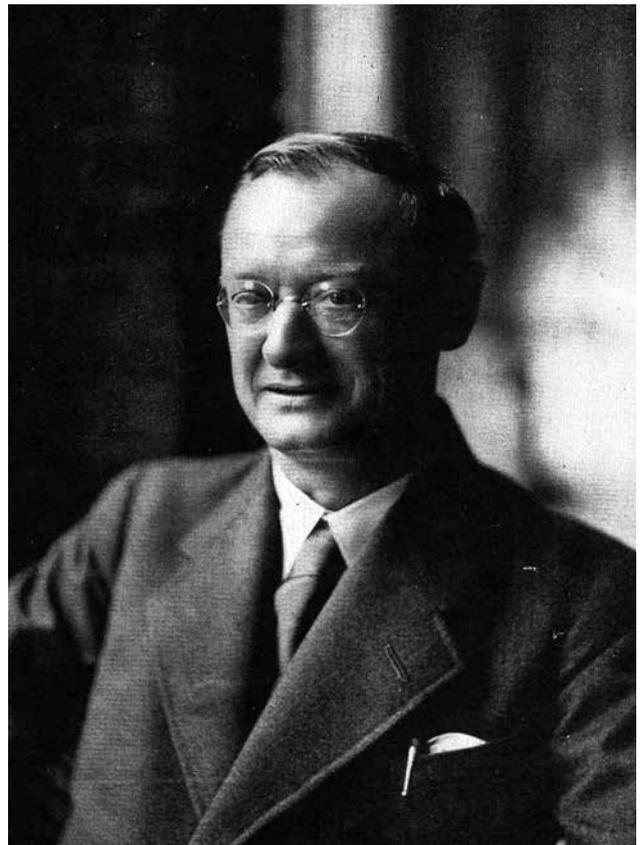
Eine hastige Flucht führte über die Schweiz nach Japan, wo das Paar Erica Wittich und Bruno Taut am 3. Mai 1933 ankam. In diesem Land fühlte er sich zunächst sehr wohl. Er hatte viele japanische Freunde und vertiefte sich in die kaiserliche Architektur. Aber er bekam so gut wie keine Bauaufträge. (Weitere Informationen liefert der Film „Der Weltbaumeister“, vorhanden im Bruno Taut Laden). Resignation und Hoffnungslosigkeit befahlen ihn. Er vermisste die Werte der europäischen Kultur. Erst im Juli 1936 erreichte ihn ein Brief des ehemaligen Berliner Stadtbaurats Martin Wagner mit dem Angebot einer neuen Wirkungsmöglichkeit in der Türkei. Dort hatte Kemal Atatürk das Sultanat gestürzt, eine Bodenreform begonnen, Banken und Industrie verstaatlicht. Er ließ moderne Schulen und Institute bauen. Dafür war bereits eine Reihe fortschrittlicher westeuropäischer

Architekten ins Land gerufen worden. Schon im März 1937 traf die Familie Taut in der Türkei ein.

Tauts erster Auftrag war die Planung eines umfangreichen Gebäudes für die Sprach- und Geschichtsfakultät der Universität in Ankara. 1937 entwarf er ein Lyzeum mit Internat in Trabzon. Und so ging es weiter. Sich selbst vergaß er dabei nicht, sondern er plante für seine Familie ein eigenes Haus. Im Juni 1938 teilte er mit: „Ein neues Dahlewitz steigt herauf, ganz anders, am tiefblauen Bosphorus, auf 15 m hohen Betonpfeilern, ein ‚Taubenschlag‘ des bald 900-jährigen Noah“. Die Atmosphäre des Schaffens beglückte ihn.

Er hatte wieder zuverlässige Mitarbeiter, zum Teil ehemalige Berliner, aber auch türkische Architekten. Daneben reorganisierte er die Architekturabteilung an der Akademie der Künste und begann 1938 eine Lehrtätigkeit. Zeit für Ruhe und Besinnung oder für eine Heilkur fand er bei dieser Belastung jedoch nicht, sodass er im Sommer 1938 mit einem Stoßseufzer notierte: „Noch nie hatte ich einen Sonntag frei ...“ Er hoffte, in seinem neuen Haus die unmittelbare Nähe des Meeres und erfrischende Brisen zu genießen.

Im November 1938 starb überraschend Kemal Atatürk. Ein Katafalk für eine große Trauerfeier vor dem Parlamentsgebäude sollte erstellt werden. Weder die angesprochenen türkischen Planer noch der deutsche Architekt Martin Elsässer aus Frankfurt am Main, der damals auch in der Türkei sein Geld verdiente, konnten dafür einen zufriedenstellenden Entwurf liefern. Jetzt drängte die Zeit und Bruno Taut wurde um eine Planung gebeten. Obwohl er, von Asthma geschwächt, mit einer schweren Grippe und hohem Fieber zu Bett lag, ließ er Mitarbeiter kommen, Zeichengerät aufstellen und lieferte nach harter Nachtarbeit einen eindrucksvollen Entwurf, der auch sofort angenommen und ausgeführt wurde. Ein Honorar in Rechnung zu



© Wikipedia, Suchbegriff „Bruno Taut“

Bruno Taut, Aufnahme zwischen 1933-36

stellen, lehnte Taut ab, obwohl er das Geld für seinen Hausbau dringend gebraucht hätte. Die Totenfeier für Kemal Atatürk verlief sehr eindrucksvoll.

Aber einen Monat später versagte das Herz von Bruno Taut. Er starb am 24.12.1938 im Alter von 58 Jahren in Istanbul. Keinen Bau, den er in der Türkei begonnen hatte, hat Taut vollendet gesehen. Keinen Tag und keine Nacht hat er in seinem Traumhaus genießen können. Ein reiches Lebenswerk brach unvermittelt ab. Auch Berlin hat er nie wiedergesehen. Er wurde als bislang einziger Ausländer und Nicht-Muslim auf dem Ehrenfriedhof des türkischen Staates in Edirnekapı, Istanbul bestattet.

Immer in Bewegung – der öffentliche Personenverkehr in Berlin und Ernst Reuter

Moderation: Jürgen Karwelat, Berliner Geschichtswerkstatt e. V.

Referent: Michael Cramer, ehemaliger Abgeordneter des Europäischen Parlaments

Montag, 10. August 2020, Aula der Sophie-Scholl-Gesamtschule, 19:00 Uhr

In der Großstadt gab es sehr bald die Forderung, die unabhängig voneinander arbeitenden Verkehrsunternehmen wie Straßenbahn, Bus und U-Bahn in einer einheitlichen Verkehrsgesellschaft zusammenzuschließen, um die Angebote aufeinander abzustimmen. Dazu kam es aber erst, als Ernst Reuter 1926

als Verkehrsstadtrat begann, die Aktienmehrheiten der privaten Gesellschaften aufzukaufen. 1928 wurde die Berliner Verkehrs-Aktiengesellschaft, die BVG, gegründet. Wir beleuchten den Berliner öffentlichen Nahverkehr einst und jetzt.

Veranstaltungsbericht

Dr. Andreas Bräutigam

Obwohl die Vortragsreihe der Berliner Geschichtswerkstatt zu „100 Jahre Groß-Berlin“ coronabedingt etwas ins Stolpern geriet, mehrere Termine verschoben werden mussten, fand die Veranstaltung mit Michael Cramer zur Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs in Berlin und zur diesbezüglichen Rolle von Ernst Reuter pünktlich und fahrplangemäß am 10. August 2020 statt. Nur die Haltestelle Geschichtswerkstatt wurde gegen die Aula der Sophie-Scholl-Schule getauscht, sodass sich die ca. 15 Teilnehmer mit ausreichend Abstand im Raum verteilen konnten und jeder einen Sitzplatz bekam.

Mit Michael Cramer war ein ausgewiesener Verkehrsexperte als Referent eingeladen. 1986 wurde er Mitglied der Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz (AL) in Berlin, der Vorgängerin der Partei Bündnis 90/Die Grünen. Von 1989 bis 2004 gehörte Michael Cramer dem Abgeordnetenhaus von Berlin an. Hier war er verkehrspolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion und von 1989 bis 1990 Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr und Betriebe. In dieser Zeit unterrichtete er auch am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin im Fachbereich Politikwissenschaften zu den Themen Verkehrs- und Stadtpolitik. Von 2004 bis 2019 war Michael Cramer Mitglied des



© Berliner Geschichtswerkstatt

*Einführung zum Vortrag von Michael Cramer
in der Sophie-Scholl-Gesamtschule*

Europäischen Parlaments. Im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr (TRAN) war er dort bis 2014 auch verkehrspolitischer Sprecher der Fraktion Die Grünen/Europäische Freie Allianz. Darüber hinaus

ist er durch Veröffentlichungen in Zeitschriften, Büchern etc. publizistisch tätig und – wie er betont – seit 1979 ohne Auto mobil.⁽¹⁾

In seinem Vortrag hielt er sich auch nicht lange mit Vergangenen und Geschichtlichem auf, sondern geißelte unter der Überschrift „Die Verkehrswende als Chance für Berlin und Europa“ die aktuelle Verkehrspolitik auf allen Ebenen als verfehlt. Seine Kernthese: „Der Verkehr in Europa ist zu billig, nur der umweltfreundliche ist zu teuer. All das ist politisch gewollt! Ohne eine Veränderung der Mobilität werden wir den Klimawandel nicht bekämpfen können.“ Dies illustrierte er mit einem Zahlenfeuerwerk rund um die Aspekte CO₂-Emissionen, verpflichtende Schienen gegenüber freiwilliger LKW-Maut, Besteuerung des internationalen Schienenverkehrs gegenüber Steuerfreiheit des internationalen Luftverkehrs, vorwiegend Investitionen in den Straßen- gegenüber mangelnden Investitionen in den Schienenverkehr etc. Im internationalen Vergleich sei Deutschland etwa hinsichtlich der umweltfreundlichen Elektrifizierung von Bahnstrecken und der Pro-Kopf-Investitionen des Staates in die Schieneninfrastruktur im Hintertreffen, dafür im Hinblick auf die Besteuerung umweltfreundlicher Verkehrsaspekte wie Fahrstrom ganz vorne.

In Bezug auf die städtische Verkehrspolitik insbesondere auch in Berlin kritisierte er falsche Förderschwerpunkte auf Straße und Großprojekte („lieber fünf km U-Bahn in 30 als 100 km Straßenbahn in zehn Jahren“), schwache Konzepte für integrierte Mobilitätsketten und eine generelle Vernachlässigung des Fahrradverkehrs. Weitere gestreifte Themen waren Elektro-Mobilität, Verlagerung von Teilen des Güterverkehrs auf Cargo-Bikes, Tempo 30 und der Ausbau von Radwegen.

Alles in allem ein engagierter Vortrag und Werbung für aktuelle grüne Verkehrspolitik von der lokalen bis zur internationalen EU-Ebene. Die wenigen eingestreuten historischen Informationen von der ersten Pferdebahn in Berlin 1865 bis zum Ende der Straßenbahn in West-Berlin 1967 wirkten da eher zufällig, unplatziert und nur dem Rahmen der Veranstaltungsreihe geschuldet. Eine wirkliche – gegebene

nenfalls auch historisch vergleichende – Analyse, wie die verkehrspolitischen Verfehlungen heute zustande kommen und warum das „politisch so gewollt“ ist, blieb leider aus.

Hätte nicht Jürgen Karwelat von der Berliner Geschichtswerkstatt in seiner Einleitung zu Beginn der Veranstaltung die historische Verkehrssituation des Berlins der 20er-Jahre thematisiert und umrissen, wäre ein Fazit wirklich schwer zu ziehen. 1920 bis 1928 erfolgte mit dem Zusammenschluss Groß-Berlins sukzessive auch die Vereinheitlichung des bis dato vorhandenen Flickenteppichs unterschiedlichster Verkehrsträger und -unternehmen, Fahrpläne, Tarife, mangelnder Umsteigemöglichkeiten und -berechtigungen etc. In dieser Zeit war Ernst Reuter Berliner Stadtrat für Verkehrswesen. Er steuerte und beeinflusste diesen Einigungsprozess auch als Aufsichtsratsvorsitzender der gerade gegründeten Berliner Verkehrs-AG maßgeblich mit.

In der anschließenden Diskussion wurde denn auch die Frage „Was lernt man von Ernst Reuter?“ gestellt und beantwortet: Der Einheitstarif des öffentlichen Personennahverkehrs ist wichtig. Er muss aber auch so niedrig sein, dass alle Teile der Bevölkerung ihn sich leisten können. Insofern darf der öffentliche Verkehr keinen kommerziellen Charakter erhalten, sondern muss, um zu funktionieren, bezuschusst werden. Wohnungsbau und Verkehrspolitik müssen eng aufeinander abgestimmt werden.

¹ Vgl. Eintrag Michael Cramer (Politiker), in: Wikipedia, siehe: [https://de.wikipedia.org/wiki/Michael_Cramer_\(Politiker\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Michael_Cramer_(Politiker)); siehe auch: <https://www.michael-cramer.eu/ueber-mich/zur-person>

Einführung

Jürgen Karwelat, Verwaltungsjurist, Berliner Geschichtswerkstatt e. V.

Berlin und der öffentliche Nahverkehr in den 1920er-Jahren

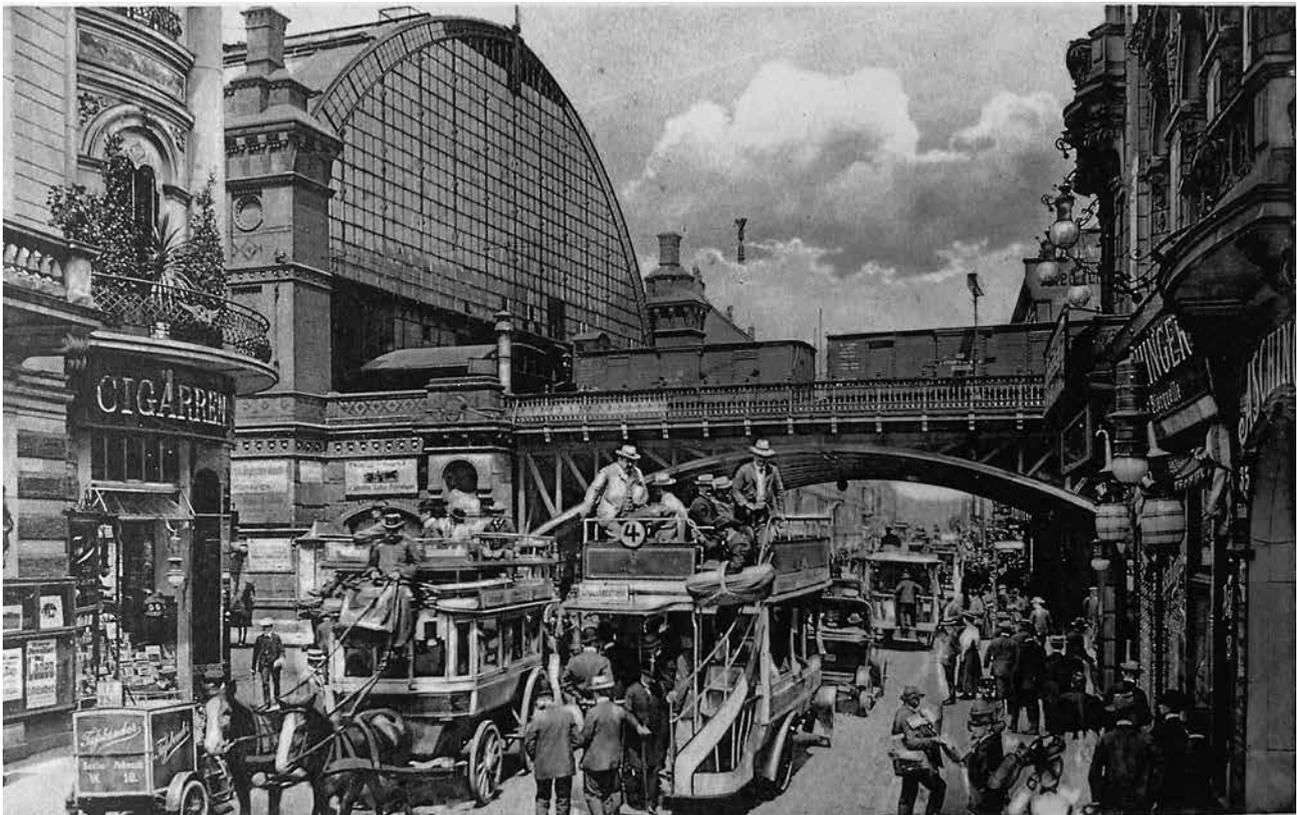
1. Die Entwicklung hin zur BVG

Als am 1. Oktober 1920 Groß-Berlin gegründet wurde, war der öffentliche Personennahverkehr ein großer Flickenteppich unterschiedlicher Gesellschaften, die zum Teil privat waren und zum Teil in öffentlicher Hand lagen. Die Hochbahn zum Beispiel, die parallel zum Landwehrkanal verläuft, wurde von einer privaten Firma, der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen in Berlin gebaut. Eigentümer dieser Gesellschaft waren die Deutsche Bank und Siemens & Halske.

Daneben gab es die städtische Straßenbahn-Betriebs-GmbH und die Allgemeine Berliner Omnibus Actien Gesellschaft (ABOAG), außerdem die S-Bahn. Ab-

gestimmte Tarife oder eine Koordinierung der Fahrpläne gab es nicht. Zu diesen größeren Einrichtungen kamen zahllose individuelle Anbieter, das waren damals Pferde- und Autodroschken. Die Liste der Berliner Straßenbahnunternehmen ist lang. Zahlreiche Gemeinden, die 1920 zu Groß-Berlin zusammengeschlossen wurden, hatten eine eigene Straßenbahngesellschaft, wie z. B. Charlottenburg, Rixdorf oder Spandau. Diese wurden dann städtisch.

Am 16. Mai 1881 eröffnete Werner von Siemens in der damaligen Gemeinde Groß-Lichterfelde die erste elektrische Straßenbahn der Welt. Siemens bezeichnete sie als „von den Säulen und Trägern genommene Hochbahn“, denn sein eigentliches Ziel war der Bau eines elektrischen Hochbahnnetzes in Berlin. 1928



Straßenverkehr Bahnhof Friedrichstraße, 1920er-Jahre



Straßenverkehr Spandauer Straße, 1920er-Jahre

bewältigte die Straßenbahn den wesentlichen Teil des Transports, nämlich 50 %. Die Hoch- und Untergrundbahn kam auf 14,7 %, die Omnibusse auf 12,4 % und die Vorort- und Ringbahnen auf 22,9 % (Quelle: Gustav Böß: Berlin von heute, Berlin 1929, Seite 80).

1926 übernahm die Stadt die Aktienmajorität der bisher privaten Gesellschaft für elektrische Untergrundbahnen. Sie erhielt damit auch die Mehrheit an der Omnibus-Gesellschaft, die eine Tochter der Hochbahn-Gesellschaft war. 1927 schlossen die drei städtischen Unternehmen einen Vertrag, mit dem der Einheitstarif von 20 Pfennig und die Umsteigeberechtigung eingeführt wurden.

Derjenige, der diese Entwicklung forderte und förderte, war der junge Verkehrsstadtrat Ernst Reuter, der schließlich auch die Gründung der Berliner Verkehrs-AG betrieb. Reuter wurde der erste Aufsichtsratsvorsitzende. Die Gesellschaft erhielt das Logo mit dem Berliner Bären und den drei Buchstaben BVG. Zehn Jahre später benannte sich die BVG in Berliner Verkehrsbetriebe um und wurde zum Eigenbetrieb von Berlin. Es hätte daher eigentlich eine neue Abkürzung

verwendet werden müssen, nämlich BVB. Die Abkürzung BVG hatte sich jedoch im Volksmund schon so festgesetzt, dass sie in West-Berlin beibehalten wurde, während in Ost-Berlin traditionell korrekt die BVB, die Berliner Verkehrsbetriebe, für den öffentlichen Personennahverkehr zuständig waren.

Mit der Gründung der BVG war ein entscheidender Schritt getan, um die wachsende Großstadt in Bewegung zu halten. Wichtigste Elemente waren jetzt die aufeinander abgestimmten Fahrpläne und der Einheitstarif, der das problemlose Umsteigen auf andere Verkehrsmittel möglich machte. Die BVG war Ende der 1920er-Jahre der größte kommunale Arbeitgeber in Deutschland mit 28.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Heute sind es 14.600.

2. Zur Person Ernst Reuter

Ernst Reuter war einer der wichtigsten Politiker der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Er führte ein äußerst abwechslungsreiches Leben mit Höhen und Tiefen, immer entlang der großen Ideologien des

20. Jahrhunderts, dem Sozialismus/Kommunismus und dem Nationalsozialismus. Daneben wird man ihn als „Macher“ und Pragmatiker bezeichnen können. Geboren wurde er am 29. Juli 1889 in Apenrade/Aabenraa, im damals zu Deutschland gehörenden Nordschleswig, das im Jahr 1920 nach einer Volksabstimmung wieder zu Dänemark kam. Die Familie wohnte dort, weil der Vater Wilhelm Reuter ehemaliger Kapitän der Handelsmarine und Lehrer an der Navigationsschule in der Stadt war. An der früheren Schule, in der die Familie auch wohnte, befindet sich seit 1987 eine Berliner Gedenktafel aus KPM-Porzellan.

Ernst war der fünfte Sohn seines Vaters, der zweimal verheiratet war. 1892 zog die Familie nach Leer in Ostfriesland, weil der Vater dort Leiter der Steueremannsklasse an der Navigationsschule wurde. Ernst machte 1907 in Leer Abitur und nahm gleich darauf das Studium der Geschichtswissenschaft, Germanistik und Geographie an der Philipps-Universität Marburg auf. 1912 trat er der SPD bei.

Ernst Reuter war im November 1914 als konsequenter Gegner des Krieges Mitbegründer des Bundes Neues Vaterland (BNV). Der BNV entwickelte sich in den ersten Kriegsjahren zu einer Plattform für Pazifisten unterschiedlicher politischer Richtungen; die Spanne reichte von einigen Diplomaten bis hin zu bekannten Vertretern der Sozialdemokratie.

Reuter wurde 1915 eingezogen. Ab April 1916 diente er an der Westfront. Ende Juli wurde seine Truppe an die Ostfront verlegt. Am 10. August 1916 erlitt er schwere Verwundungen – Durchschüsse und einen Oberschenkelknochenbruch – und geriet in russische Kriegsgefangenschaft.

Er schloss sich der bolschewistischen Oktoberrevolution an und arbeitete mit deutschen Kriegsgefangenen, bis Lenin ihn beauftragte, eine autonome Verwaltung für die deutschen Siedler an der Wolga aufzubauen. Reuters Aufgabe bestand darin, die deutschen Kolonisten zu loyalen Bürgern des sich etablierenden Sowjetstaates zu machen. Sozialistischer Schulunterricht in deutscher Sprache sollte in besonderer Weise dazu beitragen. Ferner war die Versorgung der Großstädte, insbesondere Moskau und Petrograd, mit Getreide aus dieser Überschussregion zu gewährleisten. Zwei



© Landesarchiv Berlin

Ernst Reuter, als Stadtrat für Verkehr auf seiner ersten Auslandsreise, New York, 1929

Jahre lang baute Reuter als „Volkskommissar“ für die Bolschewiki die autonome deutsche Wolgarepublik auf. Die Republik galt als Vorbild für die Gründung anderer autonomer Gebiete.

Ende 1918 empfahl Lenin Reuter Clara Zetkin zum Gründungsparteitag der KPD mit den Worten: „Der junge Reuter ist ein brillanter und klarer Kopf, aber ein wenig zu unabhängig.“ Reuter nahm zur Jahreswende 1918/19 am Gründungskongress der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) teil, aber nicht als Delegierter des Spartakusbunds, sondern wie Wolf und Radek als Vertreter der russischen Sowjetmacht. Sein erster Parteauftrag lautete, in der durch Aufstände destabilisierten Region Oberschlesien einen schlagkräftigen kommunistischen Parteiapparat aufzubauen.

Ernst Reuter machte in der KPD Karriere und wurde sogar ihr Generalsekretär von Herbst 1920 bis Januar 1922, als er mit anderen Parteimitgliedern ausge-

geschlossen wurde. Er wurde Mitglied der USPD, deren einer Teil sich im Oktober 1922 der SPD wieder anschloss. Dadurch kam Reuter zur SPD. Er beschäftigte sich mit kommunalpolitischen Themen, vor allem Verkehrsfragen der rasch wachsenden Metropole Berlin. Seine politische Arbeit als Vertreter der Stadtverordnetenversammlung in der Verkehrsdeputation verknüpfte er hierbei mit seiner journalistischen Arbeit. 1926 wurde er zum Stadtrat für das Verkehrswesen gewählt. Auf ihn ging die Vereinigung der verschiedenen Berliner Verkehrsgesellschaften zurück, die 1928 vollzogen wurde.

Von 1931 bis 1933 war Ernst Reuter Oberbürgermeister von Magdeburg, dort widerrechtlich von den Nazis aus dem Amt getrieben. Verhaftung und sechs Monate im KZ Lichtenburg bei Torgau folgten, danach eine nochmalige Verhaftung mit KZ-Aufenthalt. Im September 1934 wurde er aus dem KZ entlassen.

1935 ging er ins Exil nach Großbritannien und war dann von 1935 bis 1939 Mitarbeiter im türkischen Wirtschaftsministerium. Danach nahm er eine Lehrtätigkeit an der Universität Istanbul als Professor für Kommunalwissenschaften auf. Am 4. November 1946 schifften sich die Reuters schließlich in Istanbul ein und traten über Neapel, Marseille und Paris die Heimreise nach Berlin an.

Am 5. Dezember 1946 wählte die Berliner Stadtverordnetenversammlung Reuter zum Stadtrat für Verkehr und Versorgungsbetriebe. Damit knüpfte er an seine Tätigkeit in Berlin in den 1920er-Jahren an.

Am 30. November 1948 fand im Ostsektor Berlins eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung statt. Auf diesem Treffen, das von der SED und den von ihr gelenkten Massenorganisationen dominiert wurde, beschlossen die Versammelten, den Berliner Magistrat abzusetzen. An seiner Statt wurde ein „provisorischer demokratischer Magistrat“ angekündigt und Friedrich Ebert, ein Sohn des ersten Reichspräsidenten, zum Oberbürgermeister gewählt. Die Vertreter der westlichen Militärbehörden wiesen den Geltungsanspruch dieser Beschlüsse für Gesamtberlin zurück und beschränkten ihn auf den Ostsektor.

Wenige Tage später, am 5. Dezember 1948, wählte die Bevölkerung der Westsektoren eine neue Stadtverordnetenversammlung. Der SPD unter Reuters Führung gelang mit 64,5 Prozent der Stimmen ein überragender Wahlsieg. Am 7. Dezember wählte die Stadtverordnetenversammlung Reuter einstimmig zum Oberbürgermeister. Dieses Amt übte er bis zu seinem Tod aus. Seit Einführung der Berliner Verfassung vom 1. September 1950 führte er den Titel Regierender Bürgermeister von Berlin.

Berühmt war seine Rede am 9. September 1948 vor dem Reichstagsgebäude vor circa 350.000 Menschen mit dem Ausspruch „Ihr Völker der Welt, schaut auf diese Stadt ...“

Am 28. September 1953 sagte Reuter seine Teilnahme an einer Abendveranstaltung ab, weil er sich unwohl fühlte. Nachts erlitt er einen Herzanfall. Am 29. September 1953 fiel der 64-Jährige nachmittags in einen Dämmerzustand und verstarb gegen 19 Uhr. Ernst Reuter ist, wie viele andere bekannte Sozialdemokraten, auf dem Zehlendorfer Waldfriedhof beerdigt.

Vortrag

Michael Cramer, langjähriger verkehrspolitischer Sprecher der Fraktion der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus, Mitglied des Europäischen Parlaments von 2004 bis 2019

Berlin und der öffentliche Nahverkehr in den 1920er-Jahren

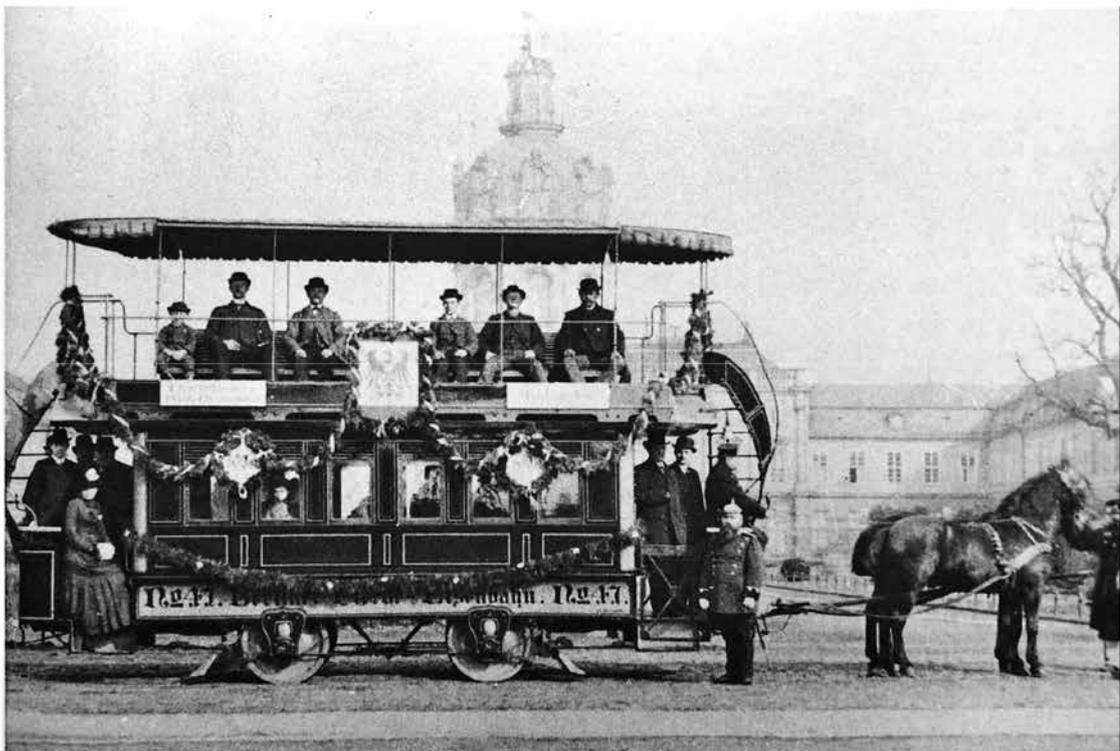
Michael Cramer, ehemaliger Abgeordneter im Europaparlament, nutzte seinen Vortrag, um den großen Bogen von der europäischen Verkehrspolitik bis zu den Berliner Verhältnissen einst und jetzt zu schlagen. Sein Referat war ein leidenschaftliches Plädoyer für die Verkehrswende auch in Berlin mit starkem Akzent auf Straßenbahn und Fahrrad.

Mit der Forderung der Förderung der Straßenbahn knüpfte er an die Entwicklung des Berlin der 1920er-Jahre an. In dieser Zeit war die Straßenbahn mit Abstand das am meisten genutzte Nahverkehrsmittel der Stadt.

Wir dokumentieren einen Teil der von Michael Cramer vorgestellten Thesen und Fakten.



Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament



Die erste Pferdebahn in Berlin 1865



Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament

1930 war das Berliner Straßenbahnnetz mit 634 Kilometern nach Melbourne und Sankt Petersburg das drittgrößte Netz der Welt

Nach 1949 sollte auch in Ost-Berlin die Tram abgeschafft werden. Sie wurde z.B. im Zentrum am Alexanderplatz stillgelegt.

Auch aus finanziellen Gründen wurde die Stilllegung gestoppt und stattdessen wurde sie in die neuen Bezirke Marzahn und Hellersdorf verlängert.



Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament

Spaltung des Straßenbahnnetzes in Berlin am 14.01.1953

Im Februar 1953 wurde ein Kredit von 12 Mio DM beantragt, um die Straßenbahnfahrzeuge zu modernisieren und 40 Großraumfahrzeuge sowie 20 Busse neu zu kaufen.

Am 28. August 1953 entschied die BVG – ohne politischen Beschluss – nur 140 neue Doppeldeckerbusse zu kaufen

Damit war das Ende der Straßenbahn in West-Berlin eingeläutet, die 1967 vollendet wurde



Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament

Die Ziele der EU für 2030



40% weniger Treibhausgase

27% erneuerbare Energien

27% mehr Energieeffizienz

„Jedem ein warmes Brausebad einmal die Woche“ – zur Entwicklung der Berliner Bade- und Schwimmkultur

Moderation: Dr. Andreas Bräutigam, Berliner Geschichtswerkstatt e. V.
Referentin: Bianca Tchinda, Betreiberin des schwimm-blog-berlin

Montag, 26. Oktober 2020, 19:00 Uhr

Mit Gründung des Berliner Vereins für Volksbäder 1873 setzte eine Entwicklung ein, deren Blütezeit Anfang des 20. Jahrhunderts begann. Unter dem Motto „Jedem ein warmes Brausebad einmal die Woche“ entstanden Volksbrausebäder und der Wille, dass das Erlernen der Schwimmkunst für jeden und jede mög-

lich gemacht werden sollte. Der Erste Weltkrieg unterbrach diese Entwicklung. Anfang der 1920er-Jahre blühte die Idee wieder auf. Es brauchte allerdings noch bis in die 1950er-Jahre, bis es zu einer regelrechten Explosion von Bäderbauprogrammen kam.

Veranstaltungsbericht

Peter Lassau

„Die Leute schwimmen zur Arbeit – Badebetrieb an der Spree eröffnet“

So könnte eine Schlagzeile in vielleicht 100 Jahren lauten. In Städten wie Basel oder Zürich ist so etwas bereits heute möglich, für Berlin leider noch illusorisch; zwar wünschenswert, aber finanziell nicht zu stemmen. So etwa der Ausblick unserer Veranstaltung „Jedem ein warmes Brausebad einmal die Woche“ am 26. Oktober 2020.

Maximal zehn Gäste erlaubte uns Corona, und exakt so viele hatten den Weg trotz Pandemiebedrohung zu uns gefunden. Bianca Tchinda, Vorsitzende des Verbandes der Berliner Bäderbesucher e. V., konnte also, gemessen an diesen Bedingungen, ein großes Publikum mit auf eine Hygiene-, Bade- und Schwimmreise in Berlins Vergangenheit nehmen.

Gut zwei Dutzend „Badeanstalten“ entstanden von der zweiten Hälfte des 19. bis in die 20er-Jahre des 20. Jahrhunderts. „Badeanstalten“ waren sie im ursprünglichen Sinn des Wortes. Das althochdeutsche „bat“ bedeutete nichts anderes als „warm“, und wer z.B. ein Wickeltuch „bäht“, bringt damit zum Ausdruck, dass er es feucht erhitzt. Diesem Wortsinn entsprechend waren die Badeanstalten Einrichtungen, in denen man duschen oder ein Wannenbad nehmen konnte, für Hygiene und Gesundheitsfürsorge unabdingbar in dem infolge der Industrialisierung stark



Bianca Tchinda bei ihrem Vortrag

© Berliner Geschichtswerkstatt

wachsenden Berlin. Streng getrennt wurde nicht nur nach Damen und Herren, sondern auch nach Stand und Beruf in Arbeiter und Angestellte. Gleich war ein striktes Reglement: Duschen inklusive umkleiden musste in 20 Minuten erledigt sein. Etliche Dienstleistungen mussten erbracht werden: Heizer, Maschinisten, Reinigungskräfte, Badewärter und Bademeister, die darüber wachten, dass die Regeln und Vorschriften beachtet wurden, bis hin zu Menschen, die dafür bezahlt wurden, dass sie Rücken wuschen, Seife und Handtücher reichten. Die Gründung des Berliner

Zur Entwicklung der Berliner Bade- und Schwimmkultur

Vereins für Volksbäder 1873 unter dem Motto „Jedem ein warmes Brausebad einmal die Woche“ beförderte nicht nur die hygienische Vorsorge. Sein Ziel war auch, das Erlernen der Schwimmkunst voranzutreiben. Dazu dienten Flussbadeanstalten, von denen eine tatsächlich bis heute erhalten blieb, nämlich in der Gartenstraße in Köpenick.

Wichtig für den Schwimmunterricht wurden mit der Gründung Groß-Berlins 1920 die Stadtbäder. Charlottenburg, Spandau und Neukölln hatten bereits die Bedeutung des Schwimmens und des Schwimmsports erkannt und verfügten über attraktive Badehallen. So z. B. das Bad in der Krummen Straße, das 1898 erbaut und dank der Initiative engagierter Bürger in den 1970er-Jahren nicht abgerissen wurde, oder die Alte Halle Stadtbad Charlottenburg. Zunehmend attraktiv wurde der Schwimmsport, und dazu brauchte man größere Schwimmhallen, Funktionsbauten statt ästhetisch verspielter Jugendstilbäder. So bekam Schöneberg 1930 ein Stadtbad mit einer 33-1/3-Meter-Bahn, Mitte ein sensationelles 50-Meter-Becken.

Weitere Bäder wurden gebaut, so der „Insulaner“, der zunächst nur ein Licht- und Luftbad war, oder das Studentenbad in der Ratiborstraße, bekannt durch die Dampferfahrten der Berliner Geschichtswerkstatt, die an diesem Bad vorbeiführen. Auch Strandbäder wie Wannsee, Plötzensee, Jörsfelde in Tegel lockten schwimm- und badefreudige Berliner. In der Finckensteinallee entstand in der NS-Zeit eine monumentale Schwimmhalle für die SS. Diese existiert noch, ohne ihre traurige Vergangenheit zu verleugnen. Sie ist eine

von zwei Berliner Schwimmhallen, in denen internationale Wettkämpfe stattfinden können, weil nur sie über die vorschriftsmäßigen Bahnen verfügen.

Einen Boom erlebte der Bau kommunaler Schwimmbäder in den Jahren von 1950 bis 1980, und zwar sowohl in West- als auch in Ostberlin. Jeder Bezirk sollte nach dem sogenannten „Goldenen Plan“ ein Kombibad, also Hallen- und Freibad bekommen. Diese für Schwimmliebhaber goldenen Zeiten endeten nach der Wiedervereinigung. Von über 80 kommunal betriebenen Schwimmbädern fiel fast die Hälfte einem „Sparzwang“ zum Opfer. Weiteren kommunalen Bädern droht das Aus. Die Folgen sind nicht zu übersehen und schafften es in den Sommermonaten der letzten Jahre häufig in die Schlagzeilen: viele Badeunfälle, junge Erwachsene, die nicht schwimmen können. Es sieht nicht so aus, als gäbe es in Berlin den Plan, diesem Missstand energisch zu begegnen. Multifunktionsbäder mit Spaß, Wellness etc. erhalten den Vorzug vor Funktionsbädern, die den Schwimmunterricht befördern könnten.

Badeanstalten, die hauptsächlich der Hygiene dienen, existieren gar nicht mehr. Die Notwendigkeit dafür ist sicher geringer geworden, verfügen doch mittlerweile so gut wie alle Wohnungen über sanitäre Anlagen. Ob fahrbare Badezimmer auf LKW-Basis für Obdachlose eine ausreichende Alternative sind, ist allerdings fraglich. Der Verband der Berliner Bäderbesucher, die Lobby, die die Interessen von Menschen vertritt, die schlicht ein preiswertes kommunal geführtes Schwimmbad besuchen wollen, hat noch viel zu tun. Seine Vorsitzende Bianca Tchinda, unsere Referentin dieses Abends, konnte sich des Wohlwollens und der Unterstützung des Publikums sicher sein.

In dem anschließenden Gedankenaustausch wurde deutlich, dass eine Reihe von Schwimm- und Badeexperten unter den Gästen war. Am erstaunlichsten war für mich, dass es offenbar in ganz Berlin nicht ein Schwimmbad, eine Badeanstalt oder ein Strandbad gibt, dessen Geschichte, Zustand und Perspektive Bianca Tchinda nicht kennt. Bedauerlich an diesem Abend war, dass – das Virus sei verflucht – nur zehn Gäste in unsere heiligen Hallen kommen konnten, nachdem die Aula der Sophie-Scholl-Schule nicht zur Verfügung stand; wohl auch deshalb, weil dort über das Wochenende eingebrochen worden war.



Berliner Strandleben, Aquarell von Heinrich Zille, 1901

Vortrag

Bianca Tchinda, Schwimmerin, Betreiberin des schwimm-blog-berlin und Vorstand des Verbandes Berliner Bäderbesucher e. V.

„Jedem ein warmes Brausebad einmal die Woche“

Eine Reise durch die Entwicklung der Berliner Bade- und Schwimmkultur der letzten 100 Jahre

Badeanstalten und Schwimmbäder, ihre Ausrichtung und Einrichtung als Daseinsvorsorge unterliegen dem Wandel der Zeit. Ihre Notwendigkeit allerdings ist heute unbestritten: von Volksbrausebädern mit und ohne Schwimmbassins über Schwimmbad-Zweckbauten bis hin zu Freizeit- und Erlebnisbädern.

Lange Zeit waren Badeanstalten und Schwimmbäder fast ausschließlich aus privaten oder militärischen Initiativen entstanden und nur denen vorbehalten, die es sich leisten konnten. Erst mit der Industrialisierung und dem damit verbundenen massenhaften Zuzug von Arbeitern und Arbeiterinnen in die Städte wurde es notwendig, über die sich ständig verschlechternden hygienischen Zustände und über Möglichkeiten zu ihrer Beseitigung nachzudenken.

Mit Gründung des Berliner Vereins für Volksbäder durch Oskar Lassar⁽¹⁾ 1873 setzte eine Entwicklung ein, deren Blütezeit Anfang des 20. Jahrhunderts begann. Unter dem Motto „Jedem ein warmes Brausebad einmal die Woche“ entstanden Volksbrausebäder und der Wille, dass das Erlernen der Schwimmkunst für jeden und jede möglich gemacht werden sollte. Der Erste Weltkrieg unterbrach diese Entwicklung. Anfang der 1920er-Jahre blühte die Idee wieder auf.

Es brauchte allerdings noch bis in die 1950er-Jahre, bis es zu einer regelrechten Explosion von Bäderbauprogrammen kam.

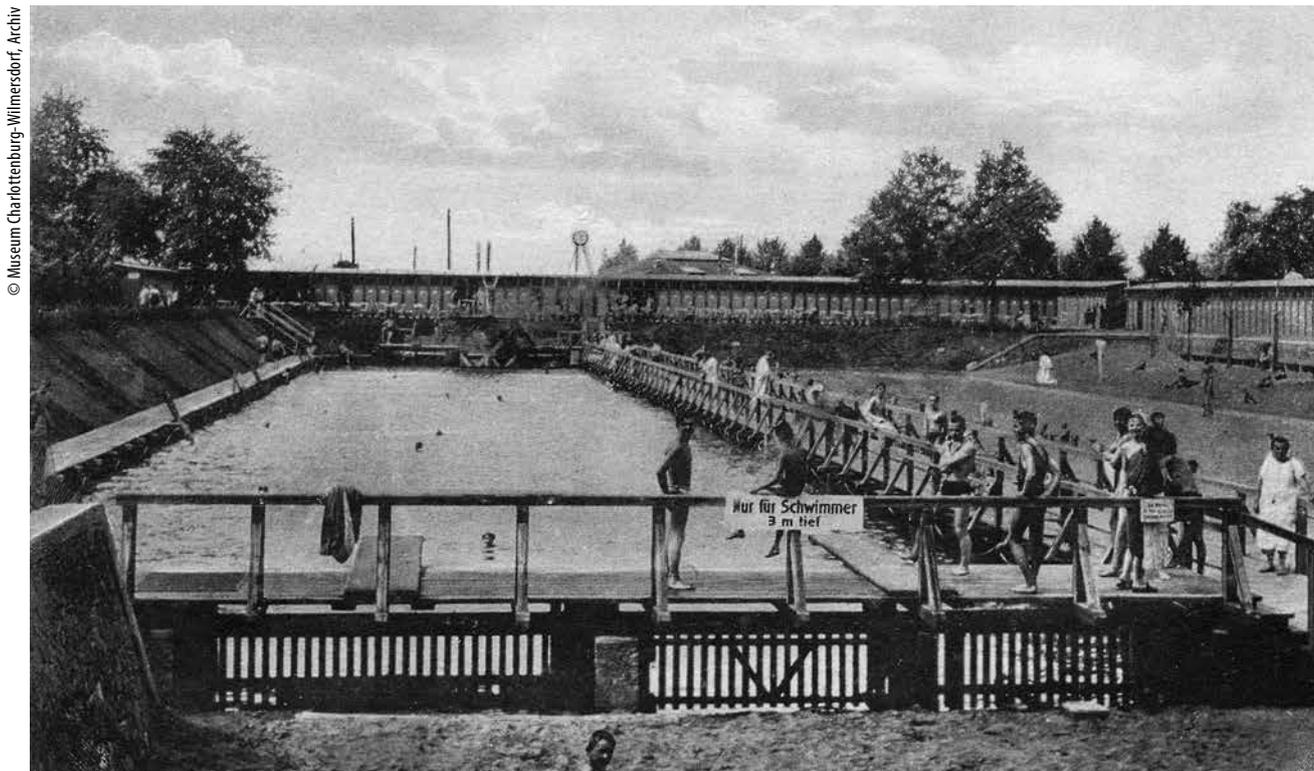
Welchen Einfluss hatte die Idee der Volksbrausebäder auf Groß-Berlin? Wie hat sich der Grundgedanke des kommunalen Schwimmunterrichts entwickelt? Welche Bäder wollen wir heute?

Begriffe und Erklärungen

Badeanstalt – was verbinden wir mit diesem Begriff?

Für mich, 1964 geboren, war eine Badeanstalt ein Schwimmbad, in dem man vor dem Schwimmen duschen musste, eine Badekappe trug, und das ganze Procedere wurde streng überwacht vom Personal. Die Übersetzung des Wortes Badeanstalt im ursprünglichen Sinn – „bat“ ist althochdeutsch für „warm“ – erklärt, was eine Badeanstalt wirklich einmal war. Eine zunächst private, später militärische und dann im Rahmen einer Daseinsvorsorge städtische Anlage, in der Menschen sich duschen (brausen) und baden konnten. 1920 waren im Berliner Telefonbuch rund 24 Badeanstalten verzeichnet. Darunter fielen solche für

¹ Oskar Lassar (geb. 11. Januar 1849 in Hamburg, gest. 21. Dezember 1907 in Berlin) war ein deutscher Mediziner, der sich vor allem Fragen der Hygiene widmete und maßgeblich an der Verbreitung von Volksbädern in Deutschland beteiligt war. Er stammte aus einer jüdischen Kaufmannsfamilie, studierte Medizin in Heidelberg, Göttingen, Straßburg und Berlin und promovierte 1872 an der Uni Göttingen. Nach Beendigung seines Kriegseinsatzes wurde er Assistenzarzt an der Uni Göttingen unter der Leitung des Professors Meißner. Im Jahr 1875 folgte er einem Ruf an das Pathologische Institut in Breslau. Bald übersiedelte Oskar Lassar nach Berlin und absolvierte in der Hautklinik der Berliner Charité seine Assistenzzeit. Danach eröffnete er in Berlin eine Privatklinik für Dermatologie und Syphilis. Im Jahr 1880 erhielt Lassar die Zulassung als Privatdozent an der Berliner Universität. Lassars besonderes Interesse galt der Verbesserung der hygienischen Bedingungen, gerade auch für die unteren Bevölkerungsschichten. So setzte er sich maßgeblich für die Einrichtung von Desinfektionsanstalten und von Volksbrausebädern ein, die er 1883 auf der Hygiene-Ausstellung in Berlin öffentlich vorgestellt hatte. Zunächst gründete er den Verein für Volksbadewesen, 1899 wurde daraus dann die Deutsche Gesellschaft für Volksbäder. (Quelle: Eintrag Oskar Lassar in: Wikipedia, siehe: https://de.wikipedia.org/wiki/Oskar_Lassar)



Familienbad Westend, um 1930

Damen, für Herren, für Angestellte, für Arbeiterinnen und Arbeiter. Unterschiedlich ausgestattet, hatten fast alle eines gemeinsam: Die Nutzungszeiten waren streng reglementiert. 20 Minuten Brause, inklusive umkleiden. Das war und ist sportlich, wenn man sich vorstellt, dass es nicht so war wie heute – Wasserhahn auf, warmes Wasser. Es brauchte viel Personal: Heizer, Badewärterinnen und Badewärter, Bademeister und Bademeisterinnen, Maschinisten, Reinigungs- und weiteres Hilfspersonal. Ja, es gab Menschen, die für Geld anderen den Rücken wuschen, ihnen Seife und Handtuch reichten. Die Idee der Hygiene brauchte Kontrolle. Badeanstalten waren ausgestattet mit Brausekabinen, also Duschen, mit Wannen und manchmal auch mit medizinischen Abteilungen. Die Trennung dieser unterschiedlichen Nutzungen erfolgte in der Regel erst weit nach dem Zweiten Weltkrieg.

Flussbadeanstalten

Die erste städtische Flussbadeanstalt in Berlin – nur für Männer übrigens – entstand 1850. Später wurden auch für Frauen Gelegenheiten zum Schwimmen geschaffen. In diesen Flussbadeanstalten ging es um Freizeit und Hygiene. Ende des 19. Jahrhunderts war die Prüderie wieder in die Gesellschaft zu-

rückgekehrt. Nach einer Zeit, in der Menschen frei schwimmen konnten, war es nur noch in angelegten Badeanstalten und an offiziellen Badestellen erlaubt. Ein weiterer Grund, der dafür oft angegeben wird, ist die Tatsache der noch zu vielen Nichtschwimmerinnen und Nichtschwimmer. In Berlin existiert heute nur noch eine Flussbadeanstalt, stark verkleinert, die die meisten gar nicht kennen. Sie befindet sich in der Gartenstraße in Köpenick.

Bürgerbäder

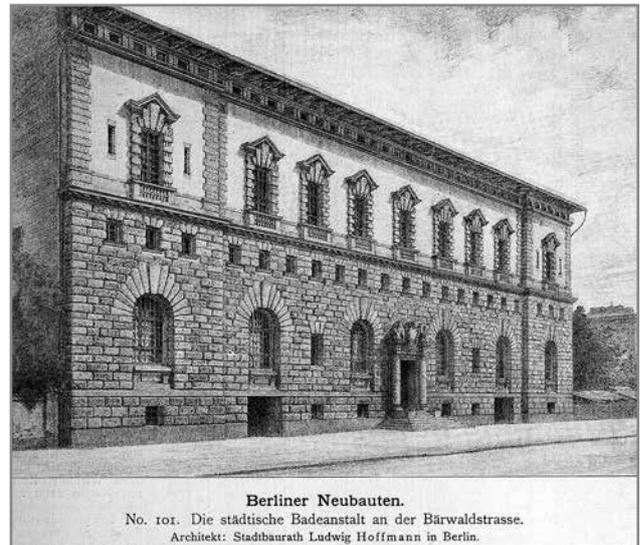
In der Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden neben den Flussbadeanstalten Bürgerbäder. Man wollte nicht mit dem Pöbel in Anlagen baden und brausen. Das Bürgertum grenzte sich gern ab. Heute sind Bürgerbäder das Gegenteil von dem, was 1824 in Cannstatt einmal die Idee war: Wollte man sich damals nicht mit den „Normal“-Bürgerinnen und -Bürgern (Arbeiterinnen und Arbeitern etc.) in ein Bad begeben, ist ein Bürgerbad heute gerade für alle da: Schwimmbäder in öffentlicher Hand. Bürgerbäder müssen auch für Berlin und für die Zukunft der Daseinsvorsorge ein wichtiger Bestandteil in der Stadt werden. Dazu später mehr.

Volksbäder

Was viele von uns als Stadtbad kennen oder auch als Volksschwimmhalle in der ehemaligen DDR, war die Weiterentwicklung oder, wenn man so will, die Übertragung der Idee der Hygiene für alle auf das Schwimmen für alle. Mitte des 20. Jahrhunderts boomte der Wunsch, dass alle, ungeachtet ihrer Herkunft, schwimmen lernen sollten in Berlin.

Manche kennen noch den Begriff „Der Goldene Plan“. Auch wenn nicht alles Gold ist, was glänzt: Zwischen Mitte der 1950er- und Anfang der 1980er-Jahre war Berlin interessiert, den Menschen als Teil der Daseinsvorsorge wohnortnah Schwimmbäder einzurichten, um ihnen die Möglichkeit der sportlichen Betätigung und der Hygiene zu bieten. Interessant ist in diesem Zusammenhang der Unterschied zwischen Ost und West: Man befand sich in einer Art Wettstreit, wer mehr Bäder (aber auch mehr Wohnungen, mehr Infrastruktur, mehr ÖPNV, mehr von allem) hatte und konnte.

Während man im Osten die ursprünglichen Badeanstalten zur Hygiene beibehielt, einige neue einrichtete und Menschen, die noch nicht mit Badezimmern in Wohnungen versorgt waren, dort meist einmal die Woche baden oder brausen konnten, integrierte man im Westen bis in die 1980er-Jahre die Wannen- und Brausebäder in einige Neubauten der Schwimmhallen. Eine Volksschwimmhalle im Osten verfügte natürlich über Duschräume, aber keine gesonderten Wannen. Und Brauseabteilungen, außer in den bereits bestehenden Badeanstalten, gab es zur Schwimmbadnutzung natürlich auch im Westen der Stadt. Interessant ist, dass im Stadtbad Tiergarten eine vollständig neue Abteilung mit Wannen- und Brausebädern gebaut wurde. Dies war der letzte Schwimmbadbau in West-Berlin, er wurde 1984 eröffnet. Vor also nicht einmal 40 Jahren waren noch längst nicht alle Wohnungen mit Badezimmern ausgestattet. Die Wannen- und Brauseabteilung wurde später noch einmal saniert und ging dann nie wieder in Betrieb. Ein trauriger Umstand, wenn man bedenkt, dass das Stadtbad Tiergarten sich fußläufig nur wenige Minuten vom Hauptbahnhof entfernt befindet und ein städtisches Angebot für Reisende, Berufskraftfahrerinnen und -kraftfahrer oder auch Menschen ohne Obdach oder mit einem Badezimmer in Sanierung



*Städtische Badeanstalt Baerwaldstraße in Berlin,
erbaut von Ludwig Hoffmann, etwa 1901*

© deutsche Bauzeitung, archive.org

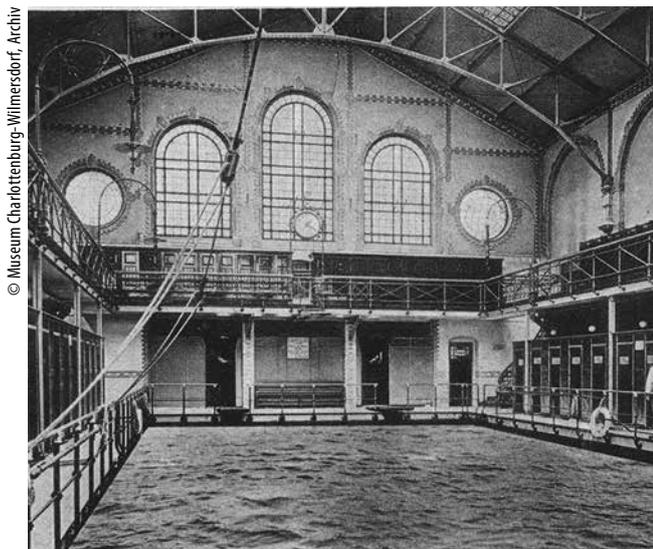
usw. bieten könnte. Leider fehlt ein solches in der Größenordnung – die Abteilung nahm das gesamte Obergeschoss ein – in der Stadt.

Noch erhalten sind die Stadtbäder:

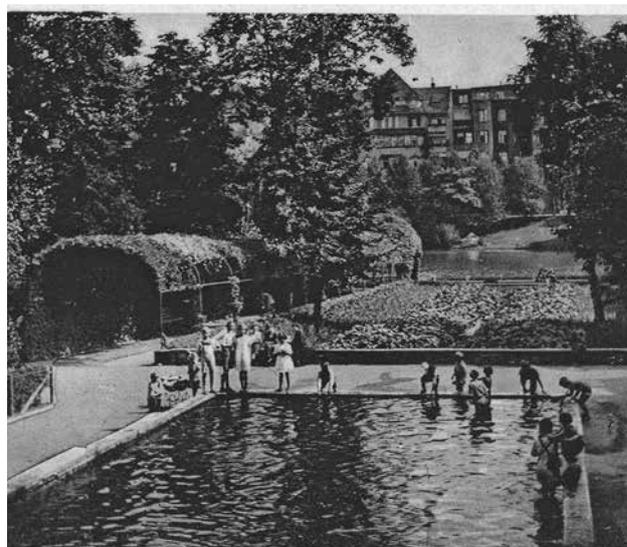
- Spandau Nord, Oderberger Straße (bis 1994 Wannen- & Brausebäder, Schwimmbad 1986 geschlossen)
- Alte Halle Charlottenburg (Wannen- & Brausebäder bis 2007)
- Baerwaldbad (nicht in Betrieb)
- Johannisstift (öffentlich nur über Kurse nutzbar)
- Neukölln (Wannenabteilung nicht mehr existent)

Planschen

Dabei handelt es sich um kleine, fast immer flache – Ausnahme ist die ehemalige Plansche am Schreiberring in Tempelhof –, für Kinder gedachte Wasserbecken, die innerstädtisch Vergnügen, aber auch Hygiene boten. Nach dem Krieg wurden fast alle Planschen aus hygienischen Gründen geschlossen. Einige Anlagen – wie im Volkspark Mariendorf – wurden noch zeitweise genutzt, bis sie zu sehr verschlammte waren. Das Modell „Planschbecken im Wohnviertel“ verfolgte nur Ost-Berlin noch regelmäßig. Im Westteil gab es hier und da noch erfrischende Wasserstel-



Volksbadeanstalt, Krumme Straße, 1909



Planschbecken im Lietzensee-Park, Charlottenburg, 1935

len, meist Brunnen, in denen das Schwimmen aber nicht erlaubt war und ist.

Groß-Berlin will schwimmen lernen

Mit der Gründung Groß-Berlins 1920 musste größer gedacht werden. Charlottenburg, Spandau, später auch Neukölln und andere Bezirke hatten bereits die Notwendigkeit des Schwimmunterrichts erkannt. So entstanden die heute noch existierenden Stadtbäder.

Das älteste Schwimmbad der Stadt Berlin ist die Alte Halle Stadtbad Charlottenburg. Viele kennen es unter dem Namen „Krumme-Straße-Bad“. 1898 eröffnet, sollte es Anfang der 1970er-Jahre abgerissen werden, um einem Neubau direkt daneben zu weichen. Zum Glück für diese Stadt gab es Menschen, die das mit ihrem Engagement verhindern konnten. Was in Neukölln, Spandau und anderswo pompös, wenig genormt erschien und heute bezüglich der Bäderarchi-

tektur bewundert und bestaunt wird, wollte man im neuen Groß-Berlin in Form von Funktionsbauten umsetzen: Badeanstalt war früher, nun drängte der Schwimmsport. Schwimmen als elementarer Bestandteil der Freizeitgestaltung, die Idee des Bäderbaus als Sportstätten – das wollte Groß-Berlin.

Das Stadtbad Schöneberg entstand mit seinem 33-1/3-Meter-Becken. Das Stadtbad Mitte in der Gartenstraße mit seinem 50-Meter-Becken war damals in Europa eine Sensation. Beide Schwimmhallen öffneten 1930; das Stadtbad Mitte an dem Ort, an dem der Mäzen James Simon⁽²⁾ einige Jahrzehnte früher eine der ersten Hygieneanstalten gestiftet hatte. Die Flussbäder in Berlin waren zum größten Teil schon vor 1920 der mit der Industrialisierung einhergehenden Verschmutzung der Flüsse durch Einleitung von Abwässern zum Opfer gefallen. Bis heute ist das Schwimmen in der Spree und anderen Innenstadtgewässern nicht möglich. Ein Projekt für ein Flussbad in der Mitte der Stadt⁽³⁾ ist schon im Vorfeld mit so ab-

² Henri James Simon (geb. 17. September 1851 in Berlin, gest. 23. Mai 1932 ebenda) war ein deutscher Unternehmer im Berlin der wilhelminischen Ära, Förderer der Berliner Museen sowie Gründer und Finanzier zahlreicher wohltätiger Einrichtungen. Mit dem überwiegenden Teil seiner jährlichen Einkünfte unterstützte er, neben Kunst oder Wissenschaft, insbesondere soziale Projekte. Diese Aktivitäten sind nur sehr lückenhaft dokumentiert, weil Simon keinen Wert darauf legte, dass sie bekannt wurden, sondern dies sogar nach Möglichkeit vermied. Eine Äußerung von ihm unterstreicht diese besondere Haltung: „Dankbarkeit ist eine Last, die man niemandem aufbürden sollte“. Belegt ist immerhin, dass er zahlreiche Hilfs- und Wohltätigkeitsvereine gründete, Volksbäder eröffnete für Arbeiter, die sich ein wöchentliches Bad sonst nicht leisten konnten, Krankenhäuser einrichtete und für Arbeiterkinder Ferienheime an der Ostsee bauen ließ (Quelle: Eintrag James Simon in: Wikipedia, siehe: https://de.wikipedia.org/wiki/James_Simon).

³ Vgl. <https://www.flussbad-berlin.de/> (22.12.2020) und Wikipedia-Eintrag: Flussbad Berlin, https://de.wikipedia.org/wiki/Flussbad_Berlin (22.12.2020)

surd hohen Kosten beschwert, dass eine Umsetzung unwahrscheinlicher als je zuvor geworden ist.⁽⁴⁾

Viele große und kleine Städte in anderen europäischen Ländern sind in der Zukunftssicht auf das Schwimmen, die Freizeitgestaltung und vor allem die Lebensqualität an Flüssen wesentlich weiter. In der Schweiz – zum Beispiel in Basel – ist es völlig normal, die Stadt im Fluss zu durchschwimmen. Die „Badi“ (in der Schweiz der Begriff für Badeanstalt) hat dort einen wesentlich höheren Stellenwert als es Badeanstalten, Schwimmbäder, Strandbäder und das letzte noch existierende Flussbad in Berlin haben.

Die vorhandenen Licht- und Luftbäder, einige mit, andere ohne Schwimmbassins, wie

- das Sommerbad am Insulaner (noch existent) und
- das Sommerbad in der Wuhlheide (nach Umbau verkleinert, noch existent),
- das Sommerbad in Lichterfelde (nach mehreren Umbauten nur noch ein flaches Schwimmbassin und Tauchbecken für Saunagäste)

waren Anlaufpunkte der Berlinerinnen und Berliner.

Daneben existierten Seebäder

- wie das Seebad Mariendorf in der heutigen Ullsteinstraße,
- das sogenannte Studentenbad in der Ratiborstraße

und Strandbäder wie Wannsee, Plötzensee, Jörsfelde in Tegel und viele mehr. Berlin ging baden, Berlin lernte schwimmen – und dann kam der Krieg. Es entstanden nun Monumentalbauten wie die Schwimmhalle in der Finckensteinallee, die in der NS-Zeit dem Vergnügen und der Ertüchtigung der SS diente. Sie wurde vor einigen Jahren grundsanitiert. Modern, ohne die Geschichte zu leugnen, ist sie heute eine von zwei Schwimmhallen, in denen internationale Wettkämpfe ausgetragen werden kön-



© Bundesarchiv Bild

Badelustige tummeln sich in den kühlen Fluten des Wannsees, 1929

nen. Nur zwei, bei mehr als 40 Schwimmhallen? Ja, denn kurioserweise sind die meisten der Schwimmbecken in Berlin eben nicht exakt 50 oder 25 Meter lang. Mehrere fehlende Zentimeter Unterschied zur Norm lassen Wettkämpfe nicht immer zu.

Der Schwimmunterricht wurde regelmäßiger. Da aber nicht jeder Bezirk ein kommunales Schwimmbad hatte, stellten Privatbetreiber wie Adolf Lewisohn⁽⁵⁾ in Mariendorf ihre Bäder Vereinen und dem Schulschwimmen kostenfrei zur Verfügung. Sogar Vereinsheime wie zum Beispiel das des heute noch existierenden Schwimmvereins „Die Friesen“ befanden sich auf dem Gelände von privat geführten Bädern.

Nach dem Krieg gingen die ersten Schwimmbäder schon im Sommer 1945 wieder in Betrieb, viele von ihnen aber später unter. Die wenigen, die noch existieren, wurden zum Teil frevelhaft umgebaut oder verkleinert. Der Wert von Bädern, ihre Symbolhaftigkeit im Stadtbild für ihre jeweilige Zeit, finden in Berlin wenig Achtung und man erkennt sie nur mühsam an.

⁴ Vgl. Lorenz Maroldt: Die Flussbad-Kosten ufern aus. Download: Tagesspiegel Checkpoint (04.09.2020): <https://checkpoint.tagesspiegel.de/newsletter/2TMKEuQPmrIqW67ZsC3aug> (nur im Abonnement)

⁵ Adolf Lewisohn (geb. 6. Juli 1852 in Berlin-Tempelhof, gest. 14. November 1927 in Berlin-Mariendorf) war ein deutscher Immobilien- und Finanzmakler. Er gründete und baute ab 1872 das Seebad Mariendorf, das im Jahr 1876 eröffnet wurde. (Quelle: Eintrag Adolf Lewisohn in: Wikipedia, siehe: https://de.wikipedia.org/wiki/Adolf_Lewisohn)



© Elke A. Jung-Wolff

Sommerbad Wuhlheide, 2019

Die Wirtschaftswunderjahre

Sie bescherten der Stadt die beiden größten Bäderbauprogramme. Mit Errichtung der Bäder, die in den 1950er-Jahren begann und Anfang 1980 endete, endete auch die Zeit des kommunalen Bäderbaus in Berlin bis in die 2000er-Jahre mit einer Ausnahme. Dazu später.

Der vorher erwähnte „Goldene Plan“ sah für fast jeden Bezirk ein Freibad und Schwimmhallen vor. Hatte man vor der Gründung Groß-Berlins individuelle Bäder gestaltet und mit Beginn der 1920er-Jahre Bauten funktioneller gestaltet, wurden nun, in Ost und West, Typbauten das Mittel der Wahl in der Bäderarchitektur. Im Westen entstanden das Paracelsusbad in Reinickendorf, die Stadtbäder Tempelhof und Wilmersdorf 1, im Osten sogenannte Volksschwimmhallen, zum Beispiel in Friedrichshain, Lichtenberg und Treptow.

In den 1970er-Jahren folgten in West-Berlin die vier Kombibäder Mariendorf, Spandau, Gropiusstadt und etwas später Wedding in der Seestraße – also Halle

und Freibad, die ganzjährig betrieben werden können. Funktionsbauten, die sich nur in der Farbe der Innenausgestaltung unterscheiden, im Zweck das Gleiche vorhalten: in der Halle ein 50-Meter-Schwimmbecken, das in einen tieferen und einen flacheren Bereich geteilt ist, ein Sprungbecken mit Ein- und Drei-Meter-Brett und ein Lehrschwimmbecken, oft auch mit einem Nichtschwimmerbecken gleichgesetzt. Im Außenbereich ein 50-Meter-Schwimmbecken, ein großes Mehrzweckbecken mit Rutsche, externe Sanitärgebäude.

Heute sind drei von ihnen saniert, für zweistellige Millionenbeträge, nur das Kombibad Mariendorf nicht. Dort plant Berlin ein über 40 Millionen Euro teures Multifunktionsbad: ein Konstrukt, in dem Schwimmbecken, Wasserbereiche für Wellness-Angebote, kleine Außenbecken und weitere Varianten der Freizeitgestaltung im Wasser angeboten werden, am ehesten zu vergleichen mit den riesigen Spaßbädern in Deutschland.



© Elke A. Jung-Wolff

Wellenbad am Spreewaldplatz, 2019

Es entstanden weiterhin die Neue Schwimmhalle in Charlottenburg, in Tiergarten, Freibäder wie die Sommerbäder am Humboldthain, Neukölln (Columbiadamm), Wilmersdorf und weitere wie in Kreuzberg. Letzteres mit einem Kuriosum, vom dem die meisten nichts wissen. Das „Prinzenbad“ genannte Sommerbad wurde gebaut, eröffnet und musste aufgrund belasteten Bodens abgerissen und neu gebaut werden. Es war auf dem Boden eines ehemaligen Gaswerks errichtet worden.

Im Osten der Stadt wurde das Freibad in Pankow gebaut. Das Schwimmen im Sommer betrieb man im Osten zumeist in Strandbädern oder auch im bereits erwähnten Sommerbad Wuhlheide. Es gab das sanierte Wernerbad und das 2019 endgültig abgerissene BVG-Bad in Lichtenberg. Im Osten war der Bezirk Friedrichshain das Mekka des Schwimmsports: Volksschwimmhallen quasi in jedem zweiten Wohnquartier. Heute existiert in dem Alt-Bezirk keine Schwimmhalle mehr, die öffentlich zugänglich ist; die letzte wurde im Oktober 2018 geschlossen.

Ein bisschen Spaß muss sein

Die 1980er-Jahre waren das Jahrzehnt der Multi-Optionen. Ein Schwimmbad sollte nicht nur der Ort sein, an dem man schwimmt. Es mussten Wellen, Rutsche, Musik und andere Attraktionen her. Das Sport- und Erholungszentrum (SEZ) in Ost-Berlin, eröffnet 1981, war Vorreiter, weltweit damals das einzige in der Größe. Angebote von Schach bis Ballett, von Kabarett über Gastronomie-Events bis Folklore – fast nichts, was es nicht gab. Ja, war das noch ein Schwimmbad im Sinne des Wortes oder All in One mit Pool? Das SEZ wurde ab 1990 immer weiter verkleinert, bis es dann 2002 endgültig schloss.

Im Westteil der Stadt war das Berliner Luft- und Baderparadies, kurz Blub, in Neukölln das erste Spaßbad. Wie der Name schon sagt, kein Schwimmbad mehr im herkömmlichen Sinn. Das Blub musste aus hygienischen Gründen 2005, nach vielen Querelen, endgültig schließen. Das Wellenbad in Kreuzberg folgte 1987 in wesentlich kleinerer Ausführung und nicht im mindesten vergleichbar mit dem SEZ. Es existiert als einziges der 1980er-Spaßbäder noch heute.

Die Wiedervereinigung

Gab es um 1990 noch rund 80 kommunal betriebene Schwimmbäder, im Ostteil noch mehr als im Westteil, wurde 1996 das landeseigene Unternehmen Berliner Bäderbetriebe (BBB) gegründet. Mit Übernahme durch das Land sollte eine faire Verteilung der Wasserflächen erfolgen, Öffnungszeiten in der Großstadt angeglichen und verbessert werden. Menschen wurden noch mobiler. Berlinerinnen und Berliner, die in Spandau wohnen, in Tempelhof arbeiten, sollten auf ihrem Weg in ein Schwimmbad ihrer Wahl gehen können und wissen, dass die Öffnungszeiten, Preise und Leistungen überall gleich sind. Es kam anders. Die Öffnungszeiten und die Ausgestaltung der Wasserflächennutzung ist völlig unterschiedlich, nur der Preis ist überall gleich. Gleich hoch, wie viele meinen.

Nach der Wiedervereinigung bewarb sich Berlin um Olympia. Hierfür wurde die Schwimm- und Sprunghalle, SSE oder Velodrom genannt, in Prenzlauer Berg geplant und gebaut. Als Olympia dann nicht kam, wurde eine halbfertige Schwimmhalle in Betrieb genommen, und erst seit wenigen Jahren wird darüber diskutiert, wie man die riesigen, brach liegenden Gebäudeteile nutzen könnte. Anfang der 2000er-Jahre wurden viele Bäder geschlossen. Sparen war angesagt, Bäder schienen verzichtbar.

Mit dem Untergang vieler Bäder ging auch die Idee unter, dass jedes Kind schwimmen lernen soll. Konnten in den 1960er- bis in die 1990er-Jahre fast alle Kinder schwimmen – und das heute allorts bekannte „Seepferdchen-Abzeichen“ befähigt Kinder nicht dazu –, stieg die Nichtschwimmerquote in Berlin und deutschlandweit danach an. Man versucht seit einigen Jahren, erfolgreich dagegengusteuern. Allein die Orte, an denen man wohnortnah das Schwimmen als Familie üben kann, werden weniger. Oder nein, die Orte, also Schwimmbäder, sind oftmals noch da, nur sind weniger als 50 der Öffentlichkeit zugänglich. Zur Zeit hat die Stadt etwas mehr als 40 Schwimmhallen, 36 davon im kommunalen Betrieb der Anstalt öf-

fentlichen Rechts. In der Stadt gibt es 14 kommunale Freibäder, einige in Vereinshand befindliche Anlagen, zwei Kinderbäder, etwas mehr als zwölf Strandbäder, davon nur sehr wenige kostenfrei. Das klingt erstmal nach viel. Schaut man auf die Einwohnerzahlen und die Nutzbarkeit, kommt man zu einer anderen Erkenntnis: Bäder, die von der Öffentlichkeit kaum bis gar nicht genutzt werden können, Öffnungszeiten, die sich immer wieder ändern, meist kürzer werden, und immer weitere Wege, um einfach mal zu schwimmen oder zu baden.

Die Zukunft der Bäder in Berlin

Geplant sind zwei Multifunktionsbäder. Eines, wie erwähnt, in Mariendorf, das andere in Pankow, mit jeweils mehr als 40 Millionen Euro. Bis zur Realisierung werden zehn Jahre vergangen und weitere Schwimmbäder werden untergegangen sein. Marode Schwimmbäder sind wenig geschätzt. In der touristischen Werbung sieht man nur das privat betriebene Badeschiff in Treptow.

Badeanstalten im Sinne der Hygiene existieren im kommunalen Bereich gar nicht mehr. Wer duschen will, weil kein Badezimmer zu Hause nutzbar ist, muss den Schwimmbadeintritt bezahlen. Die Hygiene in den Berliner Bädern wird von den Gesundheitsämtern der Bezirke kontrolliert. Die Verwaltung der Bäder obliegt den Berliner Bäderbetrieben als Landesunternehmen. Die Wasserflächennutzung, deren Vergabe für Vereine und Schulen, liegt bei den Bezirken.

Längst nicht mehr in jedem Bezirk ist die Daseinsvorsorge im Bereich Schwimmen für die Öffentlichkeit gewährleistet. Die größte Sportstudie⁽⁶⁾ in Berlin hat herausgefunden, dass die Bezirke zu mehr als 80 Prozent den Besuch des Schwimmbads individuell organisieren möchten und organisieren. Die Wege wurden weiter, viele bleiben den Bädern fern. Der Schwimmsport der Freizeitsportlerinnen und Freizeitsportler

⁶ Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Sport: Sportstudie Berlin 2017. Untersuchung zum Sportverhalten, Berlin 11/2018. Download: https://www.berlin.de/sen/inneres/sport/veroeffentlichungen-und-formulare/20181114_sportstudie-berlin-2017-2.pdf. (22.12.2020) Pressemitteilung vom 19.11.2018: Broschüre zu Deutschlands größter Sportstudie – 83 Prozent der Berlinerinnen und Berliner sind sport- und bewegungsaktiv. Download: <https://www.berlin.de/sen/inneres/presse/pressemitteilungen/2018/pressemitteilung.759296.php>. (22.12.2020)

steht nicht im Fokus. Berlin will keine Funktionsbäder, um so den Schwimmunterricht auszubauen, sondern die erwähnten Multifunktionsbauten. So kommt die Schwimmkultur in Berlin nicht voran.

Abgeschafft wurde im Laufe der Jahre auch die Badekappenpflicht. Die Pflicht, vor der Nutzung eines Schwimmbads zu duschen, besteht weiter. Abgeschafft wird sie von immer mehr Berlinerinnen und Berlinern.

2020 und die Pandemie

In diesem Ausnahmejahr wurde Hygiene einfachster Art – das Händewaschen – wieder zum Thema. Erschreckend, wie viele das offensichtlich nicht so richtig wussten. Nach der Schließung der Schwimmbäder im März öffneten ab Juni die Freibäder. Statt der Daseinsvorsorge mit einer differenzierten Tarifstruktur, also ermäßigten Tickets für Menschen mit geringem Einkommen, gab es einen hohen Einheitspreis, der 3,80 Euro für zwei Stunden betrug. Das schloss Tausende aus den Freibädern aus; zusätzlich konnte man, im Gegensatz zu anderen Kommunen, in Berlin nur online Tickets buchen. Viele der Ausgeschlossenen sind auch nicht mehr zurück gekommen in die Schwimmhallen, deren erste Öffnungen im August erfolgten. Die Tarifstruktur gilt wieder.

In Berlin hat sich vor drei Jahren ein Verband gegründet, der die Interessen der über 80 Prozent Berliner Schwimmerinnen und Schwimmer öffentlich macht, die ihren Badbesuch außerhalb des organisierten Vereinsschwimmens selbst gestalten und nie eine Lobby hatten. Der Verband der Berliner Bäderbesucher e. V.⁽⁷⁾ setzt sich dafür ein, dass Nutzerinnen und Nutzer der Bäder eingebunden werden in den Dialog und vor allem in die Entscheidungsprozesse, wohin die Stadt mit ihrer einzigartigen Bäderlandschaft will.

7 Vgl. <https://www.vdbbb.de/>

Schnaps ist gut gegen Cholera – gutes Trinkwasser ist aber auf die Dauer besser

Geplante Moderation: Peter Lassau, Berliner Geschichtswerkstatt e. V.
Geplanter Referent: Dr. Ludwig E. Gustafsson, Geologe

Die Veranstaltung fiel wegen des Corona-Virus aus.

Früh schon wurde in Berlin die Abwasserbehandlung als lebensnotwendig erkannt. Nur so konnte die Versorgung mit sauberem Wasser gesichert werden, was für Hygiene und gesundheitliche Fürsorge wachsender Städte mindestens so wichtig war wie die Entsorgung festen Abfalls. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war die Stadt Berlin und dann später Groß-Berlin vor neue Herausforderungen auf diesem

Gebiet gestellt, die nur durch die Installation einer Abwassersammlung und -reinigung zu lösen waren. Die Teilung Berlins nach dem Zweiten Weltkrieg hatte auch Auswirkungen auf die Abwasserbehandlung. Spannend zu erfahren, wie die Stadt diese Probleme meisterte bzw. wie sie bis auf den heutigen Tag damit umgeht.

Anstelle eines Veranstaltungsberichts

Peter Lassau

Interview mit Ludwig Gustafsson

Geplant war diese Veranstaltung für den 16. November 2020. Aber was bedeutet schon „Planung“ in Corona-Zeiten! Besonders kompliziert wurde die Sache dadurch, dass – dem Virus sei Dank – die Verbindung von Island, dem Heimatland unseres Referenten, nach Berlin gestört war. Besonders angesichts eines zunehmenden Zeitdrucks waren kreative Lösungen gefragt.

Das Ergebnis: Wir verzichteten auf die Durchführung einer Veranstaltung und anstelle eines Berichts, der ja gemäß unserer Konzeption die wesentlichen Inhalte eines Referats darlegt, führten wir per Internet ein Interview mit unserem Referenten, sodass der zeitliche Rahmen unserer Reihe eingehalten werden konnte und die Struktur der Broschüre gewahrt blieb.

Eine Live-Veranstaltung mit analoger Publikumsbeteiligung in der Goltzstraße 49 in Berlin-Schöneberg kann, hoffen wir, nachgeholt werden, wenn das Virus Geschichte ist.

Dr. Ludwig E. Gustafsson, gebürtiger Berliner, arbeitete nach dem Studienabschluss an der FU Berlin in der Umweltbehörde des Staates Island als Berater in



Dr. Ludwig E. Gustafsson in Island

Umweltfragen, mit Schwerpunkt auf Abfall und Abwasser. Er war jahrelang als Vertreter der Kommunen in einer vom Umweltminister eingesetzten Kommission mit der Neufassung der Abwassergesetzgebung betraut. Während seiner Tätigkeit als kommunaler Berater hat er einige Studienbesuche in Berlin durchgeführt, mit Schwerpunkt auf kommunaler und industrieller Abwasserbehandlung, und ist daher mit dem in Berlin praktizierten System gut vertraut.

„Trinkt lieber Bier als Wasser!“

BGW: Du bist in Berlin-Zehlendorf geboren und groß geworden. Inzwischen lebst du seit Langem in Island und besitzt die isländische Staatsbürgerschaft. Was fasziniert dich an diesem Land?

Die Landschaften, besonders die Vulkane, denn ich bin Geologe und habe mich schon im Studium für Vulkane interessiert. Aber ich bin auch gut in die isländische Gesellschaft gekommen, weil ich sofort intensiv die Sprache lernte. Außerdem bin ich als „Quereinsteiger“ gut angekommen, lange bevor es überhaupt diesen Begriff gab. In Island, besonders in ländlichen Gebieten, ist Quereinsteigen nicht nur üblich, sondern sogar notwendig, um die Entwicklung der Gesellschaft voranzutreiben. Island hat bis heute eine offene Gesellschaft, in der man immer noch die Ministerpräsidentin im Supermarkt treffen und mit ihr reden kann. Ich kenne sie von früher her durch meine Arbeit.

BGW: Woher rührt dein Interesse an Berlins Wasserversorgung und Abwassersystem?

Ich habe in Island 30 Jahre im Umweltschutz gearbeitet, für staatliche Institutionen und für die Kommunen. Innerhalb dieser Tätigkeit hatte ich auch mit Abwasserproblemen und Brauchwasserkontrolle zu tun. Im Rahmen von Studienreisen konnte ich mich u. a. auch in Berlin über Probleme der Abwasserreinigung informieren.

BGW: Was zeichnet die Kanalisation von Städten wie Köln oder Mainz aus?

In Mainz und Köln sind noch Reste der römischen Abwasserbeseitigungsanlagen in Betrieb bzw. man kann sie besichtigen und sich davon überzeugen, wie weit die Römer schon vor 2000 Jahren in der Abwasserbehandlung waren.

BGW: „Trinkt lieber Bier als Wasser!“ Das könnte eine Botschaft der deutschen Brauereilobby sein. Was steckt dahinter?

Bis ins späte 19. Jahrhundert war die Trinkwasserversorgung großer Teile der Bevölkerung, besonders in Städten, durch Keimverseuchung der Wasserbrunnen gefährdet, es kam immer wieder zu Epidemien. Be-

schäftigte von Bierbrauereien waren oft nicht davon betroffen, weil sie nur Bier tranken, welches nicht verseucht war.

BGW: Biologische Abfallstoffe, Stoffwechselprodukte können sinnvoll und gewinnbringend verwendet werden. Welche Auswirkungen hatte das auf die Abwasserproblematik?

Solange die Abfallmengen noch überschaubar waren, wurden menschliche Exkremente und andere Bioabfälle als Dünger verwendet. Erst als die Mengen mit dem Wachstum von Städten zu groß wurden, entstanden Probleme: wohin mit dem Abfall? Die Entsorgung stand jetzt im Vordergrund, es wurde auf die Straßen gekippt, in die Bäche und Flüsse. Erst als es richtig drastisch wurde, Epidemien um sich griffen und gewaltige Geruchsprobleme wie der „Great Stink“ von London 1858 die Parlamentsarbeit beeinträchtigten, entstand eine gelenkte Abwasser- und Abfallentsorgung. Mit den Rieselfeldern in Berlin konnte Abwasser z. B. wieder gewinnbringend behandelt werden.

BGW: Dem Mediziner Rudolf Virchow haben die Berliner viel zu verdanken. Was aber hat dieser Arzt mit der Berliner Kanalisation zu tun?

Virchow hat sich in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts als Kommissionsvorsitzender in Berlin für eine Abwasserbehandlung eingesetzt, für die es bereits Pläne gab. Er hat dafür gesorgt, dass der Baurat James Hobrecht wieder nach Berlin geholt wurde und dann seine Pläne zur Abwasserbehandlung umsetzen konnte.

BGW: James Hobrecht gilt als der Vater des Berliner Abwassersystems. Was ist das Besondere an seinem Plan?

Hobrechts Abwasserbehandlungsplan war sehr weit-sichtig und über die damaligen Grenzen Berlins hinaus gedacht. Er war es auch, der das Abwasserproblem nicht nur verlagern wollte, d. h. Abwässer weit außerhalb Berlins in die Spree einzuleiten, sondern die Abwässer auf sogenannte Rieselfelder zu leiten, auf denen sie als Dünger zum Einsatz kamen.

BGW: Welche Herausforderungen brachte die Bildung Groß-Berlins für dieses Abwassersystem mit sich? Welche Lösungen wurden gefunden?

Im Grunde genommen brauchte bei der Bildung von Groß-Berlin das Hobrechtsche Abwassersystem nicht radikal verändert zu werden, sondern man musste das System nur erweitern, z. B. durch weitere Pumpstationen. Die Rieselfelder lagen ja auch in Groß-Berlin an der Peripherie und wurden weiter betrieben, bis sich dort die Schadstofflasten bemerkbar machten.

BGW: Wie steht es um die Nachhaltigkeit des Hobrechtschen Systems? Die Rieselfelder z. B. sind ver-

schwunden. Werden da nicht Belastungsgrenzen deutlich?

Im 20. Jahrhundert änderte sich die Zusammensetzung des Abwassers deutlich, es gelangten zunehmend Schadstoffe, wie z. B. Schwermetalle, und dann noch später organische, schwer abbaubare Stoffe in das Abwasser, die sich auf den Rieselfeldern konzentrierten. Deswegen musste die Abwasserbehandlung geändert werden; anstelle der Einleitung auf Rieselfelder kam die aufwändige Reinigung des Abwassers in heute sechs zentralen Abwasserkläranlagen. Die aus dem Abwasser geklärten Feststoffreste werden heute verbrannt.

Vortrag

Dr. Ludwig E. Gustafsson, Geologe

Schnaps ist gut gegen Cholera – gutes Trinkwasser ist aber auf die Dauer besser

Wie Berlin die Behandlung von Abwasser in den Griff bekommt

1. Einführung

Berlin erlebte im 19. Jahrhundert als Hauptstadt Preußens und später des deutschen Kaiserreichs nach 1871 eine Verzehnfachung seiner Einwohnerzahl. Dies geschah als Folge der wachsenden Industrialisierung, die immer mehr Menschen in die Stadt zog. Da ist es nicht verwunderlich, dass diesem Wachstum durch Planung Rechnung getragen wurde. Planung von Land, das es zu besiedeln galt, aber auch Planung der Infrastruktur, die mit der Größe der Stadt Schritt halten musste. Dabei musste man auch endlich ein Problem behandeln, das schon Jahrhunderte alle größeren Siedlungen plagte: Wie man am besten die menschlichen Abfälle loswerden bzw. behandeln könnte. Genauer gesagt handelte es sich um drei Probleme: die Wiederverwertung bzw. Entsorgung der Abfälle, das Geruchsproblem und die immer wieder

auf tretenden Seuchen und Krankheiten. Es gab zwar den Verdacht, dass Typhus und andere krankmachende Seuchen etwas mit dem Wasser zu tun hätten, aber man wusste nur wenig oder gar nichts über die Krankheiten, die eine ungenügende Behandlung von Abfällen zur Folge hatte. Da Brunnen für die Brauchwasserversorgung in Dörfern und Städten zentral lagen und nicht sehr tief waren, kann man sich leicht vorstellen, wie überall versickernde Exkremete diese Brunnen vergifteten.

Die Belastung in Form von üblen Gerüchen muss jedoch ein fast tägliches Problem gewesen sein. Bei mehreren hunderttausend Einwohnern von Berlin in der Mitte des 19. Jahrhunderts dürften pro Tag etwa 80 Tonnen an festen und etwa 600 Kubikmeter an flüssigen Ausscheidungen angefallen sein. In diesen Zahlen sind noch nicht einmal tierische Exkremen-



Desinfektionskolonne mit Chlorkalkkarren während der Cholera-Epidemie in Hamburg, 1892

te enthalten, und Tierhaltung war zu dieser Zeit in Städten weit verbreitet. Was an Ausscheidungen nicht wiederverwertbar war, gelangte zumeist an Orte, die für deren Aufnahme sehr ungeeignet waren, also auf die Straßen und Plätze sowie in die nächstgelegenen Gewässer. Das sollte sich in Berlin erst grundlegend ändern, als in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts der Baurat James Hobrecht sich der Aufgabe annahm, die Behandlung der Abwässer für die Stadt Berlin zu lösen.

2. Das Problem Abwasser in früheren Zeiten

Schon früh scheinen die Menschen an die Regelung von Wasser- und Abwasserversorgung gedacht zu haben. Man hat über 4000 Jahre alte Kanalisationssysteme in den Siedlungsgebieten des Indus und im Zweistromland gefunden. Auch aus China sind Beispiele von frühen Kanalisationen bekannt. In Europa waren die Römer und Griechen auf diesem Gebiet führend. Bereits in den Anfängen des Römischen Reiches um 500 vor Christi Geburt dachte man in der Stadt Rom an eine geregelte Wasserversorgung. Das begann mit der Anlage von Wasserläufen in dem ständig wachsenden Stadtgebiet und fand seinen Höhepunkt in der Cloaca Maxima, einer unterirdischen Kanalisation unter der Stadtmitte von Rom mit ihren Foren. Teile dieser Kanalisation sind auch heute noch in Gebrauch. Ursprünglich als Frischwasserlauf gedacht, entstand erst später mit der dichten Besiedlung Roms anstelle der Wasserläufe ein System unterirdischer

Abwasserkanäle, deren Hauptader die Cloaca Maxima wurde. Die Römer, jedenfalls die Teile der Bevölkerung, die es sich leisten konnten, waren sehr auf persönliche Reinheit bedacht. Sowohl Toiletten mit fließendem Wasser als auch Badehäuser waren keine Seltenheit und wurden überall angelegt, sogar in den Militärlagern des römischen Heeres. Auch anderswo im Römischen Reich gab es in größeren Städten unterirdische Kanalisationen, wie z. B. in Köln.

Im Mittelalter scheinen die Errungenschaften der Römer weitestgehend in Vergessenheit geraten zu sein, denn vielerorts gab es keine zentralen Lösungen für die anfallenden Abwässer, sondern oft nur die lokale Entsorgung in Gruben, in Rinnen an den Grundstücksgrenzen, auf die Straßen und Wege innerhalb von Dörfern und Städten und in alle verfügbaren Wasserläufe. Allerdings wurde auch ein nicht unbeträchtlicher Teil der Abfallstoffe einer Wiederverwendung zugeführt. Urin wurde in den zahlreichen Gerbereien gebraucht und feste Exkremate fanden als Dünger Verwendung. Dass diese unregelmäßigen Entsorgungen zur Verseuchung von Trinkwasser führten, muss den Leuten bewusst gewesen sein, denn es finden sich viele Hinweise darauf, dass man eher z. B. Bier als Wasser trinken sollte, weil viele Menschen nach dem Trinken von Wasser erkrankten.

Natürlich sind auch zahllose Versuche bekannt, das Problem zentral zu lösen, was jedoch in Europa erst im 19. Jahrhundert geschah, als viele Städte so groß wurden, dass das Entsorgungsproblem unübersehbar (und „unüberriechbar“) wurde. Auch brachen jetzt immer wieder Choleraepidemien aus, die immer mehr Opfer forderten, bei denen man jedoch die Ursachen noch nicht kannte. Die Cholera war auch erst seit 1830 in Europa bekannt, wohin sie vermutlich über Nordafrika gelangte. Die gängige Erklärung für viele Krankheiten dieser Zeit war, dass sie, wie die Cholera, durch üble Ausdünstungen, sogenannte Miasmen, zustande kämen. Man stellte sich diese Miasmen als gesichtslose Wesen vor.

Die ersten Erkenntnisse von Ärzten aus der Mitte des 19. Jahrhunderts wurden noch schlicht negiert, wie die Untersuchung von Dr. John Snow aus dem Jahre 1854. Er konnte eine Choleraepidemie in London auf die Wasserentnahme aus Brunnen in einem eng abgegrenzten Gebiet zurückführen und hatte den Ver-

dacht, dass Abwässer den Brunnen verseuchten. Er fand jedoch kein Gehör. Es brauchte einen heißen Sommer 1858 und das, was damals „The Great Stink“ genannt wurde, um das englische Parlament endgültig wachzurütteln, welches ja, wie bekannt, direkt neben der Themse tagt, die damals beinahe austrocknete und daher fast nur noch aus übelriechenden Abwässern aus Wohngebieten und Industrieanlagen bestand. Die Zeit für einschneidende Lösungen war gekommen.

3. Berlin wird Großstadt – und bekommt eine fortschrittliche Abwasserbehandlung

Wie schon erwähnt, wuchs die Bevölkerung Berlins im 19. Jahrhundert rasant, unter anderem wegen der um 1840 einsetzenden Industrialisierung. Zu Anfang dieses Jahrhunderts war Berlin die Hauptstadt Preußens, einer europäischen Großmacht, die es jedoch nicht vermochte, dem Ansturm Frankreichs unter Napoleon standzuhalten. Diesem Ansturm fiel auch das einstmals starke Heilige Römische Reich deutscher Nation zum Opfer, das die letzten Jahrhunderte allerdings nur noch dem Namen nach existiert hatte. Erst als Preußen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wieder erstarkte und sich zur führenden Macht unter den vielen Staaten, die auf dem deutschen Sprachgebiet lagen, entwickelte, kam es zur Bildung eines neuen deutschen Reiches. Nach dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71 konstituierte sich das deutsche Kaiserreich mit dem preußischen König Wilhelm I. als Kaiser und Berlin als Hauptstadt des neuen Reiches. Jetzt wohnten schon über 800.000 Menschen in Berlin und mit den (noch) selbstständigen Gemeinden im Umland waren es schon mehr als eine Million.

Weil in der schnell wachsenden Stadt auch viel mehr Wasser verbraucht wurde, wurde das Abwasserproblem gravierend, wie in anderen europäischen Großstädten auch. In London wurde bereits seit 1830 an einer Kanalisation gearbeitet; es dauerte aber in London, Berlin, Paris und anderen Metropolen Jahrzehnte, bis endlich flächendeckende Lösungen gefunden wurden – von den zahlreichen anderen Städten, die auch im Wachstum begriffen waren, ganz zu schweigen. Solange es Bäche und Flüsse gab, in die man die Abwässer kippen konnte, oder man Abfälle als Dün-

ger verwenden konnte, schien die Bereitschaft der Menschen eher gering gewesen zu sein, ihre Steuer-gelder für eine zentrale Abwasserentsorgung zu verwenden. Hauseigentümer scheuten die Kosten, und die Bürger wollten ihre Fäkalien, welche sie selber als Dünger brauchten oder verkauften, nicht an die Stadtverwaltungen abtreten. Als Basels Cloaca Maxima diente der damals noch offene Lauf des kleinen Flusses Birsig, der, aus Frankreich kommend, bei der Stadt in den Rhein mündete. 1876 bzw. 1881 lehnten die Basler Stimmbürger noch ein Kanalisationsgesetz und die Sanierung des Birsig ab. Erst 1896 bewilligte das Volk die Einführung der Kanalisation. Basel verkörpert in dieser Zeit das Beispiel einer unkontrollierten Entwicklung, zumal dem teils privaten Ausbau der Wasserversorgung keine Anpassung der Entsorgung folgte.

In Berlin gab es für die menschlichen Exkreme die sogenannten Abtritte auf den Innenhöfen der Gebäude, Plumpsklos oder Dunggruben, je nachdem, wie man es nennen will, die jedoch regelmäßig geleert werden mussten, was nicht immer rechtzeitig geschah. Dort, wo schon Wasserleitungen die Häuser mit Brauchwasser versorgten, gelangten Abwässer auch aus den Häusern auf die Straßen. Der Straßendamm lag daher tiefer als die Bürgersteige; an beiden Seiten des Damms lagen die Rinnsteine, in die die Abwässer ablaufen sollten. Daneben floss Regenwasser aus an den Häusern angebrachten Rinnen auf die Bürgersteige und dann in die Rinnsteine.

Nun gibt es in Berlin kein nennenswertes Gefälle in der Landschaft, sodass die Abwässer manchmal nur träge oder gar nicht abließen, sondern sich zeitweise aufstauten. Auch einige unterirdische Abwasserkanäle wurden angelegt, allerdings eher zufällig, und ohne dass schon ein zentrales System existierte. Auch in diesen Kanälen gab es die Probleme mit dem Stau von Abwässern. Richtig funktioniert haben Rinnsteine und Kanäle vielleicht nur in der Nähe von fließenden Gewässern, zu denen es ein natürliches Gefälle gab. Allerdings mit der Folge, dass diese dann verschmutzt wurden.

Im Sommer konnten sich durch aufgestaute Abwässer an vielen Stellen Fäulnisherde bilden, die natürlich bei höheren Temperaturen zum Himmel stanken, Ratten anzogen und eine Gefahr für die allgemeine Gesund-

heit darstellten. Die genauen Ursachen von immer wieder auftretenden Krankheiten und Seuchen konnte man eben noch nicht. Diese wurden, wie man heute weiß, durch Viren und Bakterien ausgelöst, nicht durch die schon erwähnten „Miasmen“. Im Winter konnten alle Abwässer einfrieren und sich in gefährliche Rutschbahnen verwandeln.

In seinem 1796 erschienenen Buch „Versuch einer medicinischen Topographie von Berlin“ schreibt Ludwig Formey, zu dieser Zeit Leibarzt des preußischen Königs:

„Das Wasser der Spree ist ein weiches, süßes und helles Wasser, das zum Trinken und Kochen der Speisen zwar selten gebraucht wird, woraus aber unsere häufig genossenen Biere gebrauet werden. Es ist daher ein in jeder Rücksicht unverantwortlicher und höchst schädlicher Missbrauch, dass die Nachteimer in die Spree ausgegossen werden, wodurch nicht allein in der Nachbarschaft des Flusses, sondern über einen großen Teil der Stadt ein ebenso unangenehmer als der Gesundheit nachtheiliger Geruch verbreitet wird, und wodurch zugleich das Wasser auf die abscheulichste Art verunreinigt [...] wird. Der Strom, welcher an sich nicht wasserreich ist, wird in den Sommermonaten sehr klein, so daß die damit verbundenen Gräben fast gänzlich vertrocknen.

Dem ungeachtet wird der Unrath ebenso häufig in diesen als in den übrigen Monaten hineingeschüttet. Dazu kommt noch, daß die Nachteimer nicht mitten in den Stroh, wo der Unrath noch leicht weggespült werden könnte, sondern auf die Seiten, wo er oft lange liegen bleibt, oder sogar in die Schleusen, die des Nachts geschlossen bleiben, ausgeschüttet werden. Hier häuft er sich an, und erfüllt die Luft mit schädlichen Dünsten, die zur Ausbreitung verschiedener Krankheiten, zumal der Ruhr, viel beitragen. Großinger [...] behauptet: Berlin würde jährlich 200 Menschen weniger auf seiner Todtenliste haben, wenn man aufhörte, die Nachteimer in die Spree auszuleeren, und Büsching ist ebenfalls dieser Meinung.“

Formey beklagt sich auch darüber, dass die sonst allgegenwärtige Polizei bei diesen „Entsorgungen“ viel zu wenig einschreite, trotz zahlreicher Eingaben des Seuchenoberarztes diesbezüglich. Er erwähnt auch die Möglichkeit, diese Abfälle doch in der Landwirt-

schaft zu verwenden, was andernorts geschehe, z. B. in Paris. Schon im Jahre 1842 hatte in einem Vortrag der Mathematiker und Baurat August Leopold Crelle seine Vorstellungen einer zentralen Abwasser Versorgung für Berlin skizziert. Nach diesem Plan sollten die Abwässer unterirdisch in Kanäle mit Gefälle geleitet werden, um sie dann in elf Pumpwerken an die Oberfläche entweder in die Spree oder den schon existierenden Landwehrkanal abzuleiten. Neu an diesen Ausführungen waren die Idee einer dezentralisierten Sammlung von Abwässern, die den lokalen topographischen Verhältnissen angepasst war, sowie die Notwendigkeit eines Gefälles in den Kanalsystemen, um Aufstauungen zu vermeiden. Das hatte zur Folge, dass die Sammelpunkte der Kanalisation unter dem Niveau der Flussläufe der Spree und/oder des Landwehrkanals lagen, in die die Abwässer geleitet werden sollten.

Dampfbetriebene Pumpwerke an den Sammelpunkten würden die Abwässer aus der Tiefe an die Oberfläche befördern, von wo sie dann in die genannten Gewässer geleitet würden. Crelle war auch der Ansicht, dass eine Kanalisation eine kommunale Aufgabe sei. Nur im Falle mangelnder öffentlicher Finanzen sollten auch private Geldgeber einspringen können. Viele der Ideen Crelles tauchen dann später bei James Hobrecht auf, dem Baumeister der Berliner Kanalisation. Es ist aber nicht bekannt, inwieweit Hobrecht von den Ideen Crelles wusste. Leider fand Crelle zu seiner Zeit noch kein Gehör. Es vergingen noch einige Jahrzehnte, bis ein Kanalisationssystem in Berlin entstand.

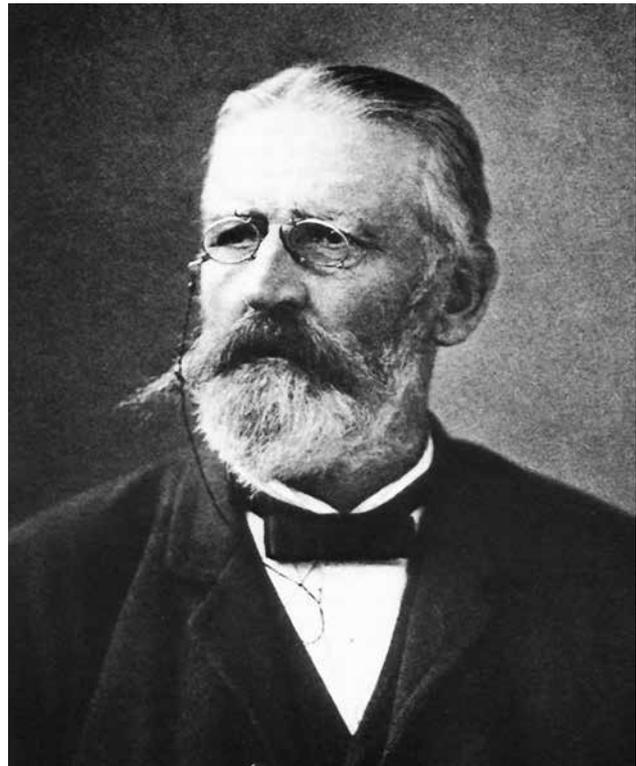
Im Jahre 1860 wurde der Bauingenieur Eduard Salomon Wiebe mit der Planung einer Kanalisation beauftragt. Wiebe und einige andere Fachleute, darunter auch James Hobrecht, besuchten im selben Jahr auf einer Reise einige Städte in Frankreich und England und informierten sich über die neuesten Entwicklungen des Kanalisationsbaus. Wiebe hatte die Absicht, in Berlin ein Kanalsystem bauen zu lassen, welches dem Londoner System nachempfunden war. Nach dem englischen Vorbild sollten in allen Häusern Wasserklosetts eingebaut werden anstelle der bis dato verwendeten Abtrittsgruben hinter den Häusern. Diese Abtrittsgruben wurden ja, wie schon erwähnt, in vielen Fällen nur selten geleert und dann unter hygienisch sehr fragwürdigen Bedingungen, was Wiebe als größte Gefahr für die Gesundheit einstufte. Die nun

durch den erhöhten Wasserverbrauch anfallenden Abwassermengen sollten durch ein unterirdisches Rohrleitungssystem in zwei große Kanäle fließen und dann aus der Stadt Richtung Westen transportiert und ungeklärt in die Spree geleitet werden.

Dieser Plan, schon nach einem Jahr vorgelegt, wurde von verschiedener Seite kritisiert. Unter anderem wurde auf Einsturzgefahr von Gebäuden hingewiesen, die der Kanalbau verursachen könnte. Weiterhin wurden die zu erwartenden hohen Kosten moniert. Eine im Jahre 1861 vom Landwirtschaftsministerium eingesetzte Kommission kam 1865 zu dem Ergebnis, die Abtritte durch Tonnen zu ersetzen, die leichter abzutransportieren seien, da man den Dung in der Landwirtschaft einzusetzen gedachte, und ihn nicht, wie von Wiebe geplant, letztlich in die Spree spülen wollte. Wiebe wandte sich gegen diese Vorschläge und erhielt im Mai 1866 vom Magistrat der Stadt Berlin Unterstützung für seine Pläne. Im Dezember 1866 lehnte die Stadtverordnetenversammlung Wiebes Pläne jedoch endgültig ab, weil ihr einige wichtige Punkte für eine künftige Kanalisation unklar erschienen. Zum Beispiel der Vorzug einer Kanalisation gegenüber dem Abtransport von Dung aus Tonnen oder Gruben. Der Magistrat wurde aufgefordert, das Problem neu zu überdenken.

Seit 1865 hatten sich auch Mediziner in die Diskussion um eine Klärung des Abwasserproblems eingemischt. Eine Kommission, der auch Rudolf Virchow angehörte, lehnte die von Wiebe vorgesehene Einleitung von Abwässern in die Spree ab und forderte ihre Reinigung. Zum Glück für die Berliner wurde der seit 1856 als Professor an der Universität Berlin tätige Arzt, Anthropologe und Politiker (in dieser Reihenfolge) Rudolf Virchow eine maßgebende Figur für die Lösung des immer dringender werdenden Abwasserproblems. Virchow leitete seit 1867 eine Kommission von Stadtverordneten und Magistratsangehörigen, die alle bis dato vorgelegten Pläne begutachten und einen endgültigen Vorschlag vorlegen sollte.

Am 19. Mai 1869 war es soweit. Der fast zehnjährige Streit über die angemessenste Abwasserbehandlung fand ein Ende mit dem Beschluss, den Bau der Berliner Kanalisation in die Wege zu leiten. Der Baurat James Hobrecht wurde mit dieser Aufgabe betraut. Man darf annehmen, dass Rudolf Virchow als Kom-



© wikipedia, Suchbegriff: James Hobrecht

James Hobrecht, Aufnahme um 1890

missionsleiter entscheidenden Einfluss darauf hatte, dass James Hobrecht wieder nach Berlin berufen wurde.

Wer war dieser James Hobrecht?

James Friedrich Ludolf Hobrecht wurde am 31. Dezember 1825 in Memel geboren und studierte an der Berliner Bauakademie. Nach Ausbildung zum Bauführer und Bauingenieur wurde er im Jahre 1858 als Regierungsbaumeister bei der Königlichen Polizei in Berlin eingestellt und schon zu Beginn des Jahres 1859 Vorsitzender einer Kommission, die den später nach ihm benannten Hobrecht-Plan (wörtlich: Bebauungsplan der Umgebungen Berlins) ausarbeiten sollte. Dieser Plan trat dann im Jahre 1862 in Kraft. Er war „nur“ ein sogenannter Fluchtlinienplan, d. h. ein Plan anzulegender Verkehrslinien. Wie die Flächen zwischen den Verkehrslinien bebaut werden sollten, regelte die schon aus dem 17. Jahrhundert stammende, jedoch im Jahre 1853 entscheidend veränderte Bauordnung. Diese wiederum drehte sich jetzt hauptsächlich um Feuerschutz.

Sowohl Bauordnung als auch Bebauungsplan waren staatliche Regelungen, die der Stadt Berlin zunächst kaum Spielraum ließen. Für die Bauordnung war ja die Polizei zuständig, und der Bebauungsplan wurde vom preußischen König Wilhelm I. initiiert. Ohne genauere Ausführungsbestimmungen in der Bauordnung entstanden so „Mietskasernen“ genannte Hauserblöcke, die eine sehr dichte Belegung ermöglichten. Der Raum zwischen den Straßen durfte mit Gebäuden gefüllt werden, welche sich um Hinterhöfe gruppierten, die 5,34 Meter im Quadrat maßen. Das war der kleinstmögliche Wenderadius einer damaligen Feuerspritze. So war es kein Wunder, dass in der Folgezeit Zehntausende von Berlinern auf engstem Raum unter menschenunwürdigen Bedingungen zusammen „leben“ mussten, weil Grundstücksbesitzer und Bauspekulanten freie Hand hatten.

Man hat den Hobrecht-Plan viel kritisiert; eine der bekanntesten Kritiken kann man in dem Buch „Das steinerne Berlin“ von Werner Hegemann aus dem Jahre 1930 nachlesen. Man findet aber in diesem Buch auch eine generelle Abrechnung mit der Stadt Berlin, die nach Hegemann eigentlich nie hätte Hauptstadt eines Deutschen Reiches werden sollen. Diese Rolle hätte nach Hegemann dem viel älteren und zentraler gelegenen Wien zugestanden. Er kritisiert natürlich auch Hobrechts Plan, mokiert sich sogar darüber, dass ein eher unbedeutender Baurat frisch aus der Ausbildung die Planung der Hauptstadt des Deutschen Reiches übernehmen durfte. Hobrecht trug jedoch keine Verantwortung für die Bauweise der Mietskasernen. Heute gilt er allgemein als eher fortschrittlicher Planer. Für eines jedoch dürften ihm die Berliner von Anfang an dankbar gewesen sein, nämlich für seinen Plan einer Abwasserbehandlung für ganz Berlin und Umgebung und dessen Ausführung, der revolutionär war und vermutlich vielen Menschen das Leben rettete. Zunächst wurde Hobrecht jedoch schon im Jahre 1861 in Berlin wieder gekündigt und er wechselte nach Stettin, bevor er 1869 erneut, vermutlich auf Veranlassung Rudolf Virchows, nach Berlin zurückkehrte.

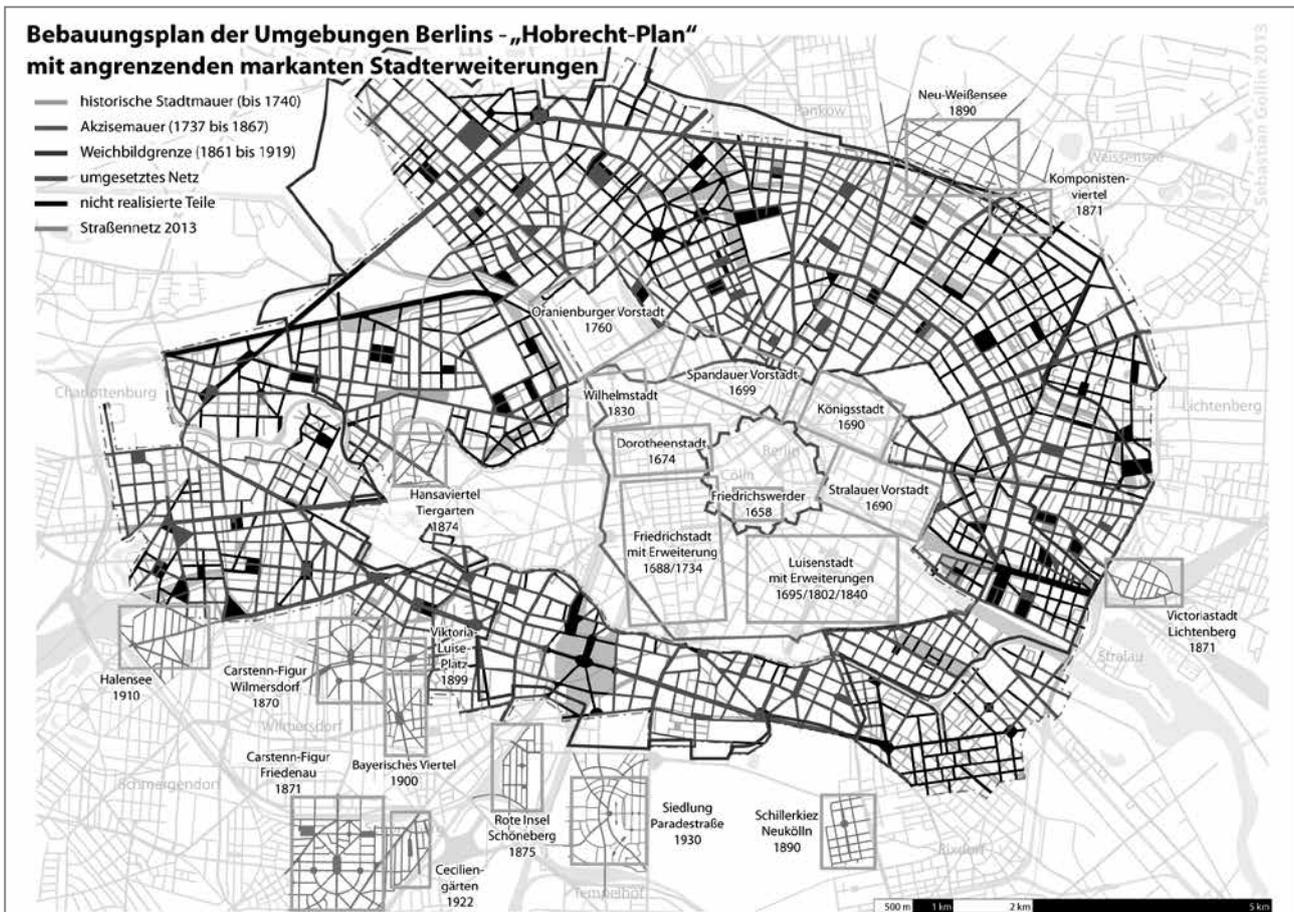
Hobrechts Absichten waren andere als die von Wiebe. Er wollte das Problem der Abwasserreinigung lösen und nicht durch Einleiten in ein entfernteres Gewässer verlagern, d. h. er wollte die Abwässer unschädlich machen, sodass sie keine Gefahr mehr für die Ge-

sundheit der Bewohner Berlins und seiner Umgebung darstellten. In seinem im Jahre 1884 veröffentlichten Buch mit dem Titel „Die Canalisation von Berlin“ beschreibt er, was er den Deputierten der Stadt bereits nach zwei Jahren (1871) als seine Hauptidee vorlegen wollte: „... die Stadt in mehrere Entwässerungsgebiete zu zerlegen und jedes einzelne derselben mit einem unabhängigen Kanalsystem, dessen Mündung in der Peripherie des betreffenden Stadttheils gelegen ist, zu versehen.“

Es sollten also mehrere Kanalsysteme entstehen, die unabhängig voneinander betrieben werden konnten, sodass z. B. Schäden in einem System nicht die Abwasserableitung insgesamt gefährden würden. Außerdem hätten kleinere Systeme den Vorteil, dass sie die lokalen topographischen Gegebenheiten besser ausnützen könnten. Längere und tiefere Kanäle würden auf diese Weise nicht notwendig, was sich wiederum als kostengünstiger herausstellen würde. Jeder oder fast jeder Stadtteil würde so sein eigenes Abwassersystem erhalten.

Die zweite von Hobrecht verfolgte Idee waren die sogenannten Rieselfelder. Mit seinen Worten: „Endlich läßt sich bei einer Berieselung das Schmutzwasser jedes einzelnen Stadttheiles an einen anderen Punkt der Umgebungen leiten, und diejenigen, welche von der Anlage eines Rieselfeldes zur Berieselung eine unerträgliche Verpestung der betreffenden Gegend befürchten, erhalten die Garantie, daß an keiner Stelle eine zu große Menge von Schmutzwasser über die Äcker entleert wird.“ Eine dezentrale Kanalisation würde somit kein einzelnes ausgedehntes Rieselfeld erfordern, welches die Gefahr einer Verpestung der Umgebung zur Folge haben könnte, sondern viele kleinere Rieselfelder mit überschaubaren Abwassermengen.

Nachdem er 1869 den Auftrag für die Berliner Kanalisation bekommen hatte, ließ er schon wenige Wochen später ein fünf Morgen (12.500 m² = 1,25 Hektar) großes Militärgelände in der Nähe des Kreuzbergs pachten, auf dem ab 1870 Berieselungsversuche stattfanden. Die ersten Versuche waren erfolgversprechend, das Heu der ersten Grasflächen kam gut an, auch die nachfolgenden Versuche mit Gemüseanbau verliefen zufriedenstellend. Selbst strenger Frost in den ersten Winterversuchen hatte keine negativen Auswirkungen.



© Wikipedia, Arche-foto, Burkhart Rütchel

Bebauungsplan der Umgebungen Berlins, Hobrecht-Plan, 1862

gen. Hobrecht legte schon 1871, noch vor Ende der intensiven Versuchsphase, seinen Plan einer Abwasserbehandlung vor den Magistrat, der dann am 16. November 1872 den Stadtverordneten die Annahme dieses Plans empfahl. Auch der Kommissionsbericht von Rudolf Virchow im Dezember 1872 kam zu dem gleichen Ergebnis.

Am 6. März 1873 beschloss der Magistrat die Ausführung des Hobrechtschen Plans als Bauprojekt, am 15. Mai 1873 folgte der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung. Mit diesem Beschluss erging die Auflage, den Bau des Radialsystems III unverzüglich in die Wege zu leiten. Dafür wurden Mittel in Höhe von sechs Millionen Mark freigegeben. Das Radialsystem III umfasste die Friedrichstadt, die Dorotheenstadt, Alt-Cölln und das Tiergartenviertel. Es hatte eine Fläche von 390 Hektar (= 3,9 km²). Nach der Volkszählung von 1875 bestanden dort 3000 Grundstücke mit 106.361 Einwohnern. Es war das am dichtesten besiedelte Gebiet des damaligen Berlin.

Hobrecht leitete also in den nächsten Jahrzehnten in Berlin den Bau der als Radialsysteme bekanntgewordenen Kanalisation. Die zwölf Hobrechtschen Teilsysteme erfassen das Gebiet innerhalb der damaligen Stadtgrenzen Berlins. Es entspricht etwa dem Gebiet der ehemaligen Bezirke Mitte, Friedrichshain, Prenzlauer Berg, Wedding, Tiergarten, Schöneberg und Kreuzberg. Die geplanten Radialsysteme I, II, III, VI und VII liegen links, die Systeme IV, V und VIII bis XII rechts der Spree. Die im Randgebiet befindlichen Systeme VI bis XII sind nach den Stadtgrenzen hin offen, also auf künftige Erweiterungen angelegt.

Am 14. August 1873 erfolgte der erste Spatenstich für den Bau der Kanalisation und des Pumpwerks III in der Schöneberger Straße, Nähe Hallesches Ufer. 1874 kaufte die Stadt Berlin die Güter Osdorf und Friederikenhof, um dort Rieselfelder anzulegen. Noch am Ende des Jahres 1875 begann die Beschickung der Rieselfelder mit Abwasser. Im ersten Betriebsjahr wurden 1,2 Mio. m³ Abwasser nach Osdorf und Frie-



Pumpwerk III, das Abwasserpumpwerk in Berlin-Kreuzberg, 2006

derikenhof gefördert. Am 31. Dezember 1876 waren 30,5 km Steinzeugrohre und 8,3 km gemauerte Kanäle gelegt und 1025 Grundstücke an die Kanalisation angeschlossen. Am 1. Januar 1878 war das Radialsystem III mit einer Kanallänge von 80 km und 2415 angeschlossenen Grundstücken fertiggestellt. Dieser Tag gilt als das offizielle Datum der Inbetriebnahme der Berliner Kanalisation. Noch heute, 150 Jahre nach Hobrechts Entwurf, funktionieren die Systeme einwandfrei, und alle seitdem entstandenen Erweiterungen bauen auf diesem Schema auf oder nutzen seine Grundzüge.

Die auffälligsten Bauten der Radialsysteme stellten die Pumpwerke dar, die ja auch als einzige an der Oberfläche lagen, wenn man von den eher unspektakulären Rieselfeldern absieht. Die Pumpwerke wurden zunächst mit Dampfkraft betrieben, bevor sie später elektrifiziert wurden. Das letzte der Pumpwerke, die Nr. XI, wurde 1909 fertiggestellt. Es war bis zum Jahre 2002 in Betrieb. Das Gebäude steht heute unter Denk-

malschutz. Für den weiteren Ausbau der Kanalisation waren also Rieselfelder notwendig, welche in den nächsten Jahrzehnten in den Umgebungen von Berlin angelegt wurden, um im Sprachduktus von Hobrecht zu bleiben, der das Wort „Umgebung“ im Plural benutzte, was heutzutage nicht mehr üblich ist. Von Anfang an waren die Rieselfelder als landwirtschaftliche Betriebe geplant. Das erste von 20 Großrieselfeldern entstand 1876 in Osdorf, das damals im Süden rund zehn Kilometer vor den Toren Berlins lag und heute unmittelbar außerhalb der Stadtgrenze.

Es folgten Rieselfelder im Nordosten: 1884 in Falkenberg (heute ein Ortsteil des Bezirks Lichtenberg), 1886 in Hellersdorf und Malchow. 1887 waren 1,15 Millionen Berliner an das Rieselfeldsystem angeschlossen, das 42 Millionen m³ Abwasser pro Jahr bewältigte. Die Rate der Typhustoten, die Anfang der 1870er-Jahre noch bei über zehn Toten pro 10.000 Einwohner lag, war unterdessen auf unter drei pro 10.000 gesunken. Als eigenständige Gemeinde kaufte Charlotten-



© Wikipedia, Bodo Kubrak

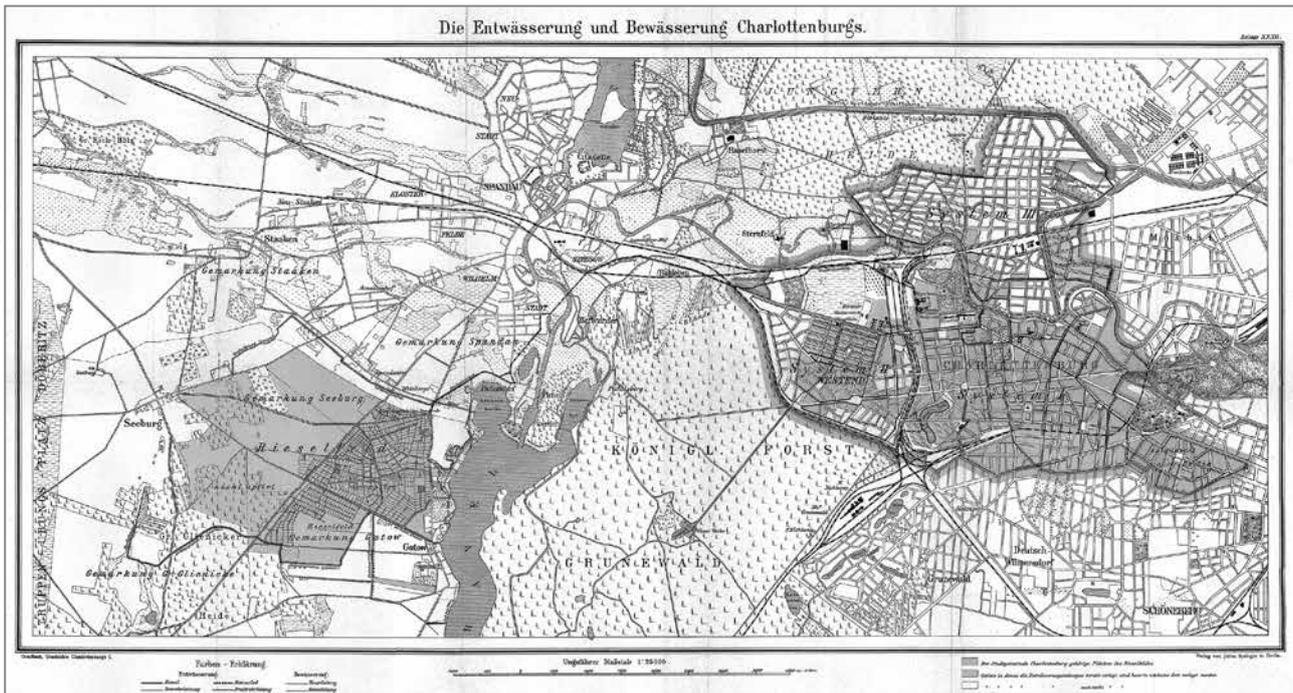
Pumpwerk XI, das Abwasserpumpwerk Erich-Weinert-Straße in Berlin Prenzlauerberg, 2016

burg im Jahr 1886 Ländereien in den Gemarkungen Gatow, Seeburg, Spandau, Staaken und Groß Glienicke, die später das Rieselfeld Karolinenhöhe bildeten.

1890 folgten dann weitere Rieselfelder in Blankenfelde, in Sputendorf (heute zu Stahnsdorf), in Kleinziethen und in Waßmannsdorf (heute beide Ortsteile von Schönefeld). 1893 kamen Schönerlinde (heute zu Wandlitz) und Großbeeren hinzu. Damit standen 5595 Hektar Rieselflächen zur Verfügung; 144 Kilometer unterirdische Kanäle und 584 Kilometer Rohrleitungen waren bis dahin verlegt worden. Der größte Rieselfelderkomplex entstand 1898 in Buch und dem benachbarten, nach James Hobrecht benannten Hobrechtsfelde, wo zusammen 37 Millionen m³ Abwasser im Jahr gereinigt wurden. Bis zum Ersten Weltkrieg folgten noch weitere Anlagen in Großziethen (1902), Deutsch Wusterhausen (1903), Boddinsfelde (1905), Münchehofe (1907), Tasdorf (1910), Mühlenbeck (1910) und als 20. und letztes Rieselfeld Wansdorf (1912).

Was genau geht in Rieselfeldern vor sich? Es war schon lange bekannt, dass der Erdboden verschmutztes Wasser reinigen kann, noch bevor man genau wusste, welche Prozesse in den Böden abliefen. Erdboden wirkt einmal auf Abwässer wie ein Sieb, das heißt, dass er Partikel zurückhalten kann, während das Wasser weiter durch den Boden läuft. Zweitens findet zwischen Abwässern und dem Boden chemischer Stoffaustausch statt. Dieser ist wichtig, besonders wenn es sich um organische Schadstoffe handelt, die sich dabei in ungefährliche Stoffe verwandeln. Deshalb ist das in den Abzugsgraben gelangte Sickerwasser meistens so rein oder geklärt, dass es für den Vorfluter, also einen Bach oder einen Fluss, keine Gefahr mehr darstellt.

Nun sind die Böden unterschiedlich geeignet, um als Rieselfelder zu wirken. Je dichter ein Bodenmaterial ist, desto weniger eignet es sich für ein Rieselfeld. Tonige und lehmige Böden stauen Abwässer eher auf und sind deshalb weniger oder gar nicht geeignet. Ber-



Karte der Stadt Charlottenburg um 1900 mit ihrem Kanalsystem und den dazugehörigen Rieselfeldern im heutigen Spandau, in anliegenden Gemeinden und in Brandenburg. Die Rieselfelder sind unter dem Namen Karolinenhöhe bekannt.

lin hat den Vorzug, dass die obersten Bodenschichten an den meisten Stellen sandig sind. Sandiger Boden eignet sich am besten für Rieselfelder und deswegen ist dieses Abwasserreinigungsverfahren in Berlin und Umgebung angewandt worden. Da die Abwässer zunächst ausschließlich oder überwiegend aus Wohnhäusern stammten, konnten sie auf den Rieselfeldern als Dünger Verwendung finden. Rieselfelder waren daher Ende des 19. und bis ins 20. Jahrhundert hinein für die Stadt Berlin wichtige Produktionsstätten für Gemüse und Obst. Erst als auch immer mehr Industrieabwässer in die Kanalisation gelangten, musste auf Getreideanbau oder Graswuchs umgestellt werden, da man im Gemüse unerwünschte Chemikalien fand, die der Boden der Felder nicht mehr reinigen konnte. Nach und nach musste der Betrieb der Rieselfelder wegen der Ansammlung von Schadstoffen aufgegeben und es mussten neue Lösungen gefunden werden, um die anfallenden Abwässer zu reinigen.

4. Groß-Berlin und die Abwasserbehandlung im 20. Jahrhundert

Wie schon aus dem vorigen Kapitel ersichtlich, dauerte der Bau der Kanalisation und die Anlage der Rieselfelder bis in das erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts.

Die Kanalisation war als Mischwassersystem gebaut, d. h. sowohl die häuslichen und Industrieabwässer als auch Regenwasser wurden abtransportiert. Das Regenwasser sorgte für eine gute Durchspülung der Kanalisation, sodass die Gefahr von Fäulnisherden wie in früheren Zeiten kaum mehr gegeben war.

Der Bau der Kanalisation und die Anlage der Rieselfelder waren vielleicht ein erster Schritt zu einem Groß-Berlin. Beides war weit über die damaligen Grenzen Berlins hinaus angelegt, auch weil klar war, dass die Stadt weiterhin wachsen würde. Zumindest würden immer mehr Menschen in den Raum Berlin ziehen, oder in die „Umgebungen“, wie James Hobrecht gesagt hätte. Ein anderes Bauwerk dürfte ebenfalls als Folge der wachsenden Notwendigkeit von Abwasserbehandlung am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstanden sein: der Teltowkanal. In den südlich von Berlin gelegenen Gemeinden fehlte ein Vorfluter, um Abwässer und Regenwasser aufzunehmen und auch um Sumpfgebiete zu trocknen, die um den kleinen Fluss Bäke herum lagen, der heute nahezu verschwunden ist. Außerdem hatte man natürlich auch im Auge, für den wachsenden Schiffsverkehr auf der Spree neue Wege zur Havel zu

finden. Das Kanalisationsnetz und die Rieselfelder stellten also ein System der Abwasserbehandlung dar, das auch nach dem Zusammenschluss des alten Berlin mit Städten, Gemeinden und Gütern zu Groß-Berlin am 1. Oktober 1920 voll funktionierte. Allerdings traten nach Jahrzehnten der Beschickung von Rieselfeldern mit Abwasser erste ernste Probleme mit ihrer Wirksamkeit auf. So kamen mit den Abwässern nicht nur Nährstoffe, die sich günstig auf die Nutzbarkeit als landwirtschaftliche Anbaufläche auswirkten. Auch der zunehmende Schadstoffgehalt machte sich bemerkbar. Die Abwässer enthielten z. B. Fette, die sich nach und nach auf den Feldern ansammelten und zu einer regelrechten „Verfettung“ des Bodens führten, der nicht mehr wasserdurchlässig war und damit seine Funktion als Rieselfeld nicht mehr erfüllte.

Auch die zunehmenden Industrieabwässer lieferten Schadstoffe, wie z. B. Schwermetalle. Man musste also mit der Zeit nach anderen Lösungen suchen, in diesem Falle Klärwerke für die Abwässer. 1906 wurde in Stahnsdorf bei Potsdam schon eine erste biologische Kläranlage von der Stadt Wilmersdorf errichtet, doch angesichts einer Abwassermenge von 182 Millionen m³ im Jahr 1927 und 237 Millionen m³ im Jahr 1935 blieben die Rieselfelder zunächst noch das maßgebliche Instrument zur Bewältigung des Abwasserproblems.

Die Teilung Deutschlands und Berlins nach dem Zweiten Weltkrieg änderte zunächst an der Bewirtschaftung der Berliner Rieselfelder wenig. Im Westteil der Stadt standen zwar lediglich die Gatower Rieselfelder noch zur Verfügung, die von den Berliner Wasserbetrieben genutzt wurden. Doch selbst nach dem Mauerbau 1961 wurden die Rieselfelder des Berliner Umlandes, im Süden von der Wasserversorgung und Abwasserbehandlung (WAB) Potsdam betrieben, zur Reinigung auch der West-Berliner Abwässer genutzt, während der Ostteil seine Abwässer hauptsächlich auf die Rieselfelder der WAB Berlin im Norden und Osten leitete.

Ein Rückbau der Rieselfelder erfolgte bis in die 1960er-Jahre lediglich lokal in geringem Umfang, vor allem an der Grenze zu West-Berlin oder bei Straßenbaumaßnahmen. Ab 1968 wurden erste komplette Rieselfelder für die aktive Nutzung stillgelegt, zunächst die Felder in Mahlsdorf, Falkenberg und

Hellersdorf, in deren Nähe zur selben Zeit die großen Plattenbausiedlungen Ost-Berlins errichtet wurden. Die Aufgabe dieser Felder wurde vom 1969 errichteten Klärwerk Falkenberg übernommen.

Die zunehmende Beachtung der Umweltgefahren seit Anfang der 1980er-Jahre machte dann auch die mit den Rieselfeldern verbundenen Verschmutzungsprobleme immer deutlicher. So wurde 1985 auf den Gatower Rieselfeldern wegen der dort gemessenen Schwermetallwerte der Anbau von Gemüse verboten. 1985 wurde auch die Nutzung der Felder in Blankenfelde, Mühlenbeck, Schönerlinde, Buch und Hobrechtsfelde eingestellt. Ende der 1980er-Jahre folgten Großziethen, Kleinziethen, Waßmannsdorf und Boddinsfelde und 1998 schließlich auch das Rieselfeld von Wansdorf, sodass danach von ehemals 20 Feldern nur noch vier (Gatow, Sputendorf, Großbeeren und Deutsch Wusterhausen) in Betrieb waren und auch diese mit erheblich reduzierten Abwassermengen arbeiteten. Inzwischen sind alle Rieselfelder außer Betrieb.

Da die gesetzlichen Schwermetall-Grenzwerte auf den Rieselfeldern oft um ein Vielfaches überschritten werden, besteht akuter Handlungsbedarf für eine Sanierung. Man kann hierzu ein Bodenmaterial (für Fachleute: Geschiebemergel) benutzen, welches bei Baumaßnahmen in Berlin anfällt, um damit Schwermetalle zu binden bzw. deren Verlagerung im Boden zu verhindern. Dieses Bodenmaterial dient zugleich als Dünger für neu gepflanzte Baumbestände.

Anstelle der ausgedehnten Rieselfelder dienen heute Klärwerke als Reinigungsstufen für die Abwässer aus Haushalten und Industrie. Während die Hobrechtsche Kanalisation nach wie vor für den Innenstadtbereich als Mischsystem im Betrieb ist, werden in den äußeren Bezirken die Abwässer in einem Trennsystem (getrennt in Regenwasser und häusliche Abwässer) abgeleitet.

Die hauptstädtischen Abwasserkanäle sind 10.916 Kilometer lang. Sie bestehen aus Schmutzwasser- (4403 km), Regenwasser- (3324 km) und Mischwasserkanälen (1928 km). Damit werden etwa drei Viertel der kanalisiertem Gebiete Berlins nach dem Trennverfahren und ein Viertel nach dem Mischverfahren entwässert. 164 Pumpwerke befördern dann die Abwässer durch das Druckrohrnetz (1183 km) und Sonderkanäle



© Wikipedia, Susanne Ott

Klärwerk Ruhleben, Belebungsbecken, 2014

(70 km) zu den Klärwerken. Bei trockenem Wetter reinigen die sechs Klärwerke täglich rund 624.000 Kubikmeter Abwasser. Dazu gehören Schmutzwasser aus Haushalten, Gewerbe und Industrie sowie Niederschlagswasser. Abwasser aus Haushalten besteht aus Toilettenwasser, Küchenwasser mit Gemüse- und Speiseresten sowie Putz-, Wasch- und Badewasser. Niederschlagswasser enthält den Schmutz von Dächern, Höfen, Gärten, Straßen und Plätzen. Abwasser kann mit ungelösten und gelösten Stoffen verschmutzt sein. Ungelöste Stoffe schwimmen im Wasser oder sinken. Gelöste Stoffe lassen sich nur biologisch oder chemisch vom Wasser trennen. Dafür sind die Klärwerke mit biologischen Reinigungsstufen – einschließlich Phosphor- und Stickstoffreduzierung – ausgerüstet.

In den Klärwerken durchläuft das Abwasser zunächst eine mechanische Reinigungsstufe mit Rechen, Sandfang und Absetzbecken. In der biologischen Reinigungsstufe folgen anaerobe, anoxische und aerobe Zonen, wo Phosphor- und Stickstoffverbindungen biologisch entfernt werden. Ungelöste und biologisch abbaubare gelöste Schmutzstoffe werden zu 97 Pro-

zent zurückgehalten. Ist das Abwasser gereinigt, wird es ins Oberflächenwasser zurückgeleitet und kehrt damit wieder in seinen natürlichen Kreislauf zurück. Phosphor und Stickstoff gehören zu den wichtigen Grundstoffen für Dünger. Da die natürlichen Quellen für Phosphor aus dem Bergbau dramatisch zurückgehen, spielt die Wiedergewinnung dieses Elements eine immer größere Rolle. Wenn möglich, werden daher heutzutage Phosphor und Stickstoff aus Klärwerken zurückgewonnen. Da bei der Reinigung des Abwassers auch feste bzw. schlammige Abfälle anfallen, muss für deren Behandlung gesorgt werden, was heute meistens durch Verbrennung in Öfen auf dem Klärwerksgelände geschieht. Die Verwendung der Schlämme in der Landwirtschaft als Düngemittel ist in den Hintergrund getreten, da in vielen Schlämmen Schwermetalle und langlebige organische Schadstoffe wie z. B. PCB nachgewiesen wurden.

Durch die Anlage der Kanalisation im späten 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts kam es zu keinen durch Cholera oder Typhus verursachten Epidemien mehr. Abwasserentsorgung war jetzt strikt von der Brauchwasserversorgung getrennt. Berlin hat das Glück,

auf genügend hygienisch einwandfreies Grundwasser zurückgreifen zu können, welches auch in ausreichender Menge vorhanden ist. Trotzdem hat man in den letzten Jahren die Leute aufgefordert, Wasser zu sparen. So wurden Toilettenspülungen installiert, die geringere Wassermengen als zuvor verwendeten. Das mag der Grund sein, warum es manchmal in den warmen Sommermonaten um die Kanaldeckel unan-

genehm riecht, weil eben die dort unten fließenden Abwässer nicht mehr so verdünnt werden wie noch vor einigen Jahrzehnten. Aber das sind wahrscheinlich eher unbedeutende Probleme vor dem Hintergrund der Revolution in der Abwasserentsorgung, wie sie mit James Hobrecht in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ihren Lauf nahm.

Quellen und weiterführende Literatur:

Abellán, J. (2017): Water supply and sanitation services in modern Europe: developments in 19th-20th centuries. XII International Congress of the Spanish Association of Economic History – University of Salamanca.

Bärthel, H. (2003): Geklärt. 125 Jahre Berliner Stadtentwässerung. Berliner Wasserbetriebe, Berlin.

Bondzio, M. / Emslander, T. / Katholy, J. / Krüger, S. / Simo, A. (2005): Abwasser, in: Prytula, Michael (Hg.): Urbaner Metabolismus. Die städtische Infrastruktur von Berlin. Technische Universität Berlin, URL: <http://www.urbaner-metabolismus.de>

Europäische Union (2012): Würdest du dein Abwasser trinken? Eine Broschüre über Wasser für Jugendliche. Brüssel.

Formey, L. (1796): Versuch einer medicinischen Topographie von Berlin. Bei Ernst Feliscu, Berlin. Erreichbar über <https://books.google.com>.

Hegemann, W. (1930): Das steinerne Berlin. Ullstein, Berlin, Frankfurt/M., Wien.

Hobrecht, J. (1884): Die Canalisation von Berlin. Verlag von Ernst & Korn, Berlin. Erreichbar über <https://www.e-rara.ch/zut/doi/10.3931/e-rara-19774>.

Hopkins, John N. N. (2007): The Cloaca Maxima and the Monumental Manipulation of Water in Archaic Rome.

Krzywanek, O. (2004): Die Entstehung der Berliner Kanalisation. https://www.fu-berlin.de/presse/publikationen/fundiert/archiv/2004_02/04_02_krzywanek/index.html

Tepasse, H. (2001): Stadttechnik im Städtebau Berlins – 19. Jahrhundert. Gebrüder Mann Verlag, Berlin.

Webseiten zur Abwasserbehandlung in Berlin:

Kanalisation: [https://de.wikipedia.org/wiki/Radialsystem_\(Kanalisation\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Radialsystem_(Kanalisation))

Berliner Wasserbetriebe, Abwasser: <https://www.bwb.de/de/448.php>

Die Geschichte der Berliner Rieselfelder: <http://www.berliner-rieselfelder.de/geschichte/geschichte01.html>

Hobrecht-Plan: <https://de.wikipedia.org/wiki/Hobrecht-Plan>

Senatsverwaltung von Berlin: <https://www.berlin.de/senuvk/umwelt/wasser/abwasser/index.shtml>

Nicht nur die Stadt, auch der Müllberg wächst – zur Entwicklung der öffentlichen Straßenreinigung und Müllbeseitigung

Moderation: Dr. Andreas Bräutigam, Berliner Geschichtswerkstatt e. V.

Referent: Hans-Christoph Rieth, Vorsitzender des Vereins Saubere Zeiten e. V.

Montag, 15. März 2021, Online-Veranstaltung, 19:00 Uhr

Die erste urkundlich erwähnte Regelung für die Straßenreinigung in Berlin stammt aus dem Jahr 1587. Erst rund 290 Jahre später, 1875, wurde das Straßenreinigungswesen eigenständiger Zweig der kommunalen Selbstverwaltung. Die Müllentsorgung war nach wie vor in privater Verantwortung der Hausbesitzer. Aber wohin mit dem Müll?

Neben der Verfüllung von Kiesgruben und Feuchtgebieten und der Aufschüttung von Bahndämmen

und Halden wurden bereits recht modern anmutende Versuche der Müllverbrennung und Müllverwertung in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts vollzogen. Sie erwiesen sich aus verschiedenen Gründen als unzureichend und für private Akteure nicht zu bewältigen. Bald nach der Bildung von Groß-Berlin sah sich die Stadt im öffentlichen Interesse gezwungen, ein einheitliches städtisches Straßenreinigungs- und Müllbeseitigungsunternehmen mit polizeilichem Benutzungszwang einzurichten.

Veranstaltungsbericht

Sonja Miltenberger

Schwierige Corona-Zeiten erforderten neue Lösungen. Am 15. März 2021 gab es die erste Online-Veranstaltung der Berliner Geschichtswerkstatt. Über Internet weltweit abrufbar, waren wir immerhin 13 Teilnehmer*innen.

Ich hätte niemals gedacht, dass man so charmant und locker über ein Thema referieren kann, in dessen Zentrum Abfall, Dreck und Fäkalien stehen. Aber Hans-Christoph Rieth hat mich eines Besseren belehrt. Seine Art, die Geschichte der Müllbeseitigung in Berlin den Zuhörer*innen des Online-Vortrags zu offerieren, war alles andere als unangenehm oder gar peinlich. Es ging und geht schließlich um den Dreck, den wir und unsere Vorfahren selbst produzier(t)en.

Unser Mitglied Dr. Andreas Bräutigam, selbst als Umweltingenieur bei der Berliner Stadtreinigung tätig, stellte in seiner kurzen Einführung den Referenten als Gründungsmitglied und Vorsitzenden des 2008 ins Leben gerufenen Vereins Saubere Zeiten e. V. vor.

Gleich zu Beginn fragte Hans-Christoph Rieth das Publikum – nicht ohne schelmischen Hintergedanken –, seit wann es wohl eine geordnete Müllabfuhr



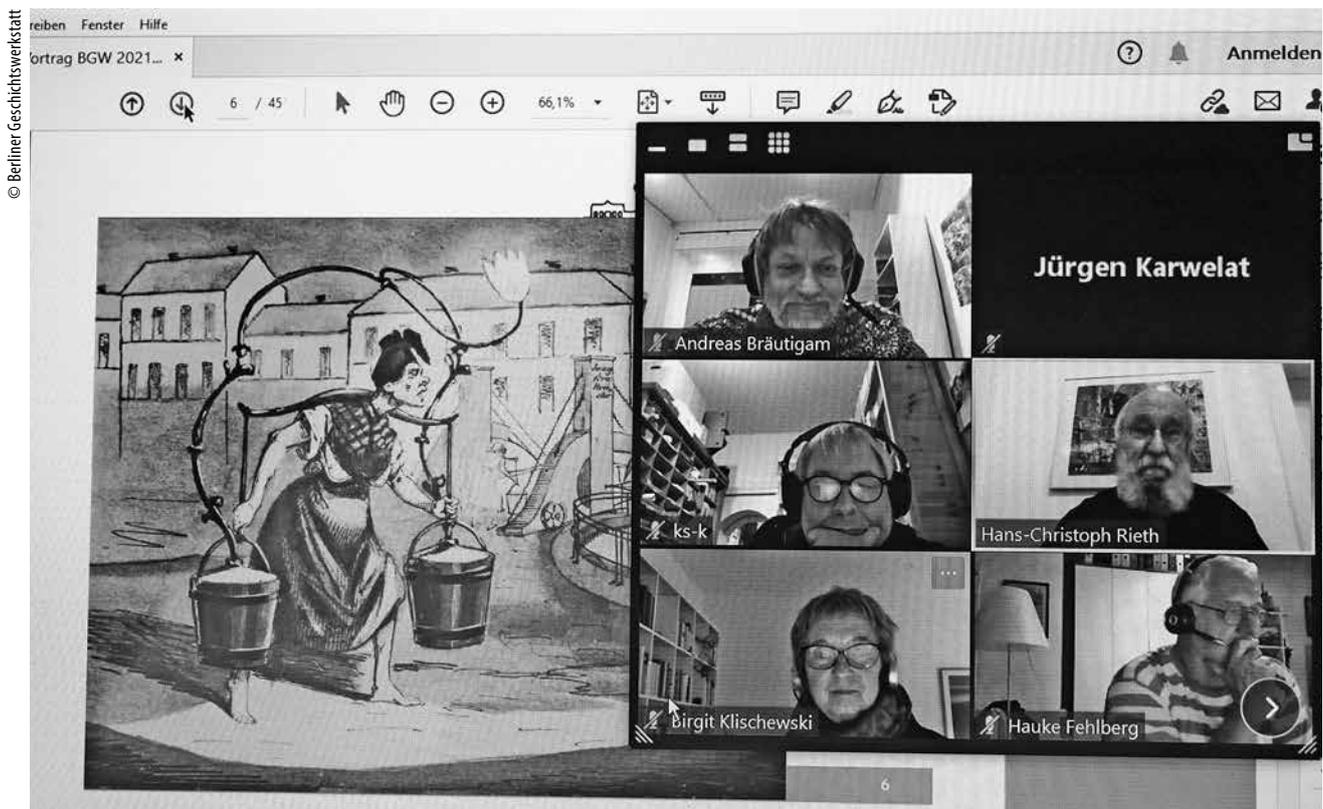
© Berliner Geschichtswerkstatt

Hans-Christoph Rieth bei seinem Online-Vortrag in den Räumen der Berliner Geschichtswerkstatt

gebe. Die Einschätzungen variierten zwischen dem 16. und 20. Jahrhundert. Damit war klar, wie wenig wir eigentlich über die Geschichte der Müllbeseitigung wissen.

Dann folgte der Ritt durch die Jahrhunderte: Von der ersten bildlichen Überlieferung eines Straßenkehrers

Zur Entwicklung der öffentlichen Straßenreinigung und Müllbeseitigung



Bildschirmfoto zur Online-Veranstaltung mit Hans-Christoph Rieth und Gästen am 15. März 2021

von 1434 über die „Nacht-Emma“ aus dem frühen 17. Jahrhundert bis zu den folgenden Bemühungen durch Gassen- und Brunnenverordnungen, die Müllbeseitigung in den Griff zu bekommen. All das hatte nicht wirklich den gewünschten Effekt erzielt. Und es sollte noch lange dauern, bis diese unabdingbare Seite der Daseinsvorsorge (um nicht das so geschundene Wort systemrelevant zu benutzen) die Aufmerksamkeit in Politik und Gesellschaft bekam, die ihr zustand.

In dieser Zeit passiert recht viel: Die Hundesteuer wird eingeführt, um mit den Einnahmen Gehwege zu pflastern, der sogenannte Staubschutzwagen wird erfunden, in Charlottenburg wird zu Beginn des 20. Jahrhunderts das Dreiteilungssystem eingeführt, allerdings nach zehn Jahren wieder abgeschafft, und 1967 die erste Müllverbrennungsanlage in West-Berlin in Betrieb genommen – um nur die markantesten Stationen zu nennen. Die meisten Nachfragen gab es im Bereich der Müllbeseitigung. So zum Beispiel: Was passiert, wenn ich eine Autobatterie in den Restmüll werfe? Oder: Was passiert mit dem Sperrmüll? Es wurde nach der Möglichkeit schmalerer Müllwagen gefragt oder nach alternativen unterirdischen Müll-

entsorgungssystemen. Aber dann kam auch die Frage nach dem gesellschaftlichen Status der Müllmänner und -frauen auf. Die Antwort war doch recht verblüffend: Die Straßenkehrer und Mitarbeiter der Müllabfuhr hatten schon immer einen recht guten Stand, da sie ein sicheres Einkommen hatten und frühe Formen gewerkschaftlicher Organisation (z. B. Arbeiterräte) etablierten.

Das passende Zitat dazu: „Mein Mann ist Beamter. Da hinten kommt er gerade um die Ecke gefegt.“

Vortrag

Hans-Christoph Rieth war langjähriger Beschäftigter bei den Berliner Stadtreinigungsbetrieben (BSR). Er hat dort viele Bereiche durchlaufen und ist heute im Ruhestand.

Der Verein Saubere Zeiten e. V. wurde im Sommer 2008 von Beschäftigten der Berliner Stadtreinigungsbetriebe gegründet, ist gemeinnützig, wird durch die BSR unterstützt und arbeitet eng mit dieser zusammen. Gegenstand der Arbeit des Vereins ist die Darstellung der wichtigen kommunalen Funktion der Müllentsorgung und Straßenreinigung als Teil der Daseinsvorsorge, des urbanen Lebensraumes und der Stadthygiene in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Hans-Christoph Rieth ist Gründungsmitglied und heute Vorsitzender des Vereins.

Nicht nur die Stadt, auch der Müllberg wächst – zur Entwicklung der öffentlichen Straßenreinigung und Müllbeseitigung

1. Einführung

Müll – ein Thema, das alle und jeden angeht, von dem wir alle betroffen sind und das zu den Bereichen gehört, die immer funktionieren müssen, die aber eigentlich ganz selten genannt werden. Wenn Sie nach systemrelevanten Branchen gefragt werden, dann fallen Ihnen viele Bereiche ein – aber sicher nicht gleich die Müllabfuhr, denn die arbeitet irgendwie immer im Hintergrund und wir schimpfen nur, wenn die Müllwagen die Straße dicht machen und man eventuell mal drei Minuten warten muss, bis die Tour durch ist.

Und trotzdem ist es ein Gebiet, das durchaus sehr interessant, dessen Historie teilweise richtig spannend ist und bei dem man kommunale Geschichte unter einem ganz neuen Aspekt kennenlernen kann.

Warum kommunale Geschichte? Weil die Müllentsorgung seit eh und je eine kommunale Aufgabe ist und die Lösungen, Techniken und Technologien von Ort zu Ort ganz unterschiedlich waren. Auch hier in Berlin – z. B. hatte 1920 bei der Gründung Groß-Berlins Wilmersdorf eine andere Mülltonne und ein völlig anderes Abfuhrsystem als etwa Mitte. Aber dazu später Genaueres.

Bevor wir uns der Geschichte des „Müllbergs“ widmen, habe ich noch zwei kleine Fragen an Sie: *Seit wann reden wir von einer Müllabfuhr in Berlin? Und seit wann sprechen wir von einer geregelten Straßen-*

reinigung? Ich bitte Sie, das einmal auf einen Zettel zu schreiben, um die Daten dann zu vergleichen ...

2. Die Berliner Straßenreinigung und Müllabfuhr 1600-1800

Etwa so wie in Abbildung 1 muss man sich die Zustände um 1600 herum vorstellen. Das Nachtgeschirr wurde auf die Straße oder in den Hof entleert, die



© Berliner Stadtreinigungsbetriebe

Abb. 1, Karikatur zu den Zuständen in Berlin um 1600

Zur Entwicklung der öffentlichen Straßenreinigung und Müllbeseitigung



Abb. 2, Straßenreiniger (In Marie Curter: Berliner Gold)



„Nachtemma“

Schweine lebten vor den Häusern auf den Straßen, die überwiegend noch nicht befestigt waren. Kein Wunder, dass die Abbildung 2 hier einen Straßenreiniger zeigt, der Holzklötze als Erhöhung trägt, damit er nicht komplett im Schlamm versinkt. Aber warum eben nur ein Bild von der Straßenreinigung und keine Darstellung der Müllabfuhr? Ganz einfach, es gab keine geregelte Müllabfuhr und man wurde den Müll eben auch auf die einfache Art (auf das Nachbargrundstück kippen, im Hof vergraben usw.) los. Gegebenenfalls wurde der Müll mit den Fäkalien entsorgt und so viel Müll wurde zu diesem Zeitpunkt auch nicht produziert. Daher spielte eine geregelte Müllabfuhr damals einfach noch keine Rolle, weil man sie nicht brauchte.

Aber die Straßenreinigung brauchte man. Da die Zustände so waren, wie schon beschrieben, erließ Kurfürst Johann Georg 1583 einen Befehl, nachdem die Höfe sauber zu halten seien. Nun stapelte sich der Mist ausschließlich auf den Straßen und der Gestank war nahezu unerträglich. Ab 1587 war daher schon der Scharfrichter mit der Straßenreinigung nebenbei beauftragt – mit etwas Erfolg, aber der Schmutz und

Gestank blieb, denn systematisch gefegt wurde noch immer nicht. Das war noch bis 1624 so, als die „unzüchtigen Frauen“ dem Scharfrichter unterstellt wurden, da sie ja „die Straßen mehr benutzten als andere ehrsame Bürger.“⁽¹⁾ Kurfürst Georg Wilhelm (von 1619 bis 1640 Markgraf von Brandenburg, Herzog in Preußen) ordnete an, dass die Fuhrunternehmer, die in die Stadt lieferten, eine Fuhre Abfall mit hinausnehmen mussten. Das brachte aber nur mäßigen Erfolg bei der Müllbeseitigung.

Der 30-jährige Krieg (1618-1648) unterbrach zudem alle Bemühungen um Ordnung und etwas Sauberkeit, nicht nur in Berlin. Georg Wilhelms Nachfolger, der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm, ordnete dann 1646 an, den Kot und Mist der Stadt zusammenzukehren und den Kehrlicht zentral abzulagern – und funktionierte so den Lustgarten zu einem nützlichen Küchengarten um. Mit der Festlegung, Berlin wieder zur Residenz und Garnisonstadt zu machen, musste etwas bezüglich Sauberkeit passieren, und so erließ er am 14. August 1660 die erste „Brunnen- und Gasenordnung beyder Residentz- und Hauptstädte Berlin und Cölln an der Spree“. Diese Ordnung regelte

¹ Maria Curter: Berliner Gold, S. 10

den Umgang mit Brunnen, denn eine zentrale Wasserversorgung gab es noch nicht, und die Reinigung der Straßen und Gehwege. *(Das ist ein sehr wichtiger Moment in der Geschichte der Straßenreinigung; wer das auf seinem Zettel hatte, hat großes Vertrauen in die Berliner Reinlichkeit ...)*

Ein Gassenmeister kümmerte sich nun um die Reinigung – aber der Erfolg blieb leider aus, denn die Berliner wollten das alles nicht. Man hatte sich daran gewöhnt, wie es war, und es machte Mühe und ... Die Ausreden von heute wurden alle schon damals gebraucht – es hat sich daran wenig geändert. Aber – wir reden noch immer von der Straßenreinigung – eine geregelte Müllabfuhr gab es nicht in Berlin.

1676 erließ dann der Kurfürst einen Nachtrag „Unterschiedene Punkte wegen der Reinlichkeit und derer Gassenmeister Unterhaltung“ vom 24. September 1676. Ein weiterer Nachtrag zeigt, dass die Wirksamkeit nicht besonders gewaltig war, denn es folgte am 1. Mai 1680 die „Verordnung wegen Reinhaltung derer Straßen in der Residenzstadt Berlin“, in der genaue Reinigungszyklen und Details zur Reinigung festgelegt wurden.

Weitere Regelungen folgten, z. B. das Verbot der freien Schweinehaltung in Berlin von 1681, und mit ihnen auch immer wieder neue Strafen, die aber alle nicht zu einer grundlegenden Verbesserung der Sauberkeit auf den Straßen und Plätzen führten. Am 3. September 1735 erließ Seine Königliche Majestät Friedrich Wilhelm I. das „Gassen-Reglement, wie es in den königl. Residenzen wegen Reinigung derer Straßen und mit denen Gassen-Karren gehalten werden soll“. Mit dieser Verordnung wird exakt beschrieben, wie die Stadt zu reinigen sei, und wenn wir genau hinschauen, dann erfolgt die Reinigung der Straßen noch heute ähnlich dieser Verordnung. Der Gassenmeister mit seiner Karre und die feste Tourenplanung ... *(Wenn dieses Datum auf Ihrem Zettel steht, dann ist das schon sehr nah dran ...)*

Ich muss zwischendurch nochmals anmerken, dass noch immer die Reinigung im Mittelpunkt der Verordnung/des Reglements stand. Die Müllabfuhr wird



Deckblatt Gassenreglement von 1735

nur ganz allgemein geregelt, denn sie ist noch immer die originäre Aufgabe des Haus- bzw. Grundstücksbesitzers. Ebenso ist die Abfuhr der Fäkalien aus den Sammelgruben nicht zentral geregelt. Die Abfälle nehmen eben oft die Fuhrunternehmer mit, die Waren in die Stadt bringen. Dabei ist Müllmist – übrigens heißt in Österreich der Hausmüll heute noch „Mist“ – ein willkommener Dünger für die Landwirtschaft. Und ein billiger Rohstoff dazu, denn die Hausbesitzer bezahlten den Fuhrunternehmer noch für seine Leistung.

Das Gassenreglement wurde damals so befolgt, wie oft noch heute die Gesetze zur Ordnung und Sauberkeit ... Bereits 1771 erließ der Polizeidirektor Philippi: „... da denen bisherigen Verordnungen zuwider sich viele Leute unterstehen, die Straßen durch Ausgießung derer Nachteymer und Hinwerfung des Mülls zu verunreinigen; So machet das Policeydirectorium zu jedermanns Achtung und Warnung hierdurch bekannt, daß dergleichen Personen künftig statt 2 Rthlr. [Reichsthaler] mit 5 Rthlr. oder proportionierlicher Leibesstrafe belegt, überdem aber ohn Ansehen der Person an den Ort, wo sie betroffen wurden, öffentlich mit einem Zettel vor der Brust ausgestellt werden sollen.“⁽²⁾

Zur Entwicklung der öffentlichen Straßenreinigung und Müllbeseitigung

Über die Wirksamkeit des Erlasses ist nichts weiter überliefert, aber wir können uns das angesichts heutiger Verhältnisse denken, denn man muss ja die Täter erst einmal erwischen, bevor man sie bestrafen kann. Das war damals und ist auch heute noch so. Der erste Privatisierungsversuch bei der Straßenreinigung in Berlin fand dann 1777 statt: Ein Unternehmer aus Straßburg, Tobias Faudel, bot an, die Straßenreinigung und Müllabfuhr gegen einen städtischen Zuschuss von ca. 5000 Talern und die Möglichkeit der Gebührenerhebung privat zu organisieren. Die anfangs erteilte Genehmigung wurde aber bald wieder entzogen – die Qualität der Leistung ließ stark zu wünschen übrig und es gab heftige Beschwerden.

Das Gassenmeistersystem wurde aber nicht wieder aufgenommen und die Reinigung insgesamt wurde auch erst einmal eingestellt. Lediglich auf Brücken und um das Schloss wurde die Reinigung unter Polizeiverantwortung weiter betrieben. Um zu verdeutlichen, welche Dimension Berlin damals hatte: 1810 hatte die Stadt bereits ca. 163.000 Einwohner!

1822 gab es einen neuen Anlauf zur Bewältigung des Schmutzproblems: Die „polizeiliche Straßenreinigung“ zur Reinhaltung von öffentlichen Straßen und Plätzen wurde verordnet. Die Müllabfuhr und Reini-

gung der restlichen Straßen oblag weiter den Hausbesitzern und damit der privaten Verantwortung.

3. Die Entwicklung im 19. Jahrhundert

Die systematische Gehwegpflasterung in Berlin wurde erst 1823 begonnen. Steinsetzer aus Lüttich fingen damit an, große viereckige Gehwegplatten aus Granit zu verlegen. Diese Platten finden Sie noch heute an den verschiedensten Stellen in Berlin. Der erste „Bürgersteig“ entstand vor dem Weinhaus Lutter & Wegner am Gendarmenmarkt. Das gefiel den Bürgern und dem König. Dieser erließ dann 1828 die Order, überall auf Kosten der Hauseigentümer derartige Befestigungen anzulegen. Diese wehrten sich, es gab schließlich eine Beteiligung der Stadt, und um die Bürgersteige zu finanzieren eine neue Steuer: Die Hundesteuer wurde 1830 in Berlin eingeführt! Mit den Gehwegen entstanden auch Rinnsteine und Gos-

© Archiv Saubere Zeiten e. V.



Karte des Landkreises Teltow und Berlins um 1788



Die Parochialstraße, Gemälde von Eduard Gaertner, 1831



Systemlose Abfuhr, Frankfurt am Main (1922)



Müllsammelgrube, Dresden (1927)

© Archiv Saubere Zeiten e. V.

sen, in denen sich das Wasser sammeln und abfließen konnte, mit diesem auch der Unrat – aber wohin?

Nach dem erfolgreichen Versuch einer städtischen Straßenreinigung wurde dieses Konzept 1848 auf das gesamte Stadtgebiet ausgeweitet; dabei hatte Berlin jetzt schon um die 400.000 Einwohner. Die Organisation der Säuberung oblag weiterhin dem Polizeipräsidenten. Die Hausbesitzer wurden nun von ihrer Reinigungspflicht befreit. Stattdessen wurden ca. 5500 Arbeitslose eingesetzt und die Straßenreinigung somit zum Arbeitsbeschaffungsprogramm. Die Straßenreinigung war zwar jetzt eine öffentliche Aufgabe. Viele Quellen nennen daher 1848 als ihre Geburtsstunde in Berlin. *(Das hätten Sie auf Ihrem Zettel haben können ...)*

Um die Abfallentsorgung müssen sich die Hausbesitzer weiterhin selbst kümmern. Hier wird die Trennung von Straßenreinigung und Müllabfuhr festgeschrieben. Die Müllabfuhr muss allerdings schon problematisch gewesen sein, denn 1867 erging eine Polizeiverordnung, nach der die Müll- und Kehrlichtabfuhr „staubfrei“ zu erfolgen habe. Man sagte aber nicht, wie das aussehen soll. Eine richtige technische Lösung gab es in Berlin dafür noch nicht.

Im Jahr 1871 hatte Berlin ca. 827.000 Einwohner. Die Stadt bestand um diese Zeit aus den Stadtteilen 1 – Mitte, 2 – Tiergarten, 3 – Wedding, 4 – Prenzlauer Tor, 5 – Friedrichshain und 6 – Hallesches Tor. Im Berlin von 1871 fielen jährlich rund 340.000 Kubikmeter Müll an, die regelmäßig abtransportiert werden

mussten. Das waren ca. 34.000 Fuhren mit dem Pferdewagen!

Bis zur Einführung der Abwasserkanalisation im Jahr 1875 wurde der Hausmüll zusammen mit dem Abwasser über den Rinnstein oder Senkgruben entsorgt. Jetzt gab es keine Senkgruben mehr und in die Kanalisation gehörte der Müll schon damals nicht. Als erster Ausweg entstanden auf den Hinterhöfen Müllkästen oder Müllhaufen, manchmal gab es auch gemauerte Müllsammelgruben.

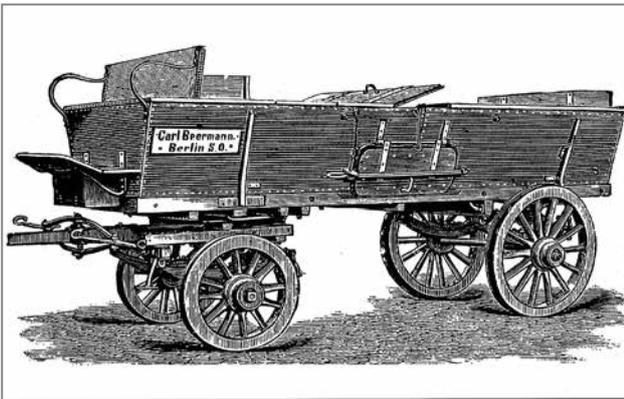
Die Hausbesitzer mussten die Abfuhr aus diesen Müllecken weiterhin selbst über unterschiedliche Abfuhrunternehmen organisieren. Es war naheliegend, dass es die gleichen Unternehmen waren, die früher mit dem Entsorgen der Senkgruben beauftragt wurden. Wenn man so will, war die Einführung der Kanalisation in Berlin die Geburtsstunde der Müllabfuhr.

Zum 1. Oktober 1875 wurde die Straßenreinigung offizieller und eigenständiger Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltung. *(Deswegen feiern wir 1875 als Geburtsstunde der städtischen Straßenreinigung und Müllabfuhr in Berlin! Jetzt sind die Fragen beantwortet. So lange gibt es noch keine Berliner städtische Straßenreinigung und organisierte Müllabfuhr.)*

Zum Straßenreinigungswesen gehörte die Reinigung und Besprengung öffentlicher gepflasterter Straßen und Bürgersteige sowie der Betrieb der Bedürfnisanstalten. Geleitet wurde es durch einen Direktor, es gab Oberaufseher und Aufseher und alles war durch

Zur Entwicklung der öffentlichen Straßenreinigung und Müllbeseitigung

© Archiv Saubere Zeiten e. V.



Schlammabfuhrwagen der Fa. Carl Beermann, mit dem hauptsächlich „Kanalisationsbagger“ abgefahren wurde, um 1900

Dienstinstruktionen ordentlich geregelt. Das war auch notwendig. Stellen Sie sich doch bitte nur einmal den täglich anfallenden Mist der vielen Pferde auf den Berliner Straßen vor. Pferde überall, denn andere Traktionen waren noch nicht weit verbreitet. Als Beispiel: Am 15. Juni 1875 eröffnete die Große Berliner Pferde-Eisenbahn die Pferdebahnstrecke vom Dönhoffplatz in Berlin nach Tempelhof. Der Betriebshof V wurde am 12. Oktober 1875 in Betrieb genommen. Er war über eine Betriebsstrecke in der Kaiserin-Augusta-Straße mit der regulär genutzten Strecke im Zuge des

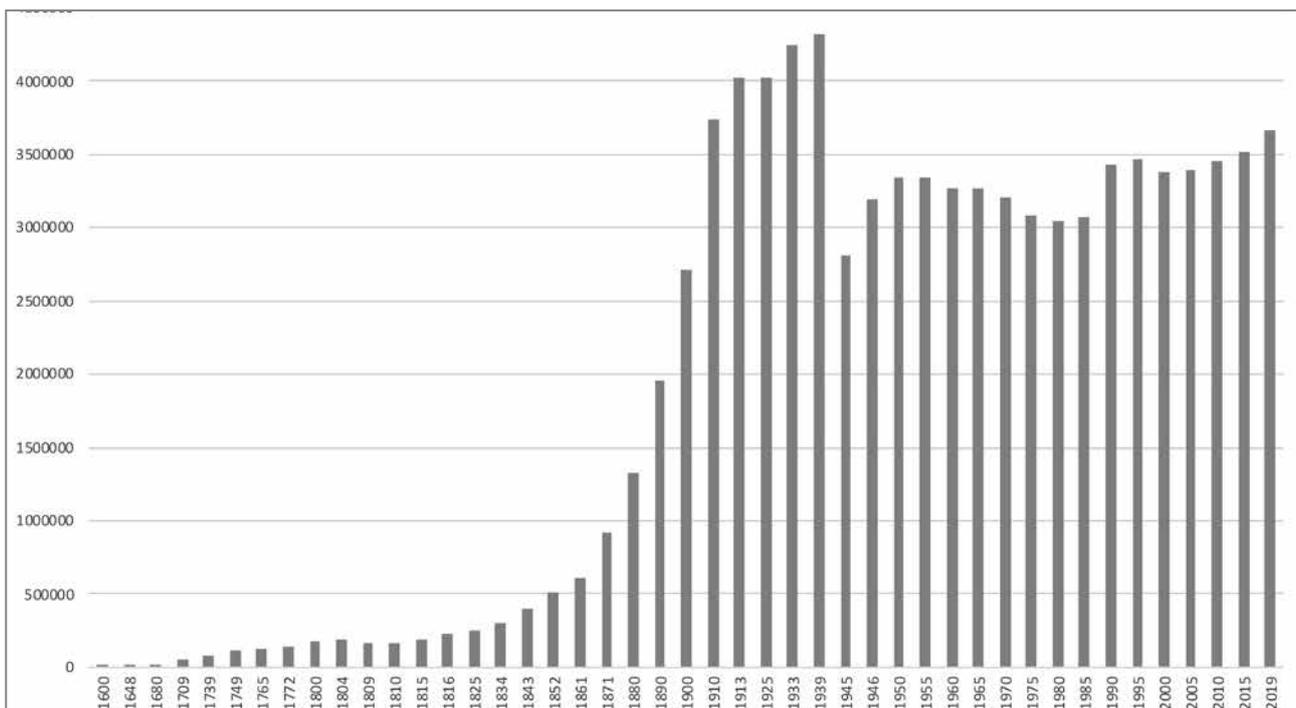
Tempelhofer Damms verbunden. Zwei britische Kaufleute stellten der GBPfe das Grundstück leihweise zur Verfügung. Auf dem 6780 m² großen Grundstück hatten im Jahr 1888 insgesamt 42 Wagen und 204 Pferde eine Unterstellmöglichkeit. Die Neue Berliner Pferdebahn besaß z. B. 1897 insgesamt 177 Wagen und 939 Pferde für ihr 34 km langes Streckennetz! Nebenbei: 1000 Pferde machen 1000 Wassereimer voll Mist pro Tag, das sind 10.000 Liter oder 10m³, also zwei große Pferdewagen sehr voll mit Mist. Pro Tag! Und es waren mehr als nur diese Fuhrwerke in der Stadt unterwegs ... Das ist eine Aufgabe der Straßenreinigung ...

Ein kleiner Exkurs für die Technikbegeisterten: Die Fuhrleute richteten sich auf den Transport von sehr feuchten Abfällen durchaus ein. Es kamen z. B. solche Schlammabfuhrwagen zum Einsatz, die sich dadurch auszeichneten, dass sie flüssigkeitsdicht und sehr stabil waren. Beermann produzierte übrigens in Treptow, das ehemalige „Beermannwerk“ mit rund 1000 Arbeitern war in der heutigen Eventhalle „Arena“.

Aber was ist nun mit dem Müll?

Müll wird von den Menschen erzeugt, und so schauen wir uns die Entwicklung der Einwohnerzahl zunächst einmal gesondert an: Wie bereits gesagt, hatte Berlin

© Statista 2021



Entwicklung der Einwohnerzahlen Berlins, von 1600 bis 2019

1871 ca. 827.000 Einwohner, dazu kamen noch etwa 22.000 Militärs.⁽³⁾ 1878 waren es bereits mehr als eine Million! Für so viele Menschen musste man erstmal Wohnungen bauen und die Ver- und Entsorgung organisieren. Eine gewaltige Aufgabe. 1890 waren es bereits 1,58 Millionen zuzüglich 20.000 Militärs.

4. Die Zeit der Industrialisierung

Eine Analyse zeigt, dass im Jahre 1895 jeder Berliner pro Tag etwa 0,5 kg Müll produzierte. Täglich mussten also schätzungsweise 20.000 Zentner (1000 Tonnen) Abfall entsorgt werden. Die Analysen ergaben, dass 100 kg Müll zu einer Hälfte aus Feinmüll (Asche und Staub) und zur anderen aus Grobmüll bestanden. Letzterer enthielt etwa 30 kg Fleisch- und Pflanzenteile, 2,74 kg Papier, 3,46 kg Schlacken und Kohleteile, 0,52 kg Weißglas, 0,65 kg Buntglas, 6,13 kg Scherben, 1,14 kg Metall- und Blechbüchsen sowie 0,87 kg Lumpen. Der Rest waren Holz, Knochen und Eisen.⁽⁴⁾

Bedingt durch die Ofenheizung der Berliner Wohnungen nahm insbesondere die Asche in der winterlichen Abfuhr deutlich zu. Mit der Asche konnte niemand etwas anfangen und es gab keine sinnvolle Nutzung dieser Abfälle. Selbst eine Durchmischung mit Fäkalien blieb problematisch.

Aber eines ist auch deutlich festzustellen: Die Industrialisierung veränderte das Ernährungsverhalten der Menschen. Mit der Ernährungsweise der Fabrikarbeiter änderte sich aber auch die Zusammensetzung des Mülls. Konserven und Gläser nahmen zu und die Aufnahmekapazität der noch immer üblichen Müllgruben wurde nicht größer ...

Ein kleiner Ausflug in die Sprachwissenschaft: „Müll“ taucht in einschlägigen Lexika erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts als eigenständiges Stichwort auf.⁽⁵⁾ Der heute oft synonym gebrauchte Begriff „Abfall“ wurde bis ins 18. Jahrhundert vorwiegend für die religiösen und politischen Bedeutungen der Abtrennung der Abkehr von Gott oder Staat verwendet; im Verlauf

des 19. Jahrhunderts wurde diese religiöse Dimension zunehmend durch eine politische überlagert und sukzessive verdrängt. Zugleich werden seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts unter dem Stichwort „Abfall“ vermehrt gewerbliche und industrielle Restbestände thematisiert.

Im gültigen „Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz KrWG)“ heißt es im § 3 Begriffsbestimmungen: „(1) Abfälle im Sinne dieses Gesetzes sind alle Stoffe oder Gegenstände, derer sich ihr Besitzer entledigt, entledigen will oder entledigen muss.“

Doch zurück in die Zeit der Industrialisierung: Bis 1895 wurde der Müll auf einfachen verdeckten Kastenwagen weiterbefördert. Das entsprach nicht dem Ansehen einer kaiserlichen Metropole; deshalb änderte das Polizeipräsidium am 30. Januar 1895 das aus dem Jahre 1867 stammende Reglement in folgender Weise:

„Haus- und Wirtschaftsabgänge, insbesondere Müll, Asche, Schlacken, Abraum, Schutt, Kehrlicht, Modder, Küchen- und Fleischabfälle, Knochen, Lumpen usw. dürfen auf der Straße nur in völlig undurchlässigen, geschlossenen Behältern transportiert werden. Wagen, welche zur Abfuhr derartiger Stoffe dienen, müssen, wenn letztere nicht mit den Behältern selbst verladen werden, gleichfalls vollkommen undurchlässig und mit dicht schließenden Deckeln, Schiebern, Klappen oder dergleichen versehen sein, die auch während des Transportes beständig geschlossen gehalten werden. Sollten Haus- und Wirtschaftsabgänge auf der Straße in Abfuhrwagen geschüttet werden, so ist durch entsprechende Einrichtung der Wagen und der zum Transport bis zu denselben benutzten Behälter oder durch andere geeignete Vorkehrungen dafür zu sorgen, dass eine Verunreinigung der Straße, insbesondere auch eine Entwicklung von Staub und üblen Gerüchen vermieden wird.“⁽⁶⁾

3 [wikipedia.org/wiki/Einwohnerentwicklung_von_Berlin](https://de.wikipedia.org/wiki/Einwohnerentwicklung_von_Berlin), eingesehen am 13.02.2021

4 Maria Curter: Berliner Gold, S. 24

5 Vgl. Ludolf Kuchenbuch: Abfall. Eine Stichwortgeschichte, in: Hans Georg Soeffner (Hg.): Kultur und Alltag, Göttingen 1988, S. 155–170

6 Maria Curter: Berliner Gold, S. 25

© Archiv Saubere Zeiten e. V.

**Wirtschafts-Genossenschaft
Berliner Grundbesitzer**

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht
(Organ des Bundes der Berliner Grundbesitzer-Vereine)

Burgstraße 5 Burgstraße 5

Fernsprecher:
Amt Zentrum 5027 Kassenstunden:
9—4 Uhr
8028, 8210



empfiehlt die Benutzung ihrer

staubfreien Müllabfuhr

Die Preise der Müllabfuhr betragen **monatlich** einschl. der kostenlosen leitweisen Lieferung der Müllkästen:

1 Kasten 1 mal die Woche	Mk. 2.60
1 " 2 " " " " "	4.60
1 " 3 " " " " "	5.60
2 " 2 " " " " "	7.60

Preise für andere Abfuhrarten bleiben der Vereinbarung vorbehalten
Auf diese Preise erhalten diejenigen Eigentümer, welche unserer Genossenschaft mit einem eigenen Geschäftsguthaben von mindestens Mk. 100.— pro Haus angehören, bei mindestens einmaliger Kastenleerung pro Woche eine Vergütung von Mk. 1.— pro Haus und Monat

Unsere Müllkästen fassen durchweg 200 Liter.

Die jederzeit prompte Art unserer Müllabfuhr und unsere allgemein anerkannte Leistungsfähigkeit ist die Frucht jahrelanger, ausgiebiger Erfahrungen, und sie ist namentlich erreicht worden durch die Aufwendung ausserordentlich beträchtlicher Mittel, mit denen wir eine straffe Organisation und Einrichtungen schaffen und ausbauen konnten, die allein einen geordneten Müllabfuhrbetrieb gewährleisten, und die in ganz Deutschland als musterbildend ausgesprochen werden.

Wir sind daher bereit, jederzeit fünfjährige Verträge zu den bisherigen Preisen abzuschließen bzw. die bestehenden Verträge in fünfjährige umzuwandeln.

Der Erwerb der Mitgliedschaft unserer Genossenschaft bedingt die Zugehörigkeit zu einem zum Bunde der Berliner Grundbesitzer Vereine gehörigen Vereine.
— Auch ist beim Eintritt ein Eintrittsgeld von 20 Mk. zu zahlen —

Wirtschafts-Genossenschaft Berliner Grundbesitzer
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht

Werbeblatt der Wirtschaftsgenossenschaft

Den Fuhrunternehmern drohte der Konzessionsentzug, wenn sie nicht innerhalb einer bestimmten Frist ihre Fuhrwerke umrüsteten. Sie, und nicht mehr die Hausbesitzer, hatten jetzt die Sammelgefäße, auch Hofstandgefäße genannt, zu stellen.

Das von Charlottenburgs Stadtbaurat Kinsbrunner patentierte System war schon 1893 eingeführt worden. Die Mülltonne, ein eckiger 200-Liter-Kasten aus Eisenblech, wurde seitlich in den Abfuhrwagen entleert, dessen Einschüttöffnung erst freigegeben wurde, wenn sich der Kasten genau auf ihr befand. Da die Abfuhrgesellschaft Staubschutz GmbH als erste diesen Wagen einfuhrte, wurde er bald als „Staubschutzwagen“ bekannt. In Berlin gab es mehrere technische Lösungen für das Staubschutzproblem. Aber letztlich setzte sich der Kinsbrunnersche Sammelwagen durch, der noch bis Ende der 50er-Jahre auf Berlins Straßen

unterwegs war. Im Oktober 1894 gründeten die Hauseigentümer zur Müllbeseitigung die Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer, um von privaten Fuhrleuten unabhängig zu werden. Die neue Gesellschaft sammelt, transportiert und besitzt Flächen zur Beseitigung des Mülls. Etwa 210.000 Tonnen Müll, ein Drittel der Gesamtmenge, werden zu dieser Zeit bereits per Schiff nach Spreehafen verbracht. Mülltransporte mit der Eisenbahn gehen u. a. nach Bötzw bei Velten.

Viele kleine Fuhrunternehmen geben jetzt die Müllabfuhr auf, weil sie die Anforderungen nicht erfüllen können. Um 1901 beherrschen nur noch vier große Unternehmen den Berliner Müllmarkt: Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer (WG), die Firma Bruno Röhrecke, die Staubschutz GmbH sowie die Vereinigten Müllabfuhrunternehmer.

Bis 1914 kauft die Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer weitere 31 kleinere Betriebe auf, darunter 1904 auch die Staubschutz GmbH, und stellt die Abfuhr komplett auf den Staubschutzwagen um. 1914 sind rund 90 % aller Berliner Haushalte Kunden der Genossenschaft. ⁽⁷⁾

5. Müllbeseitigung nach der Bildung von Groß-Berlin

Die Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer litt allerdings unter den Folgen des Ersten Weltkrieges sehr und stellte zum 1. Oktober 1922 den Betrieb ein. Am 14. Oktober wurde die Berliner Müllabfuhr-Aktiengesellschaft (BEMAG) gegründet, die den Abfuhrbetrieb und die Deponien nahtlos übernahm. Ab 1923 hatte die Stadt dank anteiligem Aktienbesitz die Oberaufsicht über die BEMAG. Die Bildung von Groß-Berlin hatte darauf kaum Einfluss. Mit der veränderten Struktur Berlins wandelte sich nur die Organisation der Straßenreinigung, die ja bereits kommunal war, und es wurde das Stadtreinigungs- und Fuhramt mit Sitz in der Burgstraße, heute Poststraße, im Nikolaiviertel gegründet. Zu dem Amt gehörten allerdings auch die Müllabfuhr von Schöneberg und Charlottenburg, denn sie waren schon zu-

⁷ Maria Curter: Berliner Gold, S. 27

vor kommunal. Es gab im aufblühenden und damit „müllerzeugenden“ Berlin eine Reihe von Versuchen, den Müll zu verwerten und damit gegebenenfalls auch kommerziell zu nutzen. Da war die Müllverbrennungsanlage, die 1894 am Stralauer Tor errichtet wurde, die aber 1895 bereits wieder eingestellt wurde; da gab es ab 1899 einen „Müllschmelzofen“ in der Gitschiner Straße 15, der sich aber als zu teuer erwies, und da war in Charlottenburg die Einführung des Dreiteilungssystems ab 1903 bis 1912, das auch nur wenig Erfolg zeigte. Die Verbrennung war insofern problematisch, als dass der damalige Müll noch immer etwa zu 50 % aus Asche und Staub bestand, und zu weiteren 30 % aus Organik (Fleisch und Pflanzenteile). Nur etwa 2 % waren Papier. Was blieb da zum Brennen?

Allerdings wurden in Berlin bereits ab 1915 verstärkt Küchenabfälle getrennt erfasst. Pro Monat wurden so etwa 1000 Tonnen separat eingesammelt und der Schweinemast zugeführt. Darum kümmerte sich der Verein Berliner Molkereibesitzer.

Aber der Müll war da und noch immer die Frage: wohin damit? Eine einfache Antwort war damals die sogenannte Müllmelioration – und damit die landwirtschaftliche Nutzung. Der Müll wurde locker großflächig auf den Boden aufgebracht und anschließend einfach untergepflügt. Der Fabrikant und Fuhrunternehmer Bruno Röhrecke schlug die Auffüllung von Tonlöchern und Sümpfen mit Müll vor, die anschließend mit Sand bedeckt werden sollten. Insbesondere hatte er die Gebiete des Nauener, des Havel-, des Rhin und des Kremmener Luchs im Auge. Die ausgetorften großen Wiesen sollten einfach mit dem von Sperrmüll befreiten Abfall bedeckt werden. Bei Kladow und Paretz wurde das bereits praktiziert.

Der Fuhrunternehmer A. Tabbert unternahm ähnliche Versuche in Spreehagen. Während des Ersten Weltkrieges wurden dort zwischen 1915 und 1918 durch Kriegsgefangene Gemüsefelder angelegt.

In großem Maßstab betrieb der Domänenpächter Arthur Schurig die Müllmelioration bis Anfang der 30er-Jahre. 1907 begann er auf dem Gut in Etzin (westlich von Wustermark) mit den Charlottenburger Speiseabfällen, die nach dem Ausbruch der Schweinepest in Seegefeld nicht mehr verfüttert werden konnten.



© Archiv Saubere Zeiten e. V.

Müllkippe nordöstlich der Müllerstraße (Wedding), 1893

In der Nähe von Markee und Päwesin befanden sich schon sehr fruchtbare Müllhalden. Anfangs verwendete Schurig kompostierten und später auch frischen Berliner Müll.

Zur Kompostierung wurde der Abfall in Halden auf einer Fläche von 20 Hektar aufgebracht. Um 1913 kamen pro Monat etwa 500 Waggons mit grobsortiertem Charlottenburger und unsortiertem Berliner Müll nach Röthehof, wo er fünf bis sechs Jahre gäerte. Mit Hilfe eines weitmaschigen Netzes wurde dieser Müllkompost von Scherben und anderen unzerstörbaren Grobstoffen befreit und dann auf Gemüsefelder ausgebracht.

Ab 1917 pachtete Schurig die Rittergüter Markee, Markau und Schwanebeck, etwa 2000 Hektar. Mit dem Anwachsen Berlins auf mehr als vier Millionen Einwohner in den 30er-Jahren stieg auch die Müllmenge. Zwischen 1910 und 1932 verdoppelte sie sich – von 850.000 auf 1,75 Millionen Kubikmeter. Die BEMAG und die Stadtverwaltung waren sich 1928 nach den Meliorationsversuchen darüber einig, dass „große Gebiete des Luchs für 100 und mehr Jahre“ Platz für den gesamten Berliner Müll böten. Und „wer über die vorübergehend unangenehmen Auffüllungsarbeiten“ hinwegsehen kann, der „sieht in allen Himmelsrichtungen Berlins blühende Gärten und fruchtbare Felder auf Berliner Müll: zwischen Charlottenburg und Spandau in Pichelswerder, große Güter bei Nauen und Fürstenwalde, die teils seit 20 und mehr Jahren in hoher Kultur stehen“. Um 1930 gelangte etwa ein

Zur Entwicklung der öffentlichen Straßenreinigung und Müllbeseitigung

© Archiv Saubere Zeiten e. V.



Bahnverladeranlage Helmholtzstraße, 1936

Sechstel des Berliner Mülls in die Gegend um Nauen. Etwa 300.000 Zentner (6000 Tonnen) Gemüse lieferte Schurig von diesen Feldern nach Berlin und in andere Städte. Er war damit Deutschlands größter Gemüselieferant und mit 100.000 Tonnen pro Jahr der „größte wirtschaftliche Müllverbraucher Europas“.⁽⁸⁾

Nebenbemerkung: Die Kompostierung von Müll wurde in Ost- wie in Westberlin noch bis in die 80er-Jahre betrieben, nicht sehr groß, aber doch bedeutend. Die Einstellung der Produktion erfolgte erst mit der radikalen Änderung der Zusammensetzung des Mülls.

Ab 1921 gab es dann eine neue Müllverbrennungsanlage in Schöneberg, die aber auch schon 1924 ihren Betrieb nach vielen Pannen und Fehlschlägen wieder einstellte. Insgesamt wurden dort etwa 20.000 Tonnen Müll verbrannt. Dort wurde auch die sogenannte Müllwolle produziert, die sich allerdings für die Betreiber nicht rechnete. Die Stadt beteiligte sich an diesen Anlagen nur gering und zeigte eher eine abwartende Haltung. Ein Name ist für diesen Zeitraum noch erwähnenswert: Gustav Erdmann übernahm am 1. Dezember 1924 die Leitung des Stadtreinigungs- und Fuhramts und vereinigte fortan auch die Dienstgeschäfte der Abteilungen I (Müllbeseitigung) und II (Straßenreinigung) in seiner Hand. Dazu gehörte auch die Leitung der Berliner Müllabfuhr-AG (BEMAG). Übrigens war Ernst Reuter zu diesem Zeitpunkt Leiter des Verkehrsressorts beim Berliner Magistrat und Chef von Erdmann!

Nach der Vereinigung zu Groß-Berlin gab es auch Probleme mit den unterschiedlichen Müllgebühren in der Stadt und erst im neuen Ortsgesetz vom 3. Juli 1925 wurde festgelegt, dass die Gebühren fortan nach dem Fassungsraum der Müllgefäße und der Anzahl der Gefäßentleerungen zu berechnen seien. Das gilt bis heute.

Ab 1924 wurden in Außenbezirken auch die ersten Müllautos eingesetzt. Diese fuhren direkt zu den Deponien Lichterfelde Süd und Teltow; die Staubschutzwagen fuhren zu Bahnverladeranlagen, sofern der Müll nicht gleich im Stadtgebiet verbracht wurde (Egelpfuhlwiesen in Spandau und Tempelhofer Feld). Dabei galt als Grundsatz: Das Pferdegespann hatte einen Aktionsradius von zwölf Kilometern, darüber hinaus wurden Autos eingesetzt. In der Straßenreinigung waren Elektrofahrzeuge überwiegend, in der Müllabfuhr nur bedingt, da die Nutzlasten der Elektrofahrzeuge relativ gering waren.

1935 verfügte die BEMAG dann über elf Betriebshöfe mit 550 Wagen, davon 386 Pferdewagen, 64 Autos (Verbrenner) und 85 Elektrofahrzeuge zur Müllabfuhr.

Verbracht wurde der Berliner Müll aber nach wie vor auf die Deponien im Umland. Ab 1934 wurden etwa 50 % des Mülls mit Lastkähnen in eines der bekanntesten Naturschutzgebiete Brandenburgs, das Golmer Luch bei Potsdam, gebracht. Um die Schiffsverladung zu rationalisieren, wurde von der BEMAG eine neue Kahnverladeranlage an der Helmholtzstraße 42 unter Leitung von Paul Baumgarten neu gebaut und 1936 eingeweiht. Die Anlage galt als vorbildlich, da die Müllfahrzeuge in ununterbrochener Reihenfolge in die Halle einfahren, ihre Ladung durch Schütttrichter in einen darunterliegenden 600-Tonnen-Kahn entleeren, wenden und das Gelände ohne Gegenverkehr verlassen konnten. Die Anlage war noch bis 1954 in Benutzung, diente dann als Depot der Straßenreinigung und in den 70er-Jahren nochmals als Umschlaganlage für ölhaltige Abwässer. Heute beherbergt das Gebäude ein bekanntes Architekturbüro. Die Lastkähne wurden am Abladeort mit Wasser ausgespült und der Müll so auf die Fläche ausgebracht. Diese

Technologie wurde bis etwa 1948 praktiziert, dann war das Luch trockengelegt. Der Rest des Berliner Mülls wurde mit der Bahn ebenfalls ins Umland auf Deponien transportiert. Dafür gab es in Berlin acht Bahnverladeanlagen, in denen die Staubschutzwagen direkt in die Eisenbahnwaggons entleert wurden. Die Staubschutzwagen waren so konstruiert, dass eine Entleerung nur über die Bodenklappen möglich war.

Im Jahr 1933 ersetzte man Erdmann durch einen strammen SS-Mann. Die BEMAG selbst wurde 1935 in eine kommerzielle Dienststelle des Magistrats umgewandelt und firmierte fortan unter „Städtische Müllbeseitigungsanstalt“. Schrittweise wurden nun die benzingetriebenen Fahrzeuge auf Holzkohlen- bzw. Gasantrieb umgerüstet und die Anzahl drastisch reduziert. Pferde wurden auch schon knapp. Allerdings wurde der Müll als kriegswichtig sehr stark auf verwertbare Teile hin aussortiert. Der Restmüll bestand dann zu 75 % aus Braunkohlenasche, die weiterhin deponiert wurde.

6. Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg

Am 23. Mai 1945 ergeht der Befehl Nr. 21 der sowjetischen Militäradministration „... alle Anordnungen zur Müllbeseitigung und zur Sauberhaltung der Straßen und Häuser nach besten Kräften zu befolgen, um keine Infektionsherde entstehen zu lassen.“⁽⁹⁾ Am 27. August verfügt die Alliierte Kommandantur die Bildung einer zentralen Verwaltung für die Stadtreinigung und Müllabfuhr als Stadtreinigungs- und Fuhramt, aus dem dann zum 1. Oktober die „Groß-Berliner Straßenreinigung und Müllabfuhr“ hervorgeht. Diese übernimmt nun auch die Leitung der Entsorgung der Bezirke 7 bis 20, die bisher noch nicht von der BEMAG betreut wurden. Mit dieser Gründung entsteht erstmals in Berlin eine einheitliche Verwaltung der Straßenreinigung und Müllabfuhr für ganz Berlin, die als Abteilung beim Magistrat angesiedelt ist. Für die Trümmerbeseitigung werden Notdeponien eingerichtet, z. B. der U-Bahnschacht Theodor-Heuss-Platz und Schächte der geplanten Stettiner Bahn im Tiergarten. Daneben entstehen große Trümmerberge: der Teufelsberg, der Insulaner, der „Mont Klamott“ im



© Archiv Saubere Zeiten e. V.

Zerstörter Müllwagen in Köpenick, 1945

Volkspark Friedrichshain, die Humboldthöhe, die Deponien Kaulsdorf, Wannsee und weitere.

Einschub: Der Teufelsberg ist ein 120 m hoher Trümmerberg im Grunewald. Er wurde von 1950 bis 1972 aus 26 Mio. m³ Trümmerschutt auf dem Gelände der 1937 erbauten Wehrtechnischen Fakultät aufgeschüttet. 1972 wurde die Kippe geschlossen und 1976 wurden die Begrünungsarbeiten beendet. Im Friedrichshain scheiterte die Sprengung der großen Flaktürme durch die Rote Armee im Juni 1946 und es wurden mit der Berliner Trümmerbahn ca. 2,1 Mio. m³ Schutt um sie herum angehäuft, was den Erhebungen den Namen Mont Klamott einbrachte. Der Insulaner entstand 1946 bis 1951 aus rund 1,8 Millionen m³ Trümmerschutt in Schöneberg.

Der Fuhrpark des neuen Betriebes besteht aus 332 pferdegezogenen Staubschutzwagen, für die es aber nur 14 Pferde gibt, dazu 35 motorisierte Fahrzeuge, aber keinen Treibstoff. Die eingesetzte Leitung bekommt die Probleme nicht in den Griff und so beruft man den 1933 von den Nationalsozialisten entlassenen Chef der ehemaligen BEMAG, Gustav Erdmann, am 15. März 1946 zum neuen Leiter der Groß-Berliner Straßenreinigung und Müllabfuhr.

Der Müll wurde mangels Transportkapazität gleich in der Stadt verbracht; dabei ist zu berücksichtigen,

dass zu dieser Zeit mehr Bauschutt als Hausmüll anfiel. Mitten in der Stadt entstanden so Müllmieten zur Kompostierung und die zahlreichen Löcher wurden einfach mit Müll verfüllt.

Durch die am 30. November 1948 vollzogene Spaltung der Stadt kam es schließlich auch zur Teilung der Gesamt-Berliner Straßenreinigung und Müllabfuhr. Erdmann baute dann die Straßenreinigung und Müllabfuhr in Westberlin auf, aber das Problem war in den kommenden Jahren: wohin mit dem Müll?

Zunächst erschloss man weitere innerstädtische Deponieflächen. So entstanden z. B. die Deponien Marienfelde, Wannsee, Lübars, Rudow usw. Noch heute betreuen die BSR insgesamt 38 Altablagerungen im Westteil der Stadt mit sehr unterschiedlichem Nachsorgebedarf. Ein technisches Problem tat sich allerdings auf: Die Staubschutzwagen entleerten nur nach unten. Es musste schnell eine geeignete Technik her, mit der man ebenerdig auf Deponien abladen konnte.

Einschub: Von der Gesamtfläche der Deponie Wannsee von ca. 52 ha entfallen ca. 13 ha auf den alten „Hirschberg“ sowie ca. 39 ha auf den neuen Deponieteil. In der gesamten Betriebszeit von 1956 bis 1982 wurde ein Müllvolumen von insgesamt fast 12 Mio. m³ dorthin verbracht. Hiervon entfallen rund 3,05 Mio. m³ auf den alten (Betriebszeit 1956-1967) sowie rund 8,7 Mio. m³ auf den neuen Deponieteil (Betriebszeit 1967-1980).⁽¹⁰⁾

Ab 1961 wurde dann der Bau einer Müllverbrennungsanlage in Ruhleben vorbereitet, wo am 15. Februar 1967 die Inbetriebnahme des ersten Kessels gefeiert wurde. 1973 war der Bau beendet und die Anlage vollständig in Betrieb. Inzwischen wurde sie mehrfach erweitert und auf den neuesten Stand gebracht; heute ist sie eine der modernsten Anlagen in Europa.

Dem Senat war allerdings schon in den 60er-Jahren klar, dass die eine Verbrennungsanlage angesichts der sich neigenden innerstädtischen Deponiekapazitäten nicht ausreichen würde. So wurde über eine zweite Anlage in Lichtenrade/Marienfelde nachgedacht. Da

die Schornsteine aber in der Einflugschneise gestört hätten, wurde nach einem anderen Standort gesucht.

Eine Entlastung der angespannten Entsorgungslage brachte dann der „Müllexportvertrag“. Am 27. Oktober 1970 kam es zunächst zum Abschluss eines kurzfristigen Abfallverbringungsvertrages (Kurzfristvertrag) mit der DDR für 4,5 Mio. m³ Müll auf die Deponie Groß-Ziethen. Dazu wurde ein gesonderter und direkter Grenzübergang geschaffen. Am 11. Dezember 1974 wurde der „Vertrag über die Verbringung von Abfallstoffen aus Berlin (West) und ihre Beseitigung in der DDR“ (Langfristvertrag) abgeschlossen mit einer Gültigkeit vom 1. Januar 1975 bis zum 31. Dezember 1994, mit Korrekturmöglichkeit 1984. Er sah für den Vertragszeitraum die Verbringung von 35 Mio. Tonnen Siedlungsabfällen, davon eine Mio. Tonnen Sonderabfälle, 38 Mio. m³ Bauschutt und 18 Mio. m³ Bodenaushub vor; damit entfielen alle Pläne für eine zweite Verbrennungsanlage in Berlin (West).

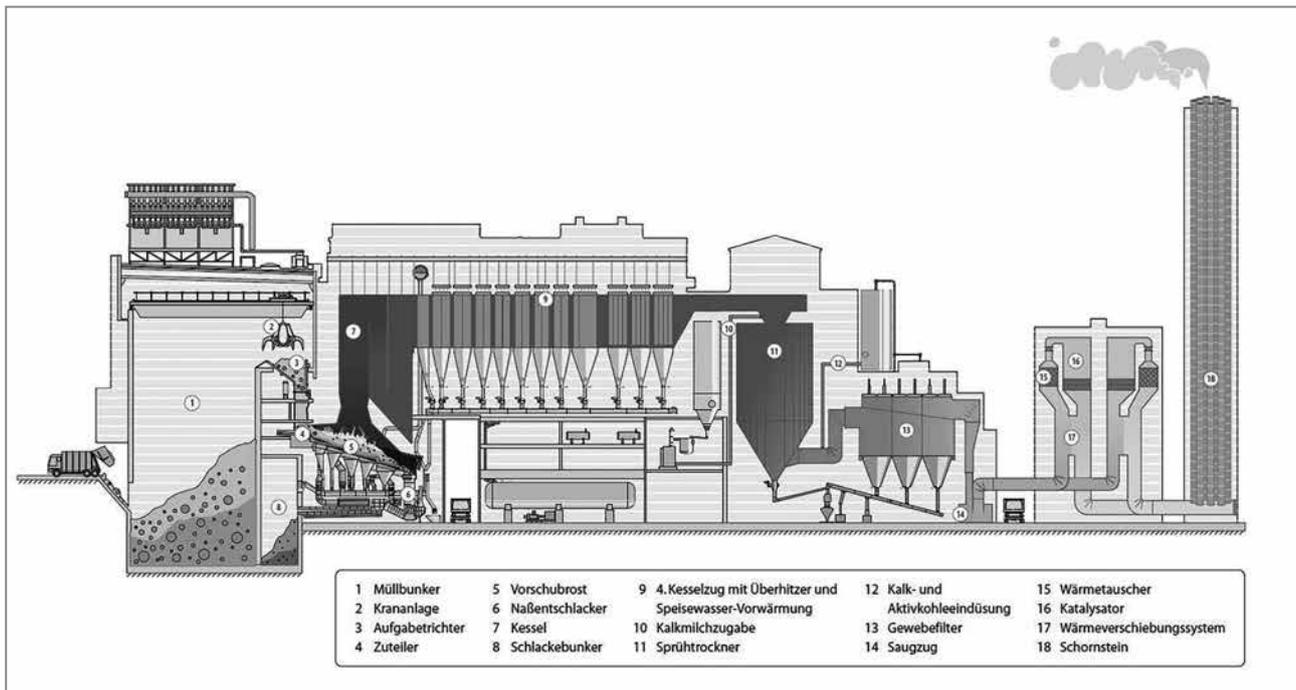
Im Ostteil nahm die Stadtreinigung Berlin am 4. Dezember 1974 die erste Kesselanlage der MVA Lichtenberg in Betrieb; die Gesamtkapazität der Anlage lag bei 80.000 Tonnen pro Jahr. Wegen der fehlenden Filteranlagen wurde die Anlage 1990 stillgelegt und später vollständig zurückgebaut.

7. Ein kurzer Blick auf die Situation im Jahr 2020

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands und damit auch Berlins ist die Entsorgungssituation viel einfacher geworden, stellt aber nun auch völlig neue Anforderungen. Zum 1. Januar 1992 wurden die beiden Stadtreinigungsbetriebe vereinigt und seither gibt es wieder ein Unternehmen, das für die Straßenreinigung und Müllabfuhr der Ansprechpartner aller Berliner ist.

Was weiter steigt, sind die zu beseitigenden Müllberge. Die BSR entsorgten im Jahr 2019 insgesamt rund 1.278.000 Tonnen Siedlungsabfälle (Vorjahr 1.239.000 Tonnen). Am 31. Mai 2005 wurde auf allen Deponien die Beseitigung von unbehandeltem Abfall eingestellt.

¹⁰ Angaben lt. Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, Referat Bodenschutz – Nachsorgender Bodenschutz, Altlasten



Funktionsschema des Müllheizkraftwerkes Ruhleben
(In: 100 Jahre Berliner Stadtreinigung)

Die BSR haben sich aber auf diese Situation eingestellt und neue Anlagen in Betrieb genommen.

Die wichtigste Säule der Entsorgung ist dabei noch immer das Müllheizkraftwerk Ruhleben. Hier werden ca. 560.000 Tonnen Siedlungsabfälle verwertet. Das entspricht etwa der Hälfte des in der Hauptstadt anfallenden Hausmülls. Die BSR verheizen ihn nicht einfach, sondern erzeugen daraus Strom und Wärme. Genug, um 5 % der Berliner Haushalte mit nachhaltiger Energie zu versorgen. Die Anlage im Bezirk Spandau gilt als eine der modernsten Europas. Fünf Verbrennungslinien erzeugen in ihr pro Tonne Abfall über 2,3 Tonnen Hochdruckdampf. Dieser wird an das benachbarte Kraftwerk Reuter geliefert, wo Turbinen den Dampf in Strom wandeln und die entstandene Wärme in das Fernwärmenetz eingespeist wird.

In der hochmodernen Biogasanlage im Berliner Stadtteil Ruhleben vergären die BSR seit 2013 jedes Jahr fast 70.000 Tonnen Bioabfall zu klimaneutralem Biogas. Die BSR nutzen das Gas anschließend zum Betanken von 160 gasbetriebenen Müllfahrzeugen. Eine zweite Anlage ist in Planung. Auch aus Sperrmüll wird hochwertiger Brennstoff. Das geschieht seit Januar 2008 in der modernen Sperrmüllaufbereitungsanlage am Standort Gradestraße. Dank effizien-

ter Zerkleinerungstechnik kann sie jedes Jahr 110.000 Tonnen Altholz und Sperrmüll zu Brennstoffen aufbereiten. Dadurch schonen die BSR knappe natürliche Ressourcen wie Erdöl oder Erdgas und vermeiden jedes Jahr den Ausstoß von bis zu 75.000 Tonnen CO².

Mit den beiden baugleichen Anlagen zur Mechanisch-Physikalischen Stabilisierung (MPS-Anlagen) in den Bezirken Pankow und Reinickendorf wird aus Berliner Hausmüll Ersatzbrennstoff, der fossile Energieträger in Kraftwerken und Industrieanlagen ersetzt. Die Abfälle werden dazu zunächst zerkleinert und getrocknet. Einige Stoffe, wie z. B. Metalle, werden ausgeschleust und verwertet. Der getrocknete Hausmüll wird zu hochwertigem Ersatzbrennstoff aufbereitet. In Form von Pellets oder sogenanntem Fluff dient er beispielsweise in Kraft- oder Zementwerken als klimafreundliche Alternative zur Braunkohle. Rund 100.000 Tonnen des „grünen“ Brennstoffs kann jede der beiden Anlagen im Jahr produzieren.

Weiter für die Verarbeitung wichtig ist auch die Kompost- und Biogasanlage in Hennickendorf. Sie ist ein zertifizierter Fachbetrieb, der organische Abfälle verwertet. Diese kommen u. a. aus privaten Haushalten, aus dem Straßen-, Garten- und Landschaftsbau sowie aus der Nahrungsmittelherstellung. Dank moderner

Zur Entwicklung der öffentlichen Straßenreinigung und Müllbeseitigung

Technik und effektiver Verfahrensabläufe entsteht aus den biogenen kompostierfähigen Abfällen dort das Naturprodukt Kompost.⁽¹¹⁾

Sie sehen, es ist ein großer Bogen, den die Entsorgungstechnologie in den letzten 500 Jahren in Berlin geschlagen hat. Es hat sich viel getan und es wird sich in Zukunft sicher auch noch viel tun. Wir können aber alle unseren Beitrag zur Verringerung des Aufwandes leisten, indem wir darauf achten, einfach weniger Müll zu produzieren. Vielleicht schaffen wir es, dass der Müllberg dann nicht mehr wächst ...

Literaturverzeichnis:

Maria Curter: Berliner Gold. Die Geschichte der Müllbeseitigung in Berlin. Verlag Haude & Spener, Berlin 1996

Karl-Heinz Hofmeister-Lemke: Geschichte der Berliner Stadtreinigung. Stadtreinigung und Müllabfuhr in Berlin von der Gründung bis zur Gegenwart. Unveröffentlichtes Manuskript, Berlin 1990

Ralf Breer, Stephan Mlodoch, Hanskarl Willms: Asche, Kehricht, Saubermänner. Stadtentwicklung, Stadthygiene und Städtereinigung in Deutschland bis 1945. SASE gGmbH 2010

100 Jahre Kommunale Städtereinigung: Sonderausgabe der VKS-News, Zeitschrift der Sparte Abfallwirtschaft und Stadtreinigung VKS des VKU, Berlin 2012

Gottfried Hösel: Unser Abfall aller Zeiten. Eine Kulturgeschichte der Städtereinigung. Kommunalschriften-Verlag J. Jehle, München, 2., erw. Aufl. 1990

Berliner Stadtreinigung 1948-1958. Internationale Industrie-Bibliothek, Band 1229/34. Länderdienst-Verlag, Brilon, Basel 1958

Berliner Stadtreinigung: Berliner Stadtreinigung heute. Verlag Haupt & Puttkammer, Berlin 1966

UNIVERSITAS – Zeitschrift für interdisziplinäre Wissenschaft. Heft 2/Februar 1991, Nummer 536, Schwerpunkt: Müll. Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, Stuttgart

Susanne Köstering, Renate Rüb: Müll von gestern? Eine umweltgeschichtliche Erkundung in Berlin und Brandenburg. Waxmann Verlag, Münster 2003

¹¹ Alle Angaben zu den Anlagen siehe auch: <https://www.bsr.de>

Nachwort

Peter Lassau

Freiheitlich und rebellisch, arm, aber sexy, Schlagfertigkeit und Berliner Schnauze: All das sind Eigenschaften, die zur DNA dieser Stadt gehören, ihre Geschichte begleiten und in jedem Reiseführer dokumentiert sind.

Wer allerdings vom Brandenburger Tor aus „Unter den Linden“ in Richtung Alexanderplatz flaniert, an Zeughaus, Lustgarten, Dom vorbei und dem neu errichteten Stadtschloss der Hohenzollern, der wird schnell eine weitere Tradition dieser Stadt spüren, die mehr an Pickelhaube und Preußens Gloria erinnert.

Diese widersprüchlichen Charaktermerkmale – finde ich – prägen den Kern unserer Stadt. Wie sollten da die Herausforderungen gemeistert werden, die sich 1920 durch die Vereinigung von acht Städten, 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirken zu der neuen Stadt Groß-Berlin ergeben hatten? Und das nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs, nach einer misslungenen Revolution und mit einer traumatisierten Bevölkerung, der es am Notwendigsten fehlte, die zersplittert war in unterschiedlichste politische Parteien und gewaltbereite Gruppierungen.

Das konnte nur ein „Aufbruch aus dem Chaos“ werden. Diesen Aufbruch und seinen Erfolg an ausgewählten Beispielen zu begleiten, war unser Ziel. Zehn Veranstaltungen hatten wir geplant und immerhin neun davon konnten wir trotz Corona durchführen, wenn auch zum Teil nur virtuell und unter erschwerten Bedingungen. Schmerzhaft vermissten wir die intime Atmosphäre unseres Ladens in der Goltzstraße – er sei gepriesen –, das lebendige Gespräch und auch das Glas Wein hinterher.

Dass wir dieses Projekt trotzdem ordentlich und mit einem guten Ergebnis zu Ende bringen konnten, erfüllt uns auch ein bisschen mit Stolz.

Was für eine Bilanz kann man ziehen? Welchen Kräften war es zu verdanken, dass Groß-Berlin trotz aller Widrigkeiten ein Erfolgsmodell wurde?

1. Ein wertvolles Erbe

Für mich überraschend war z. B., als wie tragfähig sich Berlins Abwassersystem erwies. Dieser Hobrecht

hat mit seinen Planungen Klugheit und Weitsicht bewiesen. Da war im 19. Jahrhundert ein vorbildliches Projekt realisiert worden, das das Prädikat „Nachhaltigkeit“ mehr als verdient. Dass diese geniale Lösung auch von Berlins wohl berühmtestem Arzt Rudolf Virchow vorangetrieben wurde, belegt, wozu bürgerliche Tüchtigkeit in der Lage ist.

Auch auf dem Gebiet der Erziehung, des Schulwesens, hatten Reformbestrebungen und Neuerungen bereits in der Kaiserzeit begonnen und konnten an den beiden Gymnasien, die wir vorgestellt haben, ohne große Brüche fortgeführt werden. An beiden Schulen gab es ein erstaunliches Angebot für außerunterrichtliche Aktivitäten, offensichtlich den Einflüssen von Jugend- und Wandervogelbewegung geschuldet. Ein hoher und mitunter als gnadenlos empfundener Leistungsanspruch und – um in der Begrifflichkeit dieser Zeit zu bleiben – „Zucht und Ordnung“ gehörten freilich auch zu dieser Pädagogik.

Obdachlosigkeit, Armut, soziales Elend sind seit der Industrialisierung ein Dauerproblem der Stadt. Auch auf diesem Gebiet erwiesen sich zunächst Strukturen und Einrichtungen aus der Kaiserzeit als sinnvoll und belastbar. Dass sie im Zuge der Wirtschaftskrisen der Weimarer Republik an ihre Grenzen stießen, liegt auf der Hand. Augenscheinlich ist auch, dass es bis auf den heutigen Tag keine zufriedenstellende Lösung für dieses Problem gibt.

2. Die Zeiten ändern sich

Hatten die Badeanstalten im Zuge der Industrialisierung im 19. Jahrhundert maßgeblich eine hygienische Funktion, so erweiterte sich der Bedarf in den 1920er-Jahren: Die Attraktivität des Schwimmsports nahm zu. Mit ihren Stadtbädern waren einige Bezirke der neuen Metropole dafür gut gerüstet. Gefragt waren aber nun Funktionsbauten, Schwimm- und Bademöglichkeiten. Zahlreiche Schwimm- und Strandbäder entstanden, Beleg dafür, dass Entwicklungslinien aus der Vorkriegszeit klug weiterentwickelt wurden.

Weit dringendere Probleme ergaben sich durch die Bildung Groß-Berlins für die Müllbeseitigung. Dass diese in einer Millionenmetropole nicht allein den Hausbesitzern und Privatinitiativen überlassen wer-

den kann, liegt für vernünftige Menschen auf der Hand. In Berlin hatte diese Aufgabe nach dem Ersten Weltkrieg zunächst eine Genossenschaft, die schließlich von einer Aktiengesellschaft, der BEMAG, abgelöst wurde, deren Anteilsmehrheit die Stadt hielt. Daneben gab es die „Müllmelioration“, kompostierter Abfall also, der offenbar hervorragendes Gemüse liefert.

3. Persönlichkeiten

Gewaltige Aufgaben bringen tatkräftige Männer und Frauen hervor. Zwei davon sollen hier genannt werden: Alexander Dominicus, dem wir eine Veranstaltung widmeten, und Ernst Reuter. Er und Willy Brandt waren wohl die verdienstvollsten und bekanntesten (Ober-)Bürgermeister Berlins.

Maßgeblich für Bestand, Lebenskraft und Akzeptanz eines Gemeinwesens ist seine Organisation, seine Verwaltung. Für die neu entstehende Metropole mit einer bunt gemischten Bevölkerung, wie Berlin sie eigentlich schon immer hatte, das richtige Modell zu finden, war kein einfaches Unterfangen. Dass es gelungen ist, belegt die Tatsache, dass die Verwaltungsstruktur Berlins sich seit 1920 kaum geändert hat und noch immer funktioniert, sieht man von unzureichender Digitalisierung und personeller Unterversorgung ab.

Das ausgewogene Machtgleichgewicht zwischen Zentrale und Bezirken ist Garant dafür, dass diese Stadt nicht aus den Fugen gerät, obwohl es ständig Anlässe dafür gibt. Zu verdanken ist diese Konstruktion maßgeblich dem Schöneberger Bürgermeister Alexander Dominicus, seiner Kompetenz, seiner Beharrlichkeit und seinem Stehvermögen. Zu Recht sind die Schöneberger stolz darauf und ehren ihn mit einem Straßennamen.

Ernst Reuter war es, der als Verkehrsstadtrat die Initiative und die Durchsetzungskraft aufbrachte, um aus privaten Unternehmen eine Aktiengesellschaft in staatlicher Hand zu formen, die den Mobilitätsbedürfnissen einer Metropole gerecht wird. Dass Berlin heute als eine Stadt gilt, die über ein hervorragendes öffentliches Verkehrsnetz verfügt, ist – bei allem Streit in diesem Bereich, Berlin streitet nun mal gerne – auch ihm zu verdanken.

4. Streit

Berlin ohne Streit – undenkbar. Typisch ist der „Zehlendorfer Dächerstreit“: Auf der einen Seite Innovationsfreude, Lust auf Neues, Ungewohntes, das funktional ist, auf der anderen Seite Tradition, Sturheit, zwanghaftes Festhalten an Gewohntem: Das Dach hat ein Satteldach zu sein mit einer 45°-Neigung – Punkt. In germanische Gefilde, so die Gegner der „Taut-Gruppe“, gehören Satteldächer; das Flachdach strahlt mediterranes Flair aus und passt nicht nach Zehlendorf.

Zum Glück konnten sich in diesem Fall die Architekten um Bruno Taut durchsetzen. Sie hinterließen uns mit ihren Siedlungen ein Weltkulturerbe und zeigten, wie drängende Probleme einer neugeborenen Metropole klug, erfolgreich und nachhaltig gelöst werden können.

Viele dieser Akteure mussten nach 1933 Deutschland verlassen. Sie waren oft miteinander bekannt. Heute würde man vielleicht sagen, „sie waren miteinander vernetzt“ – Bruno Taut und Ernst Reuter z. B. fanden beide Asyl in Kemal Atatürks Türkei.

Für mich hat sich in unserer Reihe erwiesen, dass diese aufregende Stadt voller Widersprüche steckt, die ihr aber keineswegs schaden. Sie verfügt ganz offensichtlich über eine robuste Konstitution, und wenn ihr nicht Gewalt, wie von den Nationalsozialisten angetan wird, setzt sich die Vernunft durch. Dies wurde bereits im ersten Vortrag von Andreas Ludwig deutlich und alle weiteren Veranstaltungen haben diesen Befund im Detail aufgezeigt und bestätigt. Daraus ergibt sich für mich als ein Resümee und Schlusswort dieser Broschüre:

Zentrale Prämisse für Bestand und Erfolg der Metropole Berlin war und ist, dass die Regulierung der Daseinsfürsorge vom Wohnen über Bildung bis zur Mobilität in städtischer Hand bleibt und nicht dem „freien Markt“ überlassen wird.

Dokumentation

zur Veranstaltungsreihe 2020/2021 der Berliner Geschichtswerkstatt e.V.

Das neue Berlin und seine kommunale Agenda –
soziale Daseinsvorsorge als Stadtpolitik 1920-1930

Schönebergs Oberbürgermeister Dominicus und das Entstehen Groß-Berlins

Reformpädagogik in Groß-Berlin –
Einbrüche in die preußische Lehr- und Zuchtanstalt?

Ein Dach überm Kopf – unbezahlbarer Luxus? Obdachlose in Berlin

Wohnen in der wachsenden Stadt Berlin –
damals wie heute eine Herausforderung

Immer in Bewegung –
der öffentliche Personenverkehr in Berlin und Ernst Reuter

„Jedem ein warmes Brausebad einmal die Woche“ –
zur Entwicklung der Berliner Bade- und Schwimmkultur

Schnaps ist gut gegen Cholera –
gutes Trinkwasser ist aber auf die Dauer besser

Nicht nur die Stadt, auch der Müllberg wächst –
zur Entwicklung der öffentlichen Straßenreinigung und Müllbeseitigung

www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Goltzstraße 49, 10781 Berlin
Tel: 030 - 2154450